Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

per Fax an 030-9014-8790

Verwaltungsgericht Berlin
27. Kammer
VG 27 K 308.14

Kirchstraße 7
10557 Berlin

Velbert, 22.Aug. 2018

Aktenzeichen: VG 27 K 308.14, VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11
Berlin
Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung mit Schadenersatz

wegen
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, kapitalen Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

> unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland (vertreten durch das beklagte Bundeskanzleramt) für politisch motivierte Zerschlagung mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (Zerschlagung 1)
> unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern (vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei) nach einer über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd des verstorbenen Opfers bis in den Tod, mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit (Zerschlagung 2)
> unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft und diskriminierender Verweigerung jeglichen Gehörs (Kommunikationsverweigerung) seit 1998 (Zerschlagung 3)

Albin L. Ockl, Gründer, verantwortlicher Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH,
(Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems)

gegen

Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses
vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1,
10557 Berlin (Beklagte)

Verteiler:

Bundesverfassungsgericht
(Verfassungsbeschwerden 1 BvR 1618/18 und 2 BvR 1299/18)
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)

Hier:
Erinnerung an Umsetzung von
angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf

Fortsetzung durch Stellungnahme mit fortlaufender Nummerierung:

114. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland bis heute ohne Antwort: Trotz persönlicher Verantwortung für Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen seit 1998 Perversion der Umverteilungspolitik zu vernichtender Zerschlagungspolitik mit kriminellem Netzwerk von skrupellosen Staatsanwälten
Missbrauch deutscher Justiz zur Fortsetzung von politisch motivierter Sippenzerschlagung, für soziale und psychische Zerschlagungen vor Schadenersatz und Rehabilitierung infolge politisch motivierter Sippenzerschlagung als einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des überlebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa

115. Bis heute: Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung:
Bundespräsident schweigt
Bundeskanzlerin schweigt
Freistaat Bayern schweigt
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Bis heute: Missbrauch deutscher Justiz für eine gigantische, pervertierte Umverteilungspolitik /vernichtende Zerschlagungspolitik
trotz Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer)
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des überlebenden Zerschlagungsopfers

116. Politisch motivierte Sippenzerschlagung:
Frontalangriff auf das Grundgesetz unter leitender Ausführung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende und weisungsgebundene Staatsanwaltschaften.
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage, zusätzlich unterstützt mit vernetzter Internet-Dokumentation
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

117. Anspruch auf öffentliche Sippen-Rehabilitierung und Schadenersatz aus einer gigantischen, pervertierten Umverteilungspolitik
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung,
mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens
mit Zerschlagung der bayerischen Heimat
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft,
mit Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
in Deutschland und Europa über mehr als 25 Jahre
Gesamter Schadenersatz-Anspruch: 38 Mio EUR
Finanzierungsvolumen für professionellen Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch auf 50 Mio EUR geschätzt.

118. Bundespräsident, der nicht antwortet, will auch keine Brücken bauen?
Solidargemeinschaft braucht Brückenfunktion
Bundespräsident sollte Brücken bauen, weil er als Kanzleramtschef (1999-2005) selbst für eine Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen Verantwortung trägt
Zerschlagungsopfer : Kein Weiter so mit hasskriminellen Übergriffen einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die politisch motivierte Sippenzerschlagung zu verantworten hat!
Deutscher Staat: Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten, aber keine Härteleistungen für Zerschlagungsopfer?
Vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln mit zusätzlicher Internet-Dokumentation:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf

Zu 114. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland bis heute ohne Antwort: Trotz persönlicher Verantwortung für Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen seit 1998 Perversion der Umverteilungspolitik zu vernichtender Zerschlagungspolitik mit kriminellem Netzwerk von skrupellosen Staatsanwälten
Missbrauch deutscher Justiz zur Fortsetzung von politisch motivierter Sippenzerschlagung, für soziale und psychische Zerschlagungen vor Schadenersatz und Rehabilitierung infolge politisch motivierter Sippenzerschlagung als einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des überlebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa

Das überlebende Opfer politisch motivierter Zerschlagungen hat mit zwei ausführlichen Schriftsätzen über die extremistische Perversion einer Umverteilungspolitik aus den Jahren 1998-2005 zu bundesweiter, politisch motivierter Sippenzerschlagung den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts und die 27.Kammern der Verwaltungsgerichte in Berlin und in Düsseldorf informiert: Sieh Kapitel 111, 112 und 113.

Kapitel 111. Schreiben vom 10.Juni 2018 an den **Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland**
Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
Anspruch des Opfers auf angemessene Rehabilitierung und Schadenersatz
beim Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14)
Anspruch des Opfers auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz
beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung
mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 243)

Kapitel 112. Persönliche Beziehung und politische Verantwortung des **Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland**
zum Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit ausführlicher Darstellung im
ersten und zweiten Anschreiben an den Bundespräsidenten
Bis heute: Unerträgliche Mauer des Schweigens zu bundesweiter politisch motivierter Sippenzerschlagung
> unter Beteiligung des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit bundesweiter Interessenslage (Zerschlagung 3),
> unter Beteiligung der bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
> unter Gesamt-Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1)
mit Steuerung durch angewiesene, bundesweit tätige Staatsanwaltschaften

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 285)

Kapitel 113. Auch Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht sind informiert: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
> unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, verantwortlich für die Umsetzung politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution,
für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 289)

In den Schriftsätzen wurden 2 Schreiben an den
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
als Anlage beigelegt:
Anlage VG180620-1
Erstes Schreiben an den
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
vom 10.Juni 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24) Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf

Im zweiten Anschreiben wurde der Bundespräsident ausführlich informiert über die Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft für 180 € unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft
Anlage VG180730-1
Zweites Schreiben an den
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
vom 25.Juli 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts
mit 2 Verfassungsbeschwerden,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 22/26)

Seit dem 1. Schreiben vom 10.Juni 2018 an den
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
sind inzwischen über 10 Wochen **ohne eine Antwort** vergangen. Das überlebende Zerschlagungsopfer hat Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft für 180 € hinnehmen müssen.

Seit dem Beginn der pervertierten Umverteilungspolitik in 1998
sind inzwischen über 20 Jahre vergangen, ohne dass sich der Bundespräsident zu der politisch motivierten Sippenzerschlagung, die in 1998 unter Verantwortung der Bundesregierung ihren Anfang genommen hat, in irgendeiner Weise geäußert hat und offensichtlich auch nicht Stellung nehmen will.
In den Verwaltungsgerichten von Berlin und Düsseldorf wurde **mehrfach Zeugnis und Stellungnahme des Bundespräsidenten beantragt und daran erinnert.** Bis heute ohne erkennbaren Erfolg.
In den Verwaltungsgerichten von Berlin und Düsseldorf sowie am Landgericht Wuppertal wurde die Dokumentation einer erdrückenden Beweislage vorgelegt, eine Dokumentation mit Printmedien, die mit einer vernetzten Internet-Dokumentation eine überzeugende Beweiskraft hat, der bis heute in verfassungswidriger Weise rechtliches Gehör versagt wird.

Ein "Blinder mit Krückstock" kann längst erkennen:

Eine skrupellose, diskriminierende, diffamierenden, weisungsgebundene Staatsanwaltschaft ist
verantwortlich für politisch motivierte, bundesweite Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens,
verantwortlich für staatlich erzwungene Altersarmut mit kapitalen Vermögensschäden,
verantwortlich für wiederholte Freiheitsberaubung mit psychischer Folter
Wohlgemerkt: Alles dokumentiert, vorgerechnet und nachgewiesen, mit über 20 Verfassungsbeschwerden am Grundgesetz orientiert, im Gegensatz zu einer Staatsanwaltschaft, die mit Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols ständig das Grundgesetz aushebelt.
"Skrupellos" ist eine wohlwollende Umschreibung für eine Staatsanwaltschaft, der wiederholte Freiheitsberaubung mit psychischer Folter nachgewiesen wird.
"Diskriminierend" ist eine Staatsanwaltschaft, weil sie nur noch so deutsche Justiz zur Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen missbrauchen kann.
"Diffamierend" ist eine Staatsanwaltschaft, weil terrorisierender Rufmord am helllichten Tage mit wiederholter Freiheitsberaubung mit psychischer Folter vor dem Hintergrund politisch motivierter Sippenzerschlagung stattfindet, für die diese Staatsanwaltschaft verantwortlich ist.
Mitten in Deutschland: Es ist nicht zu glauben, wenn das Opfer es nicht am eigenen Leibe erlebt und erfahren hätte, im Alter von 76 Jahren! Das Opfer hatte und hat bis heute nicht den Hauch einer Chance,
um die politisch motivierte Zerschlagung seines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution,
um die politisch motivierte Zerschlagung seiner Existenz-Grundlage
und die politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Verlust eines nahestehenden Menschen zu verhindern.

Zu 115. Bis heute: Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung:
Bundespräsident schweigt
Bundeskanzlerin schweigt
Freistaat Bayern schweigt
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Bis heute: Missbrauch deutscher Justiz für eine gigantische, pervertierte Umverteilungspolitik /vernichtende Zerschlagungspolitik
trotz Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer)
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des überlebenden Zerschlagungsopfers

Sieh **Kapitel 113.** Auch Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht sind informiert: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft

Bis heute hat das Zerschlagungsopfer keine Antwort erhalten
zu zwei Anschreiben an den Bundespräsidenten
Erstes Schreiben an den Bundespräsidenten vom 10.Juni 2018
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf

Zweites Schreiben an den Bundespräsidenten vom 25.Juli 2018
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
Wiederholte Freiheitsberaubung mit psychischer Folter
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 22/26)

Bis heute hat das Zerschlagungsopfer keine Antwort erhalten
zu einer Serie qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin:
mit Verteiler an Bundesminister und Staatssekretäre,
kein einziges wurde beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung:
nur z.B.
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 -
Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005
Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen?
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf

Bis heute hat das Zerschlagungsopfer keine Antwort erhalten
zu Schreiben an
leitende Persönlichkeiten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
Letztes Schreiben vom 6.März 2018 an
Tom Buhrow, Intendant Westdeutscher Rundfunk,
vertretungsberechtigt für Öffentlich-rechtlichen Rundfunk,
als Ergänzung zur Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 15.Jan.2018 in Kopie an
Ulrich Wilhelm, ARD-Vorsitzender und Vertreter des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Intendant des Bayerischen Rundfunks.
Dr. Thomas Bellut, Intendant Zweites Deutsches Fernsehen,
vertretungsberechtigt für Öffentlich-rechtlichen Rundfunk.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Scroll down after link (page 89)

Besonders diskriminierend ist:
Zu einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an Intendanten des beklagten ÖRR gemäß den Dokumenten in Anlagen V-1 bis V-6 u.a.:
Keine Antwort und keine Empfangsbestätigung (teuflische Mauer des Schweigens)
Sieh Schriftsatz vom 25.Nov. 2016 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDReinspruch4.pdf

Anlage V-1: Schreiben vom 29.01.2011 an
ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel
Prof. Markus Schächter, Intendant des ZDF
Dr. Willi Steul, Intendant des DEUTSCHLANDRADIO
Ruprecht Polenz, Vorsitzender des ZDF-Fernsehrats
anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf

Anlage V-2: Schreiben an **WDR-Intendantin Monika Piel** vom 31.12.2012 und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf

Anlage V-3: Schreiben an **WDR-Intendant Tom Buhrow** vom 14.06.2013
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf

Anlage V-4: Schreiben an **ARD-Vorsitzenden Fritz Raff** vom 09.10.2007 -
„Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz“
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf

Anlage V-5: Email an **alle Intendanten von ARD / ZDF** vom 16.10.2007 -
„Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz“
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf

Anlage V-6: Schreiben vom 19.01.2013 an **ZDF-Intendant Dr. Thomas Bellut**
Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht:
„Liquidierung der UMTS-Opfer, Leistungsträger mit Weltklasse-Höchstleistungen zum Sozialfall diskriminiert:
Wir können uns selbst den Rundfunk-Beitrag nicht mehr leisten!“
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ZDF1301.pdf

Besonders diskriminierend ist: "Professionell & Chancenlos"
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an weitere Intendanten
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an Politmagazine, Polittalks:
Rundfunk- und Fernseh-Sperre durch die Intendanten.
Als Anlage VG180505-4 beim Verwaltungsgericht Düsseldorf vorgelegt
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an weitere Intendanten des ÖRR.
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an Politmagazine, Polittalks mit
Rundfunk- und Fernseh-Sperre durch die Intendanten im Okt. 2007.
An
> Prof. Dr. Thomas Gruber, Intendant des Bayerischen Rundfunks
> **Prof. Ernst Elitz**, Intendant des Deutschlandradio
> Dr. Helmut Reitze, Intendant des Hessischen Rundfunks
> Jobs Plog, Intendant des NDR
> Peter Boudgoust, Intendant des Südwestrundfunks
> Monika Piel, Intendantin des WDR
> Markus Schächter, Intendant des ZDF
> Maybrit-Illner, Polit-Talkshow
> Reinhold Beckmann, Polit-Talkshow
> Anja Reschke, Polit-Magazin Panorama
> Theo Koll, Polit-Magazin Frontal21
> Brigitta Weber, Polit-Magazin REPORT MAINZ
u.a.m

Bis heute nicht beantwortet:
Schlüsseldokument zur finalen Zerschlagung des Bruders
(2.Zerschlagungsopfer tot, Zerschlagung 2 der politisch motivierten Sippenzerschlagung), unterdrückt von bayerischer Verwaltung und bayerischen Verwaltungsgerichten, vorgelegt in allen Gerichtsverfahren wegen Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagung mit tödlichem Ausgang und für wirtschaftliche Vernichtung eines qualifizierten Beitriebs:
> > > http://www.damwild-ockl.de/doku/Skandal-1.pdf

Detaillierte Ausführungen der Klage in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf

Bis heute: Grundgesetz ohne Chance, Rechtsstaat ohne Chance, **weil Sippenzerschlagung dem Rechtsempfinden der lokalen Bevölkerungsmehrheit entspricht**, die aus der Sippenzerschlagung (Zerschlagung der bayerischen Heimat mit Stammsitz-Dokumentation eines alt eingesessenen Müllergeschlechts bis zum 30-jährigen Krieg im 17.Jahrhundert) Vorteile gezogen hat, obwohl der Rechtsstaat ein Enteignungsverfahren sogar zulässt.

Kein Weiter so in einem Rechtsstaat, in dem mit Recht abzuschiebende Asylanten Rechtsschutz erhalten, wenn im Herkunftsland Verfolgung droht,
aber eigene Staatsbürger mit einem herausragendem Lebenswerk politisch motivierte Sippenzerschlagung bis in den Tod hinnehmen müssen und deswegen von einer skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter verfolgt werden.
Diese Staatsanwaltschaft hat sich längst selbst disqualifiziert.

Zu 116. Politisch motivierte Sippenzerschlagung:
Frontalangriff auf das Grundgesetz unter leitender Ausführung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende und weisungsgebundene Staatsanwaltschaften.
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage, zusätzlich unterstützt mit vernetzter Internet-Dokumentation
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

Politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit Versagung von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage zu extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:

> Zerschlagung 1
unter Verantwortung der beklagten deutschen Bundesregierung
mit dem Ziel der Zerschlagung der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution (Weltklasse-Höchstleistungen über mehr als 25 Jahre)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
mit ordentlichen Beschwerdeverfahren und Erinnerungsverfahren bis zu Verfassungsbeschwerden, wie z.B. Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015 (1 BvR 276/16) und vom 20.Jan. 2017 (1 BvR 382/17)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
mit Fortsetzung am
Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14) und mit Antrag auf professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf

> Zerschlagung 2
unter Verantwortung der beklagten Bayerischen Staatsregierung
mit erfolgreicher Zerschlagung des Stammsitzes der Sippe zur Durchsetzung eines Wahlkampfprojektes auf Kosten der Sippe vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und mit tödlichem Ausgang für das 2.Zerschlagungsopfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf
mit Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GBA-W01.pdf
mit ordentlichen Beschwerdeverfahren bis zu Verfassungsbeschwerden, wie z.B. Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 (2 BvR 628/17)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf

> Zerschlagung 3
unter Verantwortung des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit dem Ziel der Zerschlagung der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution (Weltklasse-Höchstleistungen über mehr als 25 Jahre) und der Übernahme möglichst vieler Themenbereiche aus den Congressmessen für Polit-Magazine
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf

mit ordentlichen Beschwerdeverfahren bis zu Verfassungsbeschwerden, wie z.B. Verfassungsbeschwerde vom 15.Jan.2018 (1 BvR 444/18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 84)
mit neuer Klage vom 03.Mai 2018 (27 K 4325/18) auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz beim
Verwaltungsgericht Düsseldorf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf

Politisch motivierte Zerschlagungen sind ein Frontalangriff auf das Grundgesetz unter leitender Ausführung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften.

Kapitale Vermögensschäden in 2-stelliger Millionenhöhe durch die Zerschlagungen 1, 2 und 3 haben staatlich erzwungene Altersarmut verursacht, die von skrupellosen, diskriminierenden, weisungsgebundenen Staatsanwaltschaften gnadenlos ausgenutzt wird zu

> Zerschlagung 4:
Soziale Pflichtversicherungen, die seit 2010 keine einzige Versicherungsleistung mehr erbringen und mit Unterstützung durch skrupellose Staatsanwaltschaft nur noch soziale Zerschlagung erzwingen sollen.
Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1618/18 vom 10.Juli 2018
Missbrauch deutscher Justiz für psychische und soziale Zerschlagung:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-23.pdf

> Zerschlagung 5:
Missbrauch deutscher Justiz für wiederholte Freiheitsberaubung mit psychischer Folter:
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 1299/18 vom 18.Mai / 18.Juni 2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf
> > > Scroll down after link (page 29).

Das Justizopfer ist gezwungen, sich zur Wehr zu setzen, aufgrund staatlich erzwungener Altersarmut ohne anwaltliche Vertretung, vor Verwaltungsgerichten, vor Zivilgerichten, vor Strafgerichten, wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch alle Instanzen.
Nur das Grundgesetz kann für ihn die einzige Leitlinie sein. Daher ist es konsequent, wenn von ihm mit Verfassungsbeschwerden wegen Versagung von rechtlichem Gehör alle Gerichtsverfahren beendet werden, jetzt mit Antrag auf
Vorlage der Verfassungsbeschwerden beim Präsidenten des Bundesverfassungsgericht, um endlich die Annahme zur Entscheidung zu erreichen.

Zu 117. Anspruch auf öffentliche Sippen-Rehabilitierung und Schadenersatz aus einer gigantischen, pervertierten Umverteilungspolitik
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung,
mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens
mit Zerschlagung der bayerischen Heimat
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft,
mit Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
in Deutschland und Europa über mehr als 25 Jahre
Gesamter Schadenersatz-Anspruch: 38 Mio EUR
Finanzierungsvolumen für professionellen Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch auf 50 Mio EUR geschätzt.

Der rechtsstaatliche Anspruch auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch die beklagten Täter (Deutsche Bundesregierung, Bayerische Staatsregierung, Öffentlich-rechtlicher Rundfunk) nach Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
ist mit der Verantwortung eines Rechtsstaates (Staatshaftung) zu erfüllen.
Das Ausmaß der politisch motivierten Sippenzerschlagung konnte vom Justizopfer nur scheibchenweise im Zuge der juristischen Aufarbeitung seit 2010 erkannt und vor zuständigen Gerichten vorgetragen werden:

> <u>Zerschlagung (2) der bayerischen Heimat mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens und totalem Vermögensverlust</u>
Es geht um die Vernichtung des Stammsitzes eines alteingesessenen Müllergeschlechts, dessen Stammbaum bis in das 17.Jahrhundert (30-jähriger Krieg) dokumentiert ist. Der verstorbene Bruder hat die mit einer Wasserturbinenanlage betriebene Mühle in einen Bäckereibetrieb mit Wasserkraftanlage für Energieerzeugung im Jahr 1965 umgestellt und auf ausdrücklichen Wunsch und mit Unterstützung der Gemeinde ein Tourismus-attraktives Damwild-Gehege aus einer völlig verwilderten Bachlandschaft entwickelt. **Es war sein Lebenswerk.**

Der Bäckereibetrieb des verstorbenen Bruders stand seit 1965, der Mühlenbetrieb / Lebensmittelbetrieb seit dem 17.Jahrhundert, das Damwild-Gehege seit Anfang der 1980er Jahre, jedoch das regionale **Fäkalienabwassernetz mit der Katastrophen-Pumpwerksanlage** unmittelbar daneben wurde im Jahr 2000 auf seinem Hofgrundstück trotz massiver Gegenwehr des Verstorbenen (2012) rücksichtslos, ohne ein Enteignungsverfahren, mit Manipulation von Grundstücksrechten mit nichtssagenden NS-Dokumenten aus 1943 durchgeboxt und aufgezwungen.

Wahlkampf-Projekt bayerischer Kommunalpolitik und bayerischer Kommunalverwaltung mit politisch motivierter Sippenzerschlagung:

Seit den 90er Jahren hat sich der verstorbene Bruder des Klägers vergeblich dagegen gewehrt, dass
auf **seinem** Hofgrundstück ohne Rücksicht auf Eigentumsverhältnisse und auf Hygiene-Anforderungen seines qualifizierten Lebensmittelbetriebs
eine Pumpwerksanlage des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes in 10m Entfernung von seinem Lebensmittelbetrieb mit bestialisch stinkenden Emissionen bei stunden- und tagelangen Störfällen mit periodisch auftretenden Rohrbrüchen in 5m-Entfernung

von der Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich (einschließlich Gemeinde Leonberg) errichtet wurde und betrieben wird.
Die Katastrophen-Pumpwerksanlage und ihre ständigen Emissionen waren Existenz bedrohend für seinen Lebensmittelbetrieb mit qualifizierten, immer wieder prämierten Bäckerei- und Konditoreiprodukten (keine Massenproduktion) mit über 40 Verkaufsstellen (überwiegend EDEKA).
Der verstorbene Bruder ist das Todesopfer unbewältigter NS-Vergangenheit, von infamer Diffamierung, von diskriminierender Rechtsbeugung durch eine Verwaltung und Verwaltungsjustiz, die von einer skrupellosen Staatsanwaltschaft unterstützt wird.

Der am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16 Landgericht Wuppertal) eingeklagte Sachschaden für Grundbesitz, Wohngebäude, Wirtschaftsgebäude mit Bäckereibetrieb, separates Wohnmietgebäude mit großem Grundstück in einem Nachbarort, Wasser-Turbinenanlage zur regenerativen, ökologischen, CO^2-freien Energieerzeugung und zugehörige Wasserrechte, wird
auf 1,5 Mio € geschätzt. Hinzu kommt der gesetzliche Anspruch auf Schmerzensgeld.
Heute ist die gesamte Gebäudeanlage stillgelegt, umzäunt, nicht mehr bewohnt und verwildert. Heutiger Eigentümer ist offensichtlich eine **Deckadresse für Staatsbesitz**. Staatlicher, heimtückischer Übergriff ohne Enteignungsverfahren.

> <u>Zerschlagung 3: Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den öffentlich rechtlichen Rundfunk</u>
mit neuer Klage vom 03.Mai 2018 (27 K 4325/18) auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz beim
Verwaltungsgericht Düsseldorf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf

Sieh Kapitel 115. "Kampf gegen eine teuflische Mauer des Schweigens",
Verwaltungsgericht mit Schriftsatz vom 15.März 2018 informiert:
Schriftsatz vom 06.März 2018 an den Beklagten (Intendant) als Ergänzung zur Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 15.Jan.2018 zur Entscheidung bei der zuständigen Richterkammer im Ersten Senat des BVerfG
sowie zur Information an weitere Hauptverantwortliche wie
Herrn Ulrich Wilhelm, ARD-Vorsitzender und Vertreter des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Intendant des Bayerischen Rundfunks.
Herrn Dr. Thomas Bellut, Intendant Zweites Deutsches Fernsehen vertretungsberechtigt für Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Sieh Kapitel 117. Bis heute teuflische Mauer des Schweigens trotz seriösem Nachweis:
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mitverantwortlich,
> seit 1998 mitverantwortlich direkt an politisch motivierten Zerschlagungen des Unterzeichners mit nachgewiesenem Schaden von mind. 100.000 EUR
> mitverantwortlich durch Beteiligung an teuflischer Mauer des Schweigens über gigantische Umverteilungspolitik und kriminelle Zerschlagungspolitik,
> mitverantwortlich durch Unterbindung und Verhinderung möglicher Aufklärung über die Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Der Mindestbetrag ist nur die "Spitzte eines Eisbergs" für den gesamten Sachschaden, der auf 0,5 Mio konservativ (Worst-Case-Szenario ist begründet) geschätzt wird.

> <u>Zerschlagung 1: Klage gegen die Bundesreublik Deutschland</u>
auf Rehabilitierung mit Schadenersatz und professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit Antrag auf Zeugenaussage des Kanzleramtschefs (1999-2005) des Bundeskanzleramtes (heute Präsident der Bundesrepublik Deutschland)

Das zuständige Gerichtsverfahren wurde in 2011 am Verwaltungsgericht Köln eröffnet und an das Verwaltungsgericht Berlin übertragen,
neue Klage in 2014 am Verwaltungsgericht Düsseldorf an das Verwaltungsgericht Berlin verwiesen,
mit Versagung von rechtlichem Gehör für Schadenersatz am Landgericht Wuppertal (2 O 70/15)
mit Fortsetzung der Klage auf
Rehabilitierung mit Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution am Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14)

Der Schadenersatz des Zerschlagungsopfers betrifft kapitale Vermögensschäden einschließlich der Geschäftsimmobilie, einer unter Denkmalschutz stehenden, repräsentativen Gründerzeit-Villa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Villa.pdf

aller Altersrücklagen, deren Verlust infolge der Zerschlagung der kompletten Existenz-Grundlage mit der erzwungenen Einstellung seiner Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nicht abwendbar war:
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt
Längst ist alles vorgerechnet und dokumentiert: Zu einer erdrückenden Beweislage wird rechtliches Gehör versagt.

Das Zerschlagungsopfer verweist auf Schriftsatz vom 28.Aug.2017 mit den Kapiteln 78 bis 80 an das Verwaltungsgericht Berlin:
Kapitel 78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht

Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch
Kapitel 79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz
1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen
Kapitel 80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission
Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile
Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch
Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 107)
Auf Seite 110:
"**Das Landgericht Wuppertal** hat darauf mit einem formlosen Brief unmissverständlich mitgeteilt, rechtliches Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens zu versagen. Dies steht im Gegensatz zu Art.103 Abs.1 GG sowie Art.34 GG, ist also mehrfach verfassungswidrig.
Erschwerend kommt hinzu, dass vom Landgericht mit Versagung von rechtlichem Gehör für die politisch motivierten Zerschlagungen sowohl die Zwangsversteigerung des Geschäftshauses der Opfer (6 T 296/11) erzwungen wurde
als auch die Verurteilung der Opfer (7 O 314/12) vorgenommen wurde, weil sie aufgrund von staatlich erzwungener Altersarmut seit 2010 die Beiträge zur Krankenversicherung nicht mehr bezahlen können (de facto keine Krankenversicherung seit 2010).
Das Landgericht ist in der abschließenden Instanz (26 Qs 146/13) auch verantwortlich für Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch und mehr, weil die Opfer die Beiträge zur Pflegeversicherung nicht mehr bezahlen können (Zerschlagungen 4 und 5). Auch der Präsident des Landgerichts (3132 E-2591) ist informiert.
Das Landgericht hat effizient zu allen Zerschlagungen beigetragen, will aber rechtliches Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens versagen. Es ist ein Missbrauch richterlicher Gewalt, wenn ein Gericht nur zerschlagen will, aber keinen Beitrag zu Schadenersatz leisten will. In der Gesamtsicht ist das verfassungswidrige Rechtsbeugung."

In Kapitel 80 zu Zerschlagung 1:
"**Der gesamte Schadenersatz-Anspruch ist 36 Mio EUR. Das Finanzierungsvolumen für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch wird auf 50 Mio EUR geschätzt."**

Der Schadenersatz-Anspruch aus Zerschlagung 2 und 3: **2 Mio €**

Frustrierend sind die aktuellen Diskussionen (2018) über ein Einwanderungsgesetz:
Offensichtlich werden auch Bäcker gesucht. Der verstorbene Bruder hat qualifizierte Bäckereiprodukte an über 40 EDEKA-Verkaufsstellen geliefert. Er wurde mit einer staatlichen Treib- und Hetzjagd in den Tod getrieben. Deutsche Humanpotentiale werden zerschlagen und der Zerschlagungsverlust anschließend mit einem Einwanderungsgesetz behoben.
Der professionelle Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution ist eine Folge politisch motivierter Zerschlagung, wäre nicht nötig und ist mit einem Einwanderer nicht möglich, so qualifiziert er auch sein mag. Das Zerschlagungsopfer wäre aber in der Lage. Professionelle Qualität für digitale Evolution im globalen Wettbewerb kann man nicht mit Einwanderern schaffen. Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit Selbstverschuldung, weil es im Jahr 2000 Digitalisierungsspitze im globalen Vergleich gewesen ist.
Das Humanpotential in der EU ist noch lange nicht erschlossen. Die Erschließung dieses Humanpotentials wird mit einem Einwanderungsgesetz verhindert.

Frustrierend sind die aktuellen Informationen (2018) über einen Digitalrat der Bundesregierung:
Das Zerschlagungsopfer hatte einen unschlagbaren Digitalrat, hochqualifizierte Congressleiter, die in jährlichem Turnus liefern mußten, "schwarz auf weiß" in den ISBN-nummerierten Congressbänden, zu machbaren Konditionen, weil das Zerschlagungsopfer alles ohne Subventionen finanzieren musste.
An diesem Umfeld sind seine Weltklasse-Höchstleistungen zu bewerten. Sieh Congressbände 1977 bis 2003:
http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Die Congressleiter erhielten im Gegenzug einen echten Mehrwert.
Sie waren auf "Fake Science" nicht angewiesen.
Sieh Schreiben an den Bundespräsidenten vom 25.Juli 2018:
" Besonders aktuell: **Fake Science.**
2018: Mehr als 5000 Wissenschaftler deutscher Hochschulen haben Forschungsarbeiten bei scheinwissenschaftlichen Verlagen veröffentlicht. Experten sprechen von einem "Desaster für die Wissenschaft".
Wir haben mit mehreren 100.000 Congressbänden den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen. Niemand außer mir war bis heute in der Lage,

Niemand außer mir war bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)

Rehabilitierungsanspruch auf professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution: Professionelles Instrumentarium nicht zum Nulltarif!
Die Europäischen Congressmessen für digitale Evolution hatten bis 2003 eine professionelle Datenbank zur Verfügung, die in Deutschland **führende Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland**
Nicht nur ein Neuaufbau ist erforderlich, sondern auch eine strategische Weiterentwicklung, bei der Weiterentwicklungen von Datenschutz und Digitalsicherheit, Digitalverwaltung, Künstlicher Intelligenz, IoT, Big Data, Cloud, Soziale Medien etc. ihren Niederschlag finden müssen. Wie kann man 15 verlorene Jahre seit 2003 wieder einholen?
Ohne Kapitaleinsatz ist das nicht möglich. Aus dem Weltmeister-Überschuss der deutschen Handelsbilanz und mit EU-Förderung zu finanzieren, weil Ländergrenzen überschreitende Leistungen der Europäischen Congressmessen!
Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000: **Exodus der deutschen Innovationselite in der Digitalbranche.**

Zu 118. Bundespräsident, der nicht antwortet, will auch keine Brücken bauen?
Solidargemeinschaft braucht Brückenfunktion
Bundespräsident sollte Brücken bauen, weil er als Kanzleramtschef (1999-2005) selbst für eine Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen Verantwortung trägt
Zerschlagungsopfer : Kein Weiter so mit hasskriminellen Übergriffen einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die politisch motivierte Sippenzerschlagung zu verantworten hat!
Deutscher Staat: Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten, aber keine Härteleistungen für Zerschlagungsopfer?
Vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben

Ein Bundespräsident, der nicht antwortet, will keine Brücken bauen. Bis heute werden alle Informationen über die Zusammenhänge von politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 20XX einfach unterdrückt. Wie lange noch? Wer die Vergangenheit nicht aufarbeitet, kann daraus nicht lernen, will nicht lernen.
Der Antrag auf öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten wird wiederholt, weil unverzichtbar.
Eine mögliche Brücke: Die Solidargemeinschaft des deutschen Rechtsstaates bei Umsetzung einer Umverteilungspolitik, insbesondere zur Verhinderung einer Perversion in eine Zerschlagungspolitik, hat bis heute völlig versagt.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 28)

Das Zerschlagungsopfer muss staatlich erzwungene Altersarmut hinnehmen. Unter Nutzung von Pfändungsschutzkonten! Mit verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer erdrückenden Beweislage werden bis heute jeder Schadenersatz und jede öffentliche Rehabilitierung verhindert. Anfang des Jahres 2007 hat das Bundesamt für Justiz vom Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof die Aufgaben im Bereich der Härteleistungen übernommen. Um Leistungen aus den bereit gestellten Haushaltsmitteln zu erhalten, ist es erforderlich, einen förmlichen Antrag zu stellen. Der vom Zerschlagungsopfer in 2016 gestellte Antrag auf **Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe** wurde ohne Begründung abgelehnt. Für das Zerschlagungsopfer ist es darüber hinaus diskriminierend, solche Härteleistungen überhaupt beantragen zu müssen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf

Das Zerschlagungsopfer erhebt Anspruch, wieder wie ein normaler Bürger ohne Zwangsmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto und ohne Pfändungsschutzkonto zu leben. Er beantragt daher eine angemessene Härteleistung. Aktuell wird vom Amtsgericht Velbert selbst die Bescheidung einer Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO unterdrückt, um die laufende Kontopfändung auf dem Pfändungsschutzkonto nicht zu stören:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf
Scroll down after link (page 29)

Für seine Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution hat das Zerschlagungsopfer keinen einzigen Cent Subvention erhalten, aber jede Menge Steuern entrichtet.

Der deutsche Staat hat maximal profitiert von seinen
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution,
mit Steuern, mit Innovationswachstum und mit einer traumhaften Gründerwelle von Startup-Abteilungen und Startup-Unternehmen,

von den Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit dem weltweit größten Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation
(Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang).

Mehrere 100.000 Congressbände mit ISBN-Nummerierung (beispielsweise, nicht subventioniert) wurden zum Aufbau der Digital-Branche von ihm in Deutschland auf eigene Kosten investiert und eingesetzt:
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, verantwortlich für politisch motivierte, bundesweite Sippenzerschlagung, verantwortlich für staatlich erzwungene Altersarmut,
verantwortlich für Freiheitsberaubung mit psychischer Folter:
Beantragt wird die unverzügliche Einstellung des Missbrauchs von Staatsgewalt.
Sieh 2.Brief an den Bundespräsidenten vom 25.Juli 2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 22/26)

Weltklasse-Leistungsträger beantragt vorrangig:
> Aufrechnung der Forderungen des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit Schadenersatz gemäß Zerschlagung 3.
> Aufrechnung der Forderungen der Sozialversicherungsträger seit 2010 mit Schadenersatz aus politisch motivierter Sippenzerschlagung gemäß Zerschlagung 1 und 2.
> Schnellstmögliche Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe durch das Bundesamt für Justiz (Sieh nächstes Kapitel).

Soziale Zerschlagung (Zerschlagung 4) und psychische Zerschlagung (Zerschlagung 5) nach staatlich erzwungener Altersarmut
mit Versagung von rechtlichem Gehör zu einer erdrückenden Beweislage für Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung ist ein Menschenrechte verachtender Missbrauch des Sozialstaates und des Rechtsstaates.

Missbrauch deutscher Justiz für psychische und soziale Zerschlagung mit Freiheitsberaubung und psychische Folter ist Gegenstand von aktuellen Verfassungsbeschwerden:

Missbrauch deutscher Justiz für Isolationshaft mit psychischer Folter:
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 1299/18 vom 18.Mai / 18.Juni 2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf
> > > Scroll down after link (page 29).

Missbrauch deutscher Justiz für psychische und soziale Zerschlagung:
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1618/18 vom 10.Juli 2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-23.pdf

Wenn eine Umverteilungspolitik in eine Zerschlagungspolitik mit Todesopfer umschlägt und pervertiert, dann ist dies von einem Rechtsstaat zu verhindern**:**
Das Opfer hat zudem die Zerstörung seines herausragenden Lebenswerkes hinnehmen müssen, aus dem der deutsche Staat großen Nutzen gezogen hat.
Mit der Zerstörung seines Lebenswerkes wurde ihm nachweislich ein **riesiger Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe** zugefügt: Staatliche erzwungene Altersarmut mit Nutzung eines Pfändungsschutzkonto ist die aktuelle Situation. Das ist Zerschlagung 1.
Extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen wird beklagt, weil die Zerschlagung auf die Sippe des Zerschlagungsopfers erweitert wurde:

Auf seinen Bruder wurde eine Treib- und Hetzjagd bis in den Tod veranstaltet:
Verlust eines Menschenlebens, totaler Vermögensschäden, Zerschlagung der deutschen Heimat, Nachlassinsolvenz des einzigen Rechtsnachfolgers und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf den Rechtsnachfolger (Unterzeichner). Das ist Zerschlagung 2. Sieh Seite 16 des ersten Schreibens.

Eine Umverteilungspolitik wird in der Regel von Staatsanwälten umgesetzt. Auch die Perversion einer Zerschlagungspolitik. Hier kommt ein dritter Täter hinzu: Der
Öffentlich-rechtliche Rundfunk ist beklagt, sich an der Zerschlagung direkt beteiligt zu haben und einen **direkten Schaden von mind. 100.000 €** verursacht zu haben. Das ist Zerschlagung 3. Sieh Seite 19 des ersten Schreiben an den Bundespräsidenten.

Soziale Sicherheitseinrichtungen der Solidargemeinschaft werden für soziale Zerschlagung missbraucht:
> Einerseits: Die Solidargemeinschaft des deutschen Staates bei Umsetzung einer Umverteilungspolitik, insbesondere zur Verhinderung einer Perversion in eine Zerschlagungspolitik, hat bis heute völlig versagt. Verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör zu einer erdrückenden Beweislage zu den Zerschlagungen 1, 2 und 3 wird beklagt.
> Andererseits: Das Zerschlagungsopfer wird heute von Gerichten und Staatsanwälten bedrängt, verfolgt und psychisch gefoltert, damit es seinen Verpflichtungen gegenüber den Solidargemeinschaften der sozialen Pflichtversicherungen erfüllt, die es aufgrund der staatlich erzwungenen Altersarmut nicht mehr erfüllen kann. Seit 2010, seit Auflösung umfangreicher Altersrücklagen, erhält das Zerschlagungsopfer keine Versicherungsleistungen mehr.

Auf der Täter-Seite wird völliges Versagen der Solidargemeinschaft des Rechtsstaates als einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut hingenommen, trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für den deutschen Staat,
auf der Opferseite werden die Verpflichtungen der Solidargemeinschaft der sozialen Versicherungen gnadenlos eingefordert, mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, obwohl seit Jahren keine Versicherungsleistungen mehr erbracht werden trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Versagung von rechtlichem Gehör für Schadenersatz, die einzige Ursache fehlender Beitragszahlungen ist.
Das ist soziale Zerschlagung (Zerschlagung 4) und psychische Zerschlagung mit psychischer Folter (Zerschlagung 5)
Sieh Verfassungsbeschwerden zu Missbrauch deutscher Justiz.

Kein Weiter so! Der rechtsstaatliche Anspruch auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch die beklagten Täter einschließlich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
nach Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
ist mit der Verantwortung eines Rechtsstaates (Staatshaftung) zu erfüllen.

Weil die Umverteilungspolitik seit 1998 zu unerträglichen Verwerfungen geführt hat, ist eine
öffentliche Stellungnahme und Zeugnis des persönlich involvierten Bundespräsidenten, mit persönlicher Beziehung und politischer Verantwortung zum Lebenswerk des Zerschlagungsopfers, zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, unverzichtbar
Daher: Wiederholung des Antrags auf öffentliche Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten ist begründet.

Velbert, 22.Aug. 2018

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

**Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator
unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution,
die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.**

Anlagen im Schriftsatz vom 31.Juli 2018

Anlage VG180730-1
Zweites Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
vom 25.Juli 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24)
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 22)

Anlagen im Schriftsatz vom 20.Juni 2018

Anlage VG180620-1
Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
vom 10.Juni 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24)
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Mai 2018:

Anlage VG180505-3
Antwort des **Dr. Guido Westerwelle** vom 10.Oktober 2007 auf Brief des Zerschlagungsopfers vom 28.Sept. 2007 gemäß Verteiler des beigefügten Schreibens an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007:
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf
wurde in Kopie versandt an
EU-Kommissarinnen und Vorsitzende von Bundestagsfraktionen:
Neelie Kroes, EU-Kommissarin für Wettbewerb
Viviane Reding,EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien
Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Dr. Guido Westerwelle, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

Anlage VG180505-6
Dokument zu "unterirdischer" Justiz eines Unrechtsstaates: Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 18.April 2018 nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)

Anlage VG180505-7
Schreiben vom 24.Mai 2017 (nach Rücksprache als PDF per Mail zugesandt) an **Horst Lorenz Seehofer**
Ministerpräsident des Freistaates Bayern
und Vorsitzender der CSU
mit Einladung zu Maischberger-Sendung, die wegen Rundfunk-Sperre des beklagten WDR nicht stattfinden konnte.

Anlagen des Schriftsatzes vom 31. März 2018

Anlage 18-03
Schriftsätze an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes vom 05.Jan.2018 und vom 18.Feb.2018 (gesamt 21 Seiten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 39)

Anlage 18-04
Schriftsatz an den Intendanten des WDR, des ZDF und des ARD-Vorsitzenden (Intendant des BR) vom 15.März 2018 mit Anforderung einer Stellungnahme noch in diesem Monat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Scroll down after link (page 117)

Anlage 18-05
Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) vom 12.März 2018 zu laufendem Antrag auf Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe seit Oktober 2016 nach Schriftsatz des Opfers vom 11.Dez.2017
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 16)

Anlage 18-06 mit den Dokumentationen DOK-03

DOK-03-01
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
"Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

DOK-03-02
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland,
Bundesminister Dr. Norbert Blüm
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
"Sozialpolitische Herausforderung im Zeichen neuer Technologien"
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für digitale Evolution
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

DOK-03-2
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Günter Rexrodt
Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf unserer ONLINE1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)
Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
(verstorben 2016 in Hamburg)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“
„Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

DOK-03-8
über 25 Jahre im Dienste der Digital-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Hier: Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Katalog der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Congressband I der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
(ISBN 3-89077-192-0, insgesamt 14 ISBN-nummerierte Bände der ONLINE'99)
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

DOK-03-9
Congressband-Verzeichnis ONLINE 1999, ONLINE 2000, ONLINE 2001
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001
Bundesminister Dr. Werner Müller<nicht erschienen trotz schriftlicher Zusage,
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie,
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage 18-07 (in DOK-03-9 beigefügt)
"Wir brauchen eine Gründungsoffensive"
WAZ-Interview vom 28.Feb.2018
mit dem designierten Wirtschaftsminister Peter Altmaier

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Jan.2015
Anlage 18-01
Schriftsatz vom 01.Jan.2018 zu Zerschlagung 5 durch skrupellose Staatsanwaltschaft: Politisch motivierte Zerschlagung seit 2011 (Amtsgericht Mettmann) mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Hier: Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers
und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 30)
Anlage 18-02
Sofortige Beschwerde vom 02.Jan.2018 wegen sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit (Zerschlagung 4): Zurückweisung einer Zwangsmaßnahme und Ablehnung eines Obergerichtsvollziehers im Auftrag einer Krankenkasse, die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf
Scroll down after link (page 14)

Anlagen des Schriftsatzes vom 21.Dez.2017
Anlage 1 zur Zerschlagung 3:
Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung durch den beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft mit einem nachgewiesenem Schaden von mindestens 100.000 €
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 200)
Anlage 2 : Vom Bundesamt für Justiz abgelehnt!
Antrag auf Härteleistung für
Opfer politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge und
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystem
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 16)
Anlage 3 zur Zerschlagung 5: Staatsanwaltschaft ein Sanierungsfall ?
Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung auf Staatskosten zur Zerschlagung 5
Extremistische Ausuferung von schikanierenden „Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011, Klageerzwingungsverfahren am BGH und
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 08.Nov.2017:
Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“
Schreiben vom 06.Nov.2017 an die DEBEKA Krankenversicherungsverein A.G.
Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“
Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert wegen Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 30.Okt.2017:
Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse
bei Prozess- und Verfahrenskostenhilfe (PKH-Verfahren Oktober 2017)
Anlage 171001 im Schriftsatz vom 20.Oktober 2017
Prozesskostenhilfe-Verfahren vom 17.04.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 06.Okt.2017:
Anlage BVERFG-A:
Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 29)
Anlage BVERFG-B:
Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 zu Zerschlagung 2
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage BVERFG-C:
Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept.2017 zu Zerschlagung 1
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 41)
Anlage DEBEKA-D:
Antwort vom 04.10.2017 zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom 21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
Anlage DEBEKA-E:
Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich erzwungener Altersarmut

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept.2017
Anlage 201709-01: Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der Obergerichtsvollzieherin Sonya Kreyenpoth im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal
Anlagen im Schriftsatz vom 01.Sept.2017
Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.
Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatz vom vom 28.Aug.2017 :
mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens (teilweise reduziert)
Seite 1 bis 84

Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:

Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage DOK-03-0
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Anlage DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)
auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/h5.htm

Anlage DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst**. “Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Anlage DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Anlage DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE’97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Anlage DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8
24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage DOK-03-9
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001
Bundesminister Dr.Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-04-1
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001
Anlage DOK-04-2
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002
Anlage DOK-04-3
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003
Anlage DOK-04-4
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Anlage DOK-04-5
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05
Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 6)

Anlagen in fortlaufender Nummerierung:
Bis dato wurden folgende Anlagen in den (Beweise)Ordner 1, 2, 3 zur Verfügung gestellt:

Anlagen im Ordner 1
Von den führenden ONLINE-Seminaren zu den
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Ordner 1

Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag
der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der
IT- und TK-Branche
> > > www.euro-online.de/h5.htm

Anlage 1.02: 1971 - 1980
Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress
Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal
Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal
Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD
in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich
1976-1979 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal
ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen
Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse
1980-1984 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Keynote Speaker > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111
ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf
3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation

Anlage 1.03: 1981 -1990
ONLINE'81 Düsseldorf
4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'82 Düsseldorf
5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'83 Düsseldorf
6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation
ONLINE'84 Berlin
7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMM'84 Essen
Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer
1985-1987 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
Keynote Speaker > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111
ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen
8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse
2.Deutsche Kommunikationsfachmesse
ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation
ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen
10.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren
4.Europäische Congressmesse für Technische Automation
1988-1991 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
11.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
5.Europäische Congressmesse für Technische Automation

ONLINE’89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE’90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Ordner 2
Europäischen Congressmessen vor und nach der Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000
ONLINE’91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
ONLINE’92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE’93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS’93 & OFFICES’93 Mainz Internationale Congresse für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE’94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS’94 TEL&COM‘94 OFFICES&DOC’94 CLIENT/SERVER‘94
Congressmesse Frankfurt/Main’94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE’95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

1996-1999 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
  Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
  8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und …Firmensymposien
  Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
  19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
  Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
  Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
  Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
  20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
  Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
  Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
  Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
  21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
  Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
  Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
  Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
  22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
2000-2003 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
  Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
  Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
  Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
  23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
  Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
  New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
  Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
  24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
  Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
  Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
  Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
  25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf

Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre ‘84 - ’87 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis ‘87 – ’90 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis ‘89 – ’92 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis ‘95 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis ‘98 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und 2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlagen im Ordner 3
Qualifizierte Information über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und über das deutsche Messewesen in 2004
Ausgewählte Kommunikation als Beweisunterlagen zur staatlichen Diskriminierung (politisch motivierte Zerschlagung)

Anlage 3.00: Übersicht Ordner 3
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998), bereits auf der ONLINE’84 in Berlin als Senatsdirektor der Berliner Senatsverwaltung, und auf der ONLINE 96 in Hamburg
Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft: Den Wandel aktiv gestalten

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines qualifizierten Zeitzeugen, Dr. Martin Weigele
> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf

Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung im Jahr 2002, Innovationsmarkt irreversibel vernichtet

Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):
„Das deutsche Messewesen ist ineffizient“
„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet“

Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht **. . .“**
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz

Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des **Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** in 2004 mit dem Ziel eines Comeback

Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg

Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)

Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004

Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004

Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE’91 des Klägers
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung

Anlage 3.51:
1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf
2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf

Anlage 3.52:
Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf

Anlage 3.53:
Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf

Anlage 3.54:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf

Anlage 3.55:
Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf

Anlage 3.56:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf

Anlage 3.57:
Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf

Anlage 3.58:
Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 -
Ihre Vision für Niedersachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf

Anlage 3.59:
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005

Anlage 3.61:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf

Anlage 3.62:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 -
Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf

Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 -
Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf

Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 -
„Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche

Anlage 3.71:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf

Anlage 3.72:
Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf

Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort
Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf

Anlage 3.74:
Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf

Anlage 3.75:
Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf

3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen? Die Hoffnung stirbt zuletzt

Anlage 3.81:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf

Anlage 3.82:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -

Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum:
Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf

Anlage 3.83:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf

Anlage 3.84:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf

Anlage 3.85:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf

Anlage 3.86:
Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom 11.01.2010 -
Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf

Anlage 3.87:
Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf

Anlage 3.88:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf

3.9 Petition an den Deutschen Bundestag
Deutscher Bundespräsident, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten

Anlage 3.91:
Petition an den Deutschen Bundestag 03/2010-01/2012
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf
Fortsetzung in Anlage 6.1

Anlage 3.92:
Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf

Anlage 3.93:
Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf

Anlage 3.94
Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011
anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf

Anlage 3.95:
Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 3.96
Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012
und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf

Anlage 3.97
Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf

Anlage 4.01:
Analyse IT-Gipfel: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik

Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv
Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)
Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller
Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):
Congressband I Telekommunikation & Netze 2000
Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking
Congressband III Enterprise Networks & Call Centers
Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management
Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business
Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML
Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management
Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing
Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale
Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr
Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen
Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse
Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:
ONLINE Congressbände 1976-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.
Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb)
infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung
Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.
5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014
5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014
5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566)zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf

Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)
Pet 1-17-09-703-005442
Ergänzungen zu Anlage 3.91
6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)
6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)
6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)
6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt
trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c
6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – **Deutschland wird digitale Kolonie**
Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine **Investitions**offensive an – **Innovations**offensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler
(Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen
als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in Ordner 3:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlagen im Schriftsatz vom 27.03.2015
Anlage 06-OVG: Einladung des Senats von Berlin zum Senatsempfang anlässlich der ONLINE’84: Begrüßung und Eröffnung durch Senatsdirektor
Dr. Günter Rexrodt
Anlage 07-OVG: Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt auf der ONLINE’96 in Hamburg
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Legende mit Kapitelnummerierung

Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, staatlich motivierte Zerschlagung)

Klageerhebung mit Schriftsatz vom 15.06.2014
01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolglose Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter

Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung
Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes
Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter
13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben
Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung
Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.
14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000. Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben“:
Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .
das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
Europarat
Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung
wird behindert?
16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,
Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,
Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG
Die ausführliche Klagebegründung auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 31.10.2014
17. Antrag zur weiteren Vorgehensweise:
Kläger-Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung.
Hauptklagepunkt ist der Vorwurf der politisch motivierten Zerschlagung. Ohne eine Entscheidung über den Hauptklagepunkt ist eine Bewertung des Schadenersatzes unmöglich.
Daher: Rückstellung aller Entscheidungen zum Schadenersatz, Unterlassung von nutzlosem Aktionismus, der nur weitere Zeitverzögerungen verursacht.
18. Bundesrepublik verhindert seit 2010 ein rechtsstaatliches Verfahren für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 in Deutschland und Europa.
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert rechtsstaatliches Verfahren mit dem Vorwand nicht zuständig zu sein, obwohl die aktuellen Rechtshängigkeiten mit Gerichtsverfahren seit Sommer 2013 unbestreitbar sind und verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 permanent zum Nachteil des Opfers entschieden werden.
In keinerlei Weise hinnehmbar: Kläger wird vom Verwaltungsgericht Berlin simultan seit längerem unter Druck gesetzt, obwohl das Verfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf in vollem Gange ist.
19. Vorrangig: Rechtsanspruch auf Rehabilitierung für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und politisch motivierter Zerschlagung
Nachgeordnet: Rechtsanspruch auf Schadenersatz
Zu klären mit rechtsstaatlichen Verfahren:
Herausragende Leistungsmerkmale der Congressmessen des Klägers
mit dem weltweit größten Congressangebot
mit Integration von Information und Weiterbildung zu 32 Innovationsschwerpunkten
mit flächendeckender Besucherwerbung und
mit nachhaltiger Dokumentation

20. Hochqualifizierte Congressbände der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH für nachhaltigen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Antrag auf Besichtigung des Congressband-Archivs durch das Gericht zur Anerkennung des Rechtsanspruchs auf Rehabilitierung
Antrag auf Unterlassung judikativer Verzögerungen durch Beschlüsse zum Schadenersatz, der nur nachgeordnete Priorität (nach Klärung des Rehabilitierungsanspruchs) haben kann
21. Zukunftsperspektive Congressbandarchiv:
Professionelle Dokumentation
hochqualifizierter Zeitzeugen in hochwertiger und umfassender Form
auf dem Weg zur digitalen Informationsgesellschaft
Innovation durch Telekommunikation
Über 260 Congressbände (mehr als 1100 Exemplare) zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 12.11.2014
22. Unerträglich: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch Zerschlagung des Congressmesse-Archivs, um Beweise für den Anspruch auf Rehabilitierung zu beseitigen
Kläger bietet an: Besichtigung des kompletten Congressmesse-Archivs im Privathaus
Kläger hat Zeugenaussagen hochqualifizierter Congressleiter beantragt
23. Bayerische Verwaltungsjustiz in Regensburg, München und Ansbach: Trittbrettfahrer der politisch motivierten Zerschlagung durch gnadenlose Ausnutzung der von deutscher Bundesregierung verschuldeten Notlage des Klägers vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.
Über 20 Jahre Treib- und Hetzjagd auf den Bruder des Klägers (des einzigen Erben), in den Tod getrieben, einen Vorzeige-Betrieb in eine verrottende Ruine verwandelt.
Einzige Möglichkeit des erbenden Klägers: Nachlassinsolvenz.
Nach bewiesener Rechtsbeugung und Grundstücksmanipulation mit NS-Dokumenten aus 1943 durch das Landratsamt Tirschenreuth und Verwaltungsgericht Regensburg:
Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152)
Daher Antrag auf Beiladung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof
24. Deutsche Bundesregierung: 100 % Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung
Deutsche Justiz: 100 % Verantwortung für katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Spitzenleistung der Kreispolizei Mettmann: Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehls, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung
25. Aufgrund aktueller Entwicklungen: Antrag auf Fortsetzung des Schadenersatz-Verfahrens vor dem Landgericht Wuppertal
nach Anerkennung des vollen Rehabilitierungsanspruchs
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 08.12.2014
Antwort auf Schriftsatz der Beklagten vom 18.11.2014
26. Beklagte sprachlos und Diskriminierungs-blind ,
weil Wahrheit über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, politisch motivierte Zerschlagung) von der Bundesregierung bis dato
gedeckelt, verzerrt und gebeugt wird
Sprachlosigkeit und Blindheit für Diskriminierung in Stellungnahme zum Hauptteil mit umfangreicher Begründung unter der Überschrift „Zum restlichen Vorbringen des Klägers“
27. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung einer Prozesskostenhilfe unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2a der Beklagten)
Missbrauch eines PKH-Verfahrens zur weiteren Zeitverzögerung?
Kuh-Handel mit Grundrechten als Schmiermittel?
Einteilung in bemittelte und unbemittelte Personen?

28. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2b der Beklagten)
Situationsanalyse 2014 aus der Sicht des Klägers:
Politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Unternehmers
mit einem professionell operierenden Unternehmen,
mit einem exzellenten Lebenswerk,
mit ansehnlichen Altersrücklagen
Gipfel der Diskriminierungsblindheit: „Nicht ersichtlich, durch welche Handlungen der Beklagten im Zusammenhang mit der UMTS-Auktion der Kläger diskriminiert worden wäre“
29. Kläger 2000 und 2001: Europäische Congressmessen ONLINE nach 25 Jahren im Zenit für Innovationswachstum
Digitales Deutschland 2000: Spitzenstellung im globalen Vergleich vor der Innovationswende durch staatliche UMTS-Auktion 2000
März 2010: Petition an den Deutschen Bundestag als letzter, verzweifelter Versuch des Klägers, Abhilfe von extremer Diskriminierung durch betonierte Kommunikationsverweigerung zu erreichen
Dez. 2011: Petition an den Deutschen Bundestag mit umfangreichen Eingaben wird als Nr.32 in einem Massengrab des Bundestags trotz massiver Gegenwehr versenkt
Dez. 2014: Deutscher Bundestag arbeitet am Volk vorbei
Dez. 2014: Deutschland ist zur digitalen Kolonie von USA und China degeneriert
Datenschutz und Datensicherheit: Schwerpunkt-Thema des Klägers seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetzes in den 1970er Jahren
Deutschland 2014 und Beklagte im Würgegriff des NSA
Deutschland 2014 befindet sich im NSA-Würgegriff, die Beklagte hat leitende Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung des Klägers, für den Datenschutz und Datensicherheit Schwerpunkt-Thema seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetz in den 1970er Jahren ist.
Petition chancenlos, weil politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Congressmesse-Veranstalter mit Unterstützung durch die Beklagte Zielsetzung war Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“ (Punkt 2c der Beklagten)
30. Congressband-Archiv mit hochwertigen Beweisunterlagen ist unverkäuflich (Punkt 2d der Beklagten)
Besondere Bedeutung des Congressband-Archivs und seiner Zukunftsperspektive im Zusammenhang mit der Rehabilitierung des Klägers ist unbestreitbar
Zuständigkeit des Landgerichts Wuppertal für Klage auf Schadenersatz nach Abschluss der Klage auf Rehabilitierung: Siehe auch Kapitel 25
Deutsche Verwaltungsjustiz kann Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn es den Weg freimacht für ein längst fälliges Rehabilitierungsverfahren, das der Wahrheit zum Durchbruch verhilft
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 22.12.2014 mit Einsprüche gegen und Anträge auf Richtigstellung zu den Beschlüssen VG 27 K 496.14, VG 27 K 308.14 vom 08.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
31. Beschreibung der Beklagten in den Beschlüssen ist unzutreffend und irreführend:
Wer wird denn wegen politisch motivierter Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers in Deutschland beklagt?
32. Beschreibung der Klagebegründung im Beschluss VG 27 K 496.14 ist total mangelhaft, ebenfalls irreführend und entsprechend der Mängel ebenfalls eine juristische Fortsetzung der totalen staatlichen Diskriminierung des Klägers:
Was wird denn eigentlich beklagt?
Mehrfacher Verstoß gegen Art. 34 GG: Nicht nur
> Grobe Fahrlässigkeit durch einen Markteingriff mit einem Horror-Auktionsbetrag generiert verheerende Folgewirkungen, sondern auch
> Vorsätzliche Verletzung der Amtspflicht durch gnadenlose Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch staatliche Diskriminierung des privatwirtschaftlichen Unternehmers mit ausgewiesener Professionalität
33. Beschlüsse sind widersinnig, weil der letzte Schritt vor dem ersten Schritt gemacht wurde und weil die Beschlüsse tatsächlich überhaupt nicht erforderlich waren:
Fundierte Qualitätsmängel der Beschlüsse nicht zumutbar für den Kläger
Beschlüsse sind reine Gefälligkeitsbeschlüsse gegenüber einer übermächtigen Beklagten

34. Entscheidung über Verfahrenskosten ist nicht hinnehmbar:
Kläger weist jede Kostenverantwortung für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zurück
Beschlüsse sind sittenwidrig, weil dem Kläger in Anbetracht eines verheerenden Schadens weitere Kosten für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zugemutet werden
35. Rechtsmittelbelehrung ist nach Verweigerung der Prozesskostenhilfe seit 2011 nur eine Verhöhnung des Klägers
Verhöhnung, weil der 27.Kammer bekannt ist, dass anwaltlicher Vertretung vor dem Oberverwaltungsgericht wegen der von der Beklagten verschuldeten Notlage und Altersarmut nicht möglich ist und weil von der 27.Kammer seit 2011 Prozesskostenhilfe verweigert wird
36. Keine Beschwerde gegen Abtrennung des Schadenersatzverfahrens, das sowieso vor dem Landgericht Wuppertal durchzuführen ist
sondern Beschwerde nur gegen mangelhafte Ausführung der Beschlüsse, die lediglich weitere Zeitverzögerungen wegen Richtigstellungen verursachen, die von der 27.Kammer zu verantworten sind, und nur gegen
Kostenverantwortung des Klägers für Gefälligkeitsbeschlüsse zugunsten einer übermächtigen Beklagten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 02.01.2015 mit Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG und Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
37. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer
gemäß §§198 ff GVG
Kläger hat in extremer Weise unter den materiellen und immateriellen Nachteilen eines überlangen Gerichtsverfahrens zu leiden
2011-2014: Katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Vom Verwaltungsgericht Berlin (2011) zum Verwaltungsgericht Berlin (2014)
38. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer seit 06.04.2011 gemäß §§198 ff GVG
Erste Verzögerungsrüge an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in 2011
Beweis für staatliche Diskriminierung: Sprachlosigkeit der Verwaltungsjustiz bei Verzögerungsrüge und keinerlei Unterstützung der Eigeninitiative des Klägers zu einer außergerichtlichen Einigung
39. Verzögerungsrüge an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Eigenberechnung des geltend zu machenden Verzögerungsschadens unter Beachtung der Vorgaben des EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) und §§198 ff GVG
40. In allen Gerichtsverfahren von 2011 bis dato,
an Verwaltungsgerichten, Amtsgerichten, an Zivilkammern und Strafkammern der Landgerichte, an Oberlandesgerichten, in mehreren Verfassungsbeschwerden am Bundesverfassungsgericht und in der Individualbeschwerde am EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte),
ausschließliche Begründung ob als Kläger, Beschwerdeführer oder Beklagter: > > > > > > Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und staatlicher Diskriminierung mit dem Ziel politisch motivierter Zerschlagung.
Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014
Zu beklagen: Überlange Dauer des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens an der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin als Ursache extremer materieller und immaterieller Nachteile seit 2011
41. Antrag auf umgehende Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs
Rehabilitierung: Nicht nur ein Recht des Klägers, sondern vielmehr eine Verpflichtung der Beklagten
Zerstörtes Lebenswerk des Klägers: Digitale Evolution
Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Deutschland zur digitalen Kolonie von USA und Fernost degeneriert
Neujahrsansprache der beklagten Bundeskanzlerin: Gemeinsame Herausforderungen meistern, zum Beispiel die digitale Revolution. . .
Ohne Rehabilitierung des Klägers hat das in Deutschland einzigartige Congressmesse-Archiv als historisches Vermächtnis anerkannter Zeitzeugen keine Perspektive > > > daher unverzichtbar im Interesse Deutschlands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 26.01.2015 mit Beschwerde gegen Beschluss vom 06.01.2015 (eingegangen am 15.01.2015) und wiederholtem Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung

42. Rechtsmittel der Beschwerde
im Rahmen des Prozesskostenhilfeverfahrens
an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Mehrfach diskriminierendes Rubrum: Verstoß gegen Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
43. Rubrum: Vorangestellte, kurze Zusammenstellung eines juristischen Dokuments mit dem Zweck, den folgenden Inhalt schon am Anfang richtig einordnen zu können
Aktivrubrum mit Angabe relevanter Berufstätigkeit gemäß § 117 VwGO
44. Unterdrückung der verantwortlichen Bundesregierung im Passivrubrum: Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG, Gleichheit vor dem Gesetz)
Mit Recht zurückzuweisen:
Irreführende Reduzierung der Klage der politisch motivierten Zerschlagung auf Angabe eines legalen Verwaltungsaktes, der staatlichen UMTS-Auktion 2000
45. Nicht nur missverständlich, sondern irreführend schon das Rubrum, weil mit umfassenden Beweisunterlagen in Ordner 3 vorgetragen:
Politisch motivierte Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers mit herausragenden Weltklasse-Leistungen
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Strafrechtliche Bedeutung des Rubrums zur Verhinderung einer besonders schlimmen Rechtsbeugung
46. Unerträglich: Fortsetzung der Diskriminierung am Verwaltungsgericht Berlin schon im Rubrum der juristischen Dokumente
Rehabilitierung unverzichtbar, weil
nicht nur die beklagten Staatsorgane Bundeskanzler/Bundeskanzlerin und Bundesregierung involviert sind,
sondern auch die Staatsorgane Bundespräsident und Deutscher Bundestag ausführlichst informiert sind
47. Längst überfällige Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs: 1.Schritt der Rehabilitierung.
Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung und damit verbundene Maßnahmen mit Bezug auf das Schreiben der Beklagten vom 26.11.2014 (eingegangen13.12.2014) und Schreiben des Klägers vom 02.01.2015 (Kapitel 41)
48. Rehabilitierung durch Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen im Vorfeld und mit Synergie zur Hannover-CeBIT:
Weltweit größtes Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von Telekommunikation, Internet, IoT, IT, digitaler Evolution
Professionelle Unterstützung der digitalen Revolution und des Innovationswachstums mit Innovationsoffensiven der Congressmessen
International wettbewerbsfähiges Innovationswachstum kann man nicht verwalten, sondern man muss es unternehmen
49. Nach EZB-Entscheidung: Investieren in den Aufschwung in Europa und Diskriminierung des Klägers beenden durch Rehabilitierung
Neue Herausforderung: Verhinderung von Multimilliarden-Gräber durch Kapital-Tsunami
Beschwerde gegen Fortsetzung der Diskriminierung überfällig und massenhaft bewiesen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 30.01.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit

Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss des 11.Senats vom 14.01.2015

50. Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss vom 14.01.2015 (eingegangen am 19.01.2015)
Entscheidungserheblichkeit der Gehörsrüge: Valide und zweifelsfrei
Fortsetzung der Diskriminierung unerträglich, weil Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG)
51. Parallele Diskriminierung des Klägers im Rubrum juristischer Dokumente der 1. und 2. Instanz:
Verstöße gegen § 117 VwGO, Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
Antrag auf nicht diskriminierende Ausführung des Rubrums

52. Missbrauch des Vertretungszwangs i.V.m. fortgesetzter Diskriminierung zur Verhinderung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
Intensive Bemühungen des Klägers um qualifizierte anwaltliche Vertretung ohne Erfolg, von der informierten 27.Kammer gnadenlos ausgenutzt
Dem Kläger wird de facto ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung verweigert
53. Verwaltungsgerichte wollen und können ein rechtsstaatliches Verfahren nicht mehr gewährleisten
Mit der Ablehnung von PKH-Anträgen: Verstoß des Klägers gegen den anwaltlichen Vertretungszwang vom 11.Senat erzwungen
Beschluss des 11.Senats verstößt gegen das Prozess-Grundrecht des Klägers, weil eine anwaltliche Vertretung de facto ausgeschlossen
Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.20 Abs.3 GG)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Stellungnahme zu Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt europäischer Wehklagen (Anlage 6.5)
„Wir haben das Spiel in der IT-Branche bereits verloren“
„Wir brauchen eine Überlebensstrategie“
54. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum:
Kläger hat Anspruch auf Rehabilitierung in Deutschland, in deutschen Bundesländern und in Europa
55. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum:
Europäische Congressmessen des Klägers
haben besonderen Anspruch auf europäische Förderung insbesondere durch einen mutlosen EU-Digital-Kommissar
Rehabilitierungspotentiale bei der EU-Kommission durch die Beklagte zu erschließen, weil kein passender Finanzierungsmechanismus
56. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum:
Kläger hat besonderen Anspruch auf direkte und indirekte Nachteile, auf materielle Nachteile und immaterielle Nachteile (Schmerzensgeld) durch überlange Diskriminierung und überlange Gerichtsverfahren, durch Rechtsbeugung, . . .
57. Durch sofortige Rehabilitierung: Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum.
Erster Schritt: Anerkennung des Rechtes auf Rehabilitierung in vollem Umfang
Alternativ: Juristische Klärung materieller und immaterieller Nachteile mit Staatshaftung für massive Verstöße gegen das Grundgesetz, für überlange Diskriminierung, für überlange Gerichtsverfahren, für skandalöse Rechtsbeugung, für Missbrauch von Staatsgewalt . . .und abschließender Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 10.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Stellungnahme zu den 3 formlosen Briefen mit den Aktenzeichen
OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15 des Vorsitzenden Richters des 11. Senats
Klärungsbedarf zu 4 Aktenzeichen, Nachsendung eines zusätzlichen Schriftsatzes vom 30.01.2015 (Anlage 04-OVG)
58. Formlose Briefe im 3er-Pack mit unterschiedlichen Aktenzeichen: Wiederholter Klärungsbedarf mit ständig wiederkehrender Rechtfertigung anstatt Fortschritte gerichtlicher Klärung der Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagung
59. Nach politisch motivierter Zerschlagung seit 15 Jahren:
Technische Büroausstattung und finanzielle Ausstattung des Klägers sind den verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen nicht mehr gewachsen
Kläger wehrt sich mit Recht gegen verschwenderischen Umgang mit hochwertigen, historischen Dokumenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 12.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Nachsendung in 2-facher Ausfertigung mit Fortsetzung der Klageeingaben an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin in Anlage 05-OVG
60. Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
anstatt juristischer Abwimmelung und Abservierung mit verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen
Antrag auf Stellungnahme zu den Anträgen der Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 27.03.2015 an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Anhörungsrüge wegen unanfechtbaren Beschluss (OVG 11 L 3.15 / OVG 11 L 4.15) vom 11.03.2015 und Stellungnahme zu unanfechtbaren Beschluss OVG 11 RL 3.15 vom 11.03.2015, auch ohne verfügbare Rechtsmittel nicht hinnehmbar
61. Politisch motivierte Zerschlagung eines weltweit herausragenden Lebenswerkes des Klägers: Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Kläger: Gründer, Planer und Organisator der Congressmessen
Unternehmen des Klägers (des einzigen geschäftsführenden Gesellschafters einer GmbH): Veranstalter der Congressmessen
62. Niemand in Deutschland hat ein vergleichbares Know-how als
Gründer, Planer und Organisator derartig weltweit herausragender Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Kläger hat dieses herausragende Know-how aus über 25 Jahren Praxis, das ihm Richter eines Oberverwaltungsgerichtes nicht aberkennen können
63. Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH erstellt von 2004 bis 2011 qualifizierte Congressmesse-Projektvorschläge für digitale Evolution
Verweigerung jeglicher Kommunikation der Beklagten mit dem Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen, weil ein privatwirtschaftlicher Leistungsträger unerwünscht ist und mit politisch motivierter Zerschlagung aus dem Weg geräumt werden soll
Heute ist Deutschland digitale Kolonie, Projektvorschläge des Klägers blieben ohne Antwort und ohne Beachtung
64. Unanfechtbare Beschlüsse (§152 Abs.1 VwGO) der Verfahren OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15:
> Schläge in das Antlitz der Justitia
> Verstöße gegen Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention
> Rubrum, Tatbestand und Tenor der Beschlüsse: Rechtswidrig, sachwidrig und daher diskriminierend
> Diskriminierende Beschlüsse sind und bleiben rechtswidrig, auch wenn keine Rechtsmittel mehr zugelassen werden
> Grundrecht des Klägers: Ablehnung der Kostenverantwortung für diskriminierende Beschlüsse bei anhörungsresistenter Fortsetzung der Diskriminierung
65. Unverzichtbare Rehabilitierungsansprüche, längst beantragt vom
Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen
Mittelstandspotentiale für Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum zu erschließen, ist ein kostbares Know-how aus über 25 Jahren Europäische Congressmessen

Schriftsatz vom 28.04.2015 an den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg, Antwort auf das Schreiben des Herrn Dr. Schreier vom 10.04.2015 (eingegangen am 15.04.2015)
66. Situationsanalyse April 2015 zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren:
Solange eine inhaltliche Bewertung des vorgelegten, umfangreichen und qualifizierten Beweismaterials verweigert wird und auch keine Zeugenaussagen zugelassen werden, wird auch das Recht auf Rehabilitierung verweigert.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf
Scroll down after link (page 88)

Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.
Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz / Staatshaftung
67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -
Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)
mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,
mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger)
(Zerschlagung 4) und
wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)
und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution
über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als
Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten
aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,
aus Deutschland, Europa und weltweit
Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum mit digitaler Evolution
Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000
ohne den Hauch einer Chance für das Opfer
Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung
Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:
Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlachtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung
Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.
Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance
70. Gigantische Umverteilungsoperation durch
grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG
Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des
nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen
Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen
Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.
71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17, Anlage BVG-01) und
extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW
(Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17, sieh
Anlage BVG-02):
Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz
Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)
Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.
Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Sieh Zerschlagung 3
Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslwakei (1992) Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000
Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.
73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens,
ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung
Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO
Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können
Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf

Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung
74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu
Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen
Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist
Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit
politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden

Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik
Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden
76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte
Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte
Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar
77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist Rehabilitierungsanspruch.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 62)

Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017) nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren

78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht
Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch
79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz
1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen
80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für
digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission
Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile
Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch
Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 107)

Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am 31.98.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017

81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen
für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa
82. Unverzichtbar: Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld
für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge
für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa,
für die Treib-und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod,
für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 144)

Schriftsatz vom 06.Sept.2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer Zwangsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu Urteil mit Rechtsbeugung
in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017

83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: Hier politisch motivierte Zerschlagung 5
Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
Zwangsmaßnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör zur staatlich erzwungenen Altersarmut seit 2011
Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld
wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers,
wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält
84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution
Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für herausragende Verdienste für Deutschland und Europa
mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 178)

Schriftsatz vom 06.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über 10.000 EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden Kosten, Zinsen, Gebühren . . .

85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:
Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte
September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Anlage

86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich
medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung, für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter
(Zerschlagung 5)
für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden,
für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen
für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut (Zerschlagung 4)
für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2)
für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung,
für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre)
auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 212)

Schriftsatz vom 20.Okt.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017)
87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten Rechtsanwalts
Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht) mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer
zu PKH-Konditionen
Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in 2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind wegen forcierter Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012
88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?
Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden, ohne auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?
Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet: Inhaber von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten
Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf Terminverschiebung der Rehabilitierung bis nach Klärung von Schadensersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März 2017) zurücknehmen zu können und
weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der Wiederaufbauphase u.a.m.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 250)

Schriftsatz vom 30.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017) mit Anlieferung der PKH-Unterlagen ohne Perspektive für eine anwaltliche Vertretung

89. Von Zweifeln zur Gewissheit: Anspruch auf qualifizierte anwaltliche Vertretung zu PKH-Konditionen nicht umsetzbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation selbst für qualifizierte Rechtsanwälte zu komplex
PKH-Konditionen für qualifizierte Rechtsanwälte abschreckend
Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen, Anspruch auf Förderung für Entwicklung und Abstimmung konkreter Konzepte
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 284)

Schriftsatz vom 08.Nov.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017): Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

90. Justizopfer als Ergebnis der Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge trotz herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts) und:
Alle Staatsorgane waren informiert und haben (sich) versagt
91. Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
Justizopfer ohne Chance einer qualifizierten anwaltlichen Vertretung
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 316)

Schriftsatz vom 21.Dez.2017 mit Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

92. Klage-Eröffnung 2010: Deutschland ist digitale Kolonie. Kläger wusste nicht, dass er Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik geworden ist.
Digitale Kolonie 2014: Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige, Investitionsoffensive auf Bayern minimiert
Digitale Kolonie 2015: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger &
Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“
Deutschland kann die digitale Sicherheit nicht mehr gewährleisten.
Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa
Digitale Kolonie 2017: Europa wächst – und verliert (ZVEI: Der Halbleitermarkt 2017)
Deutschland hat den digitalen Trend längst verschlafen (Weltweiter Telekommunikationsriese Vodafone, Dez.2017)
Deutsche und europäische Konzerne wollen lieber in den USA und Fernost investieren: Nicht nur in der Digital-Branche. Nach Aufbau Ost kommt Abbau Ost. Sieh Görlitz 2018.
Weil kein Innovationswachstum aus Mittelstandspotentialen wegen Unternehmens-Genozid der Innovationselite!
System Deutschland ein Sanierungsfall?
Hat das Grundgesetz nur noch ein Grundrecht für Asylanten?

93. Weisungsgebundene Staatsanwaltschaft 2017 mit beklagten Bundeskanzleramt als Weisungsgeber: Ein Sanierungsfall?
Zurückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Kreisverwaltung Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017)
wegen wiederholter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
nach Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017,
nach Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und
nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung
Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft zum Zwecke der physischen Zerschlagung des Justizopfers: Aktenkundig beim Bundesverfassungsgericht (Zerschlagung 5)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf

Schriftsatz vom 05.Jan.2018 mit Fortsetzung der Klage in 2018 auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

94. Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: 20 Jahre
Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen
95. „Weihnachtsgeschenke 2017“ staatlich erzwungener Altersarmut als Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel
von krimineller Hassjustiz skrupelloser, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft und von sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem:
zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
zu sozialer Zerschlagung unter dem Deckmantel sozialer Sicherheit
Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
96. Verheerende Folgewirkungen einer unsäglichen Umverteilungspolitik gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Europäische Congressmessen des Opfers zerschlagen, obwohl:
Systemrelevant für digitales Innovationswachstum, mit Vorrang für Chancen der Digitalisierung, aber mit Verantwortung für Risiken
Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit verheerender Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:
Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG
Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung, sieh Anlage 18-01
Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, sieh Anlage 18-02
Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager bei der Risikobeherrschung in der Digitalisierung
Deutsche Justiz längst Teil dieser schlimmen Entwicklung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 39)

Schriftsatz vom 18.Feb.2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
97. Deutschland hat „schleichende“ Staatskrise, ohne sie zu erkennen
Schlimmer als in Indien: Umverteilung in die Kaste der Rechtlosen
mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit tödlichem Ausgang
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Bemühungen des Klägers um Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu einer schleichenden Staatskrise, die von der gegenwärtigen Gesellschaft inzwischen als Normalzustand empfunden wird
Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem
Kein Weiter so! Neubeginn mit Aufklärung der Öffentlichkeit.
System Deutschland hat Sanierungsbedarf.
98. Erinnerung mit Ausführungen aus alten Schriftsätzen an
angemessene Rehabilitierung, angemessene Würdigung des Lebenswerkes und angemessener Schadenersatz
für professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
mit Integration des Digital-Gipfels
Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 84)

Schriftsatz vom 31.März 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
99. Jetzt: Gigantische Umverteilungspolitik und Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
mit politisch motivierten Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
mit eskalierender, staatlicher Übergriffigkeit
durch gegenseitige Amtshilfe
durch gegenseitige Regierungshilfe
durch Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner
durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ohne Sinn und Verstand
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
100. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
im Zuge der Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner (Zerschlagung 3, gebührenfinanzierter Staatsrundfunk) mit einem nachgewiesenen Mindestschaden von 100.000 €
Rechtshängig beim Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 5854/13
mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 18.Jan.2018 mit Handlungsbedarf der 27.Kammer
Arrogante Versagung jeglicher Kommunikation des ÖRR trotz terminierter Aufforderung zur Antwort seit 2007
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
101. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
hier im Zuge gegenseitiger Amtshilfe für das beklagte Bundeskanzleramt und beklagte Öffentlich-rechtliche Vertragspartner
Hier: Gegenstandsloser Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) nach Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe als

Beweis für gegenseitige Amtshilfe bei der Durchsetzung gigantischer Zerschlagungspolitik durch das beklagte Bundeskanzleramt (Anlage 18-05) trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
102. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer
seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
hier im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe für die beklagte Bundesregierung durch die beklagte Bayerische Staatsregierung
mit gnadenloser Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd nach dem Tod seines Bruders auf das Zerschlagungsopfer als seinen einzigen Rechtsnachfolger, in NRW!
103. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener Rehabilitierung
für professionellen Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:
Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 125)

Schriftsatz vom 05.Mai 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution und diversen Anträgen
104. Kampf gegen die Mauer des Schweigens: Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält. Daher
> Erinnerung an Umsetzung von
angemessener Rehabilitierung mit Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
> Neue Klage 2018 auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen schikanierende Zwangsmassnahmen eines diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Westdeutschen Rundfunks
105. Opfer politisch motivierter Zerschlagungen durch
brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998, bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im Jahr 2000 erst, nachdem mit vorhergehenden Maßnahmen zwar Schaden, aber nicht die geplante Zerschlagung erreicht wurde
Überwindung der Mauer des Schweigens unverzichtbar:
Lückenlose Aufklärung der Zusammenhänge von
gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
106. Längst überfällig: Transparenz und Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Verantwortung des Politikers und Chefs des Bundeskanzleramtes
Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Verantwortung für bundesweite Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
Eskalation von politisch motivierten Zerschlagungen durch brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998, bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen und Verfahren:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Teuflisches Unrechtssystem: Opfer wird für verheerende Folgewirkungen von politisch motivierten Zerschlagungen verantwortlich gemacht (soziale Zerschlagungen Z4 und Z5)
Antrag auf Befragung / öffentliche Stellungnahme des Politikers und Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
107. Bundesweite Eskalierung zum Abschuss einer "vogelfreien" Sippe: Umsetzung mit einer weisungsgebundenen, skrupellosen Staatsanwaltschaft, mit bundesweiter Weisung aus dem beklagten Bundeskanzleramt und
mit Weisung aus der beklagten bayerischen Staatskanzlei selbst in NRW
"Unterirdische" Justiz mit psychischer Zerschlagung durch einen Unrechtsstaat: Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit bundesweiter Eskalation zur Sippenzerschlagung, mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden
"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Erklärung von staatlichen Übergriffen nach Rechtsbeugung als "rechtskräftig", mit Rechtskraft zu Missbrauch von Staatsgewalt
"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Parallele Verfolgung in Verfahren an zwei Amtsgerichten gleichzeitig
Ablehnung durch das Opfer wegen politisch erzwungener Altersarmut: Kostenverantwortung für "Rechtskraft" von Bußgeldern durch Missbrauch von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften trotz erdrückender Beweislage von politisch motivierten Zerschlagungen trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland, Europa und weltweit
108. Dokument zu Kosten einer "unterirdischen" Justiz mit Missbrauch von Drittschuldnern:
Pfändungs- und Überweisungsbeschluss unter Missbrauch von "Drittschuldnern" nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit bayerischer Beteiligung zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
Kläger: Einziger Rechtsnachfolger nach Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 bis in den Tod (2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz / Bayern)
Fortsetzung bayerischer Hexenjagd in NRW mit grundgesetzlich längst abgeschafften Steuernachforderungen trotz Nachlassinsolvenz, mit Eintreiben von Gerichtskosten trotz krimineller Rechtsbeugung, mit Erzwingung einer Sicherheitshypothek für kriminelle Rechtsbeugung vor und nach dem Tode seines Bruders. . . . . .
Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält
Antrag auf unverzügliche Härteleistungen durch das Bundesamt für Justiz wegen für extremistische Ausuferug staatlicher Übergriffe
109. Klage-Erweiterung gegen die Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch die deutsche Bundesregierung in Berlin,
vertreten durch den Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat
Antrag auf öffentliche Rehabilitierung der zerschlagenen Sippe mit Verlust eines Menschenlebens, mit kapitalen Vermögensschäden und Zerschlagung der bayerischen Heimat

Totale Zerschlagung einer bundesweit tätigen Sippe trotz hervorragender Leistungen, Zerschlagung im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
Antrag auf öffentliche Stellungnahme des zuständigen Bundesministers
110. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:
Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung
für professionellen Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt
zu den Zusammenhängen von
gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010
zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
zu mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 180)

Schriftsatz vom 20.Juni 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit Schreiben an den Bundespräsidenten
111. Schreiben vom 10.Juni 2018 an den
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
Anspruch des Opfers auf angemessene Rehabilitierung und Schadenersatz beim Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14)
Anspruch des Opfers auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 243)

Schriftsatz vom 31.Juli 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten
112. Persönliche Beziehung und politische Verantwortung des Bundespräsidenten zum Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit ausführlicher Darstellung im
ersten und zweiten Anschreiben an den Bundespräsidenten

Bis heute: Unerträgliche Mauer des Schweigens zu
bundesweiter politisch motivierter Sippenzerschlagung
> unter Beteiligung des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit bundesweiter Interessenslage (Zerschlagung 3),
> unter Beteiligung der bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
> unter Gesamt-Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1)
mit Steuerung durch angewiesene, bundesweit tätige Staatsanwaltschaften
113. Auch Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht sind informiert:
Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
> unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, verantwortlich für die Umsetzung politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution,
für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 285)

Schriftsatz vom 22.Aug. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort

114. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland bis heute ohne Antwort: Trotz persönlicher Verantwortung für Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen seit 1998
Perversion der Umverteilungspolitik zu vernichtender Zerschlagungspolitik mit kriminellem Netzwerk von skrupellosen Staatsanwälten
Missbrauch deutscher Justiz zur Fortsetzung von politisch motivierter Sippenzerschlagung, für soziale und psychische Zerschlagungen vor Schadenersatz und Rehabilitierung infolge politisch motivierter Sippenzerschlagung als einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des überlebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution,
für Deutschland und Europa
115. Bis heute: Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung:
Bundespräsident schweigt
Bundeskanzlerin schweigt
Freistaat Bayern schweigt
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Bis heute: Missbrauch deutscher Justiz für eine gigantische, pervertierte Umverteilungspolitik /vernichtende Zerschlagungspolitik
trotz Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer)
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des überlebenden Zerschlagungsopfers
116. Politisch motivierte Sippenzerschlagung:
Frontalangriff auf das Grundgesetz unter leitender Ausführung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende und weisungsgebundene Staatsanwaltschaften.
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu
erdrückender Beweislage, zusätzlich unterstützt mit vernetzter Internet-Dokumentation
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3,
Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

117. Anspruch auf öffentliche Sippen-Rehabilitierung und Schadenersatz
aus einer gigantischen, pervertierten Umverteilungspolitik
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu
politisch motivierter Sippenzerschlagung,
mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens
mit Zerschlagung der bayerischen Heimat
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter durch eine
skrupellose Staatsanwaltschaft,
mit Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
in Deutschland und Europa über mehr als 25 Jahre
Gesamter Schadenersatz-Anspruch: 38 Mio EUR Finanzierungsvolumen für
professionellen Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch auf 50 Mio
EUR geschätzt.
118. Bundespräsident, der nicht antwortet, will auch keine Brücken bauen?
Solidargemeinschaft braucht Brückenfunktion
Bundespräsident sollte Brücken bauen, weil er als Kanzleramtschef (1999-
2005) selbst für eine Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen
Verantwortung trägt
Zerschlagungsopfer : Kein Weiter so mit hasskriminellen Übergriffen einer
skrupellosen Staatsanwaltschaft, die politisch motivierte
Sippenzerschlagung zu verantworten hat!
Deutscher Staat: Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und
Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten, aber keine
Härteleistungen für Zerschlagungsopfer?
Vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter
Sippenzerschlagung zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

per Fax an 030-9014-8790

Verwaltungsgericht Berlin
27. Kammer
VG 27 K 308.14

Kirchstraße 7
10557 Berlin

Velbert, 08.Sept. 2018

Aktenzeichen: VG 27 K 308.14 (VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11)
Berlin
Erweiterung der Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz mit Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten

wegen
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

> unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland (vertreten durch das beklagte Bundeskanzleramt) für politisch motivierte Zerschlagung mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (Zerschlagung 1)
> unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern (vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei) nach einer über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd des verstorbenen Opfers bis in den Tod, mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit (Zerschlagung 2)
> unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft und diskriminierender Verweigerung jeglichen Gehörs (Kommunikationsverweigerung) seit 1998 (Zerschlagung 3)

Albin L. Ockl, Gründer, verantwortlicher Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH,
(Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems)

gegen

Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses
vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1,
10557 Berlin (Beklagte)

Verteiler:

Bundesverfassungsgericht
(Verfassungsbeschwerden 1 BvR 1618/18 und 2 BvR 1299/18)
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)

Hier:
Erinnerung an Umsetzung von
angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 66)

Fortsetzung durch Stellungnahme mit fortlaufender Nummerierung:

119. Deutscher Bundespräsident, der nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat einen triftigen Grund:
Seine Vergangenheit als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005
Vergangenheitsbewältigung einer pervertierten, personalisierten Umverteilungspolitik: juristisch unverzichtbar
Pervertierte Eskalation einer personalisierten Umverteilungspolitik durch
Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000
zu politisch motivierter Zerschlagungspolitik
zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden

120. Alle Bemühungen vergeblich: Bundespräsident will nicht antworten, will keine öffentliche Stellungnahme abgeben
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk verhindert mit Rundfunksperre weitere Aufklärung
Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
Infamer und diskriminierender Missbrauch deutscher Justiz für soziale Zerschlagung mit psychischer Folter auf Betreiben skrupelloser Staatsanwaltschaft
Verlust eines Menschenlebens und kapitale Vermögensschäden ohne Perspektive einer Rehabilitierung mit Schadenersatz
Daher: Antrag auf Zeugenaussage des Bundespräsidenten zu ungeheuerlichen Vorgängen
politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung
Politisch motivierte, bundesweite Sippenzerschlagung:
abscheuliches Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften!

121. Bis heute Versagen des deutschen Rechtsstaates,
Vom infamen Missbrauch der Justiz
zum eingeschränkten Rechtsstaat zum Unrechtsstaat
> Bundesverfassungsgericht nicht erreichbar trotz zahlreicher Verfassungsbeschwerden (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung)
> Ordentlicher Rechtsweg nur für Fortsetzung der Zerschlagung, nicht für Schadenersatz verfügbar entgegen Art.34 GG
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für verfassungswidriges Versagen und Vortäuschen von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für infam vorgetäuschte Richtertätigkeit des Bundesverwaltungsgerichts durch Bundesamt für Justiz mit opfer-feindlicher Ablehnung von Härteleistungen nach Antrag durch das Zerschlagungsopfer
> Versagen von rechtlichem Gehör
zu Zerschlagung von Altersrücklagen und
zu staatlich erzwungener Altersarmut
mit Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonten und
mit erhöhten Aufwendungen zur juristischen Abwehr von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden

> Versagen von rechtlichem Gehör zu sozialer Zerschlagung und psychischer Zerschlagung mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter
> Versagen von rechtlichem Gehör an Verwaltungsgerichten zu Anträgen auf Härteleistungen zwecks Ausgleich von rückständigen Sozialabgaben
> Justizopfer ohne Chance zur Durchsetzung von Verzögerungsrügen, zur Durchsetzung von Strafanzeigen mit Destabilisierung der eigenen Sicherheit
> Zerschlagung des Geburtsortes, Rufmord durch Missbrauch von Staatsgewalt am Wohnort und politisch motivierten Zerschlagungen
> > > Trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> Zeugenaussage und öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten angemahnt im Interesse des Rechtsstaates

122. Hetzjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft
Von kapitalen Vermögensschäden in hoher 2-stelliger Millionenhöhe zu sozialer und psychischer Zerschlagung: Kein Weiter so!
Recht geht vor Macht auch gegen Mehrheiten der regierenden Generation im Deutschen Bundestag
Antrag auf unverzügliche Unterlassung von opfer-feindlichen Zwangsmassnahmen durch das Bundesamt für Justiz (BfJ) anstatt zeitnaher Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe
Wiederholter Antrag auf zeitnahe Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe durch das BfJ zwecks Ausgleich von Beitragsrückständen von Sozialversicherungen (DEBEKA)

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln mit zusätzlicher Internet-Dokumentation:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 66)

Zu 119. Deutscher Bundespräsident, der nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat einen triftigen Grund:
Seine Vergangenheit als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005
<u>Vergangenheitsbewältigung</u> einer pervertierten, personalisierten Umverteilungspolitik: juristisch unverzichtbar
Pervertierte Eskalation einer personalisierten Umverteilungspolitik durch
Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000
zu politisch motivierter Zerschlagungspolitik
zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden

Der Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, hat mit Schriftsatz vom 22.Aug.2018 in den Kapiteln 114 bis 118, folgende Faktenlage aufgezeigt:

Kapitel 114. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland bis heute ohne Antwort: Trotz persönlicher Verantwortung für Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen seit 1998 Perversion der Umverteilungspolitik zu vernichtender Zerschlagungspolitik mit kriminellem Netzwerk von skrupellosen Staatsanwälten
Missbrauch deutscher Justiz zur Fortsetzung von politisch motivierter Sippenzerschlagung, für soziale und psychische Zerschlagungen vor Schadenersatz und Rehabilitierung infolge politisch motivierter Sippenzerschlagung als einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des überlebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa

Kapitel 115. Bis heute: Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung:
Bundespräsident schweigt
Bundeskanzlerin schweigt
Freistaat Bayern schweigt
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Bis heute: Missbrauch deutscher Justiz für eine gigantische, pervertierte Umverteilungspolitik /vernichtende Zerschlagungspolitik
trotz Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer)
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des überlebenden Zerschlagungsopfers

Kapitel 116. Politisch motivierte Sippenzerschlagung:
Frontalangriff auf das Grundgesetz unter leitender Ausführung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende und weisungsgebundene Staatsanwaltschaften.
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage, zusätzlich unterstützt mit vernetzter Internet-Dokumentation
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3,
Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

Kapitel 117. Anspruch auf
öffentliche Sippen-Rehabilitierung und Schadenersatz aus einer gigantischen, pervertierten Umverteilungspolitik

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu
politisch motivierter Sippenzerschlagung,
mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens
mit Zerschlagung der bayerischen Heimat
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter durch
eine skrupellose Staatsanwaltschaft,
mit Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
in Deutschland und Europa über mehr als 25 Jahre
Gesamter Schadenersatz-Anspruch: 38 Mio EUR
Finanzierungsvolumen für professionellen Wiederaufbau gemäß
Rehabilitierungsanspruch auf 50 Mio EUR geschätzt.

Kapitel 118. Bundespräsident, der nicht antwortet, will auch keine Brücken bauen?
Solidargemeinschaft braucht Brückenfunktion
Bundespräsident sollte Brücken bauen, weil er als Kanzleramtschef (1999-2005) selbst für eine Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen Verantwortung trägt
Zerschlagungsopfer: Kein Weiter so mit hasskriminellen Übergriffen einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die politisch motivierte Sippenzerschlagung zu verantworten hat!
Deutscher Staat: Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten, aber keine Härteleistungen für Zerschlagungsopfer?
Vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln mit zusätzlicher Internet-Dokumentation nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf

Wenn ein deutscher Bundespräsident nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat er einen triftigen Grund: **Hier ist es seine Vergangenheit als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005**

Vergangenheitsbewältigung: juristisch unverzichtbar
Hoher Anfangsverdacht ist mit Zeugnis des Bundespräsidenten aufzuklären und so vermeidbar
Sieh Schriftsatz vom 31.Juli 2018 an das Verwaltungsgericht Berlin
Kapitel 112. Persönliche Beziehung und politische Verantwortung des Bundespräsidenten zum Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit ausführlicher Darstellung im
ersten und zweiten Anschreiben an den Bundespräsidenten
Bis heute: Unerträgliche Mauer des Schweigens zu
bundesweiter politisch motivierter Sippenzerschlagung
> unter Beteiligung des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit bundesweiter Interessenslage (Zerschlagung 3),
> unter Beteiligung der bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
> unter Gesamt-Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1)
mit Steuerung durch angewiesene, bundesweit tätige Staatsanwaltschaften

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 285)

Zu 120. Alle Bemühungen vergeblich: Bundespräsident will nicht antworten, will keine öffentliche Stellungnahme abgeben
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk verhindert mit Rundfunksperre weitere Aufklärung
Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
Infamer und diskriminierender Missbrauch deutscher Justiz für soziale Zerschlagung mit psychischer Folter auf Betreiben skrupelloser Staatsanwaltschaft
Verlust eines Menschenlebens und kapitale Vermögensschäden ohne Perspektive einer Rehabilitierung mit Schadenersatz
Daher: Antrag auf Zeugenaussage des Bundespräsidenten zu ungeheuerlichen Vorgängen
politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung
Politisch motivierte, bundesweite Sippenzerschlagung:
abscheuliches Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften!

Das lebende Zerschlagungsopfer ist stolz darauf, als Gründer und Organisator seiner Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, mit Weltklasse-Höchstleistungen
die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.
Mit seiner Leistung war Deutschland im Jahr 2000 Digitalisierungsspitze im globalen Vergleich.
Mit Zerschlagung seiner Europäischen Congressmessen sollte das unabhängige Kongressforum mit dem weltweit größten Kongressangebot für digitale Evolution auf Veranstaltungen
des Bundeswirtschaftsministerium (heute Digital-Gipfel/Nationaler IT-Gipfel) und auf Veranstaltungen
des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aufgeteilt werden.
Heute ist Deutschland Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat bis heute
Rundfunksperre über diese ungeheuerlichen Vorgänge festgelegt.

Sieh Kapitel 115. Bis heute: Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung:
Bundespräsident schweigt
Bundeskanzlerin schweigt
Freistaat Bayern schweigt
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Bis heute: Missbrauch deutscher Justiz für eine gigantische, pervertierte Umverteilungspolitik /vernichtende Zerschlagungspolitik
trotz Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer)
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des überlebenden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 8)

Bis heute Versagung von politischem, rechtlichem und medialem Gehör. Maischberger-Sendung zur Bundestagswahl 2017
Nicht zugelassen: Maischberger-Sendung zur Bundestagswahl 2017 (ohne Begründung durch WDR, offensichtlich Rundfunksperre zu diesem Thema):

Kirchen mischen sich ein, Politik nimmt Stellung:
Mit einer gigantischen Umverteilungspolitik zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
eingeladen und ausführlich informiert wurden
> Vorsitzender des Rates der EKD
Herrn Landesbischof Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm
> Erzbischof von Köln
Herrn Rainer Maria Kardinal Woelki
> Ministerpräsident des Freistaates Bayern und Vorsitzender der CSU
Herrn Horst Lorenz Seehofer
> Fraktionsvorsitzende der BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Frau Katrin Dagmar Göring-Eckardt
> Bundesvorsitzender der Freien Demokratischen Partei,
Herrn Christian Lindner sowie
> Sprecher der Alternative für Deutschland
Herrn Prof. Dr. Jörg Meuthen
Maischberger-Sendung (nicht zugelassen) über
politisch motivierte Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 72)

Das verstorbene Zerschlagungsopfer, Bruder des lebenden Zerschlagungsopfers, wurde in einer Treib- und Hetzjagd mit Unterstützung durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft in den wirtschaftlichen Ruin und in den Tod (2012) getrieben. Es wurde mit einem Wahlkampfprojekt entsprechend dem Rechtsempfinden der wählenden Mehrheit ohne Enteignungsverfahren auf seine Kosten eliminiert, weil sein Lebensmittelbetrieb mit qualifizierten Bäckereiprodukten (z.B. prämiert mit Goldmedaille auf der Grünen Woche in Berlin) dem Wahlkampf-Projekt im Wege gestanden hat.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf

Das verstorbene Zerschlagungsopfer war Anerbe eines alt eingesessenen Müllergeschlechts.
Es geht um die
Vernichtung des Stammsitzes eines alteingesessenen Müllergeschlechts, dessen Stammbaum bis in das 17.Jahrhundert (30-jähriger Krieg) dokumentiert ist. Der verstorbene Bruder hat die mit einer Wasserturbinenanlage betriebene Mühle in einen Bäckereibetrieb mit Wasserkraftanlage für Energieerzeugung im Jahr 1965 umgestellt und auf ausdrücklichen Wunsch und mit Unterstützung der Gemeinde ein Tourismus-attraktives Damwild-Gehege aus einer völlig verwilderten Bachlandschaft entwickelt.
Es war sein Lebenswerk.

Der Bäckereibetrieb des verstorbenen Bruders stand seit 1965, der Mühlenbetrieb / Lebensmittelbetrieb seit dem 17.Jahrhundert, das Damwild-Gehege seit Anfang der 1980er Jahre, jedoch das regionale **Fäkalienabwassernetz mit der Katastrophen-Pumpwerksanlage** unmittelbar daneben wurde im Jahr 2000 auf seinem Hofgrundstück trotz massiver Gegenwehr des Verstorbenen (2012) rücksichtslos, ohne ein Enteignungsverfahren, mit Manipulation von Grundstücksrechten mit nichtssagenden NS-Dokumenten aus 1943 durchgeboxt und aufgezwungen. Trotz diverser Gerichtsverfahren und erdrückender Beweislage hat der Rechtsstaat bis heute versagt (Zerschlagung 2)

Wahlkampf-Projekt bayerischer Kommunalpolitik und bayerischer Kommunalverwaltung mit Unterstützung skrupelloser Staatsanwaltschaft für politisch motivierte Sippenzerschlagung:
Seit Ende der 90er Jahren (1998) hat sich der verstorbene Bruder des Klägers vergeblich dagegen gewehrt, dass
auf **seinem** Hofgrundstück ohne Rücksicht auf Eigentumsverhältnisse und auf Hygiene-Anforderungen seines qualifizierten Lebensmittelbetriebs
eine Pumpwerksanlage des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes in 10m Entfernung von seinem Lebensmittelbetrieb mit bestialisch stinkenden Emissionen bei stunden- und tagelangen Störfällen mit periodisch auftretenden Rohrbrüchen in 5m-Entfernung
von der Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich (einschließlich Gemeinde Leonberg) errichtet wurde und betrieben wird.
Die Katastrophen-Pumpwerksanlage und ihre ständigen Emissionen (offensichtlich bewusst eingerichtet) waren Existenz bedrohend für seinen Lebensmittelbetrieb mit qualifizierten, immer wieder prämierten Bäckerei- und Konditoreiprodukten (keine Massenproduktion) mit über 40 Verkaufsstellen (überwiegend EDEKA).

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist beklagt am Verwaltungsgericht Düsseldorf und es ist mit mehrfachen Zeugenaussagen nachgewiesen, dass durch Missbrauch des Presserechts auf der ONLINE'98 (1998, Zerschlagung 3) dem lebenden Zerschlagungsopfer direkter Schaden (mind. 100.000 €, 500.000 € geschätzt) zugefügt wurde.

Politisch motivierte, bundesweite Sippenzerschlagung
ist das abscheuliche Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften.
Dafür gibt es eine naheliegende Erklärung.
Die Zerschlagung der Europäischen Congressmessen war erklärtes, mit Zeugenaussagen nachweisbares Ziel der Ministerialverwaltung im Bundeswirtschaftsministerium. Recherchen angewiesener, ehrgeiziger Staatsanwaltschaften (Wer ist der Veranstalter der Europäischen Congressmessen? Woher kommt er? Wie kann er geschwächt, eingeschüchtert, zerschlagen werden? u.a.m.) sind nachvollziehbar. Informationsaustausch in einer bundesweiten Staatsanwaltschaft ist mit Sicherheit kein Problem. Staatsanwälte können lokale und regionale Behörden motivieren, geeignete Aktivitäten in die Wege zu leiten, um z.B. Wahlkampfprojekte auf Kosten von Zerschlagungsopfer umzusetzen.

Im Jahr 1998 fand ein Wechsel der Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder statt.
Frank-Walter Steinmeier hat eine besondere persönliche Beziehung zur Umverteilungspolitik der regierenden Generation seit 1998, **angesichts der Faktenlage,** dass er
seit dem Jahr 1991, in dem Gerhard Schröder, damals Ministerpräsident von Niedersachsen, auf Einladung des Unterzeichners (Zerschlagungsopfers) im Plenum seiner Europäischen Congressmesse ONLINE'91 aufgetreten ist, und Frank-Walter Steinmeier als Referent für Medienpolitik im Büro des Ministerpräsidenten und anschließend als Büroleiter des Ministerpräsidenten tätig war,
von 1999 bis 2005 als **Chef des Bundeskanzleramtes** die Verantwortung für die Umsetzung der staatlichen UMTS-Auktion 2000

und für die Behandlung der verheerenden Folgewirkungen hatte, mit denen eine folgenschwere Umverteilung in der Digitalbranche politisch erzwungen wurde.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 41)

Es ist zweifellos ein schwerer Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und der verheerenden Folgewirkungen des weltweit größten Auktionsbetrages, eines Monster-Markteingriffes in die Wirtschaft,
mit weisungsgebundener, bundesweit tätiger Staatsanwaltschaft **politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit**
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord mit kapitalen Vermögensschäden
rücksichtslos durchgesetzt zu haben und weiter zu betreiben.

Es besteht der begründete und starke Anfangsverdacht,
dass der damalige Chef des Bundeskanzleramtes mit einer entsprechenden Weisung an Staatsanwaltschaften eine **politisch motivierte Sippenzerschlagung ermöglicht hat**, um mit der Schwächung der gesamten Sippe die Zerschlagung der Europäischen Congressmessen irreversibel zu machen. Weil die **Zerschlagung der Europäischen Congressmessen irreversibel sein soll**, ist die Verhinderung einer öffentlicher Rehabilitierung im Interesse der beklagten Bundesregierung.

Das lebende Zerschlagungsopfer hat im Zuge der öffentlichen Rehabilitierung den professionellen Wiederaufbau seiner Europäischen Congressmessen auch im Interesse zur Behebung der deutschen Digitalisierungsdefizite im europäischen und im globalen Vergleich beim Verwaltungsgericht Berlin eingeklagt.
Nachvollziehbar ist, **dass**
der Bundespräsident überhaupt kein Interesse daran hat, geschweige denn der öffentlich-rechtliche Rundfunk angesichts seiner Beteiligung an der Zerschlagung zur Erweiterung seines Anwendungsbereiches
geschweige denn die für die Zerschlagung verantwortliche Bundesregierung mit einem eigenen, gestohlenen Digital-Gipfel, der Bestandteil der Europäischen Congressmessen gewesen ist.
Die seit 1998 regierende Generation will öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung verhindern.
Das Opfer hat bis heute keine einzige Rückmeldung zu seinem Antrag des professionellen Wiederaufbaus seiner Europäischen Congressmessen erhalten. Statt dessen musste es
zum wiederholten Male Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft für 180 € hinnehmen.
Soziale Zerschlagung mit psychischer Folter ist ein infamer und diskriminierender Missbrauch deutscher Justiz (Zerschlagung 5),
weil das Opfer aufgrund kapitaler Vermögensschäden staatlich erzwungene Altersarmut hinnehmen muss und auch auf eine qualifizierte anwaltliche Unterstützung, die mit "magerer" Prozesskostenhilfe nicht erreichbar ist, verzichten muss:
So werden Justizopfer generiert und zerschlagen.

Zu 121. Bis heute Versagen des deutschen Rechtsstaates,
Vom infamen Missbrauch der Justiz
zum eingeschränkten Rechtsstaat zum Unrechtsstaat
> Bundesverfassungsgericht nicht erreichbar trotz zahlreicher Verfassungsbeschwerden (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung)
> Ordentlicher Rechtsweg nur für Fortsetzung der Zerschlagung, nicht für Schadenersatz verfügbar entgegen Art.34 GG
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für verfassungswidriges Versagen und Vortäuschen von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für infam vorgetäuschte Richtertätigkeit des Bundesverwaltungsgerichts durch Bundesamt für Justiz mit opfer-feindlicher Ablehnung von Härteleistungen nach Antrag durch das Zerschlagungsopfer
> Versagen von rechtlichem Gehör
zu Zerschlagung von Altersrücklagen und
zu staatlich erzwungener Altersarmut
mit Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonten und
mit erhöhten Aufwendungen zur juristischen Abwehr von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
> Versagen von rechtlichem Gehör zu sozialer Zerschlagung und psychischer Zerschlagung mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter
> Versagen von rechtlichem Gehör an Verwaltungsgerichten zu Anträgen auf Härteleistungen zwecks Ausgleich von rückständigen Sozialabgaben
> Justizopfer ohne Chance zur Durchsetzung von Verzögerungsrügen, zur Durchsetzung von Strafanzeigen mit Destabilisierung der eigenen Sicherheit
> Zerschlagung des Geburtsortes, Rufmord durch Missbrauch von Staatsgewalt am Wohnort und politisch motivierten Zerschlagungen
> > > Trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> Zeugenaussage und öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten angemahnt im Interesse des Rechtsstaates

Diese Auflistung hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie kann den Erklärungsbedarf des Bundespräsidenten teilweise aufzeigen, der jedoch aufgrund seiner eigenen Vergangenheitsbewältigung im Zusammenhang mit einer pervertierten Umverteilungspolitik und personalisierten Zerschlagungspolitik hinter einer Mauer des Schweigens nicht erreichbar ist. Sieh **Kapitel 115.**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 8)
Wo bleibt die Brücke? Seine Worte:
"Eine Brücke zu bauen, so verstehe ich meine Rolle als Bundespräsident."

Das Zerschlagungsopfer hat eine erdrückende Beweislage erarbeitet:
Politisch motivierte Sippenzerschlagung ist ein
Frontalangriff auf das Grundgesetz unter leitender Ausführung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende und weisungsgebundene Staatsanwaltschaften, die nach Ausführung der Sippenzerschlagung wiederholt für Freiheitsberaubung mit psychischer Folter und Rufmord verantwortlich sind.

Sippen-übergreifend: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt und weggeworfen, mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu
erdrückender Beweislage, die zusätzlich unterstützt wird mit vernetzter Internet-Dokumentation über
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3,
Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

Der Anspruch der Zerschlagungsopfer auf
öffentliche Sippen-Rehabilitierung und Schadenersatz aus einer gigantischen, pervertierten Umverteilungspolitik mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung ist unverzichtbar. Sieh **Kapitel 116 und 117**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 12/14)

Was ist das für ein Rechtsstaat, wenn im ordentlichen Rechtsweg (Landgericht Wuppertal) rechtliches Gehör für kapitale Vermögensschäden versagt wird und mit einer Hetzjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaften mit sozialer und psychischer Zerschlagung (Zerschlagung 4 und 5) trotz eines 1. Todesopfers die Sippenzerschlagung fortgesetzt wird, weil ein 2.Zerschlagungsopfer noch lebt.

Was ist das für ein Rechtsstaat, wenn am laufenden Bande trotz einer erdrückender Beweislage selbst von höchsten Gerichten rechtliches Gehör vorgetäuscht und versagt wird, das Zerschlagungsopfer für Gerichtskosten mit verfassungswidriger Richtertätigkeit verantwortlich gemacht und von einem opfer-feindlichen Bundesamt für Justiz im Zuge der gegenseitigen Amtshilfe gegenüber dem beklagten Bundeskanzleramt vollstreckt wird:
Sieh **Anlage VG180908-01**
Schriftsatz vom 06.Sept.2018 an das Bundesamt für Justiz mit Zurückweisung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses gemäß Anlage BFJ-180831 **Opfer-feindlicher** Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 17.Aug.2018, zugesandt mit Schreiben vom 29.Aug.2018, zugesandt als förmliche Zustellung ohne Angabe von Datum/Uhrzeit/Unterschrift im Feld "Zugestellt am", eingegangen am 31.Aug.2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 24)

Zu 122. Hetzjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft
Von kapitalen Vermögensschäden in hoher 2-stelliger Millionenhöhe zu sozialer und psychischer Zerschlagung: Kein Weiter so!
Recht geht vor Macht auch gegen Mehrheiten der regierenden Generation im Deutschen Bundestag
Antrag auf unverzügliche Unterlassung von opfer-feindlichen Zwangsmassnahmen durch das Bundesamt für Justiz (BfJ) anstatt zeitnaher Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe
Wiederholter Antrag auf zeitnahe Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe durch das BfJ zwecks Ausgleich von Beitragsrückständen von Sozialversicherungen (DEBEKA)

Kein Weiter so!
Das Justizopfer ist gezwungen, sich zur Wehr zu setzen,
aufgrund staatlich erzwungener Altersarmut ohne anwaltliche Vertretung,
vor Verwaltungsgerichten, vor Zivilgerichten, vor Strafgerichten,
wegen Vortäuschung und Versagung von rechtlichem Gehör durch alle Instanzen (soweit zugelassen). Bei einem Frontalangriff auf das Grundgesetz kann nur das Grundgesetz für ihn die einzige Leitlinie sein. Daher ist es konsequent und der einzige mögliche Weg, wenn von ihm mit Verfassungsbeschwerden wegen Versagung von rechtlichem Gehör alle Gerichtsverfahren beendet werden, jetzt nur noch mit Antrag auf
Vorlage der Verfassungsbeschwerden beim Präsidenten des Bundesverfassungsgericht, um endlich die Annahme zur Entscheidung zu erreichen. Die Folge:
Zahlreiche Verfassungsbeschwerden seit 2010, mindestens über 25 Verfassungsbeschwerden mit umfangreicher Print-Dokumentation und vernetzter Internet-Dokumentation. Bis heute ist das
Bundesverfassungsgericht nicht erreichbar trotz zahlreicher Verfassungsbeschwerden wegen Nicht-Annahme zur Entscheidung.
Darüber hinaus:
Oberste Gerichtsinstanzen mit rechtlichem Gehör für eine erdrückende Beweislage sind für das Zerschlagungsopfer seit 2010 nicht erreichbar. Zum Beispiel:
Zerschlagung 3 durch öffentlich-rechtlichen Rundfunk: Wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör am Oberverwaltungsgericht Münster wurde eine ausführliche Beschwerde **an das Bundesverwaltungsgericht** eingereicht, in der Hoffnung, mit einem qualifizierten, zugelassenen Rechtsanwalt gemäß Zulassungsvorschrift die Beschwerde durchführen zu können. Entgegen der Zulassungsvorschrift wurde eine richterliche Tätigkeit von Richtern des 6.Senats
entgegen den Zulassungsvoraussetzungen einer anwaltlichen Unterstützung vorgetäuscht und in Rechnung gestellt. Daher Verfassungsbeschwerde vom 16.Aug.2016 (AR 5737/16, , 1 BvR 444/18) wegen Versagung von rechtlichem Gehör:
Diese Verfassungsbeschwerde ist zusätzlich im Internet nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf

BfJ will aus Loyalität zum beklagten Bundeskanzleramt für die **Hetzjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft auch beitragen**:

Kein Weiter so!
Das Justizopfer ist gezwungen, beim Bundesamt für Justiz (BfJ) zeitnahe Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe als Soforthilfe wiederholt zu beantragen, es hat den Bischof des Bistums Essen und inzwischen den Kardinal des Erzbistums Köln um Unterstützung gebeten.
Maximale Besorgnis des Opfers wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung und staatlicher Diskriminierung ist begründet, weil die deutsche Bundesregierung, die bayerische Landesregierung und der öffentlich-rechtliche Rundfunk involviert und beklagt sind, weil das Opfer extremistischer staatlicher Übergriffe und staatlich erzwungener Altersarmut keinen Bezug zu Islamismus, zu rechtsextremer und linksextremer Gewalt hat, aber Angehöriger der römisch-katholischen Glaubensgemeinschaft ist,
weil dem Opfer seit 2010 rechtsstaatliche Verfahren mit anwaltlicher Vertretung und rechtliches Gehör für Schadenersatz und Rehabilitierung sowie der Zugang zum Grundgesetz versagt werden mit der Zielsetzung der finalen Zerschlagung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf

Der Antrag auf zeitnahe Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe und der Einspruch gegen Rechnungen des Bundesverwaltungsgerichts für Vortäuschung rechtlichen Gehörs mit Schriftsatz vom 06.Okt.2016 an den Präsidenten des BfJ und weiteren Schriftsätzen haben bis heute keinen Erfolg: Im Zuge der gegenseitigen Amtshilfe an das beklagte Bundeskanzleramt werden vom opfer-feindlichen Bundesamt für Justiz sowohl der Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe als auch der Einspruch gegen Rechnungen des Bundesverwaltungsgerichts zurückgewiesen.

Sieh Anlage VG180908-01
Schriftsatz vom 06.Sept.2018 an das Bundesamt für Justiz mit Zurückweisung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses gemäß
Anlage BFJ-180831 Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 17.Aug.2018, zugesandt mit Schreiben vom 29.Aug.2018, zugesandt als förmliche Zustellung ohne Angabe von Datum/Uhrzeit/Unterschrift im Feld "Zugestellt am",
eingegangen am 31.Aug.2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 24)

Kein Weiter so!
Das Zerschlagungsopfer ist gezwungen, sich gegen soziale und psychische Zerschlagung mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychische Folter zur Wehr zu setzen. Das ist Rufmord mit Missbrauch von Staatsgewalt. Trotz erdrückender Beweislage zu Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution und kapitalen Vermögensschäden in hoher 2-stelliger Millionenhöhe wird das Opfer für staatlich erzwungene Altersarmut verantwortlich gemacht. Was ist das für ein Rechtsstaat, der so etwas zulässt.
Angemessene zeitnahe Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe mit anschließender Schadensregulierung sind unverzichtbar.

Sieh Anlage VG180908-02
Schriftsatz vom 25.Aug.2018 an DEBEKA
Krankenversicherungsverein a.G. mit
Kapitel 03. Kein Weiter so! Daher
Zwei Briefe an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Zwei aktuelle Verfassungsbeschwerden wegen sozialer und psychischer Zerschlagung (Zerschlagungen 4 und 5)
Antrag auf sofortige Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung
zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben
Das diskriminierende Verhalten dieses Bundesamtes in Anbetracht der extremistischen Ausuferung staatlicher Übergriffe ist unerträglich.

Zerschlagung der deutschen Heimat mit Verlust eines Menschenlebens, mit Rufmord, mit Polizeigewalt, mit einer Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung:
Bundespräsident schweigt
Bundeskanzlerin schweigt
Freistaat Bayern schweigt
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt

Bis heute: Grundgesetz ohne Chance, Rechtsstaat ohne Chance, **weil Sippenzerschlagung dem Rechtsempfinden der regierenden Generation entspricht**, die aus einer abscheulichen Sippenzerschlagung (Zerschlagung der deutschen Heimat mit Stammsitz-Dokumentation eines alt eingesessenen Müllergeschlechts bis zum 30-jährigen Krieg im 17.Jahrhundert, Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit anschließender Diskriminierung und Diffamierung durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft) Vorteile gezogen hat, obwohl der Rechtsstaat Enteignungsverfahren sogar zulässt.

Kein Weiter so in einem Rechtsstaat, in dem mit Recht abzuschiebende Asylanten Rechtsschutz und Gesundheitsschutz erhalten, besonders wenn im Herkunftsland Verfolgung droht, aber eigene Staatsbürger mit einem herausragendem Lebenswerk politisch motivierte Sippenzerschlagung bis in den Tod hinnehmen müssen und deswegen von einer skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter verfolgt werden.
Diese Staatsanwaltschaft hat sich längst selbst disqualifiziert.

Kein Weiter so! Der rechtsstaatliche Anspruch auf öffentliche Rehabilitierung der Zerschlagungsopfer, ob tot oder lebendig, und angemessener Schadenersatz durch die beklagten Täter einschließlich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
nach Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
ist mit der Verantwortung eines Rechtsstaates (Staatshaftung) zu erfüllen.

Weil die Umverteilungspolitik seit 1998 zu unerträglichen Verwerfungen geführt hat, ist eine
öffentliche Stellungnahme und Zeugnis des persönlich involvierten Bundespräsidenten, mit persönlicher Beziehung und politischer Verantwortung zum Lebenswerk des Zerschlagungsopfers, zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, unverzichtbar
Daher: Wiederholung des Antrags auf öffentliche Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten ist begründet.

Velbert, 08.Sept. 2018

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

**Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 18)

**Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage,
in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband, geplant und ausgeführt haben. Künstliche Intelligenz wird von der Politik in 2018 als die Zukunftsperspektive gepriesen
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Laut einer aktuellen McKinsey-Studie ist in Deutschland ein zusätzliches Wachstum durch KI in Höhe von 1,3 Prozentpunkten pro Jahr möglich.
Bis 2030 wird ein globaler Wertschöpfungsbeitrag von 13 Billionen US-Dollar prognostiziert

Anlagen

Anlage VG180908-01
Schriftsatz vom 06.Sept.2018 an das Bundesamt für Justiz mit Zurückweisung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses gemäß
Anlage BFJ-180831 Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 17.Aug.2018, zugesandt mit Schreiben vom 29.Aug.2018, zugesandt als förmliche Zustellung ohne Angabe von Datum/Uhrzeit/Unterschrift im Feld "Zugestellt am",
eingegangen am 31.Aug.2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 24)

Anlage VG180908-02
Schriftsatz vom 25.Aug.2018 an DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. mit
Kapitel 03. Kein Weiter so! Daher
Zwei Briefe an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Zwei aktuelle Verfassungsbeschwerden wegen sozialer und psychischer Zerschlagung (Zerschlagungen 4 und 5)
Antrag auf sofortige Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung
zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben

Anlagen im Schriftsatz vom 31.Juli 2018
Anlage VG180730-1
Zweites Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
vom 25.Juli 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24)
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 22)

Anlagen im Schriftsatz vom 20.Juni 2018

Anlage VG180620-1
Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
vom 10.Juni 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24)
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Mai 2018:

Anlage VG180505-3
Antwort des **Dr. Guido Westerwelle** vom 10.Oktober 2007 auf Brief des Zerschlagungsopfers vom 28.Sept. 2007 gemäß Verteiler des beigefügten Schreibens an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007:
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf
wurde in Kopie versandt an
EU-Kommissarinnen und Vorsitzende von Bundestagsfraktionen:
Neelie Kroes, EU-Kommissarin für Wettbewerb
Viviane Reding,EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien
Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Dr. Guido Westerwelle, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

Anlage VG180505-6
Dokument zu "unterirdischer" Justiz eines Unrechtsstaates: Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 18.April 2018 nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)

Anlage VG180505-7
Schreiben vom 24.Mai 2017 (nach Rücksprache als PDF per Mail zugesandt)
an **Horst Lorenz Seehofer**
Ministerpräsident des Freistaates Bayern
und Vorsitzender der CSU
mit Einladung zu Maischberger-Sendung, die wegen Rundfunk-Sperre des beklagten WDR nicht stattfinden konnte.
Anlagen des Schriftsatzes vom 31. März 2018

Anlage 18-03
Schriftsätze an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes vom 05.Jan.2018 und vom 18.Feb.2018 (gesamt 21 Seiten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 39)

Anlage 18-04
Schriftsatz an den Intendanten des WDR, des ZDF und des ARD-Vorsitzenden (Intendant des BR) vom 15.März 2018 mit Anforderung einer Stellungnahme noch in diesem Monat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Scroll down after link (page 117)

Anlage 18-05
Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) vom 12.März 2018 zu laufendem Antrag auf Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe seit Oktober 2016 nach Schriftsatz des Opfers vom 11.Dez.2017
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 16)

Anlage 18-06 mit den Dokumentationen DOK-03

DOK-03-01
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
"Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

DOK-03-02
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland,
Bundesminister Dr. Norbert Blüm
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
"Sozialpolitische Herausforderung im Zeichen neuer Technologien"
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für digitale Evolution
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

DOK-03-2
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Günter Rexrodt
Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf unserer ONLINE1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)
Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
(verstorben 2016 in Hamburg)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
„Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

DOK-03-8
über 25 Jahre im Dienste der Digital-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Hier: Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Katalog der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Congressband I der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
(ISBN 3-89077-192-0, insgesamt 14 ISBN-nummerierte Bände der ONLINE'99)
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

DOK-03-9
Congressband-Verzeichnis ONLINE 1999, ONLINE 2000, ONLINE 2001
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001
Bundesminister Dr. Werner Müller<nicht erschienen trotz schriftlicher Zusage,
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie,
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Anlage 18-07 (in DOK-03-9 beigefügt)
"Wir brauchen eine Gründungsoffensive". WAZ-Interview vom 28.Feb.2018
mit dem designierten Wirtschaftsminister Peter Altmaier

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Jan.2015
Anlage 18-01
Schriftsatz vom 01.Jan.2018 zu Zerschlagung 5 durch skrupellose Staatsanwaltschaft: Politisch motivierte Zerschlagung seit 2011 (Amtsgericht Mettmann) mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Hier: Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers
und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 30)
Anlage 18-02
Sofortige Beschwerde vom 02.Jan.2018 wegen sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit (Zerschlagung 4): Zurückweisung einer Zwangsmaßnahme und Ablehnung eines Obergerichtsvollziehers im Auftrag einer Krankenkasse, die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf
Scroll down after link (page 14)

Anlagen des Schriftsatzes vom 21.Dez.2017
Anlage 1 zur Zerschlagung 3:
Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung durch den beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft mit einem nachgewiesenem Schaden von mindestens 100.000 €
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 200)
Anlage 2 : Vom Bundesamt für Justiz abgelehnt!
Antrag auf Härteleistung für
Opfer politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge und
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystem
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 16)
Anlage 3 zur Zerschlagung 5: Staatsanwaltschaft ein Sanierungsfall ?
Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung auf Staatskosten zur Zerschlagung 5
Extremistische Ausuferung von schikanierenden „Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011, Klageerzwingungsverfahren am BGH und
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 08.Nov.2017:
Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“
Schreiben vom 06.Nov.2017 an die DEBEKA Krankenversicherungsverein A.G.
Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“
Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert wegen Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 30.Okt.2017:
Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse
bei Prozess- und Verfahrenskostenhilfe (PKH-Verfahren Oktober 2017)
Anlage 171001 im Schriftsatz vom 20.Oktober 2017
Prozesskostenhilfe-Verfahren vom 17.04.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 06.Okt.2017:
Anlage BVERFG-A:
Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 29)
Anlage BVERFG-B:
Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 zu Zerschlagung 2
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage BVERFG-C:
Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept.2017 zu Zerschlagung 1
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 41)
Anlage DEBEKA-D:
Antwort vom 04.10.2017 zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom 21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
Anlage DEBEKA-E:
Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich erzwungener Altersarmut

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept.2017
Anlage 201709-01: Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der Obergerichtsvollzieherin Sonya Kreyenpoth im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal
Anlagen im Schriftsatz vom 01.Sept.2017
Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.
Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatz vom vom 28.Aug.2017 :
mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens (teilweise reduziert)
Seite 1 bis 84

Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:

Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage DOK-03-0
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Anlage DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)
auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/h5.htm

Anlage DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst**. “Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Anlage DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Anlage DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE’97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Anlage DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8
24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage DOK-03-9
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001
Bundesminister Dr.Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-04-1
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001
Anlage DOK-04-2
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002
Anlage DOK-04-3
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003
Anlage DOK-04-4
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Anlage DOK-04-5
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05
Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 6)

Anlagen in fortlaufender Nummerierung:
Bis dato wurden folgende Anlagen in den (Beweise)Ordner 1, 2, 3 zur Verfügung gestellt:

Anlagen im Ordner 1
Von den führenden ONLINE-Seminaren zu den
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Ordner 1

Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag
der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der
IT- und TK-Branche
> > > www.euro-online.de/h5.htm

Anlage 1.02: 1971 - 1980
Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress
Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal
Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal
Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD
in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich
1976-1979 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal
ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen
Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse
1980-1984 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Keynote Speaker > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111
ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf
3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation

Anlage 1.03: 1981 -1990
ONLINE'81 Düsseldorf
4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'82 Düsseldorf
5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'83 Düsseldorf
6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation
ONLINE'84 Berlin
7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMM'84 Essen
Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer
1985-1987 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
Keynote Speaker > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111
ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen
8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse
2.Deutsche Kommunikationsfachmesse
ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation
ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen
10.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren
4.Europäische Congressmesse für Technische Automation
1988-1991 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
11.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
5.Europäische Congressmesse für Technische Automation

ONLINE’89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE’90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Ordner 2
Europäischen Congressmessen vor und nach der Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000
ONLINE’91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
ONLINE’92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE’93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS’93 & OFFICES’93 Mainz Internationale Congresse für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE’94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS’94 TEL&COM‘94 OFFICES&DOC’94 CLIENT/SERVER‘94
Congressmesse Frankfurt/Main’94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE’95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

1996-1999 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und …Firmensymposien
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
2000-2003 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf

Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre ‘84 - ’87 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis ‘87 – ’90 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis ‘89 – ’92 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis ‘95 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis ‘98 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und 2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlagen im Ordner 3
Qualifizierte Information über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und über das deutsche Messewesen in 2004
Ausgewählte Kommunikation als Beweisunterlagen zur staatlichen Diskriminierung (politisch motivierte Zerschlagung)

Anlage 3.00: Übersicht Ordner 3
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998), bereits auf der ONLINE’84 in Berlin als Senatsdirektor der Berliner Senatsverwaltung, und auf der ONLINE 96 in Hamburg
Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft: Den Wandel aktiv gestalten

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines qualifizierten Zeitzeugen, Dr. Martin Weigele
> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf

Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung im Jahr 2002, Innovationsmarkt irreversibel vernichtet

Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):
„Das deutsche Messewesen ist ineffizient“
„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet“

Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht **. . .“**
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz

Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des **Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** in 2004 mit dem Ziel eines Comeback

Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg

Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)

Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004

Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004

Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE’91 des Klägers
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung

Anlage 3.51:
1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf
2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf

Anlage 3.52:
Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf

Anlage 3.53:
Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf

Anlage 3.54:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf

Anlage 3.55:
Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf

Anlage 3.56:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf

Anlage 3.57:
Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf

Anlage 3.58:
Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 -
Ihre Vision für Niedersachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf

Anlage 3.59:
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005

Anlage 3.61:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf

Anlage 3.62:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 -
Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf

Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 -
Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf

Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 -
„Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche

Anlage 3.71:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf

Anlage 3.72:
Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf

Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort
Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf

Anlage 3.74:
Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf

Anlage 3.75:
Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf

3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen? Die Hoffnung stirbt zuletzt

Anlage 3.81:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf

Anlage 3.82:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -

Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum:
Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf

Anlage 3.83:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf

Anlage 3.84:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf

Anlage 3.85:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf

Anlage 3.86:
Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom 11.01.2010 -
Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf

Anlage 3.87:
Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf

Anlage 3.88:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf

3.9 Petition an den Deutschen Bundestag
Deutscher Bundespräsident, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten

Anlage 3.91:
Petition an den Deutschen Bundestag 03/2010-01/2012
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf
Fortsetzung in Anlage 6.1

Anlage 3.92:
Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf

Anlage 3.93:
Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf

Anlage 3.94
Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011
anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf

Anlage 3.95:
Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 3.96
Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012
und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf

Anlage 3.97
Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf

Anlage 4.01:
Analyse IT-Gipfel: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik

Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv
Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)
Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller
Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):
Congressband I Telekommunikation & Netze 2000
Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking
Congressband III Enterprise Networks & Call Centers
Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management
Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business
Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML
Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management
Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing
Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale
Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr
Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen
Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse
Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:
ONLINE Congressbände 1976-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.
Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb)
infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung
Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.
5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014
5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014
5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566)zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf

Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)
Pet 1-17-09-703-005442
Ergänzungen zu Anlage 3.91
6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)
6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)
6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)
6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt
trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c
6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – **Deutschland wird digitale Kolonie**
Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine **Investitions**offensive an – **Innovations**offensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler
(Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen
als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in Ordner 3:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlagen im Schriftsatz vom 27.03.2015
Anlage 06-OVG: Einladung des Senats von Berlin zum Senatsempfang anlässlich der ONLINE’84: Begrüßung und Eröffnung durch Senatsdirektor
Dr. Günter Rexrodt
Anlage 07-OVG: Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt auf der ONLINE’96 in Hamburg
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Legende mit Kapitelnummerierung

Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, staatlich motivierte Zerschlagung)

Klageerhebung mit Schriftsatz vom 15.06.2014

01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolglose Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter

Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung
Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes
Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter
13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben
Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung
Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.
14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000. Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben“:
Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .
das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
Europarat
Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung
wird behindert?
16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,
Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,
Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG
Die ausführliche Klagebegründung auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 31.10.2014
17. Antrag zur weiteren Vorgehensweise:
Kläger-Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung.
Hauptklagepunkt ist der Vorwurf der politisch motivierten Zerschlagung. Ohne eine Entscheidung über den Hauptklagepunkt ist eine Bewertung des Schadenersatzes unmöglich.
Daher: Rückstellung aller Entscheidungen zum Schadenersatz, Unterlassung von nutzlosem Aktionismus, der nur weitere Zeitverzögerungen verursacht.
18. Bundesrepublik verhindert seit 2010 ein rechtsstaatliches Verfahren für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 in Deutschland und Europa.
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert rechtsstaatliches Verfahren mit dem Vorwand nicht zuständig zu sein, obwohl die aktuellen Rechtshängigkeiten mit Gerichtsverfahren seit Sommer 2013 unbestreitbar sind und verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 permanent zum Nachteil des Opfers entschieden werden.
In keinerlei Weise hinnehmbar: Kläger wird vom Verwaltungsgericht Berlin simultan seit längerem unter Druck gesetzt, obwohl das Verfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf in vollem Gange ist.
19. Vorrangig: Rechtsanspruch auf Rehabilitierung für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und politisch motivierter Zerschlagung
Nachgeordnet: Rechtsanspruch auf Schadenersatz
Zu klären mit rechtsstaatlichen Verfahren:
Herausragende Leistungsmerkmale der Congressmessen des Klägers
mit dem weltweit größten Congressangebot
mit Integration von Information und Weiterbildung zu 32 Innovationsschwerpunkten
mit flächendeckender Besucherwerbung und
mit nachhaltiger Dokumentation

20. Hochqualifizierte Congressbände der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH für nachhaltigen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Antrag auf Besichtigung des Congressband-Archivs durch das Gericht zur Anerkennung des Rechtsanspruchs auf Rehabilitierung
Antrag auf Unterlassung judikativer Verzögerungen durch Beschlüsse zum Schadenersatz, der nur nachgeordnete Priorität (nach Klärung des Rehabilitierungsanspruchs) haben kann
21. Zukunftsperspektive Congressbandarchiv:
Professionelle Dokumentation
hochqualifizierter Zeitzeugen in hochwertiger und umfassender Form
auf dem Weg zur digitalen Informationsgesellschaft
Innovation durch Telekommunikation
Über 260 Congressbände (mehr als 1100 Exemplare) zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 12.11.2014
22. Unerträglich: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch Zerschlagung des Congressmesse-Archivs, um Beweise für den Anspruch auf Rehabilitierung zu beseitigen
Kläger bietet an: Besichtigung des kompletten Congressmesse-Archivs im Privathaus
Kläger hat Zeugenaussagen hochqualifizierter Congressleiter beantragt
23. Bayerische Verwaltungsjustiz in Regensburg, München und Ansbach: Trittbrettfahrer der politisch motivierten Zerschlagung durch gnadenlose Ausnutzung der von deutscher Bundesregierung verschuldeten Notlage des Klägers vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.
Über 20 Jahre Treib- und Hetzjagd auf den Bruder des Klägers (des einzigen Erben), in den Tod getrieben, einen Vorzeige-Betrieb in eine verrottende Ruine verwandelt.
Einzige Möglichkeit des erbenden Klägers: Nachlassinsolvenz.
Nach bewiesener Rechtsbeugung und Grundstücksmanipulation mit NS-Dokumenten aus 1943 durch das Landratsamt Tirschenreuth und Verwaltungsgericht Regensburg:
Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152)
Daher Antrag auf Beiladung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof
24. Deutsche Bundesregierung: 100 % Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung
Deutsche Justiz: 100 % Verantwortung für katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Spitzenleistung der Kreispolizei Mettmann: Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehls, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung
25. Aufgrund aktueller Entwicklungen: Antrag auf Fortsetzung des Schadenersatz-Verfahrens vor dem Landgericht Wuppertal
nach Anerkennung des vollen Rehabilitierungsanspruchs
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 08.12.2014
Antwort auf Schriftsatz der Beklagten vom 18.11.2014
26. Beklagte sprachlos und Diskriminierungs-blind ,
weil Wahrheit über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, politisch motivierte Zerschlagung) von der Bundesregierung bis dato
gedeckelt, verzerrt und gebeugt wird
Sprachlosigkeit und Blindheit für Diskriminierung in Stellungnahme zum Hauptteil mit umfangreicher Begründung unter der Überschrift „Zum restlichen Vorbringen des Klägers“
27. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung einer Prozesskostenhilfe unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2a der Beklagten)
Missbrauch eines PKH-Verfahrens zur weiteren Zeitverzögerung?
Kuh-Handel mit Grundrechten als Schmiermittel?
Einteilung in bemittelte und unbemittelte Personen?

28. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2b der Beklagten)
Situationsanalyse 2014 aus der Sicht des Klägers:
Politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Unternehmers
mit einem professionell operierenden Unternehmen,
mit einem exzellenten Lebenswerk,
mit ansehnlichen Altersrücklagen
Gipfel der Diskriminierungsblindheit: „Nicht ersichtlich, durch welche Handlungen der Beklagten im Zusammenhang mit der UMTS-Auktion der Kläger diskriminiert worden wäre“
29. Kläger 2000 und 2001: Europäische Congressmessen ONLINE nach 25 Jahren im Zenit für Innovationswachstum
Digitales Deutschland 2000: Spitzenstellung im globalen Vergleich vor der Innovationswende durch staatliche UMTS-Auktion 2000
März 2010: Petition an den Deutschen Bundestag als letzter, verzweifelter Versuch des Klägers, Abhilfe von extremer Diskriminierung durch betonierte Kommunikationsverweigerung zu erreichen
Dez. 2011: Petition an den Deutschen Bundestag mit umfangreichen Eingaben wird als Nr.32 in einem Massengrab des Bundestags trotz massiver Gegenwehr versenkt
Dez. 2014: Deutscher Bundestag arbeitet am Volk vorbei
Dez. 2014: Deutschland ist zur digitalen Kolonie von USA und China degeneriert
Datenschutz und Datensicherheit: Schwerpunkt-Thema des Klägers seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetzes in den 1970er Jahren
Deutschland 2014 und Beklagte im Würgegriff des NSA
Deutschland 2014 befindet sich im NSA-Würgegriff, die Beklagte hat leitende Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung des Klägers, für den Datenschutz und Datensicherheit Schwerpunkt-Thema seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetz in den 1970er Jahren ist.
Petition chancenlos, weil politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Congressmesse-Veranstalter mit Unterstützung durch die Beklagte Zielsetzung war Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“ (Punkt 2c der Beklagten)
30. Congressband-Archiv mit hochwertigen Beweisunterlagen ist unverkäuflich (Punkt 2d der Beklagten)
Besondere Bedeutung des Congressband-Archivs und seiner Zukunftsperspektive im Zusammenhang mit der Rehabilitierung des Klägers ist unbestreitbar
Zuständigkeit des Landgerichts Wuppertal für Klage auf Schadenersatz nach Abschluss der Klage auf Rehabilitierung: Siehe auch Kapitel 25
Deutsche Verwaltungsjustiz kann Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn es den Weg freimacht für ein längst fälliges Rehabilitierungsverfahren, das der Wahrheit zum Durchbruch verhilft
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 22.12.2014 mit Einsprüche gegen und Anträge auf Richtigstellung zu den Beschlüssen VG 27 K 496.14, VG 27 K 308.14 vom 08.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
31. Beschreibung der Beklagten in den Beschlüssen ist unzutreffend und irreführend:
Wer wird denn wegen politisch motivierter Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers in Deutschland beklagt?
32. Beschreibung der Klagebegründung im Beschluss VG 27 K 496.14 ist total mangelhaft, ebenfalls irreführend und entsprechend der Mängel ebenfalls eine juristische Fortsetzung der totalen staatlichen Diskriminierung des Klägers:
Was wird denn eigentlich beklagt?
Mehrfacher Verstoß gegen Art. 34 GG: Nicht nur
> Grobe Fahrlässigkeit durch einen Markteingriff mit einem Horror-Auktionsbetrag generiert verheerende Folgewirkungen, sondern auch
> Vorsätzliche Verletzung der Amtspflicht durch gnadenlose Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch staatliche Diskriminierung des privatwirtschaftlichen Unternehmers mit ausgewiesener Professionalität
33. Beschlüsse sind widersinnig, weil der letzte Schritt vor dem ersten Schritt gemacht wurde und weil die Beschlüsse tatsächlich überhaupt nicht erforderlich waren:
Fundierte Qualitätsmängel der Beschlüsse nicht zumutbar für den Kläger
Beschlüsse sind reine Gefälligkeitsbeschlüsse gegenüber einer übermächtigen Beklagten

34. Entscheidung über Verfahrenskosten ist nicht hinnehmbar:
Kläger weist jede Kostenverantwortung für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zurück
Beschlüsse sind sittenwidrig, weil dem Kläger in Anbetracht eines verheerenden Schadens weitere Kosten für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zugemutet werden
35. Rechtsmittelbelehrung ist nach Verweigerung der Prozesskostenhilfe seit 2011 nur eine Verhöhnung des Klägers
Verhöhnung, weil der 27.Kammer bekannt ist, dass anwaltlicher Vertretung vor dem Oberverwaltungsgericht wegen der von der Beklagten verschuldeten Notlage und Altersarmut nicht möglich ist und weil von der 27.Kammer seit 2011 Prozesskostenhilfe verweigert wird
36. Keine Beschwerde gegen Abtrennung des Schadenersatzverfahrens, das sowieso vor dem Landgericht Wuppertal durchzuführen ist
sondern Beschwerde nur gegen mangelhafte Ausführung der Beschlüsse, die lediglich weitere Zeitverzögerungen wegen Richtigstellungen verursachen, die von der 27.Kammer zu verantworten sind, und nur gegen
Kostenverantwortung des Klägers für Gefälligkeitsbeschlüsse zugunsten einer übermächtigen Beklagten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 02.01.2015 mit Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG und Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
37. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer
gemäß §§198 ff GVG
Kläger hat in extremer Weise unter den materiellen und immateriellen Nachteilen eines überlangen Gerichtsverfahrens zu leiden
2011-2014: Katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Vom Verwaltungsgericht Berlin (2011) zum Verwaltungsgericht Berlin (2014)
38. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer seit 06.04.2011 gemäß §§198 ff GVG
Erste Verzögerungsrüge an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in 2011
Beweis für staatliche Diskriminierung: Sprachlosigkeit der Verwaltungsjustiz bei Verzögerungsrüge und keinerlei Unterstützung der Eigeninitiative des Klägers zu einer außergerichtlichen Einigung
39. Verzögerungsrüge an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Eigenberechnung des geltend zu machenden Verzögerungsschadens unter Beachtung der Vorgaben des EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) und §§198 ff GVG
40. In allen Gerichtsverfahren von 2011 bis dato,
an Verwaltungsgerichten, Amtsgerichten, an Zivilkammern und Strafkammern der Landgerichte, an Oberlandesgerichten, in mehreren Verfassungsbeschwerden am Bundesverfassungsgericht und in der Individualbeschwerde am EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte),
ausschließliche Begründung ob als Kläger, Beschwerdeführer oder Beklagter: > > > > > > Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und staatlicher Diskriminierung mit dem Ziel politisch motivierter Zerschlagung.
Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014
Zu beklagen: Überlange Dauer des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens an der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin als Ursache extremer materieller und immaterieller Nachteile seit 2011
41. Antrag auf umgehende Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs
Rehabilitierung: Nicht nur ein Recht des Klägers, sondern vielmehr eine Verpflichtung der Beklagten
Zerstörtes Lebenswerk des Klägers: Digitale Evolution
Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Deutschland zur digitalen Kolonie von USA und Fernost degeneriert
Neujahrsansprache der beklagten Bundeskanzlerin: Gemeinsame Herausforderungen meistern, zum Beispiel die digitale Revolution. . .
Ohne Rehabilitierung des Klägers hat das in Deutschland einzigartige Congressmesse-Archiv als historisches Vermächtnis anerkannter Zeitzeugen keine Perspektive > > > daher unverzichtbar im Interesse Deutschlands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 26.01.2015 mit Beschwerde gegen Beschluss vom 06.01.2015 (eingegangen am 15.01.2015) und wiederholtem Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung

42. Rechtsmittel der Beschwerde
im Rahmen des Prozesskostenhilfeverfahrens
an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Mehrfach diskriminierendes Rubrum: Verstoß gegen Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
43. Rubrum: Vorangestellte, kurze Zusammenstellung eines juristischen Dokuments mit dem Zweck, den folgenden Inhalt schon am Anfang richtig einordnen zu können
Aktivrubrum mit Angabe relevanter Berufstätigkeit gemäß § 117 VwGO
44. Unterdrückung der verantwortlichen Bundesregierung im Passivrubrum: Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG, Gleichheit vor dem Gesetz)
Mit Recht zurückzuweisen:
Irreführende Reduzierung der Klage der politisch motivierten Zerschlagung auf Angabe eines legalen Verwaltungsaktes, der staatlichen UMTS-Auktion 2000
45. Nicht nur missverständlich, sondern irreführend schon das Rubrum, weil mit umfassenden Beweisunterlagen in Ordner 3 vorgetragen:
Politisch motivierte Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers mit herausragenden Weltklasse-Leistungen
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Strafrechtliche Bedeutung des Rubrums zur Verhinderung einer besonders schlimmen Rechtsbeugung
46. Unerträglich: Fortsetzung der Diskriminierung am Verwaltungsgericht Berlin schon im Rubrum der juristischen Dokumente
Rehabilitierung unverzichtbar, weil
nicht nur die beklagten Staatsorgane Bundeskanzler/Bundeskanzlerin und Bundesregierung involviert sind,
sondern auch die Staatsorgane Bundespräsident und Deutscher Bundestag ausführlichst informiert sind
47. Längst überfällige Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs: 1.Schritt der Rehabilitierung.
Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung und damit verbundene Maßnahmen mit Bezug auf das Schreiben der Beklagten vom 26.11.2014 (eingegangen13.12.2014) und Schreiben des Klägers vom 02.01.2015 (Kapitel 41)
48. Rehabilitierung durch Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen im Vorfeld und mit Synergie zur Hannover-CeBIT:
Weltweit größtes Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von Telekommunikation, Internet, IoT, IT, digitaler Evolution
Professionelle Unterstützung der digitalen Revolution und des Innovationswachstums mit Innovationsoffensiven der Congressmessen
International wettbewerbsfähiges Innovationswachstum kann man nicht verwalten, sondern man muss es unternehmen
49. Nach EZB-Entscheidung: Investieren in den Aufschwung in Europa und Diskriminierung des Klägers beenden durch Rehabilitierung
Neue Herausforderung: Verhinderung von Multimilliarden-Gräber durch Kapital-Tsunami
Beschwerde gegen Fortsetzung der Diskriminierung überfällig und massenhaft bewiesen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 30.01.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit

Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss des 11.Senats vom 14.01.2015

50. Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss vom 14.01.2015 (eingegangen am 19.01.2015)
Entscheidungserheblichkeit der Gehörsrüge: Valide und zweifelsfrei
Fortsetzung der Diskriminierung unerträglich, weil Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG)
51. Parallele Diskriminierung des Klägers im Rubrum juristischer Dokumente der 1. und 2. Instanz:
Verstöße gegen § 117 VwGO, Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
Antrag auf nicht diskriminierende Ausführung des Rubrums

52. Missbrauch des Vertretungszwangs i.V.m. fortgesetzter Diskriminierung zur Verhinderung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
Intensive Bemühungen des Klägers um qualifizierte anwaltliche Vertretung ohne Erfolg, von der informierten 27.Kammer gnadenlos ausgenutzt
Dem Kläger wird de facto ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung verweigert
53. Verwaltungsgerichte wollen und können ein rechtsstaatliches Verfahren nicht mehr gewährleisten
Mit der Ablehnung von PKH-Anträgen: Verstoß des Klägers gegen den anwaltlichen Vertretungszwang vom 11.Senat erzwungen
Beschluss des 11.Senats verstößt gegen das Prozess-Grundrecht des Klägers, weil eine anwaltliche Vertretung de facto ausgeschlossen
Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.20 Abs.3 GG)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Stellungnahme zu Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt europäischer Wehklagen (Anlage 6.5)
„Wir haben das Spiel in der IT-Branche bereits verloren“
„Wir brauchen eine Überlebensstrategie“
54. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum:
Kläger hat Anspruch auf Rehabilitierung in Deutschland, in deutschen Bundesländern und in Europa
55. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum:
Europäische Congressmessen des Klägers
haben besonderen Anspruch auf europäische Förderung insbesondere durch einen mutlosen EU-Digital-Kommissar
Rehabilitierungspotentiale bei der EU-Kommission durch die Beklagte zu erschließen, weil kein passender Finanzierungsmechanismus
56. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum:
Kläger hat besonderen Anspruch auf direkte und indirekte Nachteile, auf materielle Nachteile und immaterielle Nachteile (Schmerzensgeld) durch überlange Diskriminierung und überlange Gerichtsverfahren, durch Rechtsbeugung, . . .
57. Durch sofortige Rehabilitierung: Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum.
Erster Schritt: Anerkennung des Rechtes auf Rehabilitierung in vollem Umfang
Alternativ: Juristische Klärung materieller und immaterieller Nachteile mit Staatshaftung für massive Verstöße gegen das Grundgesetz, für überlange Diskriminierung, für überlange Gerichtsverfahren, für skandalöse Rechtsbeugung, für Missbrauch von Staatsgewalt . . .und abschließender Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 10.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Stellungnahme zu den 3 formlosen Briefen mit den Aktenzeichen
OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15 des Vorsitzenden Richters des 11. Senats
Klärungsbedarf zu 4 Aktenzeichen, Nachsendung eines zusätzlichen Schriftsatzes vom 30.01.2015 (Anlage 04-OVG)
58. Formlose Briefe im 3er-Pack mit unterschiedlichen Aktenzeichen: Wiederholter Klärungsbedarf mit ständig wiederkehrender Rechtfertigung anstatt Fortschritte gerichtlicher Klärung der Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagung
59. Nach politisch motivierter Zerschlagung seit 15 Jahren:
Technische Büroausstattung und finanzielle Ausstattung des Klägers sind den verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen nicht mehr gewachsen
Kläger wehrt sich mit Recht gegen verschwenderischen Umgang mit hochwertigen, historischen Dokumenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 12.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Nachsendung in 2-facher Ausfertigung mit Fortsetzung der Klageeingaben an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin in Anlage 05-OVG
60. Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
anstatt juristischer Abwimmelung und Abservierung mit verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen
Antrag auf Stellungnahme zu den Anträgen der Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 27.03.2015 an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Anhörungsrüge wegen unanfechtbaren Beschluss (OVG 11 L 3.15 / OVG 11 L 4.15) vom 11.03.2015 und Stellungnahme zu unanfechtbaren Beschluss OVG 11 RL 3.15 vom 11.03.2015, auch ohne verfügbare Rechtsmittel nicht hinnehmbar
61. Politisch motivierte Zerschlagung eines weltweit herausragenden Lebenswerkes des Klägers: Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Kläger: Gründer, Planer und Organisator der Congressmessen
Unternehmen des Klägers (des einzigen geschäftsführenden Gesellschafters einer GmbH): Veranstalter der Congressmessen
62. Niemand in Deutschland hat ein vergleichbares Know-how als
Gründer, Planer und Organisator derartig weltweit herausragender Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Kläger hat dieses herausragende Know-how aus über 25 Jahren Praxis, das ihm Richter eines Oberverwaltungsgerichtes nicht aberkennen können
63. Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH erstellt von 2004 bis 2011 qualifizierte Congressmesse-Projektvorschläge für digitale Evolution
Verweigerung jeglicher Kommunikation der Beklagten mit dem Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen, weil ein privatwirtschaftlicher Leistungsträger unerwünscht ist und mit politisch motivierter Zerschlagung aus dem Weg geräumt werden soll
Heute ist Deutschland digitale Kolonie, Projektvorschläge des Klägers blieben ohne Antwort und ohne Beachtung
64. Unanfechtbare Beschlüsse (§152 Abs.1 VwGO) der Verfahren OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15:
> Schläge in das Antlitz der Justitia
> Verstöße gegen Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention
> Rubrum, Tatbestand und Tenor der Beschlüsse: Rechtswidrig, sachwidrig und daher diskriminierend
> Diskriminierende Beschlüsse sind und bleiben rechtswidrig, auch wenn keine Rechtsmittel mehr zugelassen werden
> Grundrecht des Klägers: Ablehnung der Kostenverantwortung für diskriminierende Beschlüsse bei anhörungsresistenter Fortsetzung der Diskriminierung
65. Unverzichtbare Rehabilitierungsansprüche, längst beantragt vom
Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen
Mittelstandspotentiale für Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum zu erschließen, ist ein kostbares Know-how aus über 25 Jahren Europäische Congressmessen

Schriftsatz vom 28.04.2015 an den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg, Antwort auf das Schreiben des Herrn Dr. Schreier vom 10.04.2015 (eingegangen am 15.04.2015)
66. Situationsanalyse April 2015 zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren:
Solange eine inhaltliche Bewertung des vorgelegten, umfangreichen und qualifizierten Beweismaterials verweigert wird und auch keine Zeugenaussagen zugelassen werden, wird auch das Recht auf Rehabilitierung verweigert.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf
Scroll down after link (page 88)

Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.
Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz / Staatshaftung
67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -
Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)
mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,
mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger)
(Zerschlagung 4) und
wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)
und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution
über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als
Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten
aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,
aus Deutschland, Europa und weltweit
Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum mit digitaler Evolution
Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000
ohne den Hauch einer Chance für das Opfer
Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung
Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:
Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlachtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung
Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.
Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance
70. Gigantische Umverteilungsoperation durch
grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG
Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des
nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen
Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen
Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.
71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17, Anlage BVG-01) und
extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW
(Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17, sieh
Anlage BVG-02):
Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz
Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)
Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.
Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Sieh Zerschlagung 3
Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH:
Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslwakei (1992)
Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000
Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.
73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens,
ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung
Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO
Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können
Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf

Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung
74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu
Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen
Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist
Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit
politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden

Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik
Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden
76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte
Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte
Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar
77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist Rehabilitierungsanspruch.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 62)

Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017) nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren

78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht
Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch
79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz
1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen
80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für
digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission
Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile
Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch
Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 107)

Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am 31.98.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017

81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen
für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa
82. Unverzichtbar: Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld
für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge
für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa,
für die Treib-und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod,
für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 144)

Schriftsatz vom 06.Sept.2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer Zwangsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu Urteil mit Rechtsbeugung
in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017

83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: Hier politisch motivierte Zerschlagung 5
Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
Zwangsmaßnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör zur staatlich erzwungenen Altersarmut seit 2011
Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld
wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers,
wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält
84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution
Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für herausragende Verdienste für Deutschland und Europa
mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 178)

Schriftsatz vom 06.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über 10.000 EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden Kosten, Zinsen, Gebühren . . .

85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:
Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte
September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Anlage

86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich
medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung, für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter
(Zerschlagung 5)
für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden,
für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen
für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut (Zerschlagung 4)
für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2)
für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung,
für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre)
auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 212)

Schriftsatz vom 20.Okt.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017)
87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten Rechtsanwalts
Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht) mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer
zu PKH-Konditionen
Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in 2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind wegen forcierter Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012
88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?
Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden, ohne auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?
Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet: Inhaber von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten
Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf Terminverschiebung der Rehabilitierung bis nach Klärung von Schadensersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März 2017) zurücknehmen zu können und
weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der Wiederaufbauphase u.a.m.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 250)

Schriftsatz vom 30.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017) mit Anlieferung der PKH-Unterlagen ohne Perspektive für eine anwaltliche Vertretung

89. Von Zweifeln zur Gewissheit: Anspruch auf qualifizierte anwaltliche Vertretung zu PKH-Konditionen nicht umsetzbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation selbst für qualifizierte Rechtsanwälte zu komplex
PKH-Konditionen für qualifizierte Rechtsanwälte abschreckend
Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen, Anspruch auf Förderung für Entwicklung und Abstimmung konkreter Konzepte
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 284)

Schriftsatz vom 08.Nov.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017): Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

90. Justizopfer als Ergebnis der Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge trotz herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts) und:
Alle Staatsorgane waren informiert und haben (sich) versagt
91. Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
Justizopfer ohne Chance einer qualifizierten anwaltlichen Vertretung
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 316)

Schriftsatz vom 21.Dez.2017 mit Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

92. Klage-Eröffnung 2010: Deutschland ist digitale Kolonie. Kläger wusste nicht, dass er Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik geworden ist.
Digitale Kolonie 2014: Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige, Investitionsoffensive auf Bayern minimiert
Digitale Kolonie 2015: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger &
Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“
Deutschland kann die digitale Sicherheit nicht mehr gewährleisten.
Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa
Digitale Kolonie 2017: Europa wächst – und verliert (ZVEI: Der Halbleitermarkt 2017)
Deutschland hat den digitalen Trend längst verschlafen (Weltweiter Telekommunikationsriese Vodafone, Dez.2017)
Deutsche und europäische Konzerne wollen lieber in den USA und Fernost investieren: Nicht nur in der Digital-Branche. Nach Aufbau Ost kommt Abbau Ost. Sieh Görlitz 2018.
Weil kein Innovationswachstum aus Mittelstandspotentialen wegen Unternehmens-Genozid der Innovationselite!
System Deutschland ein Sanierungsfall?
Hat das Grundgesetz nur noch ein Grundrecht für Asylanten?

93. Weisungsgebundene Staatsanwaltschaft 2017 mit beklagten Bundeskanzleramt als Weisungsgeber: Ein Sanierungsfall?
Zurückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Kreisverwaltung Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017)
wegen wiederholter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
nach Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017,
nach Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und
nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung
Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft zum Zwecke der physischen Zerschlagung des Justizopfers: Aktenkundig beim Bundesverfassungsgericht (Zerschlagung 5)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf

Schriftsatz vom 05.Jan.2018 mit Fortsetzung der Klage in 2018 auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

94. Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: 20 Jahre
Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von
Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen
95. „Weihnachtsgeschenke 2017“ staatlich erzwungener Altersarmut als Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel
von krimineller Hassjustiz skrupelloser, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft und von sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem:
zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
zu sozialer Zerschlagung unter dem Deckmantel sozialer Sicherheit
Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
96. Verheerende Folgewirkungen einer unsäglichen Umverteilungspolitik gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Europäische Congressmessen des Opfers zerschlagen, obwohl:
Systemrelevant für digitales Innovationswachstum, mit Vorrang für Chancen der Digitalisierung, aber mit Verantwortung für Risiken
Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit verheerender Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:
Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG
Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung, sieh Anlage 18-01
Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, sieh Anlage 18-02
Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager bei der Risikobeherrschung in der Digitalisierung
Deutsche Justiz längst Teil dieser schlimmen Entwicklung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 39)

Schriftsatz vom 18.Feb.2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

97. Deutschland hat „schleichende“ Staatskrise, ohne sie zu erkennen
Schlimmer als in Indien: Umverteilung in die Kaste der Rechtlosen
mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit tödlichem Ausgang
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Bemühungen des Klägers um Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu einer schleichenden Staatskrise, die von der gegenwärtigen Gesellschaft inzwischen als Normalzustand empfunden wird
Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem
Kein Weiter so! Neubeginn mit Aufklärung der Öffentlichkeit.
System Deutschland hat Sanierungsbedarf.
98. Erinnerung mit Ausführungen aus alten Schriftsätzen an
angemessene Rehabilitierung, angemessene Würdigung des Lebenswerkes und angemessener Schadenersatz
für professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
mit Integration des Digital-Gipfels
Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 84)

Schriftsatz vom 31.März 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

99. Jetzt: Gigantische Umverteilungspolitik und Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
mit politisch motivierten Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
mit eskalierender, staatlicher Übergriffigkeit
durch gegenseitige Amtshilfe
durch gegenseitige Regierungshilfe
durch Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner
durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ohne Sinn und Verstand
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
100. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
im Zuge der Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner (Zerschlagung 3, gebührenfinanzierter Staatsrundfunk) mit einem nachgewiesenen Mindestschaden von 100.000 €
Rechtshängig beim Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 5854/13
mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 18.Jan.2018 mit Handlungsbedarf der 27.Kammer
Arrogante Versagung jeglicher Kommunikation des ÖRR trotz terminierter Aufforderung zur Antwort seit 2007
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
101. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
hier im Zuge gegenseitiger Amtshilfe für das beklagte Bundeskanzleramt und beklagte Öffentlich-rechtliche Vertragspartner
Hier: Gegenstandsloser Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) nach Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe als

Beweis für gegenseitige Amtshilfe bei der Durchsetzung gigantischer Zerschlagungspolitik durch das beklagte Bundeskanzleramt (Anlage 18-05) trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
102. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer
seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
hier im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe für die beklagte Bundesregierung durch die beklagte Bayerische Staatsregierung
mit gnadenloser Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd nach dem Tod seines Bruders auf das Zerschlagungsopfer als seinen einzigen Rechtsnachfolger, in NRW!
103. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener Rehabilitierung
für professionellen Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:
Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 125)

Schriftsatz vom 05.Mai 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution und diversen Anträgen
104. Kampf gegen die Mauer des Schweigens: Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält. Daher
> Erinnerung an Umsetzung von
angemessener Rehabilitierung mit Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
> Neue Klage 2018 auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen schikanierende Zwangsmassnahmen eines diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Westdeutschen Rundfunks
105. Opfer politisch motivierter Zerschlagungen durch
brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998, bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im Jahr 2000 erst, nachdem mit vorhergehenden Maßnahmen zwar Schaden, aber nicht die geplante Zerschlagung erreicht wurde
Überwindung der Mauer des Schweigens unverzichtbar:
Lückenlose Aufklärung der Zusammenhänge von
gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
106. Längst überfällig: Transparenz und Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Verantwortung des Politikers und Chefs des Bundeskanzleramtes
Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Verantwortung für bundesweite Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
Eskalation von politisch motivierten Zerschlagungen durch brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998, bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen und Verfahren:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Teuflisches Unrechtssystem: Opfer wird für verheerende Folgewirkungen von politisch motivierten Zerschlagungen verantwortlich gemacht (soziale Zerschlagungen Z4 und Z5)
Antrag auf Befragung / öffentliche Stellungnahme des Politikers und Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
107. Bundesweite Eskalierung zum Abschuss einer "vogelfreien" Sippe: Umsetzung mit einer weisungsgebundenen, skrupellosen Staatsanwaltschaft, mit bundesweiter Weisung aus dem beklagten Bundeskanzleramt und
mit Weisung aus der beklagten bayerischen Staatskanzlei selbst in NRW
"Unterirdische" Justiz mit psychischer Zerschlagung durch einen Unrechtsstaat: Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit bundesweiter Eskalation zur Sippenzerschlagung, mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden
"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Erklärung von staatlichen Übergriffen nach Rechtsbeugung als "rechtskräftig", mit Rechtskraft zu Missbrauch von Staatsgewalt
"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Parallele Verfolgung in Verfahren an zwei Amtsgerichten gleichzeitig
Ablehnung durch das Opfer wegen politisch erzwungener Altersarmut: Kostenverantwortung für "Rechtskraft" von Bußgeldern durch Missbrauch von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften trotz erdrückender Beweislage von politisch motivierten Zerschlagungen trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland, Europa und weltweit
108. Dokument zu Kosten einer "unterirdischen" Justiz mit Missbrauch von Drittschuldnern:
Pfändungs- und Überweisungsbeschluss unter Missbrauch von "Drittschuldnern" nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit bayerischer Beteiligung zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
Kläger: Einziger Rechtsnachfolger nach Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 bis in den Tod (2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz / Bayern)
Fortsetzung bayerischer Hexenjagd in NRW mit grundgesetzlich längst abgeschafften Steuernachforderungen trotz Nachlassinsolvenz, mit Eintreiben von Gerichtskosten trotz krimineller Rechtsbeugung, mit Erzwingung einer Sicherheitshypothek für kriminelle Rechtsbeugung vor und nach dem Tode seines Bruders. . . . . .
Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält
Antrag auf unverzügliche Härteleistungen durch das Bundesamt für Justiz wegen für extremistische Ausuferug staatlicher Übergriffe
109. Klage-Erweiterung gegen die Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch die deutsche Bundesregierung in Berlin,
vertreten durch den Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat
Antrag auf öffentliche Rehabilitierung der zerschlagenen Sippe mit Verlust eines Menschenlebens, mit kapitalen Vermögensschäden und Zerschlagung der bayerischen Heimat

Totale Zerschlagung einer bundesweit tätigen Sippe trotz hervorragender Leistungen, Zerschlagung im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
Antrag auf öffentliche Stellungnahme des zuständigen Bundesministers
110. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:
Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung
für professionellen Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt
zu den Zusammenhängen von
gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010
zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
zu mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 180)

Schriftsatz vom 20.Juni 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit Schreiben an den Bundespräsidenten
111. Schreiben vom 10.Juni 2018 an den
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
Anspruch des Opfers auf angemessene Rehabilitierung und Schadenersatz beim Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14)
Anspruch des Opfers auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 243)

Schriftsatz vom 31.Juli 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten
112. Persönliche Beziehung und politische Verantwortung des Bundespräsidenten zum Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit ausführlicher Darstellung im
ersten und zweiten Anschreiben an den Bundespräsidenten

Bis heute: Unerträgliche Mauer des Schweigens zu
bundesweiter politisch motivierter Sippenzerschlagung
> unter Beteiligung des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit bundesweiter Interessenslage (Zerschlagung 3),
> unter Beteiligung der bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
> unter Gesamt-Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1)
mit Steuerung durch angewiesene, bundesweit tätige Staatsanwaltschaften
113. Auch Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht sind informiert:
Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
> unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, verantwortlich für die Umsetzung politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution,
für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 285)

Schriftsatz vom 22.Aug. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort
114. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland bis heute ohne Antwort: Trotz persönlicher Verantwortung für Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen seit 1998
Perversion der Umverteilungspolitik zu vernichtender Zerschlagungspolitik mit kriminellem Netzwerk von skrupellosen Staatsanwälten
Missbrauch deutscher Justiz zur Fortsetzung von politisch motivierter Sippenzerschlagung, für soziale und psychische Zerschlagungen vor Schadenersatz und Rehabilitierung infolge politisch motivierter Sippenzerschlagung als einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des überlebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution,
für Deutschland und Europa
115. Bis heute: Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung:
Bundespräsident schweigt
Bundeskanzlerin schweigt
Freistaat Bayern schweigt
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Bis heute: Missbrauch deutscher Justiz für eine gigantische, pervertierte Umverteilungspolitik /vernichtende Zerschlagungspolitik
trotz Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer)
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des überlebenden Zerschlagungsopfers
116. Politisch motivierte Sippenzerschlagung:
Frontalangriff auf das Grundgesetz unter leitender Ausführung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende und weisungsgebundene Staatsanwaltschaften.
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu
erdrückender Beweislage, zusätzlich unterstützt mit vernetzter Internet-Dokumentation
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3,
Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

117. Anspruch auf öffentliche Sippen-Rehabilitierung und Schadenersatz
aus einer gigantischen, pervertierten Umverteilungspolitik
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu
politisch motivierter Sippenzerschlagung,
mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens
mit Zerschlagung der bayerischen Heimat
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter durch eine
skrupellose Staatsanwaltschaft,
mit Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
in Deutschland und Europa über mehr als 25 Jahre
Gesamter Schadenersatz-Anspruch: 38 Mio EUR Finanzierungsvolumen für professionellen Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch auf 50 Mio EUR geschätzt.
118. Bundespräsident, der nicht antwortet, will auch keine Brücken bauen?
Solidargemeinschaft braucht Brückenfunktion
Bundespräsident sollte Brücken bauen, weil er als Kanzleramtschef (1999-2005) selbst für eine Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen Verantwortung trägt
Zerschlagungsopfer : Kein Weiter so mit hasskriminellen Übergriffen einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die politisch motivierte Sippenzerschlagung zu verantworten hat!
Deutscher Staat: Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten, aber keine Härteleistungen für Zerschlagungsopfer?
Vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf

Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen

119. Deutscher Bundespräsident, der nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat einen triftigen Grund:
Seine Vergangenheit als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005
Vergangenheitsbewältigung einer pervertierten, personalisierten Umverteilungspolitik: juristisch unverzichtbar
Pervertierte Eskalation einer personalisierten Umverteilungspolitik durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000
zu politisch motivierter Zerschlagungspolitik
zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden
120. Alle Bemühungen vergeblich: Bundespräsident will nicht antworten, will keine öffentliche Stellungnahme abgeben
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk verhindert mit Rundfunksperre weitere Aufklärung
Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
Infamer und diskriminierender Missbrauch deutscher Justiz für soziale Zerschlagung mit psychischer Folter auf Betreiben skrupelloser Staatsanwaltschaft
Verlust eines Menschenlebens und kapitale Vermögensschäden ohne Perspektive einer Rehabilitierung mit Schadenersatz
Daher: Antrag auf Zeugenaussage des Bundespräsidenten zu ungeheuerlichen Vorgängen
politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung
Politisch motivierte, bundesweite Sippenzerschlagung:
abscheuliches Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften!

121. Bis heute Versagen des deutschen Rechtsstaates,
Vom infamen Missbrauch der Justiz
zum eingeschränkten Rechtsstaat zum Unrechtsstaat
> Bundesverfassungsgericht nicht erreichbar trotz zahlreicher Verfassungsbeschwerden (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung)
> Ordentlicher Rechtsweg nur für Fortsetzung der Zerschlagung, nicht für Schadenersatz verfügbar entgegen Art.34 GG
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für verfassungswidriges Versagen und Vortäuschen von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für infam vorgetäuschte Richtertätigkeit des Bundesverwaltungsgerichts durch Bundesamt für Justiz mit opfer-feindlicher Ablehnung von Härteleistungen nach Antrag durch das Zerschlagungsopfer
> Versagen von rechtlichem Gehör
zu Zerschlagung von Altersrücklagen und
zu staatlich erzwungener Altersarmut
mit Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonten und
mit erhöhten Aufwendungen zur juristischen Abwehr von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
> Versagen von rechtlichem Gehör zu sozialer Zerschlagung und psychischer Zerschlagung mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter
> Versagen von rechtlichem Gehör an Verwaltungsgerichten zu Anträgen auf Härteleistungen zwecks Ausgleich von rückständigen Sozialabgaben
> Justizopfer ohne Chance zur Durchsetzung von Verzögerungsrügen, zur Durchsetzung von Strafanzeigen mit Destabilisierung der eigenen Sicherheit
> Zerschlagung des Geburtsortes, Rufmord durch Missbrauch von Staatsgewalt am Wohnort und politisch motivierten Zerschlagungen
> > > Trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> Zeugenaussage und öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten angemahnt im Interesse des Rechtsstaates
122. Hetzjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft
Von kapitalen Vermögensschäden in hoher 2-stelliger Millionenhöhe zu sozialer und psychischer Zerschlagung: Kein Weiter so!
Recht geht vor Macht auch gegen Mehrheiten der regierenden Generation im Deutschen Bundestag
Antrag auf unverzügliche Unterlassung von opfer-feindlichen Zwangsmassnahmen durch das Bundesamt für Justiz (BfJ) anstatt zeitnaher Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe
Wiederholter Antrag auf zeitnahe Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe durch das BfJ zwecks Ausgleich von Beitragsrückständen von Sozialversicherungen (DEBEKA)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 66)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

per Fax an 030-9014-8790

Verwaltungsgericht Berlin
27. Kammer
VG 27 K 308.14

Kirchstraße 7
10557 Berlin

Velbert, 02.Okt. 2018

Aktenzeichen: VG 27 K 308.14 (VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11)
Berlin
Erweiterung der Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten

wegen
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

> unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland (vertreten durch das beklagte Bundeskanzleramt) für politisch motivierte Zerschlagung mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (Zerschlagung 1)
> unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern (vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei) nach einer über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd des verstorbenen Opfers bis in den Tod, mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit (Zerschlagung 2)
> unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft und diskriminierender Verweigerung jeglichen Gehörs (Kommunikationsverweigerung) seit 1998 (Zerschlagung 3)

Albin L. Ockl, Gründer, verantwortlicher Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH,
(Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems)

gegen

Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses
vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1,
10557 Berlin (Beklagte)

Verteiler:

Bundesverfassungsgericht
(Verfassungsbeschwerde 2 BvR 1299/18)
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)

Hier:
Wiederholte Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 125)

Fortsetzung durch Stellungnahme mit fortlaufender Nummerierung:

123. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!
Fehlanzeige: Antwort auf
Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten,
mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen

Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung hat wieder keine Antwort erhalten. Keine Antwort auf Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution. Gegen eine Mauer des Schweigens: Der Schriftsatz zu den Kapiteln 119 bis 122:

Kapitel 119. Deutscher Bundespräsident, der nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat einen triftigen Grund:
Seine Vergangenheit als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005
Vergangenheitsbewältigung einer pervertierten, personalisierten Umverteilungspolitik: juristisch unverzichtbar
Pervertierte Eskalation einer personalisierten Umverteilungspolitik durch
Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000
zu politisch motivierter Zerschlagungspolitik
zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden

Kapitel 120. Alle Bemühungen vergeblich: Bundespräsident will nicht antworten, will keine öffentliche Stellungnahme abgeben
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk verhindert mit Rundfunksperre weitere Aufklärung
Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
Infamer und diskriminierender Missbrauch deutscher Justiz für soziale Zerschlagung mit psychischer Folter auf Betreiben skrupelloser Staatsanwaltschaft
Verlust eines Menschenlebens und kapitale Vermögensschäden ohne Perspektive einer Rehabilitierung mit Schadenersatz
Daher: **Antrag auf Zeugenaussage des Bundespräsidenten zu ungeheuerlichen Vorgängen**
politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung
Politisch motivierte, bundesweite Sippenzerschlagung:
abscheuliches Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften!

Kapitel 121. Bis heute Versagen des deutschen Rechtsstaates,
Vom infamen Missbrauch der Justiz
zum eingeschränkten Rechtsstaat zum Unrechtsstaat
> Bundesverfassungsgericht nicht erreichbar trotz zahlreicher Verfassungsbeschwerden (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung)
> Ordentlicher Rechtsweg nur für Fortsetzung der Zerschlagung, nicht für Schadenersatz verfügbar entgegen Art.34 GG

> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für verfassungswidriges Versagen und Vortäuschen von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für infam vorgetäuschte Richtertätigkeit des Bundesverwaltungsgerichts durch Bundesamt für Justiz mit opfer-feindlicher Ablehnung von Härteleistungen nach Antrag durch das Zerschlagungsopfer
> Versagen von rechtlichem Gehör
zu Zerschlagung von Altersrücklagen und
zu staatlich erzwungener Altersarmut
mit Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonten und
mit erhöhten Aufwendungen zur juristischen Abwehr von
politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
> Versagen von rechtlichem Gehör zu sozialer Zerschlagung und psychischer Zerschlagung mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter
> Versagen von rechtlichem Gehör an Verwaltungsgerichten zu Anträgen auf Härteleistungen zwecks Ausgleich von rückständigen Sozialabgaben
> Justizopfer ohne Chance zur Durchsetzung von Verzögerungsrügen, zur Durchsetzung von Strafanzeigen mit Destabilisierung der eigenen Sicherheit
> Zerschlagung des Geburtsortes, Rufmord durch Missbrauch von Staatsgewalt am Wohnort und politisch motivierten Zerschlagungen
> > > Trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> Zeugenaussage und öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten angemahnt im Interesse des Rechtsstaates

Kapitel 122. Hetzjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft
Von kapitalen Vermögensschäden in hoher 2-stelliger Millionenhöhe zu sozialer und psychischer Zerschlagung: Kein Weiter so!
Recht geht vor Macht auch gegen Mehrheiten der regierenden Generation im Deutschen Bundestag
Antrag auf unverzügliche Unterlassung von opfer-feindlichen Zwangsmassnahmen durch das Bundesamt für Justiz (BfJ) anstatt zeitnaher Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe
Wiederholter Antrag auf zeitnahe Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe durch das BfJ zwecks Ausgleich von Beitragsrückständen von Sozialversicherungen (DEBEKA)

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln mit zusätzlicher, vernetzter Internet-Dokumentation:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 66)

Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen. **Rechtsschutz** ist das Recht jedes Bürgers (nicht nur eines Zerschlagungsopfers), vor unabhängigen Gerichten in angemessener Zeit die Entscheidung über einen Sachverhalt und sein Recht geltend zu machen.

Die bittere Wahrheit
einer politisch motivierten Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod und in den wirtschaftlichen Ruin ist nur scheibchenweise gegen eine Wand des Schweigens erreichbar, weil eine seit 1998 regierende Generation einschließlich des heutigen Bundespräsidenten in ungeheuerliche Vorgänge verwickelt ist. Mit der aktuellen Presseinformation Nr.8, die dem beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunk mehrfach zugestellt wurde (**Anlage Presseinformation Nr.8 und VG180928**), wird einfach nur die ganze Wahrheit zur öffentlichen Rehabilitierung als Bestandteil dieser Klage eingefordert.

Wer verantwortlich ist für politisch motivierte Zerschlagungen und wer Rehabilitierung und Schadenersatz mit einer Mauer des Schweigens verhindert,
verliert seine Glaubwürdigkeit,
vertieft die Spaltung in der Bevölkerung,
verstärkt die Notwendigkeit der politischen Wende.

124. In den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mehrfach beantragt: Stellungnahme und Zeugnis des heutigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier als verantwortlicher Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) zur Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in 1998-2005 Mit Presseinformation Nr.8 auch an Adressaten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingefordert Sieh Presseinformation

Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes *(1999-2005)*
Vergangenheitsbewältigung, nur die Wahrheit!
Öffentliche Stellungnahme gerichtlich beantragt zu:
Pervertierte Umverteilungspolitik 1998-2005
Gegen eine Mauer des Schweigens:
> Deutscher Bundespräsident schweigt
> Bundeskanzlerin schweigt
> Beklagtes Bundeskanzleramt schweigt
> Freistaat Bayern schweigt
> Beklagter öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat, soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden, trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf
Von Wahrheit 01 bis Wahrheit 10: Nur die Wahrheit für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten

Frank-Walter Steinmeier kann sich nicht hinter dem zu respektierenden Bundespräsidenten verstecken, wenn die Stellungnahme zu seiner Vergangenheit erforderlich ist. **Nur die Wahrheit zählt.**

Wahrheit 01: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat, soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden, trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa ist das Ergebnis einer **pervertierten Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter der Amtszeit von Frank-Walter Steinmeier als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)**

Wahrheit 02: Die Durchsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik wurde mit einem Monster-Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 erzwungen.
Die Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 war total rechtswidrig, indem der Innovationsmarkt nachhaltig zerstört wurde, mit verheerenden Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt (Massive Verstöße gegen das Telekommunikationsgesetz, gegen Regulierungsziele gemäß §2 Abs.2 TKG).

Der zusätzliche Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 für eine vernichtende Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik ist ein skandalöser Frontalangriff auf das Grundgesetz. Sieh Anlage Presseinformation Nr.8 Seite 2.

Wahrheit 03: Die Eskalation zu einer bundesweiten Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod ist das Werk einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die hinter einer Mauer des Schweigens bis heute ständig neue staatliche Übergriffe produziert:
> Der Deutsche Bundespräsident schweigt
> Die Bundeskanzlerin schweigt
> Das beklagte Bundeskanzleramt schweigt
> Der beklagte Freistaat Bayern schweigt
> Der beklagte öffentlich-rechtliche Rundfunk schweigt,
letzterer hat eine langjährige, bis heute wirksame Rundfunksperre festgelegt zu den ungeheuerlichen Vorgängen einer pervertierten Umverteilungspolitik, pervertiert zu einer Menschenrechte verletzenden Zerschlagungspolitik.

Wahrheit 04: Das noch lebende Zerschlagungsopfer hat den heutigen Bundespräsidenten zweimal angeschrieben und um Stellungnahme gebeten, **ohne eine Antwort zu erhalten.**
Erstes Schreiben vom 10.Juni 2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf
Zweites Schreiben vom 25.Juli 20182018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf
Scroll down after link (page 22)

"Eine Brücke zu bauen, so verstehe ich meine Rolle als Bundespräsident" sind die Worte des Bundespräsidenten in anderen Zusammenhängen.
Das Zerschlagungsopfer:
"Wir wollen eine **Brücke** zum professionellen Wiederaufbau unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution (Antrag beim Verwaltungsgericht Berlin).
Wir wollen eine **Brücke** zur öffentlichen Rehabilitierung unserer Sippe einschließlich des Unrechts an meinem Bruder (Klage beim Verwaltungsgericht Berlin und Verwaltungsgericht Düsseldorf und Landgericht Wuppertal) und Schadenersatz."
Frank-Walter Steinmeier schweigt, als ob diese Briefe seine Vergangenheit, seine Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik nicht betreffen würden.

Wahrheit 05: Das Amt des Bundespräsidenten wird durch den Amtsträger selbst beschädigt, wenn seine Beteiligung an der Mauer des Schweigens weiter besteht. Stellungnahme unverzichtbar.
Wenn ein deutscher Bundespräsident nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat er einen Grund:
Einen Grund, den er hier lieber verschweigen möchte:
Seine Vergangenheit als
Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005:
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit sind überfällig.

Nach 2005 wurde Steinmeier Bundesminister im Kabinett von Bundeskanzlerin Angela Merkel, in 2007 zusätzlich Vizekanzler bis 2009. So wurde die Mauer des Schweigens nachhaltig undurchdringbar gemacht, von einer regierenden Generation seit 1998 bis heute. Kein Weiter so!

Wahrheit 06: Frank-Walter Steinmeier, Chef des Bundeskanzleramtes von 1999 bis 2005, verantwortlich für Durchsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der Bundesregierung unter Gerhard Schröder.
Die Europäischen Congressmessen des Klägers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, mit den führenden Congressen für Innovationstransfer und Innovationswachstum, Leitveranstaltung der "New Economy" 2000 als Zerschlagungsmasse. Umverteilung der Digitalbranche zugunsten der Automobilbranche ("Autokanzler" Schröder als Macher, VW-Vorstand Hartz als Helfer) nach Einbruch der Digitalbranche mit verheerenden Folgewirkungen für gesamte Wirtschaft und Arbeitsplätze,
in Abstimmung mit den Gewerkschaften (zu wenige Mitglieder in der IT-Branche),
in Abstimmung mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der von der Zerschlagung der Europäischen Congressmessen profitieren wollte (mit Phoenix seit 1997, mit neuen Polit-Magazinen, mit eigenen Kongressen)

Wahrheit 07: Heimtückische und nachhaltige Zerschlagung mit einer Mauer des Schweigens, mit Unterstützung durch eine weisungsgebundene, bundesweit tätige und skrupellose Staatsanwaltschaft
Nicht nur Zerschlagung der Europäischen Congressmessen war das Ziel. Der professionelle Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen sollte unterbunden werden. Die Zerschlagung sollte endgültig sein, Rehabilitierung und Schadenersatz sollte unterbunden werden. **Sieh Rehabilitierungsantrag** auf professionellen Wiederaufbau der Congressmessen am Verwaltungsgericht Berlin (Rehabilitierungsantrag ohne jede Chance). Durchsetzung mit einer Mauer des Schweigens über die Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik bis heute,
mit einer politisch motivierten Sippenzerschlagung mit Unterstützung durch eine weisungsgebundene, bundesweit tätige und skrupellose Staatsanwaltschaft, mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
mit sozialer und psychischer Zerschlagung nach Eintritt von politisch erzwungener Altersarmut.

Wahrheit 08: Zerschlagung der Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa sind das Lebenswerk des lebenden Zerschlagungsopfers,
das in 1998 von der Bundesregierung zur Zerschlagung freigegeben wurde und das vielen Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung bekannt ist, weil sie Teil dieses Lebenswerkes geworden sind:
Die Europäischen Congressmessen für digitale Evolution.

Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.
Mehrere 100.000 Congressbände mit ISBN-Nummerierung (beispielsweise, nicht subventioniert) wurden zum Aufbau der Digital-Branche von ihm in Deutschland auf eigene Kosten investiert und eingesetzt:
Die Europäischen Congressmessen sind eine Weiterentwicklung seiner ONLINE-Seminare, führend in Mitteleuropa, die das Zerschlagungsopfer in den 1970er Jahren als Unternehmensberater aufgebaut und in Deutschland, Österreich und der Schweiz durchgeführt hat.

Wahrheit 09: Exzesse der Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und Eskalation zur Sippenzerschlagung
Politisch motivierte Zerschlagung seines Bruders mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, Zerschlagung seiner deutschen Heimat
Das lebende Zerschlagungsopfer ist einziger Rechtsnachfolger nach einer Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 (!) bis in den Tod (Juli 2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz / Bayern).
Der Verstorbene war Inhaber eines qualifizierten Lebensmittelbetriebs (Bäckerei- und Konditoreiprodukte mit Premium-Auszeichnungen anerkannter Institutionen, z.B. Goldmedaille auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin u.a., mit Verkauf über ca. 40 Verkaufsstellen von EDEKA), eines Tourismus-attraktiven Damwild-Geheges und einer Wasser-Turbinenanlage zur regenerativen, ökologischen Energieerzeugung.
Nach bundesweit "Vogelfrei" zum Abschuss der Sippe durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft seit 1998:
Keine Chance für den Verstorbenen! Bayerische Staatsanwälte haben kriminelle Zerschlagungsarbeit geleistet. Deutsche Staatsanwälte auf der Hetzjagd auf seinen Rechtsnachfolger in NRW haben die Zerschlagung fortgesetzt.
Seit Ende der 90er Jahren (1998) hat sich sein Bruder vergeblich gewehrt, dass auf seinem Hofgrundstück von der Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich (einschließlich Gemeinde Leonberg) errichtet wurde und betrieben wird:
eine Pumpwerksanlage des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes
in 10m Entfernung von seinem Lebensmittelbetrieb,
mit bestialisch stinkenden Emissionen bei stunden- und tagelangen Störfällen mit Rohrbrüchen,
in 5m-Entfernung von seinem Lebensmittelbetrieb,
in Existenz bedrohender Weise für seinen Lebensmittelbetrieb mit qualifizierten, immer wieder prämierten Bäckerei- und Konditoreiprodukten (keine Massenproduktion).

Wahrheit 10: Horrender Schaden in 2stelliger Millionenhöhe. Ohne Grundrechte: Verlust eines nahe stehenden Menschenlebens, Missbrauch deutscher Justiz für finale Zerschlagung, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Rufmord, soziale und psychische Zerschlagung . . .

Politisch erzwungene Altersarmut hat eine einzige Ursache: Politisch motivierte Sippenzerschlagung.
Politisch motivierte Sippenzerschlagung.ist das Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften, die nach Bedarf diskriminieren und diffamieren mit Unterstützung durch eine Mauer des Schweigens
Staatsanwälte, verantwortlich für politisch motivierte Sippenzerschlagung, organisieren jetzt Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft

Vom Zerschlagungsopfer zum Justizopfer, zum Beispiel_
Verwaltungsgericht Düsseldorf:
Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen Mitwirkung bei politisch motivierten Zerschlagungen gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird reduziert und umgedeutet auf
Klage wegen Rundfunkgebühren gegen den WDR trotz ständiger Beteuerung des Zerschlagungsopfers, dass er Rundfunkgebühren nicht beklagt.

Vom Zerschlagungsopfer zum Justizopfer, zum Beispiel
Verwaltungsgericht Berlin:
Rehabilitierungsantrag für professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen mit selbst-finanzierten Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution ohne Beantwortung bis heute
Die Kosten für den Wiederaufbau werden auf 50 Mio € geschätzt.
Der beklagte zusätzliche Schaden wird auf 38 Mio € berechnet, Berechnungen mit erdrückender Beweislage den Verwaltungsgerichten längst vorgelegt.
Von Wahrheit 01 bis Wahrheit 10: Nur die Wahrheit für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten

Der Verlust eines Menschenlebens ist nicht zu ersetzen. Selbst mehrfache Anträge auf schnelle Härteleistungen werden von einem sog. Bundesamt für Justiz zurückgewiesen, weil es lieber Gerichtskosten für verfassungswidriges Versagen und infames Vortäuschen von rechtlichem Gehör durch höchste Gerichte vollstrecken möchte
anstatt zeitnahe Härteleistungen an Opfer extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu leisten.

Kein Weiter so!

Zerschlagung der deutschen Heimat mit Verlust eines Menschenlebens, mit Rufmord, mit Polizeigewalt, mit einer Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung:
Bundespräsident schweigt
Bundeskanzlerin schweigt
Beklagtes Bundeskanzleramt schweigt
Beklagter Freistaat Bayern schweigt
Beklagter öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt

Bis heute: Grundgesetz ohne Chance, Rechtsstaat ohne Chance, **weil Sippenzerschlagung dem Rechtsempfinden der regierenden Generation entspricht**, die aus einer abscheulichen Sippenzerschlagung (Zerschlagung der deutschen Heimat mit Stammsitz-Dokumentation eines alt eingesessenen Müllergeschlechts bis zum 30-jährigen Krieg im 17.Jahrhundert, Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit anschließender Diskriminierung und Diffamierung durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft) Vorteile gezogen hat, obwohl der Rechtsstaat angemessene Enteignungsverfahren sogar zulässt.

Kein Weiter so in einem Rechtsstaat, in dem mit Recht abzuschiebende Asylanten Rechtsschutz und Gesundheitsschutz erhalten, besonders wenn im Herkunftsland Verfolgung droht, aber eigene Staatsbürger mit einem herausragendem Lebenswerk politisch motivierte Sippenzerschlagung bis in den Tod hinnehmen müssen und deswegen von einer skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter verfolgt werden.
Diese Staatsanwaltschaft hat sich längst selbst disqualifiziert.

Kein Weiter so! Der rechtsstaatliche Anspruch auf öffentliche Rehabilitierung der Zerschlagungsopfer, ob tot oder lebendig, und angemessener Schadenersatz durch die beklagten Täter einschließlich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
nach Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens trotz eines herausragenden Lebenswerkes des lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
ist mit der Verantwortung eines Rechtsstaates (Staatshaftung) zu erfüllen

Weil die Umverteilungspolitik seit 1998 zu unerträglichen Verwerfungen geführt hat, ist eine
öffentliche Stellungnahme und Zeugnis des persönlich involvierten Bundespräsidenten, mit persönlicher Beziehung und politischer Verantwortung zum Lebenswerk des Zerschlagungsopfers, zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, unverzichtbar
Daher:

Wiederholung des Antrags auf öffentliche Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten ist zutiefst begründet,
auf öffentliche Stellungnahme zu
Wahrheit 01 bis Wahrheit 10: Bittere Wahrheiten einer politisch motivierten Sippenzerschlagung.

Velbert, 02.Okt. 2018

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 18)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage,
in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband, geplant und ausgeführt haben. Künstliche Intelligenz wird von der Politik in 2018 als die Zukunftsperspektive gepriesen
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Laut einer aktuellen McKinsey-Studie ist in Deutschland ein zusätzliches Wachstum durch KI in Höhe von 1,3 Prozentpunkten pro Jahr möglich.
Bis 2030 wird ein globaler Wertschöpfungsbeitrag von 13 Billionen US-Dollar prognostiziert

Anlagen
Anlage VG181002-01
Schriftsatz vom 28.Sept. 2018 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Erinnerung an Umsetzung von
öffentlicher Rehabilitierung und Schadenersatz durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (beklagter Mittäter)
mit begründetem Antrag (Forts.) auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten bei den Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort und nach miserabler Klage-Erwiderung des nicht beklagten WDR am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit zusätzlicher Presseinformation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 204)
mit **Anlage VG180928**
Zusendung der Presseinformationen Nr.8 (Presse-1809.pdf) mit Presse-1809Brief.pdf an ARD und ZDF "Gegen eine Mauer des Schweigens Sept.2018 Öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten gerichtlich beantragt"
an ARD
> Herrn Tom Buhrow, Intendant des WDR
> Herrn Rainald Becker, ARD-Chefredakteur
> Chefredaktion ARD-aktuell
> Frau Sandra Maischberger, Redaktion "Maischberger"
an ZDF
> Herrn Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF
> Herrn Dr. Peter Frey, Chefredakteur des ZDF
> Herrn Dr. Eckart Gaddum, Leiter Hauptredaktion Neue Medien
und **Anlage Presseinformation Nr.8**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf

Anlagen im Schriftsatz vom 08.Sept. 2018
Anlage VG180908-01
Schriftsatz vom 06.Sept.2018 an das Bundesamt für Justiz mit Zurückweisung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses gemäß
Anlage BFJ-180831 Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 17.Aug.2018, zugesandt mit Schreiben vom 29.Aug.2018, zugesandt als förmliche Zustellung ohne Angabe von Datum/Uhrzeit/Unterschrift im Feld "Zugestellt am",
eingegangen am 31.Aug.2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 24)
Anlage VG180908-02
Schriftsatz vom 25.Aug.2018 an DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. mit
Kapitel 03. Kein Weiter so! Daher
Zwei Briefe an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Zwei aktuelle Verfassungsbeschwerden wegen sozialer und psychischer Zerschlagung (Zerschlagungen 4 und 5)
Antrag auf sofortige Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung
zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben

Anlagen im Schriftsatz vom 31.Juli 2018
Anlage VG180730-1
Zweites Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland vom 25.Juli 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24)
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 22)

Anlagen im Schriftsatz vom 20.Juni 2018

Anlage VG180620-1
Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
vom 10.Juni 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24)
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Mai 2018:

Anlage VG180505-3
Antwort des **Dr. Guido Westerwelle** vom 10.Oktober 2007 auf Brief des Zerschlagungsopfers vom 28.Sept. 2007 gemäß Verteiler des beigefügten Schreibens an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007:
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf
wurde in Kopie versandt an
EU-Kommissarinnen und Vorsitzende von Bundestagsfraktionen:
Neelie Kroes, EU-Kommissarin für Wettbewerb
Viviane Reding,EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien
Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Dr. Guido Westerwelle, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

Anlage VG180505-6
Dokument zu "unterirdischer" Justiz eines Unrechtsstaates: Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 18.April 2018 nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)

Anlage VG180505-7
Schreiben vom 24.Mai 2017 (nach Rücksprache als PDF per Mail zugesandt) an **Horst Lorenz Seehofer**
Ministerpräsident des Freistaates Bayern
und Vorsitzender der CSU
mit Einladung zu Maischberger-Sendung, die wegen Rundfunk-Sperre des beklagten WDR nicht stattfinden konnte.
Anlagen des Schriftsatzes vom 31. März 2018

Anlage 18-03
Schriftsätze an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes vom 05.Jan.2018 und vom 18.Feb.2018 (gesamt 21 Seiten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 39)

Anlage 18-04
Schriftsatz an den Intendanten des WDR, des ZDF und des ARD-Vorsitzenden (Intendant des BR) vom 15.März 2018 mit Anforderung einer Stellungnahme noch in diesem Monat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Scroll down after link (page 117)

Anlage 18-05
Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) vom 12.März 2018 zu laufendem Antrag auf Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe seit Oktober 2016 nach Schriftsatz des Opfers vom 11.Dez.2017
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 16)

Anlage 18-06 mit den Dokumentationen DOK-03

DOK-03-01
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
"Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

DOK-03-02
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland,
Bundesminister Dr. Norbert Blüm
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
"Sozialpolitische Herausforderung im Zeichen neuer Technologien"
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für digitale Evolution
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

DOK-03-2
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Günter Rexrodt
Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf unserer ONLINE1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)
Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
(verstorben 2016 in Hamburg)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“
„Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

DOK-03-8
über 25 Jahre im Dienste der Digital-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Hier: Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Katalog der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Congressband I der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
(ISBN 3-89077-192-0, insgesamt 14 ISBN-nummerierte Bände der ONLINE'99)
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

DOK-03-9
Congressband-Verzeichnis ONLINE 1999, ONLINE 2000, ONLINE 2001
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001
Bundesminister Dr. Werner Müller<nicht erschienen trotz schriftlicher Zusage,
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie,
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage 18-07 (in DOK-03-9 beigefügt)
"Wir brauchen eine Gründungsoffensive". WAZ-Interview vom 28.Feb.2018 mit dem designierten Wirtschaftsminister Peter Altmaier

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Jan.2015
Anlage 18-01
Schriftsatz vom 01.Jan.2018 zu Zerschlagung 5 durch skrupellose Staatsanwaltschaft: Politisch motivierte Zerschlagung seit 2011 (Amtsgericht Mettmann) mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Hier: Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers
und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 30)

Anlage 18-02
Sofortige Beschwerde vom 02.Jan.2018 wegen sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit (Zerschlagung 4): Zurückweisung einer Zwangsmaßnahme und Ablehnung eines Obergerichtsvollziehers im Auftrag einer Krankenkasse, die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf
Scroll down after link (page 14)

Anlagen des Schriftsatzes vom 21.Dez.2017
Anlage 1 zur Zerschlagung 3:
Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung durch den beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft mit einem nachgewiesenem Schaden von mindestens 100.000 €
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 200)
Anlage 2 : Vom Bundesamt für Justiz abgelehnt!
Antrag auf Härteleistung für
Opfer politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge und
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystem
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 16)
Anlage 3 zur Zerschlagung 5: Staatsanwaltschaft ein Sanierungsfall ?
Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung auf Staatskosten zur Zerschlagung 5
Extremistische Ausuferung von schikanierenden „Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011, Klageerzwingungsverfahren am BGH und
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 08.Nov.2017:
Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“
Schreiben vom 06.Nov.2017 an die DEBEKA Krankenversicherungsverein A.G.
Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“
Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert wegen Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 30.Okt.2017:
Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse
bei Prozess- und Verfahrenskostenhilfe (PKH-Verfahren Oktober 2017)
Anlage 171001 im Schriftsatz vom 20.Oktober 2017
Prozesskostenhilfe-Verfahren vom 17.04.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 06.Okt.2017:
Anlage BVERFG-A:
Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 29)
Anlage BVERFG-B:
Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 zu Zerschlagung 2
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage BVERFG-C:
Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept.2017 zu Zerschlagung 1
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 41)
Anlage DEBEKA-D:
Antwort vom 04.10.2017 zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom 21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
Anlage DEBEKA-E:
Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich erzwungener Altersarmut

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept.2017
Anlage 201709-01: Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der Obergerichtsvollzieherin Sonya Kreyenpoth im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal
Anlagen im Schriftsatz vom 01.Sept.2017
Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.
Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatz vom vom 28.Aug.2017 :
mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens (teilweise reduziert)
Seite 1 bis 84

Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:
Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu
Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage DOK-03-0
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Anlage DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)
auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/h5.htm

Anlage DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst**. “Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Anlage DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Anlage DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Anlage DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft
der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8
24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage DOK-03-9
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001
Bundesminister Dr.Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-04-1
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001
Anlage DOK-04-2
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002
Anlage DOK-04-3
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003
Anlage DOK-04-4
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Anlage DOK-04-5
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05
Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 6)

Anlagen in fortlaufender Nummerierung:
Bis dato wurden folgende Anlagen in den (Beweise)Ordner 1, 2, 3 zur Verfügung gestellt:

Anlagen im Ordner 1
Von den führenden ONLINE-Seminaren zu den
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Ordner 1

Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag
der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der
IT- und TK-Branche
> > > www.euro-online.de/h5.htm

Anlage 1.02: 1971 - 1980
Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress
Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal
Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal
Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD
in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich
1976-1979 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal
ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen
Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse
1980-1984 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Keynote Speaker > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111
ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf
3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation

Anlage 1.03: 1981 -1990
ONLINE'81 Düsseldorf
4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'82 Düsseldorf
5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'83 Düsseldorf
6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation
ONLINE'84 Berlin
7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMM'84 Essen
Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer
1985-1987 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
Keynote Speaker > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111
ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen
8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse
2.Deutsche Kommunikationsfachmesse
ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation
ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen
10.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren
4.Europäische Congressmesse für Technische Automation
1988-1991 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
11.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
5.Europäische Congressmesse für Technische Automation

ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Ordner 2
Europäischen Congressmessen vor und nach der Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000
ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congresse für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

1996-1999 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und …Firmensymposien
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
2000-2003 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf

Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre ‘84 - ’87 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis ‘87 – ’90 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis ‘89 – ’92 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis ‘95 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis ‘98 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und 2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlagen im Ordner 3
Qualifizierte Information über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und über das deutsche Messewesen in 2004
Ausgewählte Kommunikation als Beweisunterlagen zur staatlichen Diskriminierung (politisch motivierte Zerschlagung)

Anlage 3.00: Übersicht Ordner 3
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998), bereits auf der ONLINE’84 in Berlin als Senatsdirektor der Berliner Senatsverwaltung, und auf der ONLINE 96 in Hamburg
Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft: Den Wandel aktiv gestalten

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines qualifizierten Zeitzeugen, Dr. Martin Weigele
> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf

Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung im Jahr 2002, Innovationsmarkt irreversibel vernichtet

Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):
„Das deutsche Messewesen ist ineffizient“
„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet“

Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht **. . .“**
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz

Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des **Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** in 2004 mit dem Ziel eines Comeback

Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg

Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)

Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004

Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004

Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE’91 des Klägers
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung

Anlage 3.51:
1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf
2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf

Anlage 3.52:
Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf

Anlage 3.53:
Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf

Anlage 3.54:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf

Anlage 3.55:
Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf

Anlage 3.56:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf

Anlage 3.57:
Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf

Anlage 3.58:
Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 -
Ihre Vision für Niedersachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf

Anlage 3.59:
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005

Anlage 3.61:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf

Anlage 3.62:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 -
Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf

Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 -
Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf

Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 -
„Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche

Anlage 3.71:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf

Anlage 3.72:
Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf

Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort
Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf

Anlage 3.74:
Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf

Anlage 3.75:
Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf

3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen? Die Hoffnung stirbt zuletzt

Anlage 3.81:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf

Anlage 3.82:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -

Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum:
Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf

Anlage 3.83:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf

Anlage 3.84:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf

Anlage 3.85:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf

Anlage 3.86:
Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom 11.01.2010 -
Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf

Anlage 3.87:
Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf

Anlage 3.88:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf

3.9 Petition an den Deutschen Bundestag
Deutscher Bundespräsident, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten

Anlage 3.91:
Petition an den Deutschen Bundestag 03/2010-01/2012
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf
Fortsetzung in Anlage 6.1

Anlage 3.92:
Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf

Anlage 3.93:
Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf

Anlage 3.94
Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011
anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf

Anlage 3.95:
Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 3.96
Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012
und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf

Anlage 3.97
Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf

Anlage 4.01:
Analyse IT-Gipfel: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik

Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv
Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)
Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller
Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):
Congressband I Telekommunikation & Netze 2000
Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking
Congressband III Enterprise Networks & Call Centers
Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management
Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business
Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML
Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management
Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing
Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale
Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr
Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen
Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse
Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:
ONLINE Congressbände 1976-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.
Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb)
infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung
Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.
5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014
5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014
5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566)zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf

Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)
Pet 1-17-09-703-005442
Ergänzungen zu Anlage 3.91
6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)
6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)
6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)
6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt
trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c
6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – **Deutschland wird digitale Kolonie**
Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine **Investitions**offensive an – **Innovations**offensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler
(Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen
als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in Ordner 3:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlagen im Schriftsatz vom 27.03.2015
Anlage 06-OVG: Einladung des Senats von Berlin zum Senatsempfang anlässlich der ONLINE’84: Begrüßung und Eröffnung durch Senatsdirektor
Dr. Günter Rexrodt
Anlage 07-OVG: Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt auf der ONLINE’96 in Hamburg
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Legende mit Kapitelnummerierung

Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, staatlich motivierte Zerschlagung)

Klageerhebung mit Schriftsatz vom 15.06.2014

01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolglose Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter

Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung
Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes
Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter
13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben
Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung
Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.
14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000. Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben“:
Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .
das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
Europarat
Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung
wird behindert?
16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,
Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,
Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG
Die ausführliche Klagebegründung auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 31.10.2014
17. Antrag zur weiteren Vorgehensweise:
Kläger-Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung.
Hauptklagepunkt ist der Vorwurf der politisch motivierten Zerschlagung. Ohne eine Entscheidung über den Hauptklagepunkt ist eine Bewertung des Schadenersatzes unmöglich.
Daher: Rückstellung aller Entscheidungen zum Schadenersatz, Unterlassung von nutzlosem Aktionismus, der nur weitere Zeitverzögerungen verursacht.
18. Bundesrepublik verhindert seit 2010 ein rechtsstaatliches Verfahren für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 in Deutschland und Europa.
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert rechtsstaatliches Verfahren mit dem Vorwand nicht zuständig zu sein, obwohl die aktuellen Rechtshängigkeiten mit Gerichtsverfahren seit Sommer 2013 unbestreitbar sind und verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 permanent zum Nachteil des Opfers entschieden werden.
In keinerlei Weise hinnehmbar: Kläger wird vom Verwaltungsgericht Berlin simultan seit längerem unter Druck gesetzt, obwohl das Verfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf in vollem Gange ist.
19. Vorrangig: Rechtsanspruch auf Rehabilitierung für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und politisch motivierter Zerschlagung
Nachgeordnet: Rechtsanspruch auf Schadenersatz
Zu klären mit rechtsstaatlichen Verfahren:
Herausragende Leistungsmerkmale der Congressmessen des Klägers
mit dem weltweit größten Congressangebot
mit Integration von Information und Weiterbildung zu 32 Innovationsschwerpunkten
mit flächendeckender Besucherwerbung und
mit nachhaltiger Dokumentation

20. Hochqualifizierte Congressbände der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH für nachhaltigen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Antrag auf Besichtigung des Congressband-Archivs durch das Gericht zur Anerkennung des Rechtsanspruchs auf Rehabilitierung
Antrag auf Unterlassung judikativer Verzögerungen durch Beschlüsse zum Schadenersatz, der nur nachgeordnete Priorität (nach Klärung des Rehabilitierungsanspruchs) haben kann
21. Zukunftsperspektive Congressbandarchiv:
Professionelle Dokumentation
hochqualifizierter Zeitzeugen in hochwertiger und umfassender Form
auf dem Weg zur digitalen Informationsgesellschaft
Innovation durch Telekommunikation
Über 260 Congressbände (mehr als 1100 Exemplare) zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 12.11.2014
22. Unerträglich: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch Zerschlagung des Congressmesse-Archivs, um Beweise für den Anspruch auf Rehabilitierung zu beseitigen
Kläger bietet an: Besichtigung des kompletten Congressmesse-Archivs im Privathaus
Kläger hat Zeugenaussagen hochqualifizierter Congressleiter beantragt
23. Bayerische Verwaltungsjustiz in Regensburg, München und Ansbach: Trittbrettfahrer der politisch motivierten Zerschlagung durch gnadenlose Ausnutzung der von deutscher Bundesregierung verschuldeten Notlage des Klägers vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.
Über 20 Jahre Treib- und Hetzjagd auf den Bruder des Klägers (des einzigen Erben), in den Tod getrieben, einen Vorzeige-Betrieb in eine verrottende Ruine verwandelt.
Einzige Möglichkeit des erbenden Klägers: Nachlassinsolvenz.
Nach bewiesener Rechtsbeugung und Grundstücksmanipulation mit NS-Dokumenten aus 1943 durch das Landratsamt Tirschenreuth und Verwaltungsgericht Regensburg:
Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152)
Daher Antrag auf Beiladung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof
24. Deutsche Bundesregierung: 100 % Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung
Deutsche Justiz: 100 % Verantwortung für katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Spitzenleistung der Kreispolizei Mettmann: Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehls, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung
25. Aufgrund aktueller Entwicklungen: Antrag auf Fortsetzung des Schadenersatz-Verfahrens vor dem Landgericht Wuppertal
nach Anerkennung des vollen Rehabilitierungsanspruchs
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 08.12.2014
Antwort auf Schriftsatz der Beklagten vom 18.11.2014
26. Beklagte sprachlos und Diskriminierungs-blind ,
weil Wahrheit über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, politisch motivierte Zerschlagung) von der Bundesregierung bis dato
gedeckelt, verzerrt und gebeugt wird
Sprachlosigkeit und Blindheit für Diskriminierung in Stellungnahme zum Hauptteil mit umfangreicher Begründung unter der Überschrift „Zum restlichen Vorbringen des Klägers“
27. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung einer Prozesskostenhilfe unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2a der Beklagten)
Missbrauch eines PKH-Verfahrens zur weiteren Zeitverzögerung?
Kuh-Handel mit Grundrechten als Schmiermittel?
Einteilung in bemittelte und unbemittelte Personen?

28. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2b der Beklagten)
Situationsanalyse 2014 aus der Sicht des Klägers:
Politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Unternehmers
mit einem professionell operierenden Unternehmen,
mit einem exzellenten Lebenswerk,
mit ansehnlichen Altersrücklagen
Gipfel der Diskriminierungsblindheit: „Nicht ersichtlich, durch welche Handlungen der Beklagten im Zusammenhang mit der UMTS-Auktion der Kläger diskriminiert worden wäre“
29. Kläger 2000 und 2001: Europäische Congressmessen ONLINE nach 25 Jahren im Zenit für Innovationswachstum
Digitales Deutschland 2000: Spitzenstellung im globalen Vergleich vor der Innovationswende durch staatliche UMTS-Auktion 2000
März 2010: Petition an den Deutschen Bundestag als letzter, verzweifelter Versuch des Klägers, Abhilfe von extremer Diskriminierung durch betonierte Kommunikationsverweigerung zu erreichen
Dez. 2011: Petition an den Deutschen Bundestag mit umfangreichen Eingaben wird als Nr.32 in einem Massengrab des Bundestags trotz massiver Gegenwehr versenkt
Dez. 2014: Deutscher Bundestag arbeitet am Volk vorbei
Dez. 2014: Deutschland ist zur digitalen Kolonie von USA und China degeneriert
Datenschutz und Datensicherheit: Schwerpunkt-Thema des Klägers seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetzes in den 1970er Jahren
Deutschland 2014 und Beklagte im Würgegriff des NSA
Deutschland 2014 befindet sich im NSA-Würgegriff, die Beklagte hat leitende Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung des Klägers, für den Datenschutz und Datensicherheit Schwerpunkt-Thema seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetz in den 1970er Jahren ist.
Petition chancenlos, weil politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Congressmesse-Veranstalter mit Unterstützung durch die Beklagte Zielsetzung war Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“ (Punkt 2c der Beklagten)
30. Congressband-Archiv mit hochwertigen Beweisunterlagen ist unverkäuflich (Punkt 2d der Beklagten)
Besondere Bedeutung des Congressband-Archivs und seiner Zukunftsperspektive im Zusammenhang mit der Rehabilitierung des Klägers ist unbestreitbar
Zuständigkeit des Landgerichts Wuppertal für Klage auf Schadenersatz nach Abschluss der Klage auf Rehabilitierung: Siehe auch Kapitel 25
Deutsche Verwaltungsjustiz kann Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn es den Weg freimacht für ein längst fälliges Rehabilitierungsverfahren, das der Wahrheit zum Durchbruch verhilft
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 22.12.2014 mit Einsprüche gegen und Anträge auf Richtigstellung zu den Beschlüssen VG 27 K 496.14, VG 27 K 308.14 vom 08.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
31. Beschreibung der Beklagten in den Beschlüssen ist unzutreffend und irreführend:
Wer wird denn wegen politisch motivierter Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers in Deutschland beklagt?
32. Beschreibung der Klagebegründung im Beschluss VG 27 K 496.14 ist total mangelhaft, ebenfalls irreführend und entsprechend der Mängel ebenfalls eine juristische Fortsetzung der totalen staatlichen Diskriminierung des Klägers:
Was wird denn eigentlich beklagt?
Mehrfacher Verstoß gegen Art. 34 GG: Nicht nur
> Grobe Fahrlässigkeit durch einen Markteingriff mit einem Horror-Auktionsbetrag generiert verheerende Folgewirkungen, sondern auch
> Vorsätzliche Verletzung der Amtspflicht durch gnadenlose Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch staatliche Diskriminierung des privatwirtschaftlichen Unternehmers mit ausgewiesener Professionalität
33. Beschlüsse sind widersinnig, weil der letzte Schritt vor dem ersten Schritt gemacht wurde und weil die Beschlüsse tatsächlich überhaupt nicht erforderlich waren:
Fundierte Qualitätsmängel der Beschlüsse nicht zumutbar für den Kläger
Beschlüsse sind reine Gefälligkeitsbeschlüsse gegenüber einer übermächtigen Beklagten

34. Entscheidung über Verfahrenskosten ist nicht hinnehmbar:
Kläger weist jede Kostenverantwortung für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zurück
Beschlüsse sind sittenwidrig, weil dem Kläger in Anbetracht eines verheerenden Schadens weitere Kosten für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zugemutet werden
35. Rechtsmittelbelehrung ist nach Verweigerung der Prozesskostenhilfe seit 2011 nur eine Verhöhnung des Klägers
Verhöhnung, weil der 27.Kammer bekannt ist, dass anwaltlicher Vertretung vor dem Oberverwaltungsgericht wegen der von der Beklagten verschuldeten Notlage und Altersarmut nicht möglich ist und weil von der 27.Kammer seit 2011 Prozesskostenhilfe verweigert wird
36. Keine Beschwerde gegen Abtrennung des Schadenersatzverfahrens, das sowieso vor dem Landgericht Wuppertal durchzuführen ist
sondern Beschwerde nur gegen mangelhafte Ausführung der Beschlüsse, die lediglich weitere Zeitverzögerungen wegen Richtigstellungen verursachen, die von der 27.Kammer zu verantworten sind, und nur gegen
Kostenverantwortung des Klägers für Gefälligkeitsbeschlüsse zugunsten einer übermächtigen Beklagten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 02.01.2015 mit Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG und Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
37. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer
gemäß §§198 ff GVG
Kläger hat in extremer Weise unter den materiellen und immateriellen Nachteilen eines überlangen Gerichtsverfahrens zu leiden
2011-2014: Katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Vom Verwaltungsgericht Berlin (2011) zum Verwaltungsgericht Berlin (2014)
38. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer seit 06.04.2011 gemäß §§198 ff GVG
Erste Verzögerungsrüge an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in 2011
Beweis für staatliche Diskriminierung: Sprachlosigkeit der Verwaltungsjustiz bei Verzögerungsrüge und keinerlei Unterstützung der Eigeninitiative des Klägers zu einer außergerichtlichen Einigung
39. Verzögerungsrüge an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Eigenberechnung des geltend zu machenden Verzögerungsschadens unter Beachtung der Vorgaben des EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) und §§198 ff GVG
40. In allen Gerichtsverfahren von 2011 bis dato,
an Verwaltungsgerichten, Amtsgerichten, an Zivilkammern und Strafkammern der Landgerichte, an Oberlandesgerichten, in mehreren Verfassungsbeschwerden am Bundesverfassungsgericht und in der Individualbeschwerde am EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte),
ausschließliche Begründung ob als Kläger, Beschwerdeführer oder Beklagter: > > > > > > Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und staatlicher Diskriminierung mit dem Ziel politisch motivierter Zerschlagung.
Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014
Zu beklagen: Überlange Dauer des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens an der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin als Ursache extremer materieller und immaterieller Nachteile seit 2011
41. Antrag auf umgehende Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs
Rehabilitierung: Nicht nur ein Recht des Klägers, sondern vielmehr eine Verpflichtung der Beklagten
Zerstörtes Lebenswerk des Klägers: Digitale Evolution
Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Deutschland zur digitalen Kolonie von USA und Fernost degeneriert
Neujahrsansprache der beklagten Bundeskanzlerin: Gemeinsame Herausforderungen meistern, zum Beispiel die digitale Revolution. . .
Ohne Rehabilitierung des Klägers hat das in Deutschland einzigartige Congressmesse-Archiv als historisches Vermächtnis anerkannter Zeitzeugen keine Perspektive > > > daher unverzichtbar im Interesse Deutschlands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 26.01.2015 mit Beschwerde gegen Beschluss vom 06.01.2015 (eingegangen am 15.01.2015) und wiederholtem Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung

42. Rechtsmittel der Beschwerde
im Rahmen des Prozesskostenhilfeverfahrens
an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Mehrfach diskriminierendes Rubrum: Verstoß gegen Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
43. Rubrum: Vorangestellte, kurze Zusammenstellung eines juristischen Dokuments mit dem Zweck, den folgenden Inhalt schon am Anfang richtig einordnen zu können
Aktivrubrum mit Angabe relevanter Berufstätigkeit gemäß § 117 VwGO
44. Unterdrückung der verantwortlichen Bundesregierung im Passivrubrum: Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG, Gleichheit vor dem Gesetz)
Mit Recht zurückzuweisen:
Irreführende Reduzierung der Klage der politisch motivierten Zerschlagung auf Angabe eines legalen Verwaltungsaktes, der staatlichen UMTS-Auktion 2000
45. Nicht nur missverständlich, sondern irreführend schon das Rubrum, weil mit umfassenden Beweisunterlagen in Ordner 3 vorgetragen:
Politisch motivierte Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers mit herausragenden Weltklasse-Leistungen
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Strafrechtliche Bedeutung des Rubrums zur Verhinderung einer besonders schlimmen Rechtsbeugung
46. Unerträglich: Fortsetzung der Diskriminierung am Verwaltungsgericht Berlin schon im Rubrum der juristischen Dokumente
Rehabilitierung unverzichtbar, weil
nicht nur die beklagten Staatsorgane Bundeskanzler/Bundeskanzlerin und Bundesregierung involviert sind,
sondern auch die Staatsorgane Bundespräsident und Deutscher Bundestag ausführlichst informiert sind
47. Längst überfällige Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs: 1.Schritt der Rehabilitierung.
Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung und damit verbundene Maßnahmen mit Bezug auf das Schreiben der Beklagten vom 26.11.2014 (eingegangen13.12.2014) und Schreiben des Klägers vom 02.01.2015 (Kapitel 41)
48. Rehabilitierung durch Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen im Vorfeld und mit Synergie zur Hannover-CeBIT:
Weltweit größtes Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von Telekommunikation, Internet, IoT, IT, digitaler Evolution
Professionelle Unterstützung der digitalen Revolution und des Innovationswachstums mit Innovationsoffensiven der Congressmessen
International wettbewerbsfähiges Innovationswachstum kann man nicht verwalten, sondern man muss es unternehmen
49. Nach EZB-Entscheidung: Investieren in den Aufschwung in Europa und Diskriminierung des Klägers beenden durch Rehabilitierung
Neue Herausforderung: Verhinderung von Multimilliarden-Gräber durch Kapital-Tsunami
Beschwerde gegen Fortsetzung der Diskriminierung überfällig und massenhaft bewiesen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 30.01.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit

Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss des 11.Senats vom 14.01.2015

50. Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss vom 14.01.2015 (eingegangen am 19.01.2015)
Entscheidungserheblichkeit der Gehörsrüge: Valide und zweifelsfrei
Fortsetzung der Diskriminierung unerträglich, weil Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG)
51. Parallele Diskriminierung des Klägers im Rubrum juristischer Dokumente der 1. und 2. Instanz:
Verstöße gegen § 117 VwGO, Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
Antrag auf nicht diskriminierende Ausführung des Rubrums

52. Missbrauch des Vertretungszwangs i.V.m. fortgesetzter Diskriminierung zur Verhinderung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
Intensive Bemühungen des Klägers um qualifizierte anwaltliche Vertretung ohne Erfolg, von der informierten 27.Kammer gnadenlos ausgenutzt
Dem Kläger wird de facto ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung verweigert
53. Verwaltungsgerichte wollen und können ein rechtsstaatliches Verfahren nicht mehr gewährleisten
Mit der Ablehnung von PKH-Anträgen: Verstoß des Klägers gegen den anwaltlichen Vertretungszwang vom 11.Senat erzwungen
Beschluss des 11.Senats verstößt gegen das Prozess-Grundrecht des Klägers, weil eine anwaltliche Vertretung de facto ausgeschlossen
Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.20 Abs.3 GG)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Stellungnahme zu Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt europäischer Wehklagen (Anlage 6.5)
„Wir haben das Spiel in der IT-Branche bereits verloren“
„Wir brauchen eine Überlebensstrategie“
54. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum:
Kläger hat Anspruch auf Rehabilitierung in Deutschland, in deutschen Bundesländern und in Europa
55. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum:
Europäische Congressmessen des Klägers
haben besonderen Anspruch auf europäische Förderung insbesondere durch einen mutlosen EU-Digital-Kommissar
Rehabilitierungspotentiale bei der EU-Kommission durch die Beklagte zu erschließen, weil kein passender Finanzierungsmechanismus
56. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum:
Kläger hat besonderen Anspruch auf direkte und indirekte Nachteile, auf materielle Nachteile und immaterielle Nachteile (Schmerzensgeld) durch überlange Diskriminierung und überlange Gerichtsverfahren, durch Rechtsbeugung, . . .
57. Durch sofortige Rehabilitierung: Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum.
Erster Schritt: Anerkennung des Rechtes auf Rehabilitierung in vollem Umfang
Alternativ: Juristische Klärung materieller und immaterieller Nachteile mit Staatshaftung für massive Verstöße gegen das Grundgesetz, für überlange Diskriminierung, für überlange Gerichtsverfahren, für skandalöse Rechtsbeugung, für Missbrauch von Staatsgewalt . . .und abschließender Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 10.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Stellungnahme zu den 3 formlosen Briefen mit den Aktenzeichen
OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15 des Vorsitzenden Richters des 11. Senats
Klärungsbedarf zu 4 Aktenzeichen, Nachsendung eines zusätzlichen Schriftsatzes vom 30.01.2015 (Anlage 04-OVG)
58. Formlose Briefe im 3er-Pack mit unterschiedlichen Aktenzeichen: Wiederholter Klärungsbedarf mit ständig wiederkehrender Rechtfertigung anstatt Fortschritte gerichtlicher Klärung der Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagung
59. Nach politisch motivierter Zerschlagung seit 15 Jahren:
Technische Büroausstattung und finanzielle Ausstattung des Klägers sind den verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen nicht mehr gewachsen
Kläger wehrt sich mit Recht gegen verschwenderischen Umgang mit hochwertigen, historischen Dokumenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 12.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Nachsendung in 2-facher Ausfertigung mit Fortsetzung der Klageeingaben an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin in Anlage 05-OVG
60. Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
anstatt juristischer Abwimmelung und Abservierung mit verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen
Antrag auf Stellungnahme zu den Anträgen der Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 27.03.2015 an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Anhörungsrüge wegen unanfechtbaren Beschluss (OVG 11 L 3.15 / OVG 11 L 4.15) vom 11.03.2015 und Stellungnahme zu unanfechtbaren Beschluss OVG 11 RL 3.15 vom 11.03.2015, auch ohne verfügbare Rechtsmittel nicht hinnehmbar
61. Politisch motivierte Zerschlagung eines weltweit herausragenden Lebenswerkes des Klägers: Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Kläger: Gründer, Planer und Organisator der Congressmessen
Unternehmen des Klägers (des einzigen geschäftsführenden Gesellschafters einer GmbH): Veranstalter der Congressmessen
62. Niemand in Deutschland hat ein vergleichbares Know-how als
Gründer, Planer und Organisator derartig weltweit herausragender Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Kläger hat dieses herausragende Know-how aus über 25 Jahren Praxis, das ihm Richter eines Oberverwaltungsgerichtes nicht aberkennen können
63. Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH erstellt von 2004 bis 2011 qualifizierte Congressmesse-Projektvorschläge für digitale Evolution
Verweigerung jeglicher Kommunikation der Beklagten mit dem Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen, weil ein privatwirtschaftlicher Leistungsträger unerwünscht ist und mit politisch motivierter Zerschlagung aus dem Weg geräumt werden soll
Heute ist Deutschland digitale Kolonie, Projektvorschläge des Klägers blieben ohne Antwort und ohne Beachtung
64. Unanfechtbare Beschlüsse (§152 Abs.1 VwGO) der Verfahren OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15:
> Schläge in das Antlitz der Justitia
> Verstöße gegen Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention
> Rubrum, Tatbestand und Tenor der Beschlüsse: Rechtswidrig, sachwidrig und daher diskriminierend
> Diskriminierende Beschlüsse sind und bleiben rechtswidrig, auch wenn keine Rechtsmittel mehr zugelassen werden
> Grundrecht des Klägers: Ablehnung der Kostenverantwortung für diskriminierende Beschlüsse bei anhörungsresistenter Fortsetzung der Diskriminierung
65. Unverzichtbare Rehabilitierungsansprüche, längst beantragt vom
Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen
Mittelstandspotentiale für Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum zu erschließen, ist ein kostbares Know-how aus über 25 Jahren Europäische Congressmessen

Schriftsatz vom 28.04.2015 an den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg, Antwort auf das Schreiben des Herrn Dr. Schreier vom 10.04.2015 (eingegangen am 15.04.2015)
66. Situationsanalyse April 2015 zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren:
Solange eine inhaltliche Bewertung des vorgelegten, umfangreichen und qualifizierten Beweismaterials verweigert wird und auch keine Zeugenaussagen zugelassen werden, wird auch das Recht auf Rehabilitierung verweigert.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf
Scroll down after link (page 88)

Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.
Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz / Staatshaftung
67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -
Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)
mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,
mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger)
(Zerschlagung 4) und
wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)
und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution
über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als
Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten
aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,
aus Deutschland, Europa und weltweit
Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum mit digitaler Evolution
Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000
ohne den Hauch einer Chance für das Opfer
Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung
Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:
Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlachtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung
Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.
Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance
70. Gigantische Umverteilungsoperation durch
grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG
Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des
nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen
Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen
Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.
71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17, Anlage BVG-01) und
extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW
(Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17, sieh
Anlage BVG-02):
Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz
Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)
Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.
Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Sieh Zerschlagung 3
Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH:
Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslwakei (1992)
Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000
Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.
73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens,
ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung
Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO
Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können
Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf

Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung
74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu
Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen
Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist
Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit
politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden

Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik
Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden
76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte
Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte
Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar
77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist Rehabilitierungsanspruch.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 62)

Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017) nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren

78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht
Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch
79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz
1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen
80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für
digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission
Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile
Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch
Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 107)

Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am 31.98.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017

81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen
für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa
82. Unverzichtbar: Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld
für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge
für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa,
für die Treib-und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod,
für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 144)

Schriftsatz vom 06.Sept.2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer Zwangsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu Urteil mit Rechtsbeugung
in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017

83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: Hier politisch motivierte Zerschlagung 5
Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
Zwangsmaßnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör zur staatlich erzwungenen Altersarmut seit 2011
Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld
wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers,
wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält
84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution
Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für herausragende Verdienste für Deutschland und Europa
mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 178)

Schriftsatz vom 06.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über 10.000 EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden Kosten, Zinsen, Gebühren . . .

85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:
Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte
September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Anlage

86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich
medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung, für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter
(Zerschlagung 5)
für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden,
für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen
für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut (Zerschlagung 4)
für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2)
für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung,
für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre)
auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 212)

Schriftsatz vom 20.Okt.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017)
87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten Rechtsanwalts
Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht) mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer
zu PKH-Konditionen
Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in 2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind wegen forcierter Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012
88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?
Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden, ohne auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?
Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet: Inhaber von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten
Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf Terminverschiebung der Rehabilitierung bis nach Klärung von Schadensersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März 2017) zurücknehmen zu können und
weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der Wiederaufbauphase u.a.m.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 250)

Schriftsatz vom 30.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017) mit Anlieferung der PKH-Unterlagen ohne Perspektive für eine anwaltliche Vertretung

89. Von Zweifeln zur Gewissheit: Anspruch auf qualifizierte anwaltliche Vertretung zu PKH-Konditionen nicht umsetzbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation selbst für qualifizierte Rechtsanwälte zu komplex
PKH-Konditionen für qualifizierte Rechtsanwälte abschreckend
Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen, Anspruch auf Förderung für Entwicklung und Abstimmung konkreter Konzepte
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 284)

Schriftsatz vom 08.Nov.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017): Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

90. Justizopfer als Ergebnis der Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge trotz herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts) und:
Alle Staatsorgane waren informiert und haben (sich) versagt
91. Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
Justizopfer ohne Chance einer qualifizierten anwaltlichen Vertretung
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 316)

Schriftsatz vom 21.Dez.2017 mit Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

92. Klage-Eröffnung 2010: Deutschland ist digitale Kolonie. Kläger wusste nicht, dass er Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik geworden ist.
Digitale Kolonie 2014: Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige, Investitionsoffensive auf Bayern minimiert
Digitale Kolonie 2015: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger &
Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“
Deutschland kann die digitale Sicherheit nicht mehr gewährleisten.
Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa
Digitale Kolonie 2017: Europa wächst – und verliert (ZVEI: Der Halbleitermarkt 2017)
Deutschland hat den digitalen Trend längst verschlafen (Weltweiter Telekommunikationsriese Vodafone, Dez.2017)
Deutsche und europäische Konzerne wollen lieber in den USA und Fernost investieren: Nicht nur in der Digital-Branche. Nach Aufbau Ost kommt Abbau Ost. Sieh Görlitz 2018.
Weil kein Innovationswachstum aus Mittelstandspotentialen wegen Unternehmens-Genozid der Innovationselite!
System Deutschland ein Sanierungsfall?
Hat das Grundgesetz nur noch ein Grundrecht für Asylanten?

93. Weisungsgebundene Staatsanwaltschaft 2017 mit beklagten Bundeskanzleramt als Weisungsgeber: Ein Sanierungsfall?
Zurückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Kreisverwaltung Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017)
wegen wiederholter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
nach Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017,
nach Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und
nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung
Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft zum Zwecke der physischen Zerschlagung des Justizopfers: Aktenkundig beim Bundesverfassungsgericht (Zerschlagung 5)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf

Schriftsatz vom 05.Jan.2018 mit Fortsetzung der Klage in 2018 auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

94. Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: 20 Jahre
Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von
Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen
95. „Weihnachtsgeschenke 2017“ staatlich erzwungener Altersarmut als Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel
von krimineller Hassjustiz skrupelloser, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft und von sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem:
zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
zu sozialer Zerschlagung unter dem Deckmantel sozialer Sicherheit
Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
96. Verheerende Folgewirkungen einer unsäglichen Umverteilungspolitik gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Europäische Congressmessen des Opfers zerschlagen, obwohl:
Systemrelevant für digitales Innovationswachstum, mit Vorrang für Chancen der Digitalisierung, aber mit Verantwortung für Risiken
Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit verheerender Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:
Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG
Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung, sieh Anlage 18-01
Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, sieh Anlage 18-02
Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager bei der Risikobeherrschung in der Digitalisierung
Deutsche Justiz längst Teil dieser schlimmen Entwicklung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 39)

Schriftsatz vom 18.Feb.2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

97. Deutschland hat „schleichende“ Staatskrise, ohne sie zu erkennen
Schlimmer als in Indien: Umverteilung in die Kaste der Rechtlosen
mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit tödlichem Ausgang
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Bemühungen des Klägers um Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu einer schleichenden Staatskrise, die von der gegenwärtigen Gesellschaft inzwischen als Normalzustand empfunden wird
Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem
Kein Weiter so! Neubeginn mit Aufklärung der Öffentlichkeit.
System Deutschland hat Sanierungsbedarf.
98. Erinnerung mit Ausführungen aus alten Schriftsätzen an
angemessene Rehabilitierung, angemessene Würdigung des Lebenswerkes und angemessener Schadenersatz
für professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
mit Integration des Digital-Gipfels
Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 84)

Schriftsatz vom 31.März 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

99. Jetzt: Gigantische Umverteilungspolitik und Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
mit politisch motivierten Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
mit eskalierender, staatlicher Übergriffigkeit
durch gegenseitige Amtshilfe
durch gegenseitige Regierungshilfe
durch Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner
durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ohne Sinn und Verstand
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
100. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
im Zuge der Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner (Zerschlagung 3, gebührenfinanzierter Staatsrundfunk) mit einem nachgewiesenen Mindestschaden von 100.000 €
Rechtshängig beim Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 5854/13
mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 18.Jan.2018 mit Handlungsbedarf der 27.Kammer
Arrogante Versagung jeglicher Kommunikation des ÖRR trotz terminierter Aufforderung zur Antwort seit 2007
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
101. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
hier im Zuge gegenseitiger Amtshilfe für das beklagte Bundeskanzleramt und beklagte Öffentlich-rechtliche Vertragspartner
Hier: Gegenstandsloser Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) nach Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe als

Beweis für gegenseitige Amtshilfe bei der Durchsetzung gigantischer Zerschlagungspolitik durch das beklagte Bundeskanzleramt (Anlage 18-05) trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
102. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer
seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
hier im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe für die beklagte Bundesregierung durch die beklagte Bayerische Staatsregierung
mit gnadenloser Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd nach dem Tod seines Bruders auf das Zerschlagungsopfer als seinen einzigen Rechtsnachfolger, in NRW!
103. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener Rehabilitierung
für professionellen Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:
Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 125)

Schriftsatz vom 05.Mai 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution und diversen Anträgen
104. Kampf gegen die Mauer des Schweigens: Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält. Daher
> Erinnerung an Umsetzung von
angemessener Rehabilitierung mit Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
> Neue Klage 2018 auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen schikanierende Zwangsmassnahmen eines diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Westdeutschen Rundfunks
105. Opfer politisch motivierter Zerschlagungen durch
brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998, bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im Jahr 2000 erst, nachdem mit vorhergehenden Maßnahmen zwar Schaden, aber nicht die geplante Zerschlagung erreicht wurde
Überwindung der Mauer des Schweigens unverzichtbar:
Lückenlose Aufklärung der Zusammenhänge von
gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
106. Längst überfällig: Transparenz und Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Verantwortung des Politikers und Chefs des Bundeskanzleramtes
Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Verantwortung für bundesweite Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
Eskalation von politisch motivierten Zerschlagungen durch brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998, bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen und Verfahren:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Teuflisches Unrechtssystem: Opfer wird für verheerende Folgewirkungen von politisch motivierten Zerschlagungen verantwortlich gemacht (soziale Zerschlagungen Z4 und Z5)
Antrag auf Befragung / öffentliche Stellungnahme des Politikers und Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
107. Bundesweite Eskalierung zum Abschuss einer "vogelfreien" Sippe: Umsetzung mit einer weisungsgebundenen, skrupellosen Staatsanwaltschaft, mit bundesweiter Weisung aus dem beklagten Bundeskanzleramt und
mit Weisung aus der beklagten bayerischen Staatskanzlei selbst in NRW
"Unterirdische" Justiz mit psychischer Zerschlagung durch einen Unrechtsstaat: Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit bundesweiter Eskalation zur Sippenzerschlagung, mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden
"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Erklärung von staatlichen Übergriffen nach Rechtsbeugung als "rechtskräftig", mit Rechtskraft zu Missbrauch von Staatsgewalt
"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Parallele Verfolgung in Verfahren an zwei Amtsgerichten gleichzeitig
Ablehnung durch das Opfer wegen politisch erzwungener Altersarmut: Kostenverantwortung für "Rechtskraft" von Bußgeldern durch Missbrauch von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften
trotz erdrückender Beweislage von politisch motivierten Zerschlagungen
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland, Europa und weltweit
108. Dokument zu Kosten einer "unterirdischen" Justiz mit Missbrauch von Drittschuldnern:
Pfändungs- und Überweisungsbeschluss unter Missbrauch von "Drittschuldnern" nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit bayerischer Beteiligung zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
Kläger: Einziger Rechtsnachfolger nach Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 bis in den Tod (2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz / Bayern)
Fortsetzung bayerischer Hexenjagd in NRW mit grundgesetzlich längst abgeschafften Steuernachforderungen trotz Nachlassinsolvenz, mit Eintreiben von Gerichtskosten trotz krimineller Rechtsbeugung, mit Erzwingung einer Sicherheitshypothek für kriminelle Rechtsbeugung vor und nach dem Tode seines Bruders. . . . . .
Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält
Antrag auf unverzügliche Härteleistungen durch das Bundesamt für Justiz wegen für extremistische Ausuferug staatlicher Übergriffe
109. Klage-Erweiterung gegen die Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch die deutsche Bundesregierung in Berlin,
vertreten durch den Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat
Antrag auf öffentliche Rehabilitierung der zerschlagenen Sippe mit Verlust eines Menschenlebens, mit kapitalen Vermögensschäden und Zerschlagung der bayerischen Heimat

Totale Zerschlagung einer bundesweit tätigen Sippe trotz hervorragender Leistungen, Zerschlagung im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
Antrag auf öffentliche Stellungnahme des zuständigen Bundesministers
110. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:
Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung
für professionellen Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt
zu den Zusammenhängen von
gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010
zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
zu mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 180)

Schriftsatz vom 20.Juni 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit Schreiben an den Bundespräsidenten
111. Schreiben vom 10.Juni 2018 an den
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
Anspruch des Opfers auf angemessene Rehabilitierung und Schadenersatz beim Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14)
Anspruch des Opfers auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 243)

Schriftsatz vom 31.Juli 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten
112. Persönliche Beziehung und politische Verantwortung des Bundespräsidenten zum Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit ausführlicher Darstellung im
ersten und zweiten Anschreiben an den Bundespräsidenten

Bis heute: Unerträgliche Mauer des Schweigens zu
bundesweiter politisch motivierter Sippenzerschlagung
> unter Beteiligung des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit bundesweiter Interessenslage (Zerschlagung 3),
> unter Beteiligung der bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
> unter Gesamt-Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1)
mit Steuerung durch angewiesene, bundesweit tätige Staatsanwaltschaften
113. Auch Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht sind informiert:
Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
> unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, verantwortlich für die Umsetzung politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution,
für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 285)

Schriftsatz vom 22.Aug. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort

114. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland bis heute ohne Antwort: Trotz persönlicher Verantwortung für Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen seit 1998
Perversion der Umverteilungspolitik zu vernichtender Zerschlagungspolitik mit kriminellem Netzwerk von skrupellosen Staatsanwälten
Missbrauch deutscher Justiz zur Fortsetzung von politisch motivierter Sippenzerschlagung, für soziale und psychische Zerschlagungen vor Schadenersatz und Rehabilitierung infolge politisch motivierter Sippenzerschlagung als einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des überlebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution,
für Deutschland und Europa
115. Bis heute: Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung:
Bundespräsident schweigt
Bundeskanzlerin schweigt
Freistaat Bayern schweigt
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Bis heute: Missbrauch deutscher Justiz für eine gigantische, pervertierte Umverteilungspolitik /vernichtende Zerschlagungspolitik
trotz Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer)
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des überlebenden Zerschlagungsopfers
116. Politisch motivierte Sippenzerschlagung:
Frontalangriff auf das Grundgesetz unter leitender Ausführung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende und weisungsgebundene Staatsanwaltschaften.
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu
erdrückender Beweislage, zusätzlich unterstützt mit vernetzter Internet-Dokumentation
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3,
Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

117. Anspruch auf öffentliche Sippen-Rehabilitierung und Schadenersatz
aus einer gigantischen, pervertierten Umverteilungspolitik
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu
politisch motivierter Sippenzerschlagung,
mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens
mit Zerschlagung der bayerischen Heimat
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter durch eine
skrupellose Staatsanwaltschaft,
mit Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
in Deutschland und Europa über mehr als 25 Jahre
Gesamter Schadenersatz-Anspruch: 38 Mio EUR Finanzierungsvolumen für professionellen Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch auf 50 Mio EUR geschätzt.
118. Bundespräsident, der nicht antwortet, will auch keine Brücken bauen?
Solidargemeinschaft braucht Brückenfunktion
Bundespräsident sollte Brücken bauen, weil er als Kanzleramtschef (1999-2005) selbst für eine Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen Verantwortung trägt
Zerschlagungsopfer : Kein Weiter so mit hasskriminellen Übergriffen einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die politisch motivierte Sippenzerschlagung zu verantworten hat!
Deutscher Staat: Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten, aber keine Härteleistungen für Zerschlagungsopfer?
Vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf

Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen

119. Deutscher Bundespräsident, der nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat einen triftigen Grund:
Seine Vergangenheit als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005
Vergangenheitsbewältigung einer pervertierten, personalisierten Umverteilungspolitik: juristisch unverzichtbar
Pervertierte Eskalation einer personalisierten Umverteilungspolitik durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000
zu politisch motivierter Zerschlagungspolitik
zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden
120. Alle Bemühungen vergeblich: Bundespräsident will nicht antworten, will keine öffentliche Stellungnahme abgeben
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk verhindert mit Rundfunksperre weitere Aufklärung
Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
Infamer und diskriminierender Missbrauch deutscher Justiz für soziale Zerschlagung mit psychischer Folter auf Betreiben skrupelloser Staatsanwaltschaft
Verlust eines Menschenlebens und kapitale Vermögensschäden ohne Perspektive einer Rehabilitierung mit Schadenersatz
Daher: Antrag auf Zeugenaussage des Bundespräsidenten zu ungeheuerlichen Vorgängen
politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung
Politisch motivierte, bundesweite Sippenzerschlagung:
abscheuliches Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften!

121. Bis heute Versagen des deutschen Rechtsstaates,
Vom infamen Missbrauch der Justiz
zum eingeschränkten Rechtsstaat zum Unrechtsstaat
> Bundesverfassungsgericht nicht erreichbar trotz zahlreicher Verfassungsbeschwerden (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung)
> Ordentlicher Rechtsweg nur für Fortsetzung der Zerschlagung, nicht für Schadenersatz verfügbar entgegen Art.34 GG
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für verfassungswidriges Versagen und Vortäuschen von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für infam vorgetäuschte Richtertätigkeit des Bundesverwaltungsgerichts durch Bundesamt für Justiz mit opfer-feindlicher Ablehnung von Härteleistungen nach Antrag durch das Zerschlagungsopfer
> Versagen von rechtlichem Gehör
zu Zerschlagung von Altersrücklagen und
zu staatlich erzwungener Altersarmut
mit Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonten und
mit erhöhten Aufwendungen zur juristischen Abwehr von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
> Versagen von rechtlichem Gehör zu sozialer Zerschlagung und psychischer Zerschlagung mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter
> Versagen von rechtlichem Gehör an Verwaltungsgerichten zu Anträgen auf Härteleistungen zwecks Ausgleich von rückständigen Sozialabgaben
> Justizopfer ohne Chance zur Durchsetzung von Verzögerungsrügen, zur Durchsetzung von Strafanzeigen mit Destabilisierung der eigenen Sicherheit
> Zerschlagung des Geburtsortes, Rufmord durch Missbrauch von Staatsgewalt am Wohnort und politisch motivierten Zerschlagungen
> > > Trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> Zeugenaussage und öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten angemahnt im Interesse des Rechtsstaates
122. Hetzjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft
Von kapitalen Vermögensschäden in hoher 2-stelliger Millionenhöhe zu sozialer und psychischer Zerschlagung: Kein Weiter so!
Recht geht vor Macht auch gegen Mehrheiten der regierenden Generation im Deutschen Bundestag
Antrag auf unverzügliche Unterlassung von opfer-feindlichen Zwangsmassnahmen durch das Bundesamt für Justiz (BfJ) anstatt zeitnaher Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe
Wiederholter Antrag auf zeitnahe Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe durch das BfJ zwecks Ausgleich von Beitragsrückständen von Sozialversicherungen (DEBEKA)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 66)

Schriftsatz vom 02.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
123. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!

Fehlanzeige: Antwort auf
Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von
öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten,
mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
124. In den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mehrfach
beantragt: Stellungnahme und Zeugnis
des heutigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier
als verantwortlicher Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
zur Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in 1998-2005
Mit Presseinformation Nr.8 auch an Adressaten des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingefordert
Sieh Presseinformation
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung, nur die Wahrheit!
Öffentliche Stellungnahme gerichtlich beantragt zu:
Pervertierte Umverteilungspolitik 1998-2005
Gegen eine Mauer des Schweigens:
> Deutscher Bundespräsident schweigt
> Bundeskanzlerin schweigt
> Beklagtes Bundeskanzleramt schweigt
> Freistaat Bayern schweigt
> Beklagter öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer
Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit
psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat,
soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf
Von Wahrheit 01 bis Wahrheit 10: Nur die Wahrheit für eine öffentliche
Stellungnahme des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 125)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

per Fax an 030-9014-8790

Verwaltungsgericht Berlin
27. Kammer
VG 27 K 308.14

Kirchstraße 7
10557 Berlin

Velbert, 20.Okt. 2018

Aktenzeichen: VG 27 K 308.14 (VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11)
Berlin
Erweiterung der Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz
mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
mit Fortsetzung der Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens
wegen
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

> unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland (vertreten durch das beklagte Bundeskanzleramt) für politisch motivierte Zerschlagung mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (Zerschlagung 1)
> unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern (vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei) nach einer über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd des verstorbenen Opfers bis in den Tod, mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit (Zerschlagung 2)
> unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft und diskriminierender Verweigerung jeglichen Gehörs (Kommunikationsverweigerung) seit 1998 (Zerschlagung 3)

Albin L. Ockl, Gründer, verantwortlicher Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH,
(Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems)

gegen

Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses
vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1,
10557 Berlin (Beklagte)

Verteiler:

Bundesverfassungsgericht
(Verfassungsbeschwerde 2 BvR 1299/18)
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)

Hier:
Wiederholte Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 181)

126 Kapitel in einer vernetzten Internet-Dokumentation nachlesbar!

Fortsetzung durch Stellungnahme mit fortlaufender Nummerierung:

125. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!
Fehlanzeige, weil keine Antwort zu
wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten
Wenn kein Zeugnis des Bundespräsidenten, dann ist seine Immunitätsaufhebung wegen Vergangenheitsbewältigung erforderlich und hiermit gerichtlich beantragt
ohne Mitwirkung eines skrupellosen Täters, der an politisch motivierten Zerschlagungen beteiligten Staatsanwaltschaft

126. Täter-Netzwerk einer Umverteilungspolitik 1998-2005 mit politisch motivierten Zerschlagungen seit 2000
Zerschlagungsmasse: Die Europäischen Congressmessen des Opfers mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution mit 32 Innovationsschwerpunkten je Congressmesse, Verlagsservice für mehrere 100.000 Congressbände
Profiteure der Zerschlagung:
Deutsche Gewerkschaften mit IG Metall, Ver.di
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit ARD und ZDF
Bundeswirtschaftsministerium und Bundeskanzleramt
Von Wahrheit 11 bis Wahrheit 21: Nur Wahrheiten für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten und seine Vergangenheitsbewältigung

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 181)

Von Wahrheit 01 bis Wahrheit 10: Nur die Wahrheit für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten
im Kapitel 124

Zu 125. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!
Fehlanzeige, weil keine Antwort zu
wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten
Wenn kein Zeugnis des Bundespräsidenten, dann ist seine Immunitätsaufhebung wegen Vergangenheitsbewältigung erforderlich und hiermit gerichtlich beantragt
ohne Mitwirkung eines skrupellosen Täters, der an politisch motivierten Zerschlagungen beteiligten Staatsanwaltschaft

Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung hat
mit Schriftsatz vom 02.Okt.2018 wegen fehlender Antwort zu wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten mit den Kapiteln 123 und 124 weitere Schritte zur Vergangenheitsbewältigung des Bundespräsidenten unternommen:

Kapitel 123. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!
Fehlanzeige: Antwort auf
Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten,
mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen

Kapitel 124. In den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mehrfach beantragt: Stellungnahme und Zeugnis
des heutigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier
als verantwortlicher Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
zur Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in 1998-2005
Mit Presseinformation Nr.8 auch an Adressaten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingefordert
Sieh Presseinformation
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung, nur die Wahrheit!
Öffentliche Stellungnahme gerichtlich beantragt zu:
Pervertierte Umverteilungspolitik 1998-2005
Gegen eine Mauer des Schweigens:
> Deutscher Bundespräsident schweigt
> Bundeskanzlerin schweigt
> Beklagtes Bundeskanzleramt schweigt
> Freistaat Bayern schweigt
> Beklagter öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat, soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden, trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf
Von Wahrheit 01 bis Wahrheit 10: Nur die Wahrheit für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln mit zusätzlicher, vernetzter Internet-Dokumentation:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 125)

Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen. **Rechtsschutz** ist das Recht jedes Bürgers (nicht nur eines Zerschlagungsopfers), vor unabhängigen Gerichten in angemessener Zeit die Entscheidung über einen Sachverhalt und sein Recht geltend zu machen.

Wenn ein Bundespräsident nicht antwortet auf begründete Fragen zur Aufklärung einer pervertierten Zerschlagungspolitik aus seiner Vergangenheit als Kanzleramtschef, bleibt nur die Notwendigkeit, die **Aufhebung seiner Immunität** zwecks Vergangenheitsbewältigung mit ungeheuerlichen Vorgängen zu beantragen.
Der Bundespräsident genießt nach Art.60 GG in Verbindung mit Art.46 GG politische Immunität. Immunitätsaufhebung setzt einen mehrheitlichen Beschluss des Bundestags voraus. Voraussetzung dafür ist ein entsprechender Antrag an den Präsidenten des Deutschen Bundestages durch die Staatsanwaltschaft.
Andererseits ist hier die politisch motivierte Sippenzerschlagung des Opfers das Werk einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, der selbst eine Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod, mehrfache Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Rufmord u.v.a.m. vom Zerschlagungsopfer vorgeworfen wird.
Das darf nicht wahr sein: Skrupelloser Täter (Staatsanwaltschaft) soll Immunitätsaufhebung ermöglichen?
Zusätzlich zu einer Zeugenbefragung wird eine Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten beantragt.

Sieh die bittere Wahrheit
einer politisch motivierten, heimtückischen Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und in den wirtschaftlichen Ruin ist nur scheibchenweise gegen eine Wand des Schweigens vom lebenden Zerschlagungsopfer erreichbar, weil eine seit 1998 regierende Generation einschließlich des heutigen Bundespräsidenten in ungeheuerliche Vorgänge der Zerschlagung verwickelt ist. Mit der aktuellen Presseinformation Nr.8, die auch dem beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunk mehrfach zugestellt wurde (**Anlage Presseinformation Nr.8** und VG180928 im Schriftsatz vom 02.Okt.2018), wird einfach nur die ganze Wahrheit zur öffentlichen Rehabilitierung als Bestandteil dieser Klage eingefordert.

Wer verantwortlich ist für politisch motivierte Zerschlagungen und wer Rehabilitierung und Schadenersatz mit einer Mauer des Schweigens verhindert,
verliert seine Glaubwürdigkeit,
vertieft die Spaltung in der Bevölkerung,
verstärkt die Notwendigkeit der politischen Wende.

Zur Vergangenheitsbewältigung des heutigen Bundespräsidenten gegen eine Mauer des Schweigens ist das Täter-Netzwerk mit einzubeziehen.

Zu 126. Täter-Netzwerk einer Umverteilungspolitik 1998-2005 mit politisch motivierten Zerschlagungen seit 2000
Zerschlagungsmasse: Die Europäischen Congressmessen des Opfers mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution mit 32 Innovationsschwerpunkten je Congressmesse, Verlagsservice für mehrere 100.000 Congressbände
Profiteure der Zerschlagung:
Deutsche Gewerkschaften mit IG Metall, Ver.di
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit ARD und ZDF
Bundeswirtschaftsministerium und Bundeskanzleramt
Von Wahrheit 11 bis Wahrheit 21: Nur Wahrheiten für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten und seine Vergangenheitsbewältigung

Nur die Wahrheit für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten wird fortgeschrieben (Fortsetzung der Wahrheit 01 bis Wahrheit 10 in Kapitel 124):

Wahrheit 11: Frank-Walter Steinmeier, Chef des Bundeskanzleramtes von 1999 bis 2005, war verantwortlich für die Durchsetzung einer gigantischen, mit Auto-Gewerkschaften heimlich abgestimmten Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (Wahrheit 06/Kapitel 124).
Er hat die Zerschlagung der Europäischen Congressmessen ONLINE unter Missbrauch staatlicher Hoheitsakte heimtückisch, ohne Wissen des Zerschlagungsopfers, geplant und die verheerenden Folgewirkungen eines Monster-Markteingriffes infolge rechtswidriger Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 missbräuchlich genutzt, um die vernichtende Zerschlagung der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution (weltweit herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers) rücksichtslos durchzusetzen.

Die Europäischen Congressmessen des Klägers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, mit den führenden Congressen für Innovationstransfer und Innovationswachstum, mit Digital-Gipfel-Programm in Deutschland und Europa, sie waren als Leitveranstaltung der "New Economy" 2000 eine attraktive Zerschlagungsmasse, ihre Zerschlagung war der Schlüssel zur Umverteilung der Digitalbranche zugunsten der Automobilbranche (**"Autokanzler" Gerhard Schröder als Macher, VW-Vorstand und IG Metall Gewerkschaftsmitglied Peter Hartz als Helfer**).
Nach katastrophalen Einbruch im Innovationsbereich, nach Zerstörung des Innovationsmarktes der Digitalbranche unter den verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag, desaströs für die Digitalbranche, weil Monster-Markteingriff mit ruinösen Auswirkungen für die gesamte Wirtschaft und für ihre Arbeitsplätze, wurde die Umverteilung und Zerschlagung rücksichtslos erzwungen,
in Abstimmung mit den Gewerkschaften (IG Metall, Ver.di / Deutsche Postgewerkschaft, zu wenige Gewerkschaftsmitglieder in der ITK-Branche),
in Abstimmung mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der von der Zerschlagung der Europäischen Congressmessen profitieren wollte (mit Phoenix seit 1997, mit neuen Polit-Magazinen, mit eigenen Kongressen). Sieh neue Klage 27 K 4325/18 am Verwaltungsgericht Düsseldorf seit Mai 2018:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf

Wahrheit 12: Gewerkschaften mehrfach in den VIP-Referaten der Europäischen Congressmessen ONLINE vertreten, u.a. mit Kurt van Haaren, dem Vorsitzenden der Deutschen Postgewerkschaft (DPG, seit 2001 Ver.di):
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Kurt van Haaren, Vorsitzender des Hauptvorstandes 1982-2001, DEUTSCHE POSTGEWERKSCHAFT (DPG), Frankfurt/Main, auf der ONLINE´93: "**Zukunft statt Ausverkauf! – Das Konzept der Deutschen Postgewerkschaft für die Reform der Deutschen Bundespost"**
Das Zerschlagungsopfer hatte ein gutes Verhältnis zu dem Vorsitzenden des Hauptvorstandes der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), sodass dieser sogar ein zweites Mal referierte auf der ONLINE'98 :**"Der liberalisierte Telekommunikationsmarkt auf dem Prüfstand: Der Markt allein wird es nicht richten"**.
Das Zerschlagungsopfer hat bewusst kritische Gewerkschaftsreferate in das Programm genommen, um eine qualifizierte Problemdiskussion zu unterstützen.
Kurt van Haaren hat aber die Umverteilung und Zerschlagung nicht mitgetragen, er hat sich in 2001 aus den Gewerkschaften zurückgezogen.

Peter Hartz, Mitglied der SPD und der IG Metall, war nicht nur Namensgeber für die Arbeitsmarkt-Reform nach 2001 v.a. zugunsten der Automobilbranche (HARTZ-Konzept der Agenda 2010), sondern auch als VW-Personalvorstand bis Juli 2005 ein skrupelloser Ideen-Geber für den Autokanzler. Im November 2006 wurde von der Staatsanwaltschaft Braunschweig gegen ihn ein **Strafverfahren wegen Untreue als VW-Vorstand eröffnet** und im Januar 2007 erfolgte seine Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren auf Bewährung und einer Geldstrafe 576.000 € wegen Veruntreuung von Firmengeldern in 44 Fällen u.a. zu Spesenmissbrauch, Prostitution, Lustreisen sowie Begünstigung/Schmiergeld-Zahlungen in Mio-Beträgen an den VW-Betriebsratsvorsitzenden.

Ver.di (zweitgrößte Gewerkschaft) entstand im März 2001 durch Zusammenschluss von 5 Einzelgewerkschaften (DAG, DPG, HBV, IG Medien, ÖTV). Verdi vertritt auch den Dienstleistungsbereich **Telekommunikation, Informationstechnologie, Datenverarbeitung.**
IG Metall (größte Gewerkschaft) vertritt neben der Automobilbranche auch die **Informations- und Kommunikationstechnologiebranche.** Die größte Verwaltungsstelle der IG Metall ist Wolfsburg mit dem VW-Konzernsitz und mit ständig steigenden Mitgliederzahlen.
Die Digitalbranche wurde auf beide Gewerkschaften aufgeteilt. Das bedeutet eine gewerkschaftliche Schwächung der Digitalbranche insbesondere gegenüber der Autobranche bei IG Metall, die sich unter der Schröder-Regierung 1998-2005 mit **"Autokanzler" Gerhard Schröder** in vollem Umfang durchgesetzt hat. Die Schwächung der Digitalbranche zugunsten der Autobranche war eine geheime **Vereinbarung der Gewerkschaften mit Autokanzler Gerhard Schröder**, die von der nachfolgenden **Bundeskanzlerin Angela Merkel** übernommen wurde.

Wahrheit 13: Europäische Congressmessen ONLINE sind die Zerschlagungsmasse einer geheimen Vereinbarung von Bundeskanzler(in) und Autogewerkschaften
Die Europäischen Congressmessen ONLINE des Zerschlagungsopfers waren ein Dorn im Auge der IG Metall,
weil mit ihnen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in der Digital-Branche professionalisiert wurden und dadurch eine Vielzahl moderner Arbeitsplätze geschaffen wurden, zu denen Gewerkschaften eher ein gestörtes Verhältnis hatten, weil auszurechnen war, dass die (Gewerkschafts-)Mitglieder-schwache Digitalbranche die Mitglieder-starke Autobranche überholen würde.
Ehemals: **Computer als "Job-Killer"** verteufelt oder
linker Protest mit Unterbrechung im Plenum der ONLINE'84 in Berlin mit Trillerpfeifen, Betttuch-Schmiertexte und Sprech-Chören:
"Wir lassen uns nicht verarschen von Computer und Patriarschen"
während der Rede von
Dr.-Ing. Roland Mecklinger, Mitglied des Vorstandes, STANDARD ELEKTRIK LORENZ AG, Stuttgart, auf der ONLINE ´84 in Berlin: Glasfaser - das Übertragungsmedium der Zukunft
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111

Sieh durchschnittlicher ITK-Branchenwachstum 1999: 12,2%,
der Innovationsbereich hatte ein Wachstum von über 40%:
Der Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 für eine gesetzeswidrige Umverteilung hatte ein Ziel: Wachstum der Digitalbranche auf Kosten der Automobilbranche zu verhindern entgegen den Regulierungszielen im Telekommunikationsgesetz
Dies wurde durch verheerende Folgewirkungen aus einem Monster-Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 erreicht, mit dem **das TKG (Telekommunikationsgesetz) ausgehebelt wurde.**

Sieh Wachstum und Beschäftigte der ITK-Branche: > > >
> > > http://www.euro-online.de
(Scroll down after link). In der Telekommunikation war die Zahl der Beschäftigten seit 2001 (nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000) viele Jahre rückläufig.
In der deutschen Telekommunikationsbranche wurden jährlich seit 2001 bis heute Tausende von hochwertigen Arbeitsplätzen vernichtet. Das entsprechende Innovationswachstum ist nach Fernost und USA (Apple, Amazon, Google, Facebook & Co.) abgewandert.

Die Europäischen Congressmessen für digitale Evolution waren die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000), in- und ausländische Kapitalgeber waren sogar Referenten und Aussteller auf der ONLINE, um einen möglichst schnellen Kontakt zu den Startups zu bekommen.
Einer perversen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
unter Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard Schröder und seinem Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier
ist es gelungen, durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 die Kapitalgeber der "New Economy" in die Flucht zu schlagen und unter dieser deutschen Innovationselite, dem Haupt-Kundenstamm der Europäischen Congressmessen, einen Unternehmens-Genozid zu veranstalten und nach 26 Jahren mit herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution das Ende der Congressmessen zu erzwingen.

Wahrheit 14: **Dem Einfluss der Automobilbranche kann sich offensichtlich keine Bundesregierung entziehen: Globaler Abgas-Skandal in Verkaufsstrategie umgewandelt.**.
Nicht der deutsche Rechtsstaat, der US-amerikanische Rechtsstaat hat es geschafft, den globalen Abgas-Skandal deutscher Autobauer aufzudecken. US-amerikanische Digital-Unternehmen beherrschen den weltweiten Digitalmarkt und noch mehr,
nicht weil sie so gut sind, sondern
weil deutsche Autobauer mit Hilfe ihrer Gewerkschaften und der deutschen Bundesregierung das Innovationswachstum der deutschen Digital-Branche zerlegt und zertrümmert haben.

Mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wurde sogar das Telekommunikationsgesetz ausgehebelt (Massive Verstöße gegen das Telekommunikationsgesetz, gegen Regulierungsziele gemäß §2 Abs.2 TKG, sieh Wahrheit 02).
Mit dem Monstermarkt-Eingriff wurde ein Unternehmens-Genozid im Innovationsmarkt mit der New Economy 2000 ausgelöst, Kapitalgeber wurden in die Flucht geschlagen, Apple, Amazon, Google, Facebook & Co. hatten keine deutsche Konkurrenten mehr.
Deutschland 2000: Digitale Spitzenstellung im globalen Vergleich.
Deutschland heute: Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa.

Die Europäischen Congressmessen mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum über mehr als 25 Jahre (Lebenswerk des Zerschlagungsopfers, als profitable Zerschlagungsmasse diskriminiert)
mußten wegen Vernichtung ihres Hauptkundenstamms eingestellt werden. Das war Plan des Zerschlagungskonzeptes der Bundesregierung zur Schwächung der Digitalbranche gegenüber der Automobilbranche. Ohne jede Entschädigung, ohne jede Hilfe, statt dessen politisch motivierte **Sippen**zerschlagung in Fortsetzung seit dem 2.Weltkrieg, heimtückisch von skrupelloser Staatsanwaltschaft umgesetzt.
Diskriminierung des Zerschlagungsopfers, weil alle von dem Markteingriff beschädigten Personen und Institutionen staatliche Unterstützung erhalten haben: z.B. Verlustausgleich von 250 Mio EUR an CEBIT/Deutsche Messe AG Hannover durch staatliche Anteilseigner im Jahr 2009. Das Zerschlagungsopfer musste in 2007 mit Hilfe eines Rechtsanwalts auch noch staatsanwaltschaftliche Übergriffe wegen angeblicher Insolvenzverschleppung abwehren.

Wahrheit 15: Zerschlagung der Europäischen Congressmessen war heimtückisch, sollte nachhaltig und endgültig sein. Daher: Aktive Mauer des Schweigens zur heimtückischen Ausführung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998.
Rundfunksperre des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu den "unterirdischen" Vorgängen bei der Durchsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik, extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung, Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch, Rufmord, psychischer Folter als Leistungsnachweis einer bundesweit tätigen, skrupellosen Staatsanwaltschaft, **Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod** (Todesopfer), kapitale Vermögensschäden.

Aufgrund der heimtückischen Zerschlagung war das lebende Zerschlagungsopfer der irrtümlichen Überzeugung, dass selbst nach kostenbedingter Einstellung der Congressmessen mit Unterstützung der Bundesregierung eine schneller Neustart im Messemarkt mit Sicherheit erwünscht war, um in Deutschland wieder den Anschluss an internationale Entwicklungen der digitalen Evolution zu schaffen.

Nachhaltige und endgültige Zerschlagung war jedoch heimtückische, eine für das Zerschlagungsopfer nicht vorstellbare Zielsetzung,
die mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung umgesetzt wurde. Skrupellose Staatsanwälte haben ganze Arbeit bundesweit geleistet.
Sieh Wahrheit 09/Kapitel 124:
Exzesse der Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und Eskalation zur Sippenzerschlagung
Politisch motivierte Zerschlagung seines Bruders mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, totale Zerschlagung seiner deutschen Heimat mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort.

Wahrheit 16: Heimtückische Zerschlagung
Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance, nach Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes ohne jede Perspektive:
Zerschlagungsopfer eines teuflischen Unrechtssystems!
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, ausgetrickst mit Geheimabkommen von Autokanzler, Autovorstand und Autogewerkschaft.
Rufmord mit einer Mauer des Schweigens, mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz und
mit Missbrauch deutscher Justiz zur Durchsetzung des Unrechts zur Herrschaft des Unrechts
Der professionelle Wiederaufbau der Europäischen Congressmesse für digitale Evolution mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in der Digitalbranche ist am Verwaltungsgericht Berlin längst und immer wieder beantragt, Rehabilitierungsantrag bis heute aber ohne Bescheidung.
Seit 2005: Eine Vielzahl qualifizierter Schriftsätze mit konkreten Projektvorschlägen an die Bundeskanzlerin, im Verteiler an **Bundesminister und Staatssekretäre:** Ohne Beantwortung.
Diskriminierung qualifizierter Ausarbeitung der Projektvorschläge gegen eine Mauer des Schweigens, gegen geheime Abmachungen mit den Gewerkschaften, die nach Abwahl der Schröder-Regierung von der Bundeskanzlerin Merkel bestätigt und übernommen wurden.

Im Jahr 2010 und seit 2010: Ansehnliche Altersrücklagen des Zerschlagungsopfers nach kapitalen Vermögensschäden aufgebraucht, seitdem wegen staatlich erzwungener Altersarmut: ohne jede Versicherungsleistung einer Krankenkasse, seitdem ohne Rundfunkgebühren an einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der bis heute mit Rundfunksperre zu den beschriebenen Vorgängen und an diesen Vorgängen direkt nachweislich beteiligt ist.

Wahrheit 17: Maßlose Pervertierung
Zerschlagungsopfer wird von einer skrupellosen Staatsanwaltschaft für staatlich erzwungene Altersarmut verantwortlich gemacht
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter, ohne und mit Haftbefehl, unter dem
diskriminierenden Deckmantel von Erzwingungshaft,
mit perversem Missbrauch von Staatsgewalt durch Einsatz von Grundrechte verhöhnenden Polizisten,
mit psychischer Folter,
mit dem Ziel der psychischen und sozialen Zerschlagung
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution ohne jegliche Subvention in Deutschland und Europa
> Pervers: Das Zerschlagungsopfer wird für staatlich erzwungene Altersarmut verantwortlich gemacht, indem er seit 2010 **soziale Pflichtbeiträge nicht mehr bezahlen kann, geschweige denn rechtsanwaltliche Unterstützung** in den Verwaltungsgerichten und Zivilgerichten und Strafgerichten durch alle Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht in Anspruch nehmen kann.
> Pervers: Das Zerschlagungsopfer muss Pfändungsschutz-Konten benutzen, um die extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe überleben zu können
> Pervers: Der Antrag auf sofortige Härteleistungen wegen extremistischer Eskalation staatlicher Übergriffe (wie bei Asylanten) wurde vom Bundesamt für Justiz abgelehnt und statt dessen mit Zwangsmaßnahmen zur Eintreibung von Gerichtskosten in Gerichtsverfahren mit verfassungswidrigem Versagen / Vortäuschen von rechtlichem Gehör gekontert.
Qualifizierte Rechtsanwälte lehnen heute eine Unterstützung ab, weil sie für den Fortgang der Zerschlagung jede Verantwortung ablehnen. Nicht nur das magere Honorar aus Prozesskostenhilfe ist abschreckend, sondern vielmehr auch die Verwicklung in Verfahren gegen die Spitze des deutschen Staates mit Bundespräsident und Bundesregierung unter dem Druck von Gewerkschaften.

Das Zerschlagungsopfer muss wiederholte Freiheitsberaubung ohne und mit Haftbefehl, mit psychischer Folter, mit dem Ziel der psychischen Zerschlagung, in Kauf nehmen, wird mit Isolationshaft in einer JVA bestraft, weil er sich angeblich nicht bis nackt auf die Haut ausziehen möchte, muss intensiven Urin-Gestank ertragen, kann über das Benutzungsverbot von ordentlichen Toiletten nur unglaublich staunen, alles unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft für 180 € Buße, die bis heute mit einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit durch die 1.Instanz begründet wurde.. Polizisten verhöhnen Grundrechte bei Gefangennahme unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft und erklären Art.1 Abs.1 GG als Grundrecht auf Gefangennahme.

Der Verfolgungswahnsinn einer skrupellosen Staatsanwaltschaft nach wiederholter Freiheitsberaubung mit psychischer Folter hat kein Ende, weil sie nicht begreifen und nicht akzeptieren will, dass staatlich erzwungene Altersarmut als Folge politisch motivierter Sippenzerschlagung unter ihrer Verantwortung nicht abgewehrt werden konnte.

Warum müssen die bisherigen Rechtsanwälte einer Krankenversicherung, die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, ausgewechselt werden, um neue Zwangsverfahren in Gang zu setzen? Sind die bisherigen Rechtsanwälte nach ausführlicher Informationen nicht mehr bereit, auch für soziale Zerschlagung mitverantwortlich zu sein?
Weisungsgeber der Staatsanwaltschaft ist das Bundeskanzleramt, dessen Chef in 2000, **Frank-Walter Steinmeier,** die Umsetzung der beschriebenen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik organisiert hat und für diesen Verfolgungswahnsinn verantwortlich ist.

Wahrheit 18: Längst nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes: Aktive Mauer des Schweigens
zu politisch motivierter Kumpanei zwischen heutigen Bundespräsident, Bundeskanzlerin, Gewerkschaftsspitzen und kriminellen Vorständen von Automobil-Branchenführern
Mauer des Schweigens zu Exzessen einer kaum noch vorstellbaren Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit politisch motivierter Sippenzerschlagung
Mauer des Schweigens verstößt gegen Art.1 Abs.1 des Grundgesetzes, indem das Opfer auch noch lebenslang Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa erbracht hat:
"Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" gilt für alle deutschen Bürger, nicht nur bei Weltklasse-Höchstleistungen, und ist kein Grundrecht auf Gefangennahme (Polizist anlässlich einer Zwangsmaßnahme mit Freiheitsberaubung)

Politisch motivierte Kumpanei, verdeckte Zusammenarbeit unter Verletzung von anerkannten Regeln oder Gesetzen, geheime Vereinbarungen zwischen Bundeskanzler(in) und Auto-Gewerkschaften,
hier eine Menschenrechte verletzende Politik gigantischer Umverteilung und Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer, mit dem noch lebenden Zerschlagungsopfer,
mit Zerschlagung der deutschen Heimat eines alteingesessenen Müllergeschlechts, dessen Generationen bis zum Westfälischen Frieden nach dem 30-jährigen Krieg in der nördlichen Oberpfalz (Landkreis Tirschenreuth) dokumentiert sind.
Der heutige Bundespräsident, der als Kanzleramtschef unter der Schröder-Regierung mit der Umsetzung einer miserablen Umverteilungspolitik für diesen Abgrund verantwortlich ist und auch keine Brücke bauen will, ist mit Recht zu einer öffentlichen Stellungnahme zu belangen, damit endlich Transparenz hergestellt wird.
Öffentliche Rehabilitierung mit Aufhebung der Rundfunksperre und Herstellung einer angemessenen Transparenz ist unverzichtbar.
Diese Mauer des Schweigens zu öffnen und ihre Handlanger zur Verantwortung zu ziehen, ist eine Herausforderung der kommenden Jahre.

Wahrheit 19: Herrschaft des Unrechts mit langjährigem Missbrauch des Rechtsstaates zur Durchsetzung des Unrechts anstatt grundgesetzlich möglicher Enteignungsverfahren
Erdrückende Beweislage mit zusätzlicher Internet-Dokumentation
Verfassungswidrig: Vortäuschung und Versagung von rechtlichem Gehör mit anschließenden Zwangsmassnahmen zur Vollstreckung von Gerichtskosten für verfassungswidrige Gerichtsverfahren am Bundesverwaltungsgericht trotz Verfassungsbeschwerde (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung) mit Unterstützung durch das Bundesamt für Justiz
Zeitgleiche Anhörungsrüge an das Amtsgericht Velbert und parallele Zwangsmaßnahme ohne Bescheidung der Anhörungsrüge im laufenden Beschwerdeverfahren gegen den Pfändungsbeschluss

Tatsache und Rechtslage: Das Grundgesetz ermöglicht begründete Enteignungsverfahren, ohne Todesopfer und Zerschlagungsopfer auch noch zum Justizopfer machen zu müssen. Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und Zerschlagungsopfer wäre gar nicht nötig gewesen bei Anwendung begründeter Enteignungsverfahren.

Erdrückende Beweislage mit vernetzter Internet-Dokumentation zu:
Politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit extremistischer, bundesweiter Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Todesopfer, mit Zerschlagung der Heimat und mit kapitalen Vermögensschäden
sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010:
> Zerschlagung 1: unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
> Zerschlagung 2: unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung mit tödlichem Ausgang für seinen Bruder in 2012 und Fortsetzung der Treib-und Hetzjagd in NRW (mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf
> Zerschlagung 3: unter Verantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Kenntnis von, mit medialer Rundfunksperre zu und wegen Mittäterschaft bei der Zerschlagung 1) mit neuer Klage in 2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf

Einfach nur verfassungswidrig: Vortäuschung und Versagung von rechtlichem Gehör mit anschließenden Zwangsmassnahmen zur Vollstreckung von Gerichtskosten für verfassungswidrige Gerichtsverfahren ohne vorgeschriebenen Rechtsanwalt am **Bundesverwaltungsgericht** trotz Verfassungsbeschwerde (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung) mit Übernahme der Zwangsmaßnahme anstatt beantragter Härteleistung durch das Bundesamt für Justiz
Sieh Verfassungsbeschwerden vom 18.Aug.2016 und 15.Jan.2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 84)

Wahrheit 20: Kein Weiter so!
Wiederholte Anträge
auf sofortige Härteleistungen für Beiträge zu sozialen Pflichtversicherungen,
auf angemessenen Schadenersatz und öffentliche Rehabilitierung,
auf Rehabilitierung mit professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution,
auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten wegen des Verdachts der politisch motivierten Kumpanei mit Auto-Gewerkschaften unter Aushebelung des Telekommunikationsgesetzes

Sofortige Härteleistungen für Beiträge zu sozialen Pflichtversicherungen, die wegen staatlich erzwungener Altersarmut nicht mehr bedient werden können, sind ohne weiteres finanzierbar, beispielsweise aus den milliardenschweren Strafen gegen Automobilunternehmen im Zuge des globalen Autoabgas-Skandals. Automobil-Unternehmen haben aus der gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998 große Vorteile gezogen.
Es ist ein verfassungswidriger, perverser Missbrauch deutscher Justiz, wenn die Opfer für verheerende Folgewirkungen einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik verantwortlich gemacht werden und für Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz rechtliches Gehör vorgetäuscht und versagt wird und die Zerschlagungsopfer zusätzlich einer sozialen und psychischen Zerschlagung unterzogen werden.
Ein Rechtsstaat muss nach 20 Jahren endlich in der Lage sein, politisch motivierte Kumpanei mit Auto-Unternehmen und Auto-Gewerkschaften unter Aushebelung des Telekommunikationsgesetzes juristisch aufzuarbeiten. Dies umso mehr, indem deutsche Auto-Unternehmen einen globalen Abgas-Skandal inszeniert haben und Deutschland zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa gemacht haben.
Der Antrag auf Immunitätsaufhebung gegen den heutigen Bundespräsidenten ist unumgänglich,
weil er **Teil der Mauer des Schweigens** über eine gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik geworden ist, die endlich eingerissen werden muss,
weil der Verdacht der politisch motivierten Kumpanei mit Auto-Gewerkschaften und Auto-Unternehmen u.a. unter Aushebelung des Telekommunikationsgesetzes und einer daraus resultierenden politisch motivierten Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd unschuldiger Opfer bis in den Tod und in den wirtschaftlichen Ruin trotz Weltklasse-Höchstleistungen.für Deutschland und Europa nicht mehr zurückgewiesen kann.

Wer verantwortlich ist für eine gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit verheerenden Folgewirkungen inklusive HARTZ IV und Agenda 2010, sollte sich einer Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten nicht versagen.

Wahrheit 21: Kein Weiter so!
Zwei politisch motivierte Todesopfer in
2 Generationen politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit kapitalen Vermögensschäden, 2 Tote zu viel:
Keine Schicksalsschläge, sondern Missbrauch deutscher Justiz
für Aneinanderreihung von Ungerechtigkeiten.
Schadenersatz ohne Ausrede und öffentliche Rehabilitierung

Das NSDAP-Netzwerk wurde nach Kriegsende 1945 nicht aufgelöst, sondern durch flüchtige NSDAP-Mitglieder aus dem angrenzenden Sudetenland am Geburtsort der Zerschlagungsopfer eher verstärkt. Alte Feindschaften zwischen NSDAP-Mitglieder, die in Verwaltungsmanagement und Verwaltungsjustiz tätig wurden, und NSDAP-Nicht-Mitgliedern wurden so zum Nachteil der Nicht-Mitglieder sogar verstärkt.

Der Vater der Zerschlagungsopfer war als Inhaber und Betreiber eines lebenswichtigen, voll automatisierten Mühlenbetriebs einer sog.Kunstmühle mit Turbinen-Antrieb, der Themenreuther Mühle, ebenfalls vom Wehrdienst freigestellt, obwohl er **kein** NSDAP-Mitglied war. Er wurde jedoch vom Vater und Großvater des Nachbarn des verstorbenen Zerschlagungsopfers beim NSDAP-Ortsbauernführer denunziert, weil er immer wieder an notleidende Bittsteller Mehl abgegeben hat. Bei Kriegsausbruch wurde Brot rationiert, wobei die Rationen während des Kriegs nach und nach abgesenkt wurden. Nach Denunzierung durch seinen Nachbarn in 1942 wurde die Wehrdienst-Befreiung in 1943 aufgehoben, er wurde eingezogen und ist 1945 in russischer Kriegsgefangenschaft in der Ukraine verstorben (1.Todesopfer). Er hinterließ die eingeheiratete, junge Mutter der Zerschlagungsopfer, mit einer Landwirtschaft und einem modernen Mühlenbetrieb.

Das lebende Zerschlagungsopfer heute ist zudem einziger Rechtsnachfolger nach einer Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 (!) bis in den Tod (Juli 2012, 2.Todesopfer), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz / Bayern).
Der Verstorbene war als Anerbe eines alteingesessenen Müllergeschlechts Inhaber eines qualifizierten Lebensmittelbetriebs (Bäckerei- und Konditoreiprodukte mit Premium-Auszeichnungen anerkannter Institutionen, z.B. Goldmedaille auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin u.a., mit Verkauf über ca. 40 Verkaufsstellen von EDEKA u.a.), und Inhaber eines Tourismus-attraktiven Damwild-Geheges und einer Wasser-Turbinenanlage zur regenerativen, ökologischen Energieerzeugung.

Sieh Wahrheit 09: Exzesse der Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und Eskalation zur Sippenzerschlagung. **Hier werden Menschenrechte eingefordert.**
Politisch motivierte Zerschlagung seines Bruders mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, Zerschlagung seiner deutschen Heimat
Zivilgerichtliches Verfahren am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16) rechtshängig:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf

Zwei politisch motivierte Todesopfer in 2 Generationen politisch motivierter Sippenzerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden sind **2 Tote zu viel: Das sind keine Schicksalsschläge, sondern das Resultat aus Missbrauch deutscher Justiz für Aneinanderreihung von Ungerechtigkeiten.**
Schadenersatz ohne Ausrede und öffentliche Rehabilitierung und kein Weiter so in einem Rechtsstaat mit Rechtsschutz.

Mit Wahrheit 1 bis Wahrheit 21 gegen eine Mauer des Schweigens: Wer verantwortlich ist für eine gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit verheerenden Folgewirkungen inklusive HARTZ IV und Agenda 2010, sollte sich einer Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten nicht versagen.

Wiederholung des Antrags auf öffentliche Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten sowie weiterer Antrag auf Immunitätsaufhebung sind zutiefst begründet,
auf öffentliche Stellungnahme zu
Wahrheit 01 bis Wahrheit 21: Bittere Wahrheiten einer politisch motivierten Sippenzerschlagung.

Velbert, 20.Okt. 2018

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 18)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband, geplant und ausgeführt haben. Künstliche Intelligenz wird von der Politik in 2018 als die Zukunftsperspektive gepriesen
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Laut einer aktuellen McKinsey-Studie ist in Deutschland ein zusätzliches Wachstum durch KI in Höhe von 1,3 Prozentpunkten pro Jahr möglich.
Bis 2030 wird ein globaler Wertschöpfungsbeitrag von 13 Billionen US-Dollar prognostiziert

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Okt. 2018

Anlage VG181002-01
Schriftsatz vom 28.Sept. 2018 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf
mit Erinnerung an Umsetzung von
öffentlicher Rehabilitierung und Schadenersatz durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (beklagter Mittäter)
mit begründetem Antrag (Forts.) auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten bei den Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort und nach miserabler Klage-Erwiderung des nicht beklagten WDR am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit zusätzlicher Presseinformation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 204)
mit **Anlage VG180928**
Zusendung der Presseinformationen Nr.8 (Presse-1809.pdf) mit Presse-1809Brief.pdf an ARD und ZDF "Gegen eine Mauer des Schweigens Sept.2018 Öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten gerichtlich beantragt"
an ARD
> Herrn Tom Buhrow, Intendant des WDR
> Herrn Rainald Becker, ARD-Chefredakteur
> Chefredaktion ARD-aktuell
> Frau Sandra Maischberger, Redaktion "Maischberger"
an ZDF
> Herrn Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF
> Herrn Dr. Peter Frey, Chefredakteur des ZDF
> Herrn Dr. Eckart Gaddum, Leiter Hauptredaktion Neue Medien
und **Anlage Presseinformation Nr.8**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf

Anlagen im Schriftsatz vom 08.Sept. 2018

Anlage VG180908-01
Schriftsatz vom 06.Sept.2018 an das Bundesamt für Justiz mit Zurückweisung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses gemäß
Anlage BFJ-180831 Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 17.Aug.2018, zugesandt mit Schreiben vom 29.Aug.2018, zugesandt als förmliche Zustellung ohne Angabe von Datum/Uhrzeit/Unterschrift im Feld "Zugestellt am",
eingegangen am 31.Aug.2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 24)
Anlage VG180908-02
Schriftsatz vom 25.Aug.2018 an DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. mit
Kapitel 03. Kein Weiter so! Daher
Zwei Briefe an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Zwei aktuelle Verfassungsbeschwerden wegen sozialer und psychischer Zerschlagung (Zerschlagungen 4 und 5)
Antrag auf sofortige Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung
zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben

Anlagen im Schriftsatz vom 31.Juli 2018
Anlage VG180730-1
Zweites Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
vom 25.Juli 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24)
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 22)

Anlagen im Schriftsatz vom 20.Juni 2018

Anlage VG180620-1
Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
vom 10.Juni 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24)
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Mai 2018:

Anlage VG180505-3
Antwort des **Dr. Guido Westerwelle** vom 10.Oktober 2007 auf Brief des Zerschlagungsopfers vom 28.Sept. 2007 gemäß Verteiler des beigefügten Schreibens an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007:
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf
wurde in Kopie versandt an
EU-Kommissarinnen und Vorsitzende von Bundestagsfraktionen:
Neelie Kroes, EU-Kommissarin für Wettbewerb
Viviane Reding,EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien
Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Dr. Guido Westerwelle, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

Anlage VG180505-6
Dokument zu "unterirdischer" Justiz eines Unrechtsstaates: Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 18.April 2018 nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)

Anlage VG180505-7
Schreiben vom 24.Mai 2017 (nach Rücksprache als PDF per Mail zugesandt)
an **Horst Lorenz Seehofer**
Ministerpräsident des Freistaates Bayern
und Vorsitzender der CSU
mit Einladung zu Maischberger-Sendung, die wegen Rundfunk-Sperre des beklagten WDR nicht stattfinden konnte.
Anlagen des Schriftsatzes vom 31. März 2018

Anlage 18-03
Schriftsätze an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes vom 05.Jan.2018 und vom 18.Feb.2018 (gesamt 21 Seiten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 39)

Anlage 18-04
Schriftsatz an den Intendanten des WDR, des ZDF und des ARD-Vorsitzenden (Intendant des BR) vom 15.März 2018 mit Anforderung einer Stellungnahme noch in diesem Monat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Scroll down after link (page 117)

Anlage 18-05
Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) vom 12.März 2018 zu laufendem Antrag auf Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe seit Oktober 2016 nach Schriftsatz des Opfers vom 11.Dez.2017
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 16)

Anlage 18-06 mit den Dokumentationen DOK-03

DOK-03-01
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
"Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

DOK-03-02
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland,
Bundesminister Dr. Norbert Blüm
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
"Sozialpolitische Herausforderung im Zeichen neuer Technologien"
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für digitale Evolution
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

DOK-03-2
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Günter Rexrodt
Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf unserer ONLINE1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)
Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
(verstorben 2016 in Hamburg)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
„Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

DOK-03-8
über 25 Jahre im Dienste der Digital-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Hier: Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Katalog der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Congressband I der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
(ISBN 3-89077-192-0, insgesamt 14 ISBN-nummerierte Bände der ONLINE'99)
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

DOK-03-9
Congressband-Verzeichnis ONLINE 1999, ONLINE 2000, ONLINE 2001
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001
Bundesminister Dr. Werner Müller<nicht erschienen trotz schriftlicher Zusage,
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie,
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage 18-07 (in DOK-03-9 beigefügt)
"Wir brauchen eine Gründungsoffensive". WAZ-Interview vom 28.Feb.2018 mit dem designierten Wirtschaftsminister Peter Altmaier

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Jan.2015
Anlage 18-01
Schriftsatz vom 01.Jan.2018 zu Zerschlagung 5 durch skrupellose Staatsanwaltschaft: Politisch motivierte Zerschlagung seit 2011 (Amtsgericht Mettmann) mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Hier: Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers
und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 30)
Anlage 18-02
Sofortige Beschwerde vom 02.Jan.2018 wegen sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit (Zerschlagung 4): Zurückweisung einer Zwangsmaßnahme und Ablehnung eines Obergerichtsvollziehers im Auftrag einer Krankenkasse, die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf
Scroll down after link (page 14)

Anlagen des Schriftsatzes vom 21.Dez.2017
Anlage 1 zur Zerschlagung 3:
Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung durch den beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft mit einem nachgewiesenem Schaden von mindestens 100.000 €
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 200)
Anlage 2 : Vom Bundesamt für Justiz abgelehnt!
Antrag auf Härteleistung für
Opfer politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge und
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystem
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 16)
Anlage 3 zur Zerschlagung 5: Staatsanwaltschaft ein Sanierungsfall ?
Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung auf Staatskosten zur Zerschlagung 5
Extremistische Ausuferung von schikanierenden „Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011, Klageerzwingungsverfahren am BGH und
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 08.Nov.2017:
Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“
Schreiben vom 06.Nov.2017 an die DEBEKA Krankenversicherungsverein A.G.
Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“
Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert wegen Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 30.Okt.2017:
Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse
bei Prozess- und Verfahrenskostenhilfe (PKH-Verfahren Oktober 2017)
Anlage 171001 im Schriftsatz vom 20.Oktober 2017
Prozesskostenhilfe-Verfahren vom 17.04.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 06.Okt.2017:
Anlage BVERFG-A:
Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 29)
Anlage BVERFG-B:
Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 zu Zerschlagung 2
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage BVERFG-C:
Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept.2017 zu Zerschlagung 1
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 41)
Anlage DEBEKA-D:
Antwort vom 04.10.2017 zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom 21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
Anlage DEBEKA-E:
Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich erzwungener Altersarmut

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept.2017
Anlage 201709-01: Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der Obergerichtsvollzieherin Sonya Kreyenpoth im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal
Anlagen im Schriftsatz vom 01.Sept.2017
Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.
Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatz vom vom 28.Aug.2017 :
mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens (teilweise reduziert)
Seite 1 bis 84

Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:
Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung

mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage DOK-03-0
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Anlage DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)
auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/h5.htm

Anlage DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst**. “Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Anlage DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Anlage DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Anlage DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft
der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8
24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage DOK-03-9
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001
Bundesminister Dr.Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-04-1
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001
Anlage DOK-04-2
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002
Anlage DOK-04-3
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003
Anlage DOK-04-4
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Anlage DOK-04-5
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05
Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 6)

Anlagen in fortlaufender Nummerierung:
Bis dato wurden folgende Anlagen in den (Beweise)Ordner 1, 2, 3 zur Verfügung gestellt:

Anlagen im Ordner 1
Von den führenden ONLINE-Seminaren zu den
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Ordner 1

Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag
der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der
IT- und TK-Branche
> > > www.euro-online.de/h5.htm

Anlage 1.02: 1971 - 1980
Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress
Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal
Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal
Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD
in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich
1976-1979 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal
ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen
Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse
1980-1984 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Keynote Speaker > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111
ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf
3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation

Anlage 1.03: 1981 -1990
ONLINE'81 Düsseldorf
4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'82 Düsseldorf
5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'83 Düsseldorf
6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation
ONLINE'84 Berlin
7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMM'84 Essen
Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer
1985-1987 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
Keynote Speaker > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111
ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen
8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse
2.Deutsche Kommunikationsfachmesse
ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation
ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen
10.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren
4.Europäische Congressmesse für Technische Automation
1988-1991 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
11.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
5.Europäische Congressmesse für Technische Automation

ONLINE’89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE’90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Ordner 2
Europäischen Congressmessen vor und nach der Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000
ONLINE’91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
ONLINE’92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE’93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS’93 & OFFICES’93 Mainz Internationale Congresse für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE’94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS’94 TEL&COM‘94 OFFICES&DOC’94 CLIENT/SERVER‘94
Congressmesse Frankfurt/Main’94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE’95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

1996-1999 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und …Firmensymposien
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
2000-2003 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf

Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre ‘84 - ’87 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis ‘87 – ’90 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis ‘89 – ’92 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis ‘95 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis ‘98 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und 2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlagen im Ordner 3
Qualifizierte Information über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und über das deutsche Messewesen in 2004
Ausgewählte Kommunikation als Beweisunterlagen zur staatlichen Diskriminierung (politisch motivierte Zerschlagung)

Anlage 3.00: Übersicht Ordner 3
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998), bereits auf der ONLINE’84 in Berlin als Senatsdirektor der Berliner Senatsverwaltung, und auf der ONLINE 96 in Hamburg
Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft: Den Wandel aktiv gestalten

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines qualifizierten Zeitzeugen, Dr. Martin Weigele
> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf

Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung im Jahr 2002, Innovationsmarkt irreversibel vernichtet

Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):
„Das deutsche Messewesen ist ineffizient“
„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet“

Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht **. . .“**
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz

Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des **Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** in 2004 mit dem Ziel eines Comeback

Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg

Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)

Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004

Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004

Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE’91 des Klägers
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung

Anlage 3.51:
1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf
2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf

Anlage 3.52:
Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf

Anlage 3.53:
Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf

Anlage 3.54:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf

Anlage 3.55:
Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf

Anlage 3.56:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf

Anlage 3.57:
Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf

Anlage 3.58:
Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 -
Ihre Vision für Niedersachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf

Anlage 3.59:
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005

Anlage 3.61:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf

Anlage 3.62:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 -
Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf

Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 -
Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf

Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 -
„Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche

Anlage 3.71:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf

Anlage 3.72:
Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf

Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort
Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf

Anlage 3.74:
Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf

Anlage 3.75:
Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf

3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen? Die Hoffnung stirbt zuletzt

Anlage 3.81:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf

Anlage 3.82:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -

Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum:
Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf

Anlage 3.83:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf

Anlage 3.84:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf

Anlage 3.85:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf

Anlage 3.86:
Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom 11.01.2010 -
Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf

Anlage 3.87:
Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf

Anlage 3.88:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf

3.9 Petition an den Deutschen Bundestag
Deutscher Bundespräsident, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten

Anlage 3.91:
Petition an den Deutschen Bundestag 03/2010-01/2012
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf
Fortsetzung in Anlage 6.1

Anlage 3.92:
Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf

Anlage 3.93:
Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf

Anlage 3.94
Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011
anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf

Anlage 3.95:
Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 3.96
Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012
und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf

Anlage 3.97
Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf

Anlage 4.01:
Analyse IT-Gipfel: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik

Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv
Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)
Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller
Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):
Congressband I Telekommunikation & Netze 2000
Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking
Congressband III Enterprise Networks & Call Centers
Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management
Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business
Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML
Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management
Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing
Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale
Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr
Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen
Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse
Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:
ONLINE Congressbände 1976-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.
Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb)
infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung
Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.
5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014
5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014
5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566)zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf

Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)
Pet 1-17-09-703-005442
Ergänzungen zu Anlage 3.91
6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)
6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)
6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)
6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt
trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c
6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – **Deutschland wird digitale Kolonie**
Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine **Investitions**offensive an – **Innovations**offensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler
(Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen
als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in Ordner 3:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlagen im Schriftsatz vom 27.03.2015
Anlage 06-OVG: Einladung des Senats von Berlin zum Senatsempfang anlässlich der ONLINE’84: Begrüßung und Eröffnung durch Senatsdirektor
Dr. Günter Rexrodt
Anlage 07-OVG: Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt auf der ONLINE’96 in Hamburg
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Legende mit Kapitelnummerierung

Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, staatlich motivierte Zerschlagung)

Klageerhebung mit Schriftsatz vom 15.06.2014

01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolglose Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter

Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung
Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes
Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter
13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben
Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung
Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.
14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000. Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben“:
Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .
das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
Europarat
Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung
wird behindert?
16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,
Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,
Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG
Die ausführliche Klagebegründung auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 31.10.2014
17. Antrag zur weiteren Vorgehensweise:
Kläger-Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung.
Hauptklagepunkt ist der Vorwurf der politisch motivierten Zerschlagung. Ohne eine Entscheidung über den Hauptklagepunkt ist eine Bewertung des Schadenersatzes unmöglich.
Daher: Rückstellung aller Entscheidungen zum Schadenersatz, Unterlassung von nutzlosem Aktionismus, der nur weitere Zeitverzögerungen verursacht.
18. Bundesrepublik verhindert seit 2010 ein rechtsstaatliches Verfahren für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 in Deutschland und Europa.
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert rechtsstaatliches Verfahren mit dem Vorwand nicht zuständig zu sein, obwohl die aktuellen Rechtshängigkeiten mit Gerichtsverfahren seit Sommer 2013 unbestreitbar sind und verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 permanent zum Nachteil des Opfers entschieden werden.
In keinerlei Weise hinnehmbar: Kläger wird vom Verwaltungsgericht Berlin simultan seit längerem unter Druck gesetzt, obwohl das Verfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf in vollem Gange ist.
19. Vorrangig: Rechtsanspruch auf Rehabilitierung für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und politisch motivierter Zerschlagung
Nachgeordnet: Rechtsanspruch auf Schadenersatz
Zu klären mit rechtsstaatlichen Verfahren:
Herausragende Leistungsmerkmale der Congressmessen des Klägers
mit dem weltweit größten Congressangebot
mit Integration von Information und Weiterbildung zu 32 Innovationsschwerpunkten
mit flächendeckender Besucherwerbung und
mit nachhaltiger Dokumentation

20. Hochqualifizierte Congressbände der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH für nachhaltigen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Antrag auf Besichtigung des Congressband-Archivs durch das Gericht zur Anerkennung des Rechtsanspruchs auf Rehabilitierung
Antrag auf Unterlassung judikativer Verzögerungen durch Beschlüsse zum Schadenersatz, der nur nachgeordnete Priorität (nach Klärung des Rehabilitierungsanspruchs) haben kann
21. Zukunftsperspektive Congressbandarchiv:
Professionelle Dokumentation
hochqualifizierter Zeitzeugen in hochwertiger und umfassender Form
auf dem Weg zur digitalen Informationsgesellschaft
Innovation durch Telekommunikation
Über 260 Congressbände (mehr als 1100 Exemplare) zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 12.11.2014
22. Unerträglich: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch Zerschlagung des Congressmesse-Archivs, um Beweise für den Anspruch auf Rehabilitierung zu beseitigen
Kläger bietet an: Besichtigung des kompletten Congressmesse-Archivs im Privathaus
Kläger hat Zeugenaussagen hochqualifizierter Congressleiter beantragt
23. Bayerische Verwaltungsjustiz in Regensburg, München und Ansbach: Trittbrettfahrer der politisch motivierten Zerschlagung durch gnadenlose Ausnutzung der von deutscher Bundesregierung verschuldeten Notlage des Klägers vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.
Über 20 Jahre Treib- und Hetzjagd auf den Bruder des Klägers (des einzigen Erben), in den Tod getrieben, einen Vorzeige-Betrieb in eine verrottende Ruine verwandelt.
Einzige Möglichkeit des erbenden Klägers: Nachlassinsolvenz.
Nach bewiesener Rechtsbeugung und Grundstücksmanipulation mit NS-Dokumenten aus 1943 durch das Landratsamt Tirschenreuth und Verwaltungsgericht Regensburg:
Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152)
Daher Antrag auf Beiladung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof
24. Deutsche Bundesregierung: 100 % Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung
Deutsche Justiz: 100 % Verantwortung für katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Spitzenleistung der Kreispolizei Mettmann: Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehls, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung
25. Aufgrund aktueller Entwicklungen: Antrag auf Fortsetzung des Schadenersatz-Verfahrens vor dem Landgericht Wuppertal
nach Anerkennung des vollen Rehabilitierungsanspruchs
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 08.12.2014
Antwort auf Schriftsatz der Beklagten vom 18.11.2014
26. Beklagte sprachlos und Diskriminierungs-blind ,
weil Wahrheit über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, politisch motivierte Zerschlagung) von der Bundesregierung bis dato
gedeckelt, verzerrt und gebeugt wird
Sprachlosigkeit und Blindheit für Diskriminierung in Stellungnahme zum Hauptteil mit umfangreicher Begründung unter der Überschrift „Zum restlichen Vorbringen des Klägers“
27. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung einer Prozesskostenhilfe unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2a der Beklagten)
Missbrauch eines PKH-Verfahrens zur weiteren Zeitverzögerung?
Kuh-Handel mit Grundrechten als Schmiermittel?
Einteilung in bemittelte und unbemittelte Personen?

28. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2b der Beklagten)
Situationsanalyse 2014 aus der Sicht des Klägers:
Politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Unternehmers
mit einem professionell operierenden Unternehmen,
mit einem exzellenten Lebenswerk,
mit ansehnlichen Altersrücklagen
Gipfel der Diskriminierungsblindheit: „Nicht ersichtlich, durch welche Handlungen der Beklagten im Zusammenhang mit der UMTS-Auktion der Kläger diskriminiert worden wäre“
29. Kläger 2000 und 2001: Europäische Congressmessen ONLINE nach 25 Jahren im Zenit für Innovationswachstum
Digitales Deutschland 2000: Spitzenstellung im globalen Vergleich vor der Innovationswende durch staatliche UMTS-Auktion 2000
März 2010: Petition an den Deutschen Bundestag als letzter, verzweifelter Versuch des Klägers, Abhilfe von extremer Diskriminierung durch betonierte Kommunikationsverweigerung zu erreichen
Dez. 2011: Petition an den Deutschen Bundestag mit umfangreichen Eingaben wird als Nr.32 in einem Massengrab des Bundestags trotz massiver Gegenwehr versenkt
Dez. 2014: Deutscher Bundestag arbeitet am Volk vorbei
Dez. 2014: Deutschland ist zur digitalen Kolonie von USA und China degeneriert
Datenschutz und Datensicherheit: Schwerpunkt-Thema des Klägers seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetzes in den 1970er Jahren
Deutschland 2014 und Beklagte im Würgegriff des NSA
Deutschland 2014 befindet sich im NSA-Würgegriff, die Beklagte hat leitende Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung des Klägers, für den Datenschutz und Datensicherheit Schwerpunkt-Thema seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetz in den 1970er Jahren ist.
Petition chancenlos, weil politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Congressmesse-Veranstalter mit Unterstützung durch die Beklagte Zielsetzung war Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“ (Punkt 2c der Beklagten)
30. Congressband-Archiv mit hochwertigen Beweisunterlagen ist unverkäuflich (Punkt 2d der Beklagten)
Besondere Bedeutung des Congressband-Archivs und seiner Zukunftsperspektive im Zusammenhang mit der Rehabilitierung des Klägers ist unbestreitbar
Zuständigkeit des Landgerichts Wuppertal für Klage auf Schadenersatz nach Abschluss der Klage auf Rehabilitierung: Siehe auch Kapitel 25
Deutsche Verwaltungsjustiz kann Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn es den Weg freimacht für ein längst fälliges Rehabilitierungsverfahren, das der Wahrheit zum Durchbruch verhilft
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 22.12.2014 mit Einsprüche gegen und Anträge auf Richtigstellung zu den Beschlüssen VG 27 K 496.14, VG 27 K 308.14 vom 08.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
31. Beschreibung der Beklagten in den Beschlüssen ist unzutreffend und irreführend:
Wer wird denn wegen politisch motivierter Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers in Deutschland beklagt?
32. Beschreibung der Klagebegründung im Beschluss VG 27 K 496.14 ist total mangelhaft, ebenfalls irreführend und entsprechend der Mängel ebenfalls eine juristische Fortsetzung der totalen staatlichen Diskriminierung des Klägers:
Was wird denn eigentlich beklagt?
Mehrfacher Verstoß gegen Art. 34 GG: Nicht nur
> Grobe Fahrlässigkeit durch einen Markteingriff mit einem Horror-Auktionsbetrag generiert verheerende Folgewirkungen, sondern auch
> Vorsätzliche Verletzung der Amtspflicht durch gnadenlose Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch staatliche Diskriminierung des privatwirtschaftlichen Unternehmers mit ausgewiesener Professionalität
33. Beschlüsse sind widersinnig, weil der letzte Schritt vor dem ersten Schritt gemacht wurde und weil die Beschlüsse tatsächlich überhaupt nicht erforderlich waren:
Fundierte Qualitätsmängel der Beschlüsse nicht zumutbar für den Kläger
Beschlüsse sind reine Gefälligkeitsbeschlüsse gegenüber einer übermächtigen Beklagten

34. Entscheidung über Verfahrenskosten ist nicht hinnehmbar:
Kläger weist jede Kostenverantwortung für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zurück
Beschlüsse sind sittenwidrig, weil dem Kläger in Anbetracht eines verheerenden Schadens weitere Kosten für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zugemutet werden
35. Rechtsmittelbelehrung ist nach Verweigerung der Prozesskostenhilfe seit 2011 nur eine Verhöhnung des Klägers
Verhöhnung, weil der 27.Kammer bekannt ist, dass anwaltlicher Vertretung vor dem Oberverwaltungsgericht wegen der von der Beklagten verschuldeten Notlage und Altersarmut nicht möglich ist und weil von der 27.Kammer seit 2011 Prozesskostenhilfe verweigert wird
36. Keine Beschwerde gegen Abtrennung des Schadenersatzverfahrens, das sowieso vor dem Landgericht Wuppertal durchzuführen ist
sondern Beschwerde nur gegen mangelhafte Ausführung der Beschlüsse, die lediglich weitere Zeitverzögerungen wegen Richtigstellungen verursachen, die von der 27.Kammer zu verantworten sind, und nur gegen
Kostenverantwortung des Klägers für Gefälligkeitsbeschlüsse zugunsten einer übermächtigen Beklagten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 02.01.2015 mit Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG und Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
37. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer
gemäß §§198 ff GVG
Kläger hat in extremer Weise unter den materiellen und immateriellen Nachteilen eines überlangen Gerichtsverfahrens zu leiden
2011-2014: Katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Vom Verwaltungsgericht Berlin (2011) zum Verwaltungsgericht Berlin (2014)
38. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer seit 06.04.2011 gemäß §§198 ff GVG
Erste Verzögerungsrüge an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in 2011
Beweis für staatliche Diskriminierung: Sprachlosigkeit der Verwaltungsjustiz bei Verzögerungsrüge und keinerlei Unterstützung der Eigeninitiative des Klägers zu einer außergerichtlichen Einigung
39. Verzögerungsrüge an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Eigenberechnung des geltend zu machenden Verzögerungsschadens unter Beachtung der Vorgaben des EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) und §§198 ff GVG
40. In allen Gerichtsverfahren von 2011 bis dato,
an Verwaltungsgerichten, Amtsgerichten, an Zivilkammern und Strafkammern der Landgerichte, an Oberlandesgerichten, in mehreren Verfassungsbeschwerden am Bundesverfassungsgericht und in der Individualbeschwerde am EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte),
ausschließliche Begründung ob als Kläger, Beschwerdeführer oder Beklagter: > > > > > > Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und staatlicher Diskriminierung mit dem Ziel politisch motivierter Zerschlagung.
Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014
Zu beklagen: Überlange Dauer des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens an der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin als Ursache extremer materieller und immaterieller Nachteile seit 2011
41. Antrag auf umgehende Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs
Rehabilitierung: Nicht nur ein Recht des Klägers, sondern vielmehr eine Verpflichtung der Beklagten
Zerstörtes Lebenswerk des Klägers: Digitale Evolution
Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Deutschland zur digitalen Kolonie von USA und Fernost degeneriert
Neujahrsansprache der beklagten Bundeskanzlerin: Gemeinsame Herausforderungen meistern, zum Beispiel die digitale Revolution. . .
Ohne Rehabilitierung des Klägers hat das in Deutschland einzigartige Congressmesse-Archiv als historisches Vermächtnis anerkannter Zeitzeugen keine Perspektive > > > daher unverzichtbar im Interesse Deutschlands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 26.01.2015 mit Beschwerde gegen Beschluss vom 06.01.2015 (eingegangen am 15.01.2015) und wiederholtem Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung

42. Rechtsmittel der Beschwerde
im Rahmen des Prozesskostenhilfeverfahrens
an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Mehrfach diskriminierendes Rubrum: Verstoß gegen Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
43. Rubrum: Vorangestellte, kurze Zusammenstellung eines juristischen Dokuments mit dem Zweck, den folgenden Inhalt schon am Anfang richtig einordnen zu können
Aktivrubrum mit Angabe relevanter Berufstätigkeit gemäß § 117 VwGO
44. Unterdrückung der verantwortlichen Bundesregierung im Passivrubrum: Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG, Gleichheit vor dem Gesetz)
Mit Recht zurückzuweisen:
Irreführende Reduzierung der Klage der politisch motivierten Zerschlagung auf Angabe eines legalen Verwaltungsaktes, der staatlichen UMTS-Auktion 2000
45. Nicht nur missverständlich, sondern irreführend schon das Rubrum, weil mit umfassenden Beweisunterlagen in Ordner 3 vorgetragen:
Politisch motivierte Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers mit herausragenden Weltklasse-Leistungen
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Strafrechtliche Bedeutung des Rubrums zur Verhinderung einer besonders schlimmen Rechtsbeugung
46. Unerträglich: Fortsetzung der Diskriminierung am Verwaltungsgericht Berlin schon im Rubrum der juristischen Dokumente
Rehabilitierung unverzichtbar, weil
nicht nur die beklagten Staatsorgane Bundeskanzler/Bundeskanzlerin und Bundesregierung involviert sind,
sondern auch die Staatsorgane Bundespräsident und Deutscher Bundestag ausführlichst informiert sind
47. Längst überfällige Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs: 1.Schritt der Rehabilitierung.
Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung und damit verbundene Maßnahmen mit Bezug auf das Schreiben der Beklagten vom 26.11.2014 (eingegangen13.12.2014) und Schreiben des Klägers vom 02.01.2015 (Kapitel 41)
48. Rehabilitierung durch Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen im Vorfeld und mit Synergie zur Hannover-CeBIT:
Weltweit größtes Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von Telekommunikation, Internet, IoT, IT, digitaler Evolution
Professionelle Unterstützung der digitalen Revolution und des Innovationswachstums mit Innovationsoffensiven der Congressmessen
International wettbewerbsfähiges Innovationswachstum kann man nicht verwalten, sondern man muss es unternehmen
49. Nach EZB-Entscheidung: Investieren in den Aufschwung in Europa und Diskriminierung des Klägers beenden durch Rehabilitierung
Neue Herausforderung: Verhinderung von Multimilliarden-Gräber durch Kapital-Tsunami
Beschwerde gegen Fortsetzung der Diskriminierung überfällig und massenhaft bewiesen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 30.01.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit

Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss des 11.Senats vom 14.01.2015

50. Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss vom 14.01.2015 (eingegangen am 19.01.2015)
Entscheidungserheblichkeit der Gehörsrüge: Valide und zweifelsfrei
Fortsetzung der Diskriminierung unerträglich, weil Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG)
51. Parallele Diskriminierung des Klägers im Rubrum juristischer Dokumente der 1. und 2. Instanz:
Verstöße gegen § 117 VwGO, Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
Antrag auf nicht diskriminierende Ausführung des Rubrums

52. Missbrauch des Vertretungszwangs i.V.m. fortgesetzter Diskriminierung zur Verhinderung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
Intensive Bemühungen des Klägers um qualifizierte anwaltliche Vertretung ohne Erfolg, von der informierten 27.Kammer gnadenlos ausgenutzt
Dem Kläger wird de facto ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung verweigert
53. Verwaltungsgerichte wollen und können ein rechtsstaatliches Verfahren nicht mehr gewährleisten
Mit der Ablehnung von PKH-Anträgen: Verstoß des Klägers gegen den anwaltlichen Vertretungszwang vom 11.Senat erzwungen
Beschluss des 11.Senats verstößt gegen das Prozess-Grundrecht des Klägers, weil eine anwaltliche Vertretung de facto ausgeschlossen
Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.20 Abs.3 GG)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Stellungnahme zu Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt europäischer Wehklagen (Anlage 6.5)
„Wir haben das Spiel in der IT-Branche bereits verloren“
„Wir brauchen eine Überlebensstrategie“
54. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum:
Kläger hat Anspruch auf Rehabilitierung in Deutschland, in deutschen Bundesländern und in Europa
55. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum:
Europäische Congressmessen des Klägers
haben besonderen Anspruch auf europäische Förderung insbesondere durch einen mutlosen EU-Digital-Kommissar
Rehabilitierungspotentiale bei der EU-Kommission durch die Beklagte zu erschließen, weil kein passender Finanzierungsmechanismus
56. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum:
Kläger hat besonderen Anspruch auf direkte und indirekte Nachteile, auf materielle Nachteile und immaterielle Nachteile (Schmerzensgeld) durch überlange Diskriminierung und überlange Gerichtsverfahren, durch Rechtsbeugung, . . .
57. Durch sofortige Rehabilitierung: Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum.
Erster Schritt: Anerkennung des Rechtes auf Rehabilitierung in vollem Umfang
Alternativ: Juristische Klärung materieller und immaterieller Nachteile mit Staatshaftung für massive Verstöße gegen das Grundgesetz, für überlange Diskriminierung, für überlange Gerichtsverfahren, für skandalöse Rechtsbeugung, für Missbrauch von Staatsgewalt . . .und abschließender Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 10.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Stellungnahme zu den 3 formlosen Briefen mit den Aktenzeichen
OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15 des Vorsitzenden Richters des 11. Senats
Klärungsbedarf zu 4 Aktenzeichen, Nachsendung eines zusätzlichen Schriftsatzes vom 30.01.2015 (Anlage 04-OVG)
58. Formlose Briefe im 3er-Pack mit unterschiedlichen Aktenzeichen: Wiederholter Klärungsbedarf mit ständig wiederkehrender Rechtfertigung anstatt Fortschritte gerichtlicher Klärung der Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagung
59. Nach politisch motivierter Zerschlagung seit 15 Jahren:
Technische Büroausstattung und finanzielle Ausstattung des Klägers sind den verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen nicht mehr gewachsen
Kläger wehrt sich mit Recht gegen verschwenderischen Umgang mit hochwertigen, historischen Dokumenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 12.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Nachsendung in 2-facher Ausfertigung mit Fortsetzung der Klageeingaben an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin in Anlage 05-OVG
60. Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
anstatt juristischer Abwimmelung und Abservierung mit verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen
Antrag auf Stellungnahme zu den Anträgen der Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 27.03.2015 an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Anhörungsrüge wegen unanfechtbaren Beschluss (OVG 11 L 3.15 / OVG 11 L 4.15) vom 11.03.2015 und Stellungnahme zu unanfechtbaren Beschluss OVG 11 RL 3.15 vom 11.03.2015, auch ohne verfügbare Rechtsmittel nicht hinnehmbar
61. Politisch motivierte Zerschlagung eines weltweit herausragenden Lebenswerkes des Klägers: Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Kläger: Gründer, Planer und Organisator der Congressmessen
Unternehmen des Klägers (des einzigen geschäftsführenden Gesellschafters einer GmbH): Veranstalter der Congressmessen
62. Niemand in Deutschland hat ein vergleichbares Know-how als
Gründer, Planer und Organisator derartig weltweit herausragender Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Kläger hat dieses herausragende Know-how aus über 25 Jahren Praxis, das ihm Richter eines Oberverwaltungsgerichtes nicht aberkennen können
63. Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH erstellt von 2004 bis 2011 qualifizierte Congressmesse-Projektvorschläge für digitale Evolution
Verweigerung jeglicher Kommunikation der Beklagten mit dem Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen, weil ein privatwirtschaftlicher Leistungsträger unerwünscht ist und mit politisch motivierter Zerschlagung aus dem Weg geräumt werden soll
Heute ist Deutschland digitale Kolonie, Projektvorschläge des Klägers blieben ohne Antwort und ohne Beachtung
64. Unanfechtbare Beschlüsse (§152 Abs.1 VwGO) der Verfahren OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15:
> Schläge in das Antlitz der Justitia
> Verstöße gegen Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention
> Rubrum, Tatbestand und Tenor der Beschlüsse: Rechtswidrig, sachwidrig und daher diskriminierend
> Diskriminierende Beschlüsse sind und bleiben rechtswidrig, auch wenn keine Rechtsmittel mehr zugelassen werden
> Grundrecht des Klägers: Ablehnung der Kostenverantwortung für diskriminierende Beschlüsse bei anhörungsresistenter Fortsetzung der Diskriminierung
65. Unverzichtbare Rehabilitierungsansprüche, längst beantragt vom
Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen
Mittelstandspotentiale für Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum zu erschließen, ist ein kostbares Know-how aus über 25 Jahren Europäische Congressmessen

Schriftsatz vom 28.04.2015 an den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg, Antwort auf das Schreiben des Herrn Dr. Schreier vom 10.04.2015 (eingegangen am 15.04.2015)
66. Situationsanalyse April 2015 zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren:
Solange eine inhaltliche Bewertung des vorgelegten, umfangreichen und qualifizierten Beweismaterials verweigert wird und auch keine Zeugenaussagen zugelassen werden, wird auch das Recht auf Rehabilitierung verweigert.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf
Scroll down after link (page 88)

Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.
Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz / Staatshaftung
67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -
Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)
mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,
mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger)
(Zerschlagung 4) und
wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)
und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution
über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als
Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten
aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,
aus Deutschland, Europa und weltweit
Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum mit digitaler Evolution
Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000
ohne den Hauch einer Chance für das Opfer
Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung
Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:
Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlachtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung
Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.
Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance
70. Gigantische Umverteilungsoperation durch
grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG
Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des
nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen
Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen
Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.
71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17, Anlage BVG-01) und
extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW
(Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17, sieh
Anlage BVG-02):
Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz
Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)
Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.
Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Sieh Zerschlagung 3
Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH:
Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslwakei (1992)
Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000
Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.
73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens,
ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung
Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO
Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können
Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf

Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung
74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu
Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen
Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist
Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit
politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden

Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik
Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden
76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte
Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte
Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar
77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist Rehabilitierungsanspruch.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 62)

Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017) nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren

78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht
Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch
79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz
1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen
80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für
digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission
Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile
Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch
Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 107)

Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am 31.98.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017

81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen
für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa
82. Unverzichtbar: Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld
für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge
für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa,
für die Treib-und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod,
für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 144)

Schriftsatz vom 06.Sept.2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer Zwangsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu Urteil mit Rechtsbeugung
in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017

83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: Hier politisch motivierte Zerschlagung 5
Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
Zwangsmaßnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör zur staatlich erzwungenen Altersarmut seit 2011
Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld
wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers,
wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält
84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution
Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für herausragende Verdienste für Deutschland und Europa
mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 178)

Schriftsatz vom 06.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über 10.000 EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden Kosten, Zinsen, Gebühren . . .

85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:
Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte
September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Anlage

86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich
medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung, für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter
(Zerschlagung 5)
für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden,
für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen
für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut (Zerschlagung 4)
für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2)
für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung,
für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre)
auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 212)

Schriftsatz vom 20.Okt.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017)
87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten Rechtsanwalts
Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht) mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer
zu PKH-Konditionen
Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in 2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind wegen forcierter Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012
88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?
Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden, ohne auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?
Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet: Inhaber von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten
Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf Terminverschiebung der Rehabilitierung bis nach Klärung von Schadensersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März 2017) zurücknehmen zu können und
weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der Wiederaufbauphase u.a.m.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 250)

Schriftsatz vom 30.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017) mit Anlieferung der PKH-Unterlagen ohne Perspektive für eine anwaltliche Vertretung

89. Von Zweifeln zur Gewissheit: Anspruch auf qualifizierte anwaltliche Vertretung zu PKH-Konditionen nicht umsetzbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation selbst für qualifizierte Rechtsanwälte zu komplex
PKH-Konditionen für qualifizierte Rechtsanwälte abschreckend
Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen, Anspruch auf Förderung für Entwicklung und Abstimmung konkreter Konzepte
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 284)

Schriftsatz vom 08.Nov.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017): Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

90. Justizopfer als Ergebnis der Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge trotz herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts) und:
Alle Staatsorgane waren informiert und haben (sich) versagt
91. Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
Justizopfer ohne Chance einer qualifizierten anwaltlichen Vertretung
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 316)

Schriftsatz vom 21.Dez.2017 mit Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

92. Klage-Eröffnung 2010: Deutschland ist digitale Kolonie. Kläger wusste nicht, dass er Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik geworden ist.
Digitale Kolonie 2014: Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige, Investitionsoffensive auf Bayern minimiert
Digitale Kolonie 2015: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger &
Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“
Deutschland kann die digitale Sicherheit nicht mehr gewährleisten.
Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa
Digitale Kolonie 2017: Europa wächst – und verliert (ZVEI: Der Halbleitermarkt 2017)
Deutschland hat den digitalen Trend längst verschlafen (Weltweiter Telekommunikationsriese Vodafone, Dez.2017)
Deutsche und europäische Konzerne wollen lieber in den USA und Fernost investieren: Nicht nur in der Digital-Branche. Nach Aufbau Ost kommt Abbau Ost. Sieh Görlitz 2018.
Weil kein Innovationswachstum aus Mittelstandspotentialen wegen Unternehmens-Genozid der Innovationselite!
System Deutschland ein Sanierungsfall?
Hat das Grundgesetz nur noch ein Grundrecht für Asylanten?

93. Weisungsgebundene Staatsanwaltschaft 2017 mit beklagten Bundeskanzleramt als Weisungsgeber: Ein Sanierungsfall?
Zurückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Kreisverwaltung Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017)
wegen wiederholter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
nach Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017,
nach Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und
nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung
Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft zum Zwecke der physischen Zerschlagung des Justizopfers: Aktenkundig beim Bundesverfassungsgericht (Zerschlagung 5)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf

Schriftsatz vom 05.Jan.2018 mit Fortsetzung der Klage in 2018 auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

94. Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: 20 Jahre
Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von
Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen
95. „Weihnachtsgeschenke 2017“ staatlich erzwungener Altersarmut als Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel
von krimineller Hassjustiz skrupelloser, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft und von sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem:
zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
zu sozialer Zerschlagung unter dem Deckmantel sozialer Sicherheit
Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
96. Verheerende Folgewirkungen einer unsäglichen Umverteilungspolitik gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Europäische Congressmessen des Opfers zerschlagen, obwohl:
Systemrelevant für digitales Innovationswachstum, mit Vorrang für Chancen der Digitalisierung, aber mit Verantwortung für Risiken
Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit verheerender Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:
Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG
Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung, sieh Anlage 18-01
Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, sieh Anlage 18-02
Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager bei der Risikobeherrschung in der Digitalisierung
Deutsche Justiz längst Teil dieser schlimmen Entwicklung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 39)

Schriftsatz vom 18.Feb.2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
97. Deutschland hat „schleichende“ Staatskrise, ohne sie zu erkennen
Schlimmer als in Indien: Umverteilung in die Kaste der Rechtlosen
mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit tödlichem Ausgang
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Bemühungen des Klägers um Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu einer schleichenden Staatskrise, die von der gegenwärtigen Gesellschaft inzwischen als Normalzustand empfunden wird
Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem
Kein Weiter so! Neubeginn mit Aufklärung der Öffentlichkeit.
System Deutschland hat Sanierungsbedarf.
98. Erinnerung mit Ausführungen aus alten Schriftsätzen an
angemessene Rehabilitierung, angemessene Würdigung des Lebenswerkes und angemessener Schadenersatz
für professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
mit Integration des Digital-Gipfels
Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 84)

Schriftsatz vom 31.März 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
99. Jetzt: Gigantische Umverteilungspolitik und Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
mit politisch motivierten Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
mit eskalierender, staatlicher Übergriffigkeit
durch gegenseitige Amtshilfe
durch gegenseitige Regierungshilfe
durch Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner
durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ohne Sinn und Verstand
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
100. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
im Zuge der Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner (Zerschlagung 3, gebührenfinanzierter Staatsrundfunk) mit einem nachgewiesenen Mindestschaden von 100.000 €
Rechtshängig beim Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 5854/13
mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 18.Jan.2018 mit Handlungsbedarf der 27.Kammer
Arrogante Versagung jeglicher Kommunikation des ÖRR trotz terminierter Aufforderung zur Antwort seit 2007
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
101. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
hier im Zuge gegenseitiger Amtshilfe für das beklagte Bundeskanzleramt und beklagte Öffentlich-rechtliche Vertragspartner
Hier: Gegenstandsloser Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) nach Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe als

Beweis für gegenseitige Amtshilfe bei der Durchsetzung gigantischer Zerschlagungspolitik durch das beklagte Bundeskanzleramt (Anlage 18-05) trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
102. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer
seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
hier im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe für die beklagte Bundesregierung durch die beklagte Bayerische Staatsregierung
mit gnadenloser Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd nach dem Tod seines Bruders auf das Zerschlagungsopfer als seinen einzigen Rechtsnachfolger, in NRW!
103. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener Rehabilitierung
für professionellen Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:
Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 125)

Schriftsatz vom 05.Mai 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution und diversen Anträgen

104. Kampf gegen die Mauer des Schweigens: Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält. Daher
> Erinnerung an Umsetzung von
angemessener Rehabilitierung mit Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
> Neue Klage 2018 auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen schikanierende Zwangsmassnahmen eines diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Westdeutschen Rundfunks
105. Opfer politisch motivierter Zerschlagungen durch
brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998, bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im Jahr 2000 erst, nachdem mit vorhergehenden Maßnahmen zwar Schaden, aber nicht die geplante Zerschlagung erreicht wurde
Überwindung der Mauer des Schweigens unverzichtbar:
Lückenlose Aufklärung der Zusammenhänge von
gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
106. Längst überfällig: Transparenz und Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Verantwortung des Politikers und Chefs des Bundeskanzleramtes
Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Verantwortung für bundesweite Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
Eskalation von politisch motivierten Zerschlagungen durch brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998, bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen und Verfahren:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Teuflisches Unrechtssystem: Opfer wird für verheerende Folgewirkungen von politisch motivierten Zerschlagungen verantwortlich gemacht (soziale Zerschlagungen Z4 und Z5)
Antrag auf Befragung / öffentliche Stellungnahme des Politikers und Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
107. Bundesweite Eskalierung zum Abschuss einer "vogelfreien" Sippe: Umsetzung mit einer weisungsgebundenen, skrupellosen Staatsanwaltschaft, mit bundesweiter Weisung aus dem beklagten Bundeskanzleramt und
mit Weisung aus der beklagten bayerischen Staatskanzlei selbst in NRW
"Unterirdische" Justiz mit psychischer Zerschlagung durch einen Unrechtsstaat: Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit bundesweiter Eskalation zur Sippenzerschlagung, mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden
"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Erklärung von staatlichen Übergriffen nach Rechtsbeugung als "rechtskräftig", mit Rechtskraft zu Missbrauch von Staatsgewalt
"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Parallele Verfolgung in Verfahren an zwei Amtsgerichten gleichzeitig
Ablehnung durch das Opfer wegen politisch erzwungener Altersarmut: Kostenverantwortung für "Rechtskraft" von Bußgeldern durch Missbrauch von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften trotz erdrückender Beweislage von politisch motivierten Zerschlagungen trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland, Europa und weltweit
108. Dokument zu Kosten einer "unterirdischen" Justiz mit Missbrauch von Drittschuldnern:
Pfändungs- und Überweisungsbeschluss unter Missbrauch von "Drittschuldnern" nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit bayerischer Beteiligung zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
Kläger: Einziger Rechtsnachfolger nach Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 bis in den Tod (2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz / Bayern)
Fortsetzung bayerischer Hexenjagd in NRW mit grundgesetzlich längst abgeschafften Steuernachforderungen trotz Nachlassinsolvenz, mit Eintreiben von Gerichtskosten trotz krimineller Rechtsbeugung, mit Erzwingung einer Sicherheitshypothek für kriminelle Rechtsbeugung vor und nach dem Tode seines Bruders. . . . . .
Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält
Antrag auf unverzügliche Härteleistungen durch das Bundesamt für Justiz wegen für extremistische Ausuferug staatlicher Übergriffe
109. Klage-Erweiterung gegen die Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch die deutsche Bundesregierung in Berlin,
vertreten durch den Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat
Antrag auf öffentliche Rehabilitierung der zerschlagenen Sippe mit Verlust eines Menschenlebens, mit kapitalen Vermögensschäden und Zerschlagung der bayerischen Heimat

Totale Zerschlagung einer bundesweit tätigen Sippe trotz hervorragender Leistungen, Zerschlagung im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
Antrag auf öffentliche Stellungnahme des zuständigen Bundesministers
110. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:
Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung
für professionellen Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt
zu den Zusammenhängen von
gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010
zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
zu mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 180)

Schriftsatz vom 20.Juni 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit Schreiben an den Bundespräsidenten
111. Schreiben vom 10.Juni 2018 an den
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
Anspruch des Opfers auf angemessene Rehabilitierung und Schadenersatz beim Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14)
Anspruch des Opfers auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 243)

Schriftsatz vom 31.Juli 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten
112. Persönliche Beziehung und politische Verantwortung des Bundespräsidenten zum Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit ausführlicher Darstellung im
ersten und zweiten Anschreiben an den Bundespräsidenten

Bis heute: Unerträgliche Mauer des Schweigens zu
bundesweiter politisch motivierter Sippenzerschlagung
> unter Beteiligung des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit bundesweiter Interessenslage (Zerschlagung 3),
> unter Beteiligung der bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
> unter Gesamt-Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1)
mit Steuerung durch angewiesene, bundesweit tätige Staatsanwaltschaften
113. Auch Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht sind informiert:
Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
> unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, verantwortlich für die Umsetzung politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution,
für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 285)

Schriftsatz vom 22.Aug. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort
114. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland bis heute ohne Antwort: Trotz persönlicher Verantwortung für Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen seit 1998
Perversion der Umverteilungspolitik zu vernichtender Zerschlagungspolitik mit kriminellem Netzwerk von skrupellosen Staatsanwälten
Missbrauch deutscher Justiz zur Fortsetzung von politisch motivierter Sippenzerschlagung, für soziale und psychische Zerschlagungen vor Schadenersatz und Rehabilitierung infolge politisch motivierter Sippenzerschlagung als einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des überlebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution,
für Deutschland und Europa
115. Bis heute: Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung:
Bundespräsident schweigt
Bundeskanzlerin schweigt
Freistaat Bayern schweigt
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Bis heute: Missbrauch deutscher Justiz für eine gigantische, pervertierte Umverteilungspolitik /vernichtende Zerschlagungspolitik
trotz Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer)
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des überlebenden Zerschlagungsopfers
116. Politisch motivierte Sippenzerschlagung:
Frontalangriff auf das Grundgesetz unter leitender Ausführung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende und weisungsgebundene Staatsanwaltschaften.
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu
erdrückender Beweislage, zusätzlich unterstützt mit vernetzter Internet-Dokumentation
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3,
Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

117. Anspruch auf öffentliche Sippen-Rehabilitierung und Schadenersatz
aus einer gigantischen, pervertierten Umverteilungspolitik
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu
politisch motivierter Sippenzerschlagung,
mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens
mit Zerschlagung der bayerischen Heimat
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter durch eine
skrupellose Staatsanwaltschaft,
mit Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
in Deutschland und Europa über mehr als 25 Jahre
Gesamter Schadenersatz-Anspruch: 38 Mio EUR Finanzierungsvolumen für professionellen Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch auf 50 Mio EUR geschätzt.
118. Bundespräsident, der nicht antwortet, will auch keine Brücken bauen?
Solidargemeinschaft braucht Brückenfunktion
Bundespräsident sollte Brücken bauen, weil er als Kanzleramtschef (1999-2005) selbst für eine Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen Verantwortung trägt
Zerschlagungsopfer : Kein Weiter so mit hasskriminellen Übergriffen einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die politisch motivierte Sippenzerschlagung zu verantworten hat!
Deutscher Staat: Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten, aber keine Härteleistungen für Zerschlagungsopfer?
Vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf

Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen

119. Deutscher Bundespräsident, der nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat einen triftigen Grund:
Seine Vergangenheit als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005
Vergangenheitsbewältigung einer pervertierten, personalisierten Umverteilungspolitik: juristisch unverzichtbar
Pervertierte Eskalation einer personalisierten Umverteilungspolitik durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000
zu politisch motivierter Zerschlagungspolitik
zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden
120. Alle Bemühungen vergeblich: Bundespräsident will nicht antworten, will keine öffentliche Stellungnahme abgeben
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk verhindert mit Rundfunksperre weitere Aufklärung
Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
Infamer und diskriminierender Missbrauch deutscher Justiz für soziale Zerschlagung mit psychischer Folter auf Betreiben skrupelloser Staatsanwaltschaft
Verlust eines Menschenlebens und kapitale Vermögensschäden ohne Perspektive einer Rehabilitierung mit Schadenersatz
Daher: Antrag auf Zeugenaussage des Bundespräsidenten zu ungeheuerlichen Vorgängen
politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung
Politisch motivierte, bundesweite Sippenzerschlagung:
abscheuliches Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften!

121. Bis heute Versagen des deutschen Rechtsstaates,
Vom infamen Missbrauch der Justiz
zum eingeschränkten Rechtsstaat zum Unrechtsstaat
> Bundesverfassungsgericht nicht erreichbar trotz zahlreicher Verfassungsbeschwerden (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung)
> Ordentlicher Rechtsweg nur für Fortsetzung der Zerschlagung, nicht für Schadenersatz verfügbar entgegen Art.34 GG
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für verfassungswidriges Versagen und Vortäuschen von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für infam vorgetäuschte Richtertätigkeit des Bundesverwaltungsgerichts durch Bundesamt für Justiz mit opfer-feindlicher Ablehnung von Härteleistungen nach Antrag durch das Zerschlagungsopfer
> Versagen von rechtlichem Gehör
zu Zerschlagung von Altersrücklagen und
zu staatlich erzwungener Altersarmut
mit Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonten und
mit erhöhten Aufwendungen zur juristischen Abwehr von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
> Versagen von rechtlichem Gehör zu sozialer Zerschlagung und psychischer Zerschlagung mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter
> Versagen von rechtlichem Gehör an Verwaltungsgerichten zu Anträgen auf Härteleistungen zwecks Ausgleich von rückständigen Sozialabgaben
> Justizopfer ohne Chance zur Durchsetzung von Verzögerungsrügen, zur Durchsetzung von Strafanzeigen mit Destabilisierung der eigenen Sicherheit
> Zerschlagung des Geburtsortes, Rufmord durch Missbrauch von Staatsgewalt am Wohnort und politisch motivierten Zerschlagungen
> > > Trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> Zeugenaussage und öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten angemahnt im Interesse des Rechtsstaates
122. Hetzjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft
Von kapitalen Vermögensschäden in hoher 2-stelliger Millionenhöhe zu sozialer und psychischer Zerschlagung: Kein Weiter so!
Recht geht vor Macht auch gegen Mehrheiten der regierenden Generation im Deutschen Bundestag
Antrag auf unverzügliche Unterlassung von opfer-feindlichen Zwangsmassnahmen durch das Bundesamt für Justiz (BfJ) anstatt zeitnaher Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe
Wiederholter Antrag auf zeitnahe Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe durch das BfJ zwecks Ausgleich von Beitragsrückständen von Sozialversicherungen (DEBEKA)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 66)

Schriftsatz vom 02.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
123. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!

Fehlanzeige: Antwort auf
Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von
öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten,
mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
124. In den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mehrfach
beantragt: Stellungnahme und Zeugnis
des heutigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier
als verantwortlicher Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
zur Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in 1998-2005
Mit Presseinformation Nr.8 auch an Adressaten des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingefordert
Sieh Presseinformation
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung, nur die Wahrheit!
Öffentliche Stellungnahme gerichtlich beantragt zu:
Pervertierte Umverteilungspolitik 1998-2005
Gegen eine Mauer des Schweigens:
> Deutscher Bundespräsident schweigt
> Bundeskanzlerin schweigt
> Beklagtes Bundeskanzleramt schweigt
> Freistaat Bayern schweigt
> Beklagter öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer
Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit
psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat,
soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf
Von Wahrheit 01 bis Wahrheit 10: Nur die Wahrheit für eine öffentliche
Stellungnahme des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 125)

Schriftsatz vom 20.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit Antrag auf Immunitätsaufhebung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
125. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!
Fehlanzeige, weil keine Antwort zu
wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten
Wenn kein Zeugnis des Bundespräsidenten, dann ist seine
Immunitätsaufhebung wegen Vergangenheitsbewältigung erforderlich und
hiermit gerichtlich beantragt
ohne Mitwirkung eines skrupellosen Täters, der an politisch motivierten
Zerschlagungen beteiligten Staatsanwaltschaft
126. Täter-Netzwerk einer Umverteilungspolitik 1998-2005 mit politisch
motivierten Zerschlagungen seit 2000
Zerschlagungsmasse: Die Europäischen Congressmessen des Opfers mit
dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution mit 32
Innovationsschwerpunkten je Congressmesse, Verlagsservice für mehrere
100.000 Congressbände

Profiteure der Zerschlagung:
Deutsche Gewerkschaften mit IG Metall, Ver.di
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit ARD und ZDF
Bundeswirtschaftsministerium und Bundeskanzleramt
Von Wahrheit 11 bis Wahrheit 21: Nur Wahrheiten für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten und seine Vergangenheitsbewältigung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 181)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

per Fax an 030-9014-8790

Verwaltungsgericht Berlin
27. Kammer
VG 27 K 308.14

Kirchstraße 7
10557 Berlin

Velbert, 26.Nov. 2018

Aktenzeichen: VG 27 K 308.14 (VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11)
Berlin
Erweiterung der Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz
mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
mit Fortsetzung der Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens
wegen
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Gigantische Umverteilungspolitik und perverse Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

> unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland (vertreten durch das beklagte Bundeskanzleramt) für politisch motivierte Zerschlagung mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (Zerschlagung 1)
> unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern (vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei) nach einer über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd des verstorbenen Opfers bis in den Tod, mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit (Zerschlagung 2)
> unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft und diskriminierender Verweigerung jeglichen Gehörs (Kommunikationsverweigerung) seit 1998 (Zerschlagung 3)

Albin L. Ockl, Gründer, verantwortlicher Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH,
(Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems)

gegen

Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses
vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1,
10557 Berlin (Beklagte)

Verteiler:

Bundesverfassungsgericht
(Verfassungsbeschwerde 2 BvR 1299/18)
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)

Hier:
Wiederholte Erinnerung
an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)

128 Kapitel in einer vernetzten Internet-Dokumentation nachlesbar!

Fortsetzung durch Stellungnahme mit fortlaufender Nummerierung:

127. Kein Weiter so! Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden,
Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften
unter Weisung von
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
mit Antrag auf Immunitätsaufhebung.
Fehlanzeige, weil bis heute keine Antwort auf Antrag zur Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten wegen Vergangenheitsbewältigung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik, wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.

128. Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für jede Rechtsanwendung
Perverser Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung
Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften
hier in Kumpanei mit
Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen:
Zerschlagungsopfer wird zum Täter gemacht im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfer mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)

Zu 127. Kein Weiter so! Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden, Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften unter Weisung von Bundespräsident Frank Walter Steinmeier als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) mit Antrag auf Immunitätsaufhebung. Fehlanzeige, weil bis heute keine Antwort auf Antrag zur Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten wegen Vergangenheitsbewältigung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik, wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto trotz eines herausragenden Lebenswerkes des lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.

Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung hat mit Schriftsatz vom 02.Okt.2018 wegen fehlender Antwort zu wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten mit den **Kapiteln 123 und 124** weitere Schritte zur Vergangenheitsbewältigung des Bundespräsidenten unternommen und darüber hinaus mit Schriftsatz vom 20.Okt. 2018 in den **Kapitel 125 und 126** an die Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution erinnert **mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten**, auf öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter Sippenzerschlagung, **mit Antrag auf Immunitätsaufhebung**, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen:

Kapitel 123. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so! Fehlanzeige: Antwort auf Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution **mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen**

Kapitel 124. In den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mehrfach beantragt: Stellungnahme und Zeugnis des heutigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier als verantwortlicher Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) zur Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in 1998-2005

Mit Presseinformation Nr.8 auch an Adressaten des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingefordert
Sieh Presseinformation
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung, nur die Wahrheit!
Öffentliche Stellungnahme gerichtlich beantragt zu:
Pervertierte Umverteilungspolitik 1998-2005
Gegen eine Mauer des Schweigens:
> Deutscher Bundespräsident schweigt
> Bundeskanzlerin schweigt
> Beklagtes Bundeskanzleramt schweigt
> Freistaat Bayern schweigt
> Beklagter öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer
Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit
psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat,
soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf
Von Wahrheit 01 bis Wahrheit 10: Nur die Wahrheit für eine
öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln 123 und 124 mit
zusätzlicher, vernetzter Internet-Dokumentation:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 125)

Kapitel 125. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!
Fehlanzeige, weil keine Antwort zu
wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten
Wenn kein Zeugnis des Bundespräsidenten, dann ist seine
Immunitätsaufhebung wegen Vergangenheitsbewältigung erforderlich
und hiermit gerichtlich beantragt
ohne Mitwirkung eines skrupellosen Täters, der an politisch
motivierten Zerschlagungen beteiligten Staatsanwaltschaft

Kapitel 126. Täter-Netzwerk einer Umverteilungspolitik 1998-2005 mit
politisch motivierten Zerschlagungen seit 2000
Zerschlagungsmasse: Die Europäischen Congressmessen des Opfers
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution mit
32 Innovationsschwerpunkten je Congressmesse, Verlagsservice für
mehrere 100.000 Congressbände
Profiteure der Zerschlagung:
Deutsche Gewerkschaften mit IG Metall, Ver.di
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit ARD und ZDF
Bundeswirtschaftsministerium und Bundeskanzleramt
Von Wahrheit 11 bis Wahrheit 21: Nur Wahrheiten für eine öffentliche
Stellungnahme des Bundespräsidenten und seine
Vergangenheitsbewältigung

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 181)

Zu 128. Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für jede Rechtsanwendung
Perverser Missbrauch deutscher Justiz
für soziale und psychische Zerschlagung
Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften
hier in Kumpanei mit
Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen:
Zerschlagungsopfer wird zum Täter gemacht
im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfer
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit

Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung hat gegen den verfassungswidrigen Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 mit Beschluss (**Anlage VG181126-02)** Rechtsmittel eingelegt.Im Schriftsatz vom 23.Nov.2018 an das Sozialgericht Düsseldorf (**Anlage VG181126-01)** wird das Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a in Verbindung mit dem Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG begründet:

Kapitel 36. Schriftsatz vom 12.März 2017 (Kapitel 30 bis 33) und vom 26.April 2017 (Kapitel 34 und 35) an die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf
mit detaillierten Ausführungen über 164 Seiten zu
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort,
soziale Zerschlagung und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Rechtliches Gehör vorgetäuscht, mit unerträglicher Anhörungsignoranz völlig versagt, mit einer wahrheitswidrigen Darstellung des Tatbestandes, mit miserablen Begründung des verfälschten Tatbestandes:
Verfassungswidriger Gerichtsbescheid ist zurückzuweisen

Kapitel 37. Politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
mit sozialer und psychischer Zerschlagung,

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt.
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.

Kapitel 38. Nicht nur erdrückende Beweislage, sondern auch hochqualifizierte Zeugen für herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

Kapitel 39. Perverser Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Bewusste Rechtsbeugung offensichtlich > daher:
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht, nach §60 SGG.
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG
Vorwurf schwerer Rechtsbeugung gegen Einzelrichterin mit Strafbarkeit nach §339 StGB

Kapitel 40. Fortsetzung zu perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451
durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt, mit einer kriminellen Degeneration und Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,

mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger

Kapitel 41. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Verabscheuenswert, unerträglich und strafbar nach §339 StGB:
Bewusste Rechtsbeugung mit Falsch-Darstellung des Tatbestandes,
mit diskriminierender Unterdrückung der Wahrheiten über
politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto
als nachlesbare "Einzelheiten" und als Grundlage für einen miserablen Gerichtsbescheid mit strafbarer Rechtsbeugung
Daher: Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)

Das Zerschlagungsopfer beantragt bei den Verwaltungsgerichten in Berlin und Düsseldorf eine
angemessene Härteleistung zur
Beendigung der hasskriminellen Eskalation mit psychischer und sozialer Zerschlagung unter Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes:
Staatsanwälte, verantwortlich für politisch motivierte, bundesweite Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto, organisieren jetzt

> Psychische Zerschlagung:
Freiheitsberaubung mit psychischer Folter wegen
kapitaler Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft (Zerschlagung 5, Wahrheit 22) und

> Soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit (Zerschlagung 4, Wahrheit 23):

Beklagt wird psychische Zerschlagung (wiederholte Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Wahrheit 22, Zerschlagung 5) und soziale Zerschlagung (anstatt sozialer Sicherheit mit Krankenversicherung und Pflegeversicherung, Wahrheit 23, Zerschlagung 4)
unter Verantwortung einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft (Weisungsgeber: Beklagtes Bundeskanzleramt)

Zwei politisch motivierte Todesopfer in 2 Generationen politisch motivierter Sippenzerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden sind **2 Tote zu viel: Das sind keine Schicksalsschläge, sondern das Resultat aus Missbrauch deutscher Justiz für Aneinanderreihung von Ungerechtigkeiten.**
Schadenersatz ohne Ausrede und öffentliche Rehabilitierung und kein Weiter so in einem Rechtsstaat mit Rechtsschutz.

Mit Wahrheit 1 bis Wahrheit 23 gegen eine Mauer des Schweigens: Wer verantwortlich ist für eine gigantische Umverteilungspolitik und perverse Zerschlagungspolitik mit verheerenden Folgewirkungen inklusive HARTZ IV und Agenda 2010, sollte sich einer Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten nicht versagen.

Wiederholung des Antrags auf öffentliche Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten sowie weiterer Antrag auf Immunitätsaufhebung sind zutiefst begründet,
Antrag auf öffentliche Stellungnahme zu
Wahrheit 01 bis Wahrheit 23 inklusive: Bittere Wahrheiten einer politisch motivierten Sippenzerschlagung.

Velbert, 26.Nov. 2018

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 18)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband, geplant und ausgeführt haben. Künstliche Intelligenz wird von der Politik in 2018 als die Zukunftsperspektive gepriesen
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Laut einer aktuellen McKinsey-Studie ist in Deutschland ein zusätzliches Wachstum durch KI in Höhe von 1,3 Prozentpunkten pro Jahr möglich.
Bis 2030 wird ein globaler Wertschöpfungsbeitrag von 13 Billionen US-Dollar prognostiziert

Anlagen in diesem Schriftsatz
Anlage VG181126-01
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 an das Sozialgericht Düsseldorf
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen
verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und
mit Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)
Anlage VG181126-02
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018
und Beschluss S 39 P 231/12 vom 07.Nov.2018

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Okt. 2018
Anlage VG181002-01
Schriftsatz vom 28.Sept. 2018 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf
mit Erinnerung an Umsetzung von
öffentlicher Rehabilitierung und Schadenersatz durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (beklagter Mittäter)
mit begründetem Antrag (Forts.) auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten bei den Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort und nach miserabler Klage-Erwiderung des nicht beklagten WDR am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit zusätzlicher Presseinformation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 204)
mit **Anlage VG180928**
Zusendung der Presseinformationen Nr.8 (Presse-1809.pdf) mit Presse-1809Brief.pdf an ARD und ZDF "Gegen eine Mauer des Schweigens Sept.2018 Öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten gerichtlich beantragt"
an ARD
> Herrn Tom Buhrow, Intendant des WDR
> Herrn Rainald Becker, ARD-Chefredakteur
> Chefredaktion ARD-aktuell
> Frau Sandra Maischberger, Redaktion "Maischberger"
an ZDF
> Herrn Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF
> Herrn Dr. Peter Frey, Chefredakteur des ZDF
> Herrn Dr. Eckart Gaddum, Leiter Hauptredaktion Neue Medien
und **Anlage Presseinformation Nr.8**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf

Anlagen im Schriftsatz vom 08.Sept. 2018
Anlage VG180908-01
Schriftsatz vom 06.Sept.2018 an das Bundesamt für Justiz mit Zurückweisung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses gemäß
Anlage BFJ-180831 Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 17.Aug.2018, zugesandt mit Schreiben vom 29.Aug.2018, zugesandt als förmliche Zustellung ohne Angabe von Datum/Uhrzeit/Unterschrift im Feld "Zugestellt am",
eingegangen am 31.Aug.2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 24)

Anlage VG180908-02
Schriftsatz vom 25.Aug.2018 an DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. mit
Kapitel 03. Kein Weiter so! Daher
Zwei Briefe an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Zwei aktuelle Verfassungsbeschwerden wegen sozialer und psychischer Zerschlagung (Zerschlagungen 4 und 5)
Antrag auf sofortige Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung
zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben

Anlagen im Schriftsatz vom 31.Juli 2018
Anlage VG180730-1
Zweites Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland vom 25.Juli 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24)
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 22)

Anlagen im Schriftsatz vom 20.Juni 2018
Anlage VG180620-1
Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
vom 10.Juni 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24)
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Mai 2018:
Anlage VG180505-3
Antwort des **Dr. Guido Westerwelle** vom 10.Oktober 2007 auf Brief des Zerschlagungsopfers vom 28.Sept. 2007 gemäß Verteiler des beigefügten Schreibens an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007:
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf
wurde in Kopie versandt an
EU-Kommissarinnen und Vorsitzende von Bundestagsfraktionen:
Neelie Kroes, EU-Kommissarin für Wettbewerb
Viviane Reding,EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien
Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Dr. Guido Westerwelle, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion
Anlage VG180505-6
Dokument zu "unterirdischer" Justiz eines Unrechtsstaates: Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 18.April 2018 nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)

Anlage VG180505-7
Schreiben vom 24.Mai 2017 (nach Rücksprache als PDF per Mail zugesandt)
an **Horst Lorenz Seehofer**
Ministerpräsident des Freistaates Bayern
und Vorsitzender der CSU
mit Einladung zu Maischberger-Sendung, die wegen Rundfunk-Sperre des beklagten WDR nicht stattfinden konnte.
Anlagen des Schriftsatzes vom 31. März 2018

Anlage 18-03
Schriftsätze an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes vom 05.Jan.2018 und vom 18.Feb.2018 (gesamt 21 Seiten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 39)

Anlage 18-04
Schriftsatz an den Intendanten des WDR, des ZDF und des ARD-Vorsitzenden (Intendant des BR) vom 15.März 2018 mit Anforderung einer Stellungnahme noch in diesem Monat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Scroll down after link (page 117)

Anlage 18-05
Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) vom 12.März 2018 zu laufendem Antrag auf Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe seit Oktober 2016 nach Schriftsatz des Opfers vom 11.Dez.2017
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 16)

Anlage 18-06 mit den Dokumentationen DOK-03

DOK-03-01
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
"Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

DOK-03-02
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Bundesminister Dr. Norbert Blüm
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
"Sozialpolitische Herausforderung im Zeichen neuer Technologien"
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für digitale Evolution
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

DOK-03-2
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Günter Rexrodt
Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf unserer ONLINE1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)
Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
(verstorben 2016 in Hamburg)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
„Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

DOK-03-8
über 25 Jahre im Dienste der Digital-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Hier: Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Katalog der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Congressband I der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
(ISBN 3-89077-192-0, insgesamt 14 ISBN-nummerierte Bände der ONLINE'99)
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

DOK-03-9
Congressband-Verzeichnis ONLINE 1999, ONLINE 2000, ONLINE 2001
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001
Bundesminister Dr. Werner Müller<nicht erschienen trotz schriftlicher Zusage,
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie,
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage 18-07 (in DOK-03-9 beigefügt)
"Wir brauchen eine Gründungsoffensive". WAZ-Interview vom 28.Feb.2018 mit dem designierten Wirtschaftsminister Peter Altmaier

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Jan.2015

Anlage 18-01

Schriftsatz vom 01.Jan.2018 zu Zerschlagung 5 durch skrupellose Staatsanwaltschaft: Politisch motivierte Zerschlagung seit 2011 (Amtsgericht Mettmann) mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte

Hier: Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf

Scroll down after link (page 30)

Anlage 18-02

Sofortige Beschwerde vom 02.Jan.2018 wegen sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit (Zerschlagung 4): Zurückweisung einer Zwangsmaßnahme und Ablehnung eines Obergerichtsvollziehers im Auftrag einer Krankenkasse, die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf

Scroll down after link (page 14)

Anlagen des Schriftsatzes vom 21.Dez.2017

Anlage 1 zur Zerschlagung 3:

Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung durch den beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft mit einem nachgewiesenem Schaden von mindestens 100.000 €

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf

Scroll down after link (page 200)

Anlage 2 : Vom Bundesamt für Justiz abgelehnt!

Antrag auf Härteleistung für

Opfer politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge und
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystem
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf

Scroll down after link (page 16)

Anlage 3 zur Zerschlagung 5: Staatsanwaltschaft ein Sanierungsfall ?

Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung auf Staatskosten zur Zerschlagung 5
Extremistische Ausuferung von schikanierenden „Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011, Klageerzwingungsverfahren am BGH und
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 08.Nov.2017:

Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“

Schreiben vom 06.Nov.2017 an die DEBEKA Krankenversicherungsverein A.G.

Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“

Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert wegen Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 30.Okt.2017:
Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse
bei Prozess- und Verfahrenskostenhilfe (PKH-Verfahren Oktober 2017)
Anlage 171001 im Schriftsatz vom 20.Oktober 2017
Prozesskostenhilfe-Verfahren vom 17.04.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 06.Okt.2017:
Anlage BVERFG-A:
Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 29)
Anlage BVERFG-B:
Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 zu Zerschlagung 2
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage BVERFG-C:
Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept.2017 zu Zerschlagung 1
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 41)
Anlage DEBEKA-D:
Antwort vom 04.10.2017 zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom 21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
Anlage DEBEKA-E:
Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich erzwungener Altersarmut

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept.2017
Anlage 201709-01: Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der Obergerichtsvollzieherin Sonya Kreyenpoth im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal
Anlagen im Schriftsatz vom 01.Sept.2017
Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.
Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatz vom vom 28.Aug.2017 :
mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens (teilweise reduziert)
Seite 1 bis 84

Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:
Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf

Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage DOK-03-0
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Anlage DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)
auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/h5.htm

Anlage DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst**. “Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Anlage DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:

„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Anlage DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE’97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Anlage DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei, Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8
24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage DOK-03-9
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001
Bundesminister Dr.Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-04-1
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001
Anlage DOK-04-2
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002
Anlage DOK-04-3
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003
Anlage DOK-04-4
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Anlage DOK-04-5
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05
Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 6)

Anlagen in fortlaufender Nummerierung:
Bis dato wurden folgende Anlagen in den (Beweise)Ordner 1, 2, 3 zur Verfügung gestellt:

Anlagen im Ordner 1
Von den führenden ONLINE-Seminaren zu den
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Ordner 1

Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag
der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der
IT- und TK-Branche
> > > www.euro-online.de/h5.htm

Anlage 1.02: 1971 - 1980
Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress
Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal
Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal
Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD
in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich
1976-1979 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal
ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen
Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse
1980-1984 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Keynote Speaker > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111
ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf
3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation

Anlage 1.03: 1981 -1990
ONLINE'81 Düsseldorf
4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'82 Düsseldorf
5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'83 Düsseldorf
6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation
ONLINE'84 Berlin
7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMM'84 Essen
Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer
1985-1987 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
Keynote Speaker > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111
ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen
8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse
2.Deutsche Kommunikationsfachmesse
ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation
ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen
10.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren
4.Europäische Congressmesse für Technische Automation
1988-1991 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
11.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
5.Europäische Congressmesse für Technische Automation

ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Ordner 2
Europäischen Congressmessen vor und nach der Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000
ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congresse für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

1996-1999 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und …Firmensymposien
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
2000-2003 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf

Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre ‘84 - ’87 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis ‘87 – ’90 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis ‘89 – ’92 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis ‘95 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis ‘98 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und 2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlagen im Ordner 3
Qualifizierte Information über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und über das deutsche Messewesen in 2004
Ausgewählte Kommunikation als Beweisunterlagen zur staatlichen Diskriminierung (politisch motivierte Zerschlagung)

Anlage 3.00: Übersicht Ordner 3
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998), bereits auf der ONLINE’84 in Berlin als Senatsdirektor der Berliner Senatsverwaltung, und auf der ONLINE 96 in Hamburg
Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft: Den Wandel aktiv gestalten

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines qualifizierten Zeitzeugen, Dr. Martin Weigele
> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf

Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung im Jahr 2002, Innovationsmarkt irreversibel vernichtet

Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):
„Das deutsche Messewesen ist ineffizient“
„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet“

Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht **. . .“**
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz

Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des **Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** in 2004 mit dem Ziel eines Comeback

Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg

Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)

Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004

Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004

Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE’91 des Klägers
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung

Anlage 3.51:
1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf
2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf

Anlage 3.52:
Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf

Anlage 3.53:
Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf

Anlage 3.54:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf

Anlage 3.55:
Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf

Anlage 3.56:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf

Anlage 3.57:
Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf

Anlage 3.58:
Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 -
Ihre Vision für Niedersachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf

Anlage 3.59:
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005

Anlage 3.61:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf

Anlage 3.62:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 -
Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf

Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 -
Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf

Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 -
„Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche

Anlage 3.71:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf

Anlage 3.72:
Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf

Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort
Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf

Anlage 3.74:
Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf

Anlage 3.75:
Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf

3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt

Anlage 3.81:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf

Anlage 3.82:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -

Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum:
Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf

Anlage 3.83:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf

Anlage 3.84:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf

Anlage 3.85:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf

Anlage 3.86:
Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom 11.01.2010 -
Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf

Anlage 3.87:
Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf

Anlage 3.88:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf

3.9 Petition an den Deutschen Bundestag
Deutscher Bundespräsident, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten

Anlage 3.91:
Petition an den Deutschen Bundestag 03/2010-01/2012
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf
Fortsetzung in Anlage 6.1

Anlage 3.92:
Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf

Anlage 3.93:
Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf

Anlage 3.94
Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011
anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf

Anlage 3.95:
Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 3.96
Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012
und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf

Anlage 3.97
Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf

Anlage 4.01:
Analyse IT-Gipfel: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik

Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv
Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)
Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller
Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):
Congressband I Telekommunikation & Netze 2000
Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking
Congressband III Enterprise Networks & Call Centers
Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management
Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business
Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML
Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management
Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing
Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale
Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr
Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen
Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse
Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:
ONLINE Congressbände 1976-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.
Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb)
infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung
Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.
5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014
5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014
5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566)zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf

Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)
Pet 1-17-09-703-005442
Ergänzungen zu Anlage 3.91
6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)
6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)
6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)
6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt
trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c
6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – **Deutschland wird digitale Kolonie**
Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine **Investitions**offensive an – **Innovations**offensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler
(Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen
als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in Ordner 3:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlagen im Schriftsatz vom 27.03.2015
Anlage 06-OVG: Einladung des Senats von Berlin zum Senatsempfang anlässlich der ONLINE’84: Begrüßung und Eröffnung durch Senatsdirektor
Dr. Günter Rexrodt
Anlage 07-OVG: Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt auf der ONLINE’96 in Hamburg
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Legende mit Kapitelnummerierung

Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, staatlich motivierte Zerschlagung)

Klageerhebung mit Schriftsatz vom 15.06.2014
01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolglose Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter

Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung
Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes
Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter
13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben
Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung
Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.
14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000. Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben“:
Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .
das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
Europarat
Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung
wird behindert?
16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,
Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,
Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG
Die ausführliche Klagebegründung auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 31.10.2014
17. Antrag zur weiteren Vorgehensweise:
Kläger-Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung.
Hauptklagepunkt ist der Vorwurf der politisch motivierten Zerschlagung. Ohne eine Entscheidung über den Hauptklagepunkt ist eine Bewertung des Schadenersatzes unmöglich.
Daher: Rückstellung aller Entscheidungen zum Schadenersatz, Unterlassung von nutzlosem Aktionismus, der nur weitere Zeitverzögerungen verursacht.
18. Bundesrepublik verhindert seit 2010 ein rechtsstaatliches Verfahren für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 in Deutschland und Europa.
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert rechtsstaatliches Verfahren mit dem Vorwand nicht zuständig zu sein, obwohl die aktuellen Rechtshängigkeiten mit Gerichtsverfahren seit Sommer 2013 unbestreitbar sind und verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 permanent zum Nachteil des Opfers entschieden werden.
In keinerlei Weise hinnehmbar: Kläger wird vom Verwaltungsgericht Berlin simultan seit längerem unter Druck gesetzt, obwohl das Verfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf in vollem Gange ist.
19. Vorrangig: Rechtsanspruch auf Rehabilitierung für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und politisch motivierter Zerschlagung
Nachgeordnet: Rechtsanspruch auf Schadenersatz
Zu klären mit rechtsstaatlichen Verfahren:
Herausragende Leistungsmerkmale der Congressmessen des Klägers
mit dem weltweit größten Congressangebot
mit Integration von Information und Weiterbildung zu 32 Innovationsschwerpunkten
mit flächendeckender Besucherwerbung und
mit nachhaltiger Dokumentation

20. Hochqualifizierte Congressbände der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH für nachhaltigen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Antrag auf Besichtigung des Congressband-Archivs durch das Gericht zur Anerkennung des Rechtsanspruchs auf Rehabilitierung
Antrag auf Unterlassung judikativer Verzögerungen durch Beschlüsse zum Schadenersatz, der nur nachgeordnete Priorität (nach Klärung des Rehabilitierungsanspruchs) haben kann
21. Zukunftsperspektive Congressbandarchiv:
Professionelle Dokumentation
hochqualifizierter Zeitzeugen in hochwertiger und umfassender Form
auf dem Weg zur digitalen Informationsgesellschaft
Innovation durch Telekommunikation
Über 260 Congressbände (mehr als 1100 Exemplare) zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 12.11.2014
22. Unerträglich: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch Zerschlagung des Congressmesse-Archivs, um Beweise für den Anspruch auf Rehabilitierung zu beseitigen
Kläger bietet an: Besichtigung des kompletten Congressmesse-Archivs im Privathaus
Kläger hat Zeugenaussagen hochqualifizierter Congressleiter beantragt
23. Bayerische Verwaltungsjustiz in Regensburg, München und Ansbach: Trittbrettfahrer der politisch motivierten Zerschlagung durch gnadenlose Ausnutzung der von deutscher Bundesregierung verschuldeten Notlage des Klägers vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.
Über 20 Jahre Treib- und Hetzjagd auf den Bruder des Klägers (des einzigen Erben), in den Tod getrieben, einen Vorzeige-Betrieb in eine verrottende Ruine verwandelt.
Einzige Möglichkeit des erbenden Klägers: Nachlassinsolvenz.
Nach bewiesener Rechtsbeugung und Grundstücksmanipulation mit NS-Dokumenten aus 1943 durch das Landratsamt Tirschenreuth und Verwaltungsgericht Regensburg:
Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152)
Daher Antrag auf Beiladung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof
24. Deutsche Bundesregierung: 100 % Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung
Deutsche Justiz: 100 % Verantwortung für katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Spitzenleistung der Kreispolizei Mettmann: Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehls, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung
25. Aufgrund aktueller Entwicklungen: Antrag auf Fortsetzung des Schadenersatz-Verfahrens vor dem Landgericht Wuppertal
nach Anerkennung des vollen Rehabilitierungsanspruchs
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 08.12.2014
Antwort auf Schriftsatz der Beklagten vom 18.11.2014
26. Beklagte sprachlos und Diskriminierungs-blind ,
weil Wahrheit über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, politisch motivierte Zerschlagung) von der Bundesregierung bis dato
gedeckelt, verzerrt und gebeugt wird
Sprachlosigkeit und Blindheit für Diskriminierung in Stellungnahme zum Hauptteil mit umfangreicher Begründung unter der Überschrift „Zum restlichen Vorbringen des Klägers“
27. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung einer Prozesskostenhilfe unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2a der Beklagten)
Missbrauch eines PKH-Verfahrens zur weiteren Zeitverzögerung?
Kuh-Handel mit Grundrechten als Schmiermittel?
Einteilung in bemittelte und unbemittelte Personen?

28. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2b der Beklagten)
Situationsanalyse 2014 aus der Sicht des Klägers:
Politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Unternehmers
mit einem professionell operierenden Unternehmen,
mit einem exzellenten Lebenswerk,
mit ansehnlichen Altersrücklagen
Gipfel der Diskriminierungsblindheit: „Nicht ersichtlich, durch welche Handlungen der Beklagten im Zusammenhang mit der UMTS-Auktion der Kläger diskriminiert worden wäre“
29. Kläger 2000 und 2001: Europäische Congressmessen ONLINE nach 25 Jahren im Zenit für Innovationswachstum
Digitales Deutschland 2000: Spitzenstellung im globalen Vergleich vor der Innovationswende durch staatliche UMTS-Auktion 2000
März 2010: Petition an den Deutschen Bundestag als letzter, verzweifelter Versuch des Klägers, Abhilfe von extremer Diskriminierung durch betonierte Kommunikationsverweigerung zu erreichen
Dez. 2011: Petition an den Deutschen Bundestag mit umfangreichen Eingaben wird als Nr.32 in einem Massengrab des Bundestags trotz massiver Gegenwehr versenkt
Dez. 2014: Deutscher Bundestag arbeitet am Volk vorbei
Dez. 2014: Deutschland ist zur digitalen Kolonie von USA und China degeneriert
Datenschutz und Datensicherheit: Schwerpunkt-Thema des Klägers seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetzes in den 1970er Jahren
Deutschland 2014 und Beklagte im Würgegriff des NSA
Deutschland 2014 befindet sich im NSA-Würgegriff, die Beklagte hat leitende Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung des Klägers, für den Datenschutz und Datensicherheit Schwerpunkt-Thema seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetz in den 1970er Jahren ist.
Petition chancenlos, weil politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Congressmesse-Veranstalter mit Unterstützung durch die Beklagte Zielsetzung war Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“ (Punkt 2c der Beklagten)
30. Congressband-Archiv mit hochwertigen Beweisunterlagen ist unverkäuflich (Punkt 2d der Beklagten)
Besondere Bedeutung des Congressband-Archivs und seiner Zukunftsperspektive im Zusammenhang mit der Rehabilitierung des Klägers ist unbestreitbar
Zuständigkeit des Landgerichts Wuppertal für Klage auf Schadenersatz nach Abschluss der Klage auf Rehabilitierung: Siehe auch Kapitel 25
Deutsche Verwaltungsjustiz kann Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn es den Weg freimacht für ein längst fälliges Rehabilitierungsverfahren, das der Wahrheit zum Durchbruch verhilft
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 22.12.2014 mit Einsprüche gegen und Anträge auf Richtigstellung zu den Beschlüssen VG 27 K 496.14, VG 27 K 308.14 vom 08.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
31. Beschreibung der Beklagten in den Beschlüssen ist unzutreffend und irreführend:
Wer wird denn wegen politisch motivierter Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers in Deutschland beklagt?
32. Beschreibung der Klagebegründung im Beschluss VG 27 K 496.14 ist total mangelhaft, ebenfalls irreführend und entsprechend der Mängel ebenfalls eine juristische Fortsetzung der totalen staatlichen Diskriminierung des Klägers:
Was wird denn eigentlich beklagt?
Mehrfacher Verstoß gegen Art. 34 GG: Nicht nur
> Grobe Fahrlässigkeit durch einen Markteingriff mit einem Horror-Auktionsbetrag generiert verheerende Folgewirkungen, sondern auch
> Vorsätzliche Verletzung der Amtspflicht durch gnadenlose Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch staatliche Diskriminierung des privatwirtschaftlichen Unternehmers mit ausgewiesener Professionalität
33. Beschlüsse sind widersinnig, weil der letzte Schritt vor dem ersten Schritt gemacht wurde und weil die Beschlüsse tatsächlich überhaupt nicht erforderlich waren:
Fundierte Qualitätsmängel der Beschlüsse nicht zumutbar für den Kläger
Beschlüsse sind reine Gefälligkeitsbeschlüsse gegenüber einer übermächtigen Beklagten

34. Entscheidung über Verfahrenskosten ist nicht hinnehmbar:
Kläger weist jede Kostenverantwortung für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zurück
Beschlüsse sind sittenwidrig, weil dem Kläger in Anbetracht eines verheerenden Schadens weitere Kosten für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zugemutet werden
35. Rechtsmittelbelehrung ist nach Verweigerung der Prozesskostenhilfe seit 2011 nur eine Verhöhnung des Klägers
Verhöhnung, weil der 27.Kammer bekannt ist, dass anwaltlicher Vertretung vor dem Oberverwaltungsgericht wegen der von der Beklagten verschuldeten Notlage und Altersarmut nicht möglich ist und weil von der 27.Kammer seit 2011 Prozesskostenhilfe verweigert wird
36. Keine Beschwerde gegen Abtrennung des Schadenersatzverfahrens, das sowieso vor dem Landgericht Wuppertal durchzuführen ist
sondern Beschwerde nur gegen mangelhafte Ausführung der Beschlüsse, die lediglich weitere Zeitverzögerungen wegen Richtigstellungen verursachen, die von der 27.Kammer zu verantworten sind, und nur gegen
Kostenverantwortung des Klägers für Gefälligkeitsbeschlüsse zugunsten einer übermächtigen Beklagten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 02.01.2015 mit Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG und Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
37. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer
gemäß §§198 ff GVG
Kläger hat in extremer Weise unter den materiellen und immateriellen Nachteilen eines überlangen Gerichtsverfahrens zu leiden
2011-2014: Katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Vom Verwaltungsgericht Berlin (2011) zum Verwaltungsgericht Berlin (2014)
38. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer seit 06.04.2011 gemäß §§198 ff GVG
Erste Verzögerungsrüge an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in 2011
Beweis für staatliche Diskriminierung: Sprachlosigkeit der Verwaltungsjustiz bei Verzögerungsrüge und keinerlei Unterstützung der Eigeninitiative des Klägers zu einer außergerichtlichen Einigung
39. Verzögerungsrüge an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Eigenberechnung des geltend zu machenden Verzögerungsschadens unter Beachtung der Vorgaben des EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) und §§198 ff GVG
40. In allen Gerichtsverfahren von 2011 bis dato,
an Verwaltungsgerichten, Amtsgerichten, an Zivilkammern und Strafkammern der Landgerichte, an Oberlandesgerichten, in mehreren Verfassungsbeschwerden am Bundesverfassungsgericht und in der Individualbeschwerde am EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte),
ausschließliche Begründung ob als Kläger, Beschwerdeführer oder Beklagter: > > > > > > Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und staatlicher Diskriminierung mit dem Ziel politisch motivierter Zerschlagung.
Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014
Zu beklagen: Überlange Dauer des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens an der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin als Ursache extremer materieller und immaterieller Nachteile seit 2011
41. Antrag auf umgehende Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs
Rehabilitierung: Nicht nur ein Recht des Klägers, sondern vielmehr eine Verpflichtung der Beklagten
Zerstörtes Lebenswerk des Klägers: Digitale Evolution
Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Deutschland zur digitalen Kolonie von USA und Fernost degeneriert
Neujahrsansprache der beklagten Bundeskanzlerin: Gemeinsame Herausforderungen meistern, zum Beispiel die digitale Revolution. . .
Ohne Rehabilitierung des Klägers hat das in Deutschland einzigartige Congressmesse-Archiv als historisches Vermächtnis anerkannter Zeitzeugen keine Perspektive > > > daher unverzichtbar im Interesse Deutschlands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 26.01.2015 mit Beschwerde gegen Beschluss vom 06.01.2015 (eingegangen am 15.01.2015) und wiederholtem Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung

42. Rechtsmittel der Beschwerde
im Rahmen des Prozesskostenhilfeverfahrens
an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Mehrfach diskriminierendes Rubrum: Verstoß gegen Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
43. Rubrum: Vorangestellte, kurze Zusammenstellung eines juristischen Dokuments mit dem Zweck, den folgenden Inhalt schon am Anfang richtig einordnen zu können
Aktivrubrum mit Angabe relevanter Berufstätigkeit gemäß § 117 VwGO
44. Unterdrückung der verantwortlichen Bundesregierung im Passivrubrum: Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG, Gleichheit vor dem Gesetz)
Mit Recht zurückzuweisen:
Irreführende Reduzierung der Klage der politisch motivierten Zerschlagung auf Angabe eines legalen Verwaltungsaktes, der staatlichen UMTS-Auktion 2000
45. Nicht nur missverständlich, sondern irreführend schon das Rubrum, weil mit umfassenden Beweisunterlagen in Ordner 3 vorgetragen:
Politisch motivierte Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers mit herausragenden Weltklasse-Leistungen
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Strafrechtliche Bedeutung des Rubrums zur Verhinderung einer besonders schlimmen Rechtsbeugung
46. Unerträglich: Fortsetzung der Diskriminierung am Verwaltungsgericht Berlin schon im Rubrum der juristischen Dokumente
Rehabilitierung unverzichtbar, weil
nicht nur die beklagten Staatsorgane Bundeskanzler/Bundeskanzlerin und Bundesregierung involviert sind,
sondern auch die Staatsorgane Bundespräsident und Deutscher Bundestag ausführlichst informiert sind
47. Längst überfällige Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs: 1.Schritt der Rehabilitierung.
Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung und damit verbundene Maßnahmen mit Bezug auf das Schreiben der Beklagten vom 26.11.2014 (eingegangen13.12.2014) und Schreiben des Klägers vom 02.01.2015 (Kapitel 41)
48. Rehabilitierung durch Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen im Vorfeld und mit Synergie zur Hannover-CeBIT:
Weltweit größtes Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von Telekommunikation, Internet, IoT, IT, digitaler Evolution
Professionelle Unterstützung der digitalen Revolution und des Innovationswachstums mit Innovationsoffensiven der Congressmessen
International wettbewerbsfähiges Innovationswachstum kann man nicht verwalten, sondern man muss es unternehmen
49. Nach EZB-Entscheidung: Investieren in den Aufschwung in Europa und Diskriminierung des Klägers beenden durch Rehabilitierung
Neue Herausforderung: Verhinderung von Multimilliarden-Gräber durch Kapital-Tsunami
Beschwerde gegen Fortsetzung der Diskriminierung überfällig und massenhaft bewiesen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 30.01.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit

Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss des 11.Senats vom 14.01.2015

50. Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss vom 14.01.2015 (eingegangen am 19.01.2015)
Entscheidungserheblichkeit der Gehörsrüge: Valide und zweifelsfrei
Fortsetzung der Diskriminierung unerträglich, weil Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG)
51. Parallele Diskriminierung des Klägers im Rubrum juristischer Dokumente der 1. und 2. Instanz:
Verstöße gegen § 117 VwGO, Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
Antrag auf nicht diskriminierende Ausführung des Rubrums

52. Missbrauch des Vertretungszwangs i.V.m. fortgesetzter Diskriminierung zur Verhinderung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
Intensive Bemühungen des Klägers um qualifizierte anwaltliche Vertretung ohne Erfolg, von der informierten 27.Kammer gnadenlos ausgenutzt
Dem Kläger wird de facto ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung verweigert
53. Verwaltungsgerichte wollen und können ein rechtsstaatliches Verfahren nicht mehr gewährleisten
Mit der Ablehnung von PKH-Anträgen: Verstoß des Klägers gegen den anwaltlichen Vertretungszwang vom 11.Senat erzwungen
Beschluss des 11.Senats verstößt gegen das Prozess-Grundrecht des Klägers, weil eine anwaltliche Vertretung de facto ausgeschlossen
Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.20 Abs.3 GG)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Stellungnahme zu Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt europäischer Wehklagen (Anlage 6.5)
„Wir haben das Spiel in der IT-Branche bereits verloren“
„Wir brauchen eine Überlebensstrategie“
54. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum:
Kläger hat Anspruch auf Rehabilitierung in Deutschland, in deutschen Bundesländern und in Europa
55. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum:
Europäische Congressmessen des Klägers
haben besonderen Anspruch auf europäische Förderung insbesondere durch einen mutlosen EU-Digital-Kommissar
Rehabilitierungspotentiale bei der EU-Kommission durch die Beklagte zu erschließen, weil kein passender Finanzierungsmechanismus
56. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum:
Kläger hat besonderen Anspruch auf direkte und indirekte Nachteile, auf materielle Nachteile und immaterielle Nachteile (Schmerzensgeld) durch überlange Diskriminierung und überlange Gerichtsverfahren, durch Rechtsbeugung, . . .
57. Durch sofortige Rehabilitierung: Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum.
Erster Schritt: Anerkennung des Rechtes auf Rehabilitierung in vollem Umfang
Alternativ: Juristische Klärung materieller und immaterieller Nachteile mit Staatshaftung für massive Verstöße gegen das Grundgesetz, für überlange Diskriminierung, für überlange Gerichtsverfahren, für skandalöse Rechtsbeugung, für Missbrauch von Staatsgewalt . . .und abschließender Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 10.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Stellungnahme zu den 3 formlosen Briefen mit den Aktenzeichen
OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15 des Vorsitzenden Richters des 11. Senats
Klärungsbedarf zu 4 Aktenzeichen, Nachsendung eines zusätzlichen Schriftsatzes vom 30.01.2015 (Anlage 04-OVG)
58. Formlose Briefe im 3er-Pack mit unterschiedlichen Aktenzeichen: Wiederholter Klärungsbedarf mit ständig wiederkehrender Rechtfertigung anstatt Fortschritte gerichtlicher Klärung der Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagung
59. Nach politisch motivierter Zerschlagung seit 15 Jahren:
Technische Büroausstattung und finanzielle Ausstattung des Klägers sind den verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen nicht mehr gewachsen
Kläger wehrt sich mit Recht gegen verschwenderischen Umgang mit hochwertigen, historischen Dokumenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 12.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Nachsendung in 2-facher Ausfertigung mit Fortsetzung der Klageeingaben an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin in Anlage 05-OVG
60. Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
anstatt juristischer Abwimmelung und Abservierung mit verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen
Antrag auf Stellungnahme zu den Anträgen der Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 27.03.2015 an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Anhörungsrüge wegen unanfechtbaren Beschluss (OVG 11 L 3.15 / OVG 11 L 4.15) vom 11.03.2015 und Stellungnahme zu unanfechtbaren Beschluss OVG 11 RL 3.15 vom 11.03.2015, auch ohne verfügbare Rechtsmittel nicht hinnehmbar
61. Politisch motivierte Zerschlagung eines weltweit herausragenden Lebenswerkes des Klägers: Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Kläger: Gründer, Planer und Organisator der Congressmessen
Unternehmen des Klägers (des einzigen geschäftsführenden Gesellschafters einer GmbH): Veranstalter der Congressmessen
62. Niemand in Deutschland hat ein vergleichbares Know-how als
Gründer, Planer und Organisator derartig weltweit herausragender Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Kläger hat dieses herausragende Know-how aus über 25 Jahren Praxis, das ihm Richter eines Oberverwaltungsgerichtes nicht aberkennen können
63. Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH erstellt von 2004 bis 2011 qualifizierte Congressmesse-Projektvorschläge für digitale Evolution
Verweigerung jeglicher Kommunikation der Beklagten mit dem Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen, weil ein privatwirtschaftlicher Leistungsträger unerwünscht ist und mit politisch motivierter Zerschlagung aus dem Weg geräumt werden soll
Heute ist Deutschland digitale Kolonie, Projektvorschläge des Klägers blieben ohne Antwort und ohne Beachtung
64. Unanfechtbare Beschlüsse (§152 Abs.1 VwGO) der Verfahren OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15:
> Schläge in das Antlitz der Justitia
> Verstöße gegen Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention
> Rubrum, Tatbestand und Tenor der Beschlüsse: Rechtswidrig, sachwidrig und daher diskriminierend
> Diskriminierende Beschlüsse sind und bleiben rechtswidrig, auch wenn keine Rechtsmittel mehr zugelassen werden
> Grundrecht des Klägers: Ablehnung der Kostenverantwortung für diskriminierende Beschlüsse bei anhörungsresistenter Fortsetzung der Diskriminierung
65. Unverzichtbare Rehabilitierungsansprüche, längst beantragt vom
Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen
Mittelstandspotentiale für Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum zu erschließen, ist ein kostbares Know-how aus über 25 Jahren Europäische Congressmessen

Schriftsatz vom 28.04.2015 an den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg, Antwort auf das Schreiben des Herrn Dr. Schreier vom 10.04.2015 (eingegangen am 15.04.2015)
66. Situationsanalyse April 2015 zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren:
Solange eine inhaltliche Bewertung des vorgelegten, umfangreichen und qualifizierten Beweismaterials verweigert wird und auch keine Zeugenaussagen zugelassen werden, wird auch das Recht auf Rehabilitierung verweigert.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf
Scroll down after link (page 88)

Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.
Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz / Staatshaftung
67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -
Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)
mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,
mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger)
(Zerschlagung 4) und
wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)
und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution
über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als
Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten
aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,
aus Deutschland, Europa und weltweit
Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum mit digitaler Evolution
Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000
ohne den Hauch einer Chance für das Opfer
Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung
Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:
Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlachtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung
Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.
Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance
70. Gigantische Umverteilungsoperation durch
grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG
Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des
nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen
Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen
Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.
71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17, Anlage BVG-01) und
extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW
(Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17, sieh
Anlage BVG-02):
Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz
Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)
Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.
Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Sieh Zerschlagung 3
Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslwakei (1992) Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000
Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.
73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens,
ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung
Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO
Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können
Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf

Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung
74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu
Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen
Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist
Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit
politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden

Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik
Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden
76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte
Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte
Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar
77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist Rehabilitierungsanspruch.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 62)

Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017) nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren

78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht
Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch
79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz
1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen
80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für
digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission
Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile
Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch
Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 107)

Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am 31.98.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017

81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen
für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa
82. Unverzichtbar: Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld
für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge
für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa,
für die Treib-und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod,
für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 144)

Schriftsatz vom 06.Sept.2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer Zwangsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu Urteil mit Rechtsbeugung
in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017

83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: Hier politisch motivierte Zerschlagung 5
Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
Zwangsmaßnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör zur staatlich erzwungenen Altersarmut seit 2011
Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld
wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers,
wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält
84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution
Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für herausragende Verdienste für Deutschland und Europa
mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 178)

Schriftsatz vom 06.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über 10.000 EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden Kosten, Zinsen, Gebühren . . .

85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:
Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte
September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Anlage

86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich
medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung, für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter
(Zerschlagung 5)
für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden,
für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen
für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut (Zerschlagung 4)
für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2)
für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung,
für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre)
auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 212)

Schriftsatz vom 20.Okt.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017)
87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten Rechtsanwalts
Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht) mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer
zu PKH-Konditionen
Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in 2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind wegen forcierter Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012
88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?
Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden, ohne auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?
Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet: Inhaber von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten
Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf Terminverschiebung der Rehabilitierung bis nach Klärung von Schadensersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März 2017) zurücknehmen zu können und
weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der Wiederaufbauphase u.a.m.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 250)

Schriftsatz vom 30.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017) mit Anlieferung der PKH-Unterlagen ohne Perspektive für eine anwaltliche Vertretung

89. Von Zweifeln zur Gewissheit: Anspruch auf qualifizierte anwaltliche Vertretung zu PKH-Konditionen nicht umsetzbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation selbst für qualifizierte Rechtsanwälte zu komplex
PKH-Konditionen für qualifizierte Rechtsanwälte abschreckend
Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen, Anspruch auf Förderung für Entwicklung und Abstimmung konkreter Konzepte
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 284)

Schriftsatz vom 08.Nov.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017): Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

90. Justizopfer als Ergebnis der Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge trotz herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts) und:
Alle Staatsorgane waren informiert und haben (sich) versagt
91. Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
Justizopfer ohne Chance einer qualifizierten anwaltlichen Vertretung
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 316)

Schriftsatz vom 21.Dez.2017 mit Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

92. Klage-Eröffnung 2010: Deutschland ist digitale Kolonie. Kläger wusste nicht, dass er Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik geworden ist.
Digitale Kolonie 2014: Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige, Investitionsoffensive auf Bayern minimiert
Digitale Kolonie 2015: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger &
Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“
Deutschland kann die digitale Sicherheit nicht mehr gewährleisten.
Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa
Digitale Kolonie 2017: Europa wächst – und verliert (ZVEI: Der Halbleitermarkt 2017)
Deutschland hat den digitalen Trend längst verschlafen (Weltweiter Telekommunikationsriese Vodafone, Dez.2017)
Deutsche und europäische Konzerne wollen lieber in den USA und Fernost investieren: Nicht nur in der Digital-Branche. Nach Aufbau Ost kommt Abbau Ost. Sieh Görlitz 2018.
Weil kein Innovationswachstum aus Mittelstandspotentialen wegen Unternehmens-Genozid der Innovationselite!
System Deutschland ein Sanierungsfall?
Hat das Grundgesetz nur noch ein Grundrecht für Asylanten?

93. Weisungsgebundene Staatsanwaltschaft 2017 mit beklagten Bundeskanzleramt als Weisungsgeber: Ein Sanierungsfall?
Zurückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Kreisverwaltung Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017)
wegen wiederholter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
nach Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017,
nach Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und
nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung
Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft zum Zwecke der physischen Zerschlagung des Justizopfers: Aktenkundig beim Bundesverfassungsgericht (Zerschlagung 5)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf

Schriftsatz vom 05.Jan.2018 mit Fortsetzung der Klage in 2018 auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
94. Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: 20 Jahre
Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von
Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen
95. „Weihnachtsgeschenke 2017“ staatlich erzwungener Altersarmut als Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel
von krimineller Hassjustiz skrupelloser, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft und von sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem:
zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
zu sozialer Zerschlagung unter dem Deckmantel sozialer Sicherheit
Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
96. Verheerende Folgewirkungen einer unsäglichen Umverteilungspolitik gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Europäische Congressmessen des Opfers zerschlagen, obwohl:
Systemrelevant für digitales Innovationswachstum, mit Vorrang für Chancen der Digitalisierung, aber mit Verantwortung für Risiken
Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit verheerender Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:
Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG
Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung, sieh Anlage 18-01
Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, sieh Anlage 18-02
Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager bei der Risikobeherrschung in der Digitalisierung
Deutsche Justiz längst Teil dieser schlimmen Entwicklung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 39)

Schriftsatz vom 18.Feb.2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
97. Deutschland hat „schleichende“ Staatskrise, ohne sie zu erkennen
Schlimmer als in Indien: Umverteilung in die Kaste der Rechtlosen
mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit tödlichem Ausgang
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Bemühungen des Klägers um Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu einer schleichenden Staatskrise, die von der gegenwärtigen Gesellschaft inzwischen als Normalzustand empfunden wird
Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem
Kein Weiter so! Neubeginn mit Aufklärung der Öffentlichkeit.
System Deutschland hat Sanierungsbedarf.
98. Erinnerung mit Ausführungen aus alten Schriftsätzen an
angemessene Rehabilitierung, angemessene Würdigung des Lebenswerkes und angemessener Schadenersatz
für professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
mit Integration des Digital-Gipfels
Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 84)

Schriftsatz vom 31.März 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
99. Jetzt: Gigantische Umverteilungspolitik und Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
mit politisch motivierten Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
mit eskalierender, staatlicher Übergriffigkeit
durch gegenseitige Amtshilfe
durch gegenseitige Regierungshilfe
durch Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner
durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ohne Sinn und Verstand
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
100. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
im Zuge der Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner (Zerschlagung 3, gebührenfinanzierter Staatsrundfunk) mit einem nachgewiesenen Mindestschaden von 100.000 €
Rechtshängig beim Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 5854/13
mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 18.Jan.2018 mit Handlungsbedarf der 27.Kammer
Arrogante Versagung jeglicher Kommunikation des ÖRR trotz terminierter Aufforderung zur Antwort seit 2007
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
101. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
hier im Zuge gegenseitiger Amtshilfe für das beklagte Bundeskanzleramt und beklagte Öffentlich-rechtliche Vertragspartner
Hier: Gegenstandsloser Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) nach Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe als

Beweis für gegenseitige Amtshilfe bei der Durchsetzung gigantischer Zerschlagungspolitik durch das beklagte Bundeskanzleramt (Anlage 18-05) trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
102. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer
seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
hier im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe für die beklagte Bundesregierung durch die beklagte Bayerische Staatsregierung
mit gnadenloser Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd nach dem Tod seines Bruders auf das Zerschlagungsopfer als seinen einzigen Rechtsnachfolger, in NRW!
103. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener Rehabilitierung
für professionellen Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:
Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 125)

Schriftsatz vom 05.Mai 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution und diversen Anträgen
104. Kampf gegen die Mauer des Schweigens: Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält. Daher
> Erinnerung an Umsetzung von
angemessener Rehabilitierung mit Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
> Neue Klage 2018 auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen schikanierende Zwangsmassnahmen eines diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Westdeutschen Rundfunks
105. Opfer politisch motivierter Zerschlagungen durch
brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998, bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im Jahr 2000 erst, nachdem mit vorhergehenden Maßnahmen zwar Schaden, aber nicht die geplante Zerschlagung erreicht wurde
Überwindung der Mauer des Schweigens unverzichtbar:
Lückenlose Aufklärung der Zusammenhänge von
gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
106. Längst überfällig: Transparenz und Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Verantwortung des Politikers und Chefs des Bundeskanzleramtes
Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Verantwortung für bundesweite Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
Eskalation von politisch motivierten Zerschlagungen durch brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998, bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen und Verfahren:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Teuflisches Unrechtssystem: Opfer wird für verheerende Folgewirkungen von politisch motivierten Zerschlagungen verantwortlich gemacht (soziale Zerschlagungen Z4 und Z5)
Antrag auf Befragung / öffentliche Stellungnahme des Politikers und Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
107. Bundesweite Eskalierung zum Abschuss einer "vogelfreien" Sippe: Umsetzung mit einer weisungsgebundenen, skrupellosen Staatsanwaltschaft, mit bundesweiter Weisung aus dem beklagten Bundeskanzleramt und
mit Weisung aus der beklagten bayerischen Staatskanzlei selbst in NRW
"Unterirdische" Justiz mit psychischer Zerschlagung durch einen Unrechtsstaat: Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit bundesweiter Eskalation zur Sippenzerschlagung, mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden
"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Erklärung von staatlichen Übergriffen nach Rechtsbeugung als "rechtskräftig", mit Rechtskraft zu Missbrauch von Staatsgewalt
"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Parallele Verfolgung in Verfahren an zwei Amtsgerichten gleichzeitig
Ablehnung durch das Opfer wegen politisch erzwungener Altersarmut: Kostenverantwortung für "Rechtskraft" von Bußgeldern durch Missbrauch von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften trotz erdrückender Beweislage von politisch motivierten Zerschlagungen trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland, Europa und weltweit
108. Dokument zu Kosten einer "unterirdischen" Justiz mit Missbrauch von Drittschuldnern:
Pfändungs- und Überweisungsbeschluss unter Missbrauch von "Drittschuldnern" nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit bayerischer Beteiligung zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
Kläger: Einziger Rechtsnachfolger nach Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 bis in den Tod (2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz / Bayern)
Fortsetzung bayerischer Hexenjagd in NRW mit grundgesetzlich längst abgeschafften Steuernachforderungen trotz Nachlassinsolvenz, mit Eintreiben von Gerichtskosten trotz krimineller Rechtsbeugung, mit Erzwingung einer Sicherheitshypothek für kriminelle Rechtsbeugung vor und nach dem Tode seines Bruders. . . . . .
Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält
Antrag auf unverzügliche Härteleistungen durch das Bundesamt für Justiz wegen für extremistische Ausuferug staatlicher Übergriffe
109. Klage-Erweiterung gegen die Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch die deutsche Bundesregierung in Berlin,
vertreten durch den Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat
Antrag auf öffentliche Rehabilitierung der zerschlagenen Sippe mit Verlust eines Menschenlebens, mit kapitalen Vermögensschäden und Zerschlagung der bayerischen Heimat

Totale Zerschlagung einer bundesweit tätigen Sippe trotz hervorragender Leistungen, Zerschlagung im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
Antrag auf öffentliche Stellungnahme des zuständigen Bundesministers
110. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:
Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung
für professionellen Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt
zu den Zusammenhängen von
gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010
zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
zu mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 180)

Schriftsatz vom 20.Juni 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit Schreiben an den Bundespräsidenten
111. Schreiben vom 10.Juni 2018 an den
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
Anspruch des Opfers auf angemessene Rehabilitierung und Schadenersatz beim Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14)
Anspruch des Opfers auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 243)

Schriftsatz vom 31.Juli 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten
112. Persönliche Beziehung und politische Verantwortung des Bundespräsidenten zum Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit ausführlicher Darstellung im
ersten und zweiten Anschreiben an den Bundespräsidenten

Bis heute: Unerträgliche Mauer des Schweigens zu
bundesweiter politisch motivierter Sippenzerschlagung
> unter Beteiligung des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit bundesweiter Interessenslage (Zerschlagung 3),
> unter Beteiligung der bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
> unter Gesamt-Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1)
mit Steuerung durch angewiesene, bundesweit tätige Staatsanwaltschaften
113. Auch Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht sind informiert:
Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
> unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, verantwortlich für die Umsetzung politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution,
für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 285)

Schriftsatz vom 22.Aug. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort
114. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland bis heute ohne Antwort: Trotz persönlicher Verantwortung für Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen seit 1998
Perversion der Umverteilungspolitik zu vernichtender Zerschlagungspolitik mit kriminellem Netzwerk von skrupellosen Staatsanwälten
Missbrauch deutscher Justiz zur Fortsetzung von politisch motivierter Sippenzerschlagung, für soziale und psychische Zerschlagungen vor Schadenersatz und Rehabilitierung infolge politisch motivierter Sippenzerschlagung als einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des überlebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution,
für Deutschland und Europa
115. Bis heute: Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung:
Bundespräsident schweigt
Bundeskanzlerin schweigt
Freistaat Bayern schweigt
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Bis heute: Missbrauch deutscher Justiz für eine gigantische, pervertierte Umverteilungspolitik /vernichtende Zerschlagungspolitik
trotz Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer)
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des überlebenden Zerschlagungsopfers
116. Politisch motivierte Sippenzerschlagung:
Frontalangriff auf das Grundgesetz unter leitender Ausführung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende und weisungsgebundene Staatsanwaltschaften.
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu
erdrückender Beweislage, zusätzlich unterstützt mit vernetzter Internet-Dokumentation
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3,
Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

117. Anspruch auf öffentliche Sippen-Rehabilitierung und Schadenersatz
aus einer gigantischen, pervertierten Umverteilungspolitik
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu
politisch motivierter Sippenzerschlagung,
mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens
mit Zerschlagung der bayerischen Heimat
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter durch eine
skrupellose Staatsanwaltschaft,
mit Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
in Deutschland und Europa über mehr als 25 Jahre
Gesamter Schadenersatz-Anspruch: 38 Mio EUR Finanzierungsvolumen für professionellen Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch auf 50 Mio EUR geschätzt.
118. Bundespräsident, der nicht antwortet, will auch keine Brücken bauen?
Solidargemeinschaft braucht Brückenfunktion
Bundespräsident sollte Brücken bauen, weil er als Kanzleramtschef (1999-2005) selbst für eine Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen Verantwortung trägt
Zerschlagungsopfer : Kein Weiter so mit hasskriminellen Übergriffen einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die politisch motivierte Sippenzerschlagung zu verantworten hat!
Deutscher Staat: Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten, aber keine Härteleistungen für Zerschlagungsopfer?
Vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf

Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen

119. Deutscher Bundespräsident, der nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat einen triftigen Grund:
Seine Vergangenheit als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005
Vergangenheitsbewältigung einer pervertierten, personalisierten Umverteilungspolitik: juristisch unverzichtbar
Pervertierte Eskalation einer personalisierten Umverteilungspolitik durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000
zu politisch motivierter Zerschlagungspolitik
zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden
120. Alle Bemühungen vergeblich: Bundespräsident will nicht antworten, will keine öffentliche Stellungnahme abgeben
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk verhindert mit Rundfunksperre weitere Aufklärung
Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
Infamer und diskriminierender Missbrauch deutscher Justiz für soziale Zerschlagung mit psychischer Folter auf Betreiben skrupelloser Staatsanwaltschaft
Verlust eines Menschenlebens und kapitale Vermögensschäden ohne Perspektive einer Rehabilitierung mit Schadenersatz
Daher: Antrag auf Zeugenaussage des Bundespräsidenten zu ungeheuerlichen Vorgängen
politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung
Politisch motivierte, bundesweite Sippenzerschlagung:
abscheuliches Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften!

121. Bis heute Versagen des deutschen Rechtsstaates,
Vom infamen Missbrauch der Justiz
zum eingeschränkten Rechtsstaat zum Unrechtsstaat
> Bundesverfassungsgericht nicht erreichbar trotz zahlreicher Verfassungsbeschwerden (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung)
> Ordentlicher Rechtsweg nur für Fortsetzung der Zerschlagung, nicht für Schadenersatz verfügbar entgegen Art.34 GG
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für verfassungswidriges Versagen und Vortäuschen von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für infam vorgetäuschte Richtertätigkeit des Bundesverwaltungsgerichts durch Bundesamt für Justiz mit opfer-feindlicher Ablehnung von Härteleistungen nach Antrag durch das Zerschlagungsopfer
> Versagen von rechtlichem Gehör
zu Zerschlagung von Altersrücklagen und
zu staatlich erzwungener Altersarmut
mit Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonten und
mit erhöhten Aufwendungen zur juristischen Abwehr von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
> Versagen von rechtlichem Gehör zu sozialer Zerschlagung und psychischer Zerschlagung mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter
> Versagen von rechtlichem Gehör an Verwaltungsgerichten zu Anträgen auf Härteleistungen zwecks Ausgleich von rückständigen Sozialabgaben
> Justizopfer ohne Chance zur Durchsetzung von Verzögerungsrügen, zur Durchsetzung von Strafanzeigen mit Destabilisierung der eigenen Sicherheit
> Zerschlagung des Geburtsortes, Rufmord durch Missbrauch von Staatsgewalt am Wohnort und politisch motivierten Zerschlagungen
> > > Trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> Zeugenaussage und öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten angemahnt im Interesse des Rechtsstaates
122. Hetzjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft
Von kapitalen Vermögensschäden in hoher 2-stelliger Millionenhöhe zu sozialer und psychischer Zerschlagung: Kein Weiter so!
Recht geht vor Macht auch gegen Mehrheiten der regierenden Generation im Deutschen Bundestag
Antrag auf unverzügliche Unterlassung von opfer-feindlichen Zwangsmassnahmen durch das Bundesamt für Justiz (BfJ) anstatt zeitnaher Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe
Wiederholter Antrag auf zeitnahe Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe durch das BfJ zwecks Ausgleich von Beitragsrückständen von Sozialversicherungen (DEBEKA)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 66)

Schriftsatz vom 02.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
123. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!

Fehlanzeige: Antwort auf
Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von
öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten,
mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
124. In den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mehrfach
beantragt: Stellungnahme und Zeugnis
des heutigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier
als verantwortlicher Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
zur Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in 1998-2005
Mit Presseinformation Nr.8 auch an Adressaten des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingefordert
Sieh Presseinformation
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung, nur die Wahrheit!
Öffentliche Stellungnahme gerichtlich beantragt zu:
Pervertierte Umverteilungspolitik 1998-2005
Gegen eine Mauer des Schweigens:
> Deutscher Bundespräsident schweigt
> Bundeskanzlerin schweigt
> Beklagtes Bundeskanzleramt schweigt
> Freistaat Bayern schweigt
> Beklagter öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer
Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit
psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat,
soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf
Von Wahrheit 01 bis Wahrheit 10: Nur die Wahrheit für eine öffentliche
Stellungnahme des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 125)

Schriftsatz vom 20.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit Antrag auf Immunitätsaufhebung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
125. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!
Fehlanzeige, weil keine Antwort zu
wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten
Wenn kein Zeugnis des Bundespräsidenten, dann ist seine
Immunitätsaufhebung wegen Vergangenheitsbewältigung erforderlich und
hiermit gerichtlich beantragt
ohne Mitwirkung eines skrupellosen Täters, der an politisch motivierten
Zerschlagungen beteiligten Staatsanwaltschaft
126. Täter-Netzwerk einer Umverteilungspolitik 1998-2005 mit politisch
motivierten Zerschlagungen seit 2000
Zerschlagungsmasse: Die Europäischen Congressmessen des Opfers mit
dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution mit 32
Innovationsschwerpunkten je Congressmesse, Verlagsservice für mehrere
100.000 Congressbände

Profiteure der Zerschlagung:
Deutsche Gewerkschaften mit IG Metall, Ver.di
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit ARD und ZDF
Bundeswirtschaftsministerium und Bundeskanzleramt
Von Wahrheit 11 bis Wahrheit 21: Nur Wahrheiten für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten und seine Vergangenheitsbewältigung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 181)

Schriftsatz vom 26.Nov. 2018 mit wiederholter Erinnerung an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen, an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
127. Kein Weiter so! Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden,
Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften
unter Weisung von
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
mit Antrag auf Immunitätsaufhebung.
Fehlanzeige, weil bis heute keine Antwort auf Antrag zur Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
wegen Vergangenheitsbewältigung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik,
wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
128. Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für jede Rechtsanwendung
Perverser Missbrauch deutscher Justiz
für soziale und psychische Zerschlagung
Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften
hier in Kumpanei mit
Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen:
Zerschlagungsopfer wird zum Täter gemacht
im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfer
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

per Fax an 030-9014-8790

Verwaltungsgericht Berlin
27. Kammer
VG 27 K 308.14

Kirchstraße 7
10557 Berlin

Velbert, 02.Jan.2019

Aktenzeichen: VG 27 K 308.14 (VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11)
Berlin
Fortsetzung der erweiterten Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz
mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
mit Fortsetzung der Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens
wegen Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Gigantische Umverteilungspolitik und perverse Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

> unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland (vertreten durch das beklagte Bundeskanzleramt) für politisch motivierte Zerschlagung mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (Zerschlagung 1)
> unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern wegen Mittäterschaft bei politisch motivierter Sippenzerschlagung nach einer Treib- und Hetzjagd des verstorbenen Bruders bis in den Tod (Todesopfer), mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit (Zerschlagung 2)
> unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft und diskriminierender Verweigerung jeglichen Gehörs (Kommunikationsverweigerung und Rundfunksperre seit 1998) (Zerschlagung 3)

Albin L. Ockl, Gründer, verantwortlicher Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH,
(Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, jetzt auch Opfer sozialer Zerschlagung)

gegen

Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses
vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1,
10557 Berlin (Beklagte)

Verteiler:

Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)

Hier:
Wiederholte Erinnerung
an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 296)

131 Kapitel in einer vernetzten Internet-Dokumentation nachlesbar!

Fortsetzung durch Stellungnahme mit fortlaufender Nummerierung:

129. Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens mit wiederholtem Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten wegen Verantwortung als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) für Gigantische Umverteilungspolitik und perverse Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998 (20 Jahre bitteres Unrecht)
Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden, trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

130. Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers (jetzt auch soziales Zerschlagungsopfer) trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010 und wiederholter Antrag auf Verrechnung mit Schadenersatz

131. Hasskriminelle Verfolgung durch skrupellose Staatsanwaltschaft gedeckt mit Mauer des Schweigens unter Verantwortung der politischen Spitze in Deutschland zu einer skandalösen, katastrophalen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik trotz neuer Beweise:
Warum CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009?
Warum expandierende Welt-Leitmesse für Smartphones, mobiles Internet und mobile Digital-Anwendungen in Barcelona?
Warum ist Deutschland Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa und beim Mobilfunk, bei Glasfaser-Vernetzung abgehängt?
Warum wird dem Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung öffentliche Rehabilitierung, Schadenersatz, professioneller Wiederaufbau seiner Europäischen Congressmessen verweigert?
Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden hasskriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998 zugunsten einer skandalösen Automobilbranche auf Kosten der Digitalbranche:
Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers: > > > Werk einer skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung aus dem Bundeskanzleramt

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich im Internet dokumentiert:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 296)

Zu 129. Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens mit wiederholtem Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten wegen Verantwortung als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) für Gigantische Umverteilungspolitik und perverse Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998 (20 Jahre bitteres Unrecht)
Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden, trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Das Zerschlagungsopfer hat mit Schriftsatz vom 26.Nov. 2018 in den Kapiteln 127 und 128 zum wiederholten Male erinnert
an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution:

Kapitel 127. Kein Weiter so! Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden,
Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften
unter Weisung von
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
mit Antrag auf Immunitätsaufhebung.
Fehlanzeige, weil bis heute keine Antwort auf Antrag zur Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
wegen Vergangenheitsbewältigung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik,
wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.

Kapitel 128. Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für jede Rechtsanwendung
Perverser Missbrauch deutscher Justiz
für soziale und psychische Zerschlagung
Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften
hier in Kumpanei mit
Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen:
Zerschlagungsopfer wird zum Täter gemacht
im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfer

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich in der Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)

Unter koordinierender Leitung skrupelloser Staatsanwälte soll das **Zerschlagungsopfer zum Täter gemacht werden,** weil es seit 2010 aufgrund staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto soziale Pflichtversicherungen (Pflegeversicherung und Krankenversicherung) nicht mehr bedienen kann. Das Zerschlagungsopfer hat seit 2010 auch keine Krankenversicherung mehr. Der Versicherungsträger wird von Staatsanwälten angehalten, Versicherungsrecht durchzusetzen, ohne Respekt vor dem Grundgesetz, das dem Versicherungsnehmer Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte insbesondere für rechtliches Gehör zu einer erdrückenden Beweislage garantiert.

Das Zerschlagungsopfer hat gegen den diskriminierenden Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Düsseldorf
nicht nur das Rechtsmittel der Anhörungsrüge eingesetzt, sondern auch ein Ablehnungsgesuch gegen die verantwortliche Richterin begründet,
weil vom Zerschlagungsopfer ein rechtsstaatliches Verfahren und kein Einzelrichter-Bescheid mit diskriminierender Versagung von rechtlichem Gehör beantragt war.

Das soziale Zerschlagungsopfer hat nicht einmal eine Empfangsbestätigung, geschweige denn rechtliches Gehör erhalten.

Zu 130. Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers (jetzt auch soziales Zerschlagungsopfer) trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010 und wiederholter Antrag auf Verrechnung mit Schadenersatz

Mit Schriftsatz vom 31.Dez.2018 hat das soziale Zerschlagungsopfer die Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) fortgesetzt, mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gleichen Datums gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung und ohne Empfangsbestätigung durch das Sozialgericht Düsseldorf. Sieh **Anlage VG190102-01**
Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 in den **Kapiteln 48 bis 51:**

Kapitel 48. Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung durch Schriftsatz vom 08.Dez.2018, weil
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Empfangsbestätigung und ohne Bescheid
Versagung von rechtlichem Gehör zu Antrag auf rechtsstaatliches Verfahren, zum Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a und zum Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht zum Daners, nach §60 SGG
Diskriminierende Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe sozialer und psychischer Zerschlagung seit 2010 mit parallelem Sozialgerichtsverfahren am Sozialgericht Düsseldorf seit 03.Dez.2012

Kapitel 49. Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998 zugunsten der Automobilbranche:
Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers: > > > Werk einer skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung aus dem Bundeskanzleramt bei Umsetzung einer

kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
> wegen eines herausragenden Lebenswerkes des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage gemäß Kapitel 37.
Neuer Beweis zum Niedergang der Digital-Branche in 2018:
CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009, nur die Spitze einer katastrophalen Fehlentwicklung

Kapitel 50. Verrechnung sozialer Pflichtversicherungen mit Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen: Vom lebenden Zerschlagungsopfer längst beantragt, am Sozialgericht und an den Verwaltungsgerichten immer wieder vorgetragen und begründet.
Unerträglich: Soziale und psychische Zerschlagung des lebenden Zerschlagungsopfers mit Anhäufung weiterer Kosten an Sozialgerichten, für unnötige Zwangsmassnahmen und "Bußgelder" mit psychischer Folter,
trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
trotz einer erdrückenden Beweislage, trotz hochqualifizierter Zeugen, trotz eines nahestehenden Todesopfers politisch motivierter Sippenzerschlagung

Kapitel 51. Hasskrimineller, verfassungswidriger Missbrauch deutscher Justiz unter der regierenden Generation seit 1998:
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung unter Verantwortung einer skrupellosen, diskriminierenden Staatsanwaltschaft
zum Täter gemacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wegen einer
nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit verurteilt
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss
Bußgeld bezahlen
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss **Kosten einer Verwaltungsbehörde tragen**, die nicht von ihm verursacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wird wiederholt mit **Freiheitsberaubung und psychischer Folter** unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft bestraft,
trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Seit 2010: Soziale Zerschlagung und psychische Zerschlagung durch Amtsgericht Mettmann, Staatsanwaltschaft Wuppertal und Sozialgericht Düsseldorf mit Leugnen entsprechender Kenntnisse

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich im Internet dokumentiert:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 144)

Zu 131. Hasskriminelle Verfolgung durch skrupellose Staatsanwaltschaft gedeckt mit Mauer des Schweigens unter Verantwortung der politischen Spitze in Deutschland zu einer skandalösen, katastrophalen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik trotz neuer Beweise:
Warum CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009?
Warum expandierende Welt-Leitmesse für Smartphones, mobiles Internet und mobile Digital-Anwendungen in Barcelona?
Warum ist Deutschland Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa und beim Mobilfunk, bei Glasfaser-Vernetzung abgehängt?
Warum wird dem Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung öffentliche Rehabilitierung, Schadenersatz, professioneller Wiederaufbau seiner Europäischen Congressmessen verweigert?
Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden hasskriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998 zugunsten einer skandalösen Automobilbranche auf Kosten der Digitalbranche:
Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers: > > > Werk einer skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung aus dem Bundeskanzleramt trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Sieh Kapitel 49 in **Anlage VG190102-01**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 152)

Erdrückendes Beweismaterial zu einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik vom lebenden Zerschlagungsopfer längst vorgelegt, hochqualifizierte Zeugen wurden benannt:
Landgericht Wuppertal, 2.Zivilkammer (2 O 70/15, 2 O 163/16)
Verwaltungsgericht Berlin, 27. Kammer (VG 27 K 308.14)
Verwaltungsgericht Düsseldorf, 27. Kammer (27 K 4325/18)

Zusätzliche Internet-Doku von erdrückendem Beweismaterial zu Zerschlagung 1, Zerschlagung 2 und Zerschlagung 3:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf

Politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit extremistischer, bundesweiter Ausuferung staatlicher Übergriffe **mit Verlust eines Menschenlebens, kapitalen Vermögensschäden, Zerschlagung der Heimat und Rufmord am Wohnort und am Geburtsort**
sind Gegenstand gerichtlicher Klagen auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2010:

> Zerschlagung 1: unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> Zerschlagung 2: unter Verantwortung bayerischer Verwaltung und der Bayerischen Staatsregierung mit wirtschaftlichen Ruin und tödlichem Ausgang für seinen Bruder in 2012 und Fortsetzung der Treib-und Hetzjagd in NRW auf seinen einzigen Rechtsnachfolger (mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1)
> Zerschlagung 3: unter Verantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Kenntnis von, mit medialer Rundfunksperre zu und wegen Mittäterschaft bei der Zerschlagung 1) mit neuer Klage in 2018
> Zerschlagung 4 (hier): unter Verantwortung deutscher Justiz wegen verfassungswidrigem Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung infolge staatlich erzwungener Notlage / Altersarmut mit Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonto, Zerschlagungsopfer wird zum Täter diskriminiert
> Zerschlagung 5: unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft wegen verfassungswidrigem Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols für massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte, für psychische Zerschlagung, für schwere Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung und Hausfriedensbruch, mit Fortsetzung verwerflicher Rufschädigung

Neuer Beweis: Die perverse Zerschlagung eines herausragenden Innovationswachstums der Digitalbranche mit dem Monster-Markteingriff und mit dem Missbrauch der
staatlichen UMTS-Auktion 2000 ist der einzige Grund für den Niedergang der Digital-Weltmesse CeBIT mit dem Aus in 2018. Es ist ein politisch motivierter Schwindel (Fake), den Niedergang der CeBIT 2002 an den Terroranschlägen des 11.September 2001 in New York festzumachen, weil viele amerikanische Besucher und Firmen deswegen nicht angereist wären (absoluter Schwachsinn), tatsächlich aber über ihre Niederlassungen in Deutschland und Europa vertreten waren und tatsächlich heute den Weltmarkt beherrschen. So wird die deutsche Öffentlichkeit "an der Nase" herumgeführt.
Die Europäische Congressmesse ONLINE 2002 des Zerschlagungsopfers unmittelbar vor der CeBIT 2002 hatte einen vergleichbaren Einbruch mit der gleichen Ursache: Sieh **Wahrheit 02:**
Die Durchsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik wurde mit einem Monster-Markteingriff und Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 erzwungen, unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998.

Die Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum über mehr als 25 Jahre (herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers, als profitable Zerschlagungsmasse diskriminiert),
mit qualifizierten Digital-Gipfel in jährlichem Turnus (mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt und seit 2006 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums durch staatliche Veranstaltung ersetzt),
mußten wegen Vernichtung ihres Hauptkundenstamms nach 2003 eingestellt werden. Das war Plan des Zerschlagungskonzeptes der damaligen Bundesregierung zur nachhaltigen Schwächung der

Digitalbranche gegenüber der Automobilbranche. Ohne jede Entschädigung, ohne jede Hilfe, statt dessen nachhaltige, politisch motivierte **Sippen**zerschlagung in Fortsetzung seit dem 2.Weltkrieg, heimtückisch von skrupelloser Staatsanwaltschaft recherchiert und umgesetzt. Sieh Wahrheit 14.
Diskriminierung des Zerschlagungsopfers, weil alle von dem Markteingriff beschädigten Personen und Institutionen staatliche Unterstützung erhalten haben: z.B. Verlustausgleich von 250 Mio EUR an CeBIT/Deutsche Messe AG Hannover durch staatliche Anteilseigner im Jahr 2009. Das Zerschlagungsopfer musste in 2007 mit Hilfe eines Rechtsanwalts auch noch staatsanwaltschaftliche Übergriffe wegen angeblicher Insolvenzverschleppung abwehren.

Es ist Zeit zur Vergangenheitsbewältigung, bei der nur die Wahrheit zählt. Die gerichtlich beantragte Immunitätsaufhebung des **Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier**, Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005), ist eine notwendige Maßnahme zur Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens und gegen politische Schwindeleien über den Niedergang der deutschen Digitalbranche zugunsten der Automobilbranche.

Die Aufhebung der Rundfunksperre im gebühren-finanzierten, öffentlich-rechtlichen Rundfunk, im Verbund mit einer Mauer des Schweigens über unerhörte Vorgänge einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik ist längst erforderlich (Zerschlagung 3).

Es ist Zeit für öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Sippenzerschlagung, Todesopfer kann man nicht mehr lebendig machen, aber öffentliche Rehabilitierung ist Menschenrecht.
Der Bundespräsident könnte Brücken bauen, will aber nicht, weil er bei der Durchsetzung dieser **gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998 in vorderster Linie beteiligt ist, mit verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010.**

Mit dem CeBIT-Aus in 2018 wurde nicht nur die tolle Weltmesse an die "Wand gefahren", sondern auch der Verlustausgleich von 250 Mio EUR für verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (3G) (Steuergelder der staatlichen Eigentümer) in den "Sand gesetzt".

Eine Mittelstands-verachtende, desaströse Innovations- und Technologiepolitik seit mehr als 18 Jahren hat die Digital-Branche, im globalen Wettbewerb 2000 internationale Weltspitze, "GSM-Weltmeister" (2G) der 90er Jahre, auf eine Branche von Import, Handel und Service reduziert. Das Innovationswachstum mit zig-Tausenden Hochtechnologie-Arbeitsplätzen ist nach Fernost ausgewandert. Bei jeder ITK-Anwendung müssen die abgewanderten Hightech-Arbeitsplätze mitfinanziert werden. Aus einer blühenden Branche, mit über 12 % jährlichem Umsatzwachstum in 1999/2000, mit der Telekommunikation als Innovationstreiber, wurde eine Branche ohne Perspektive (- 5 % in 2009), mit der Telekommunikation auf Dauer-Schrumpfkurs seit über 17 Jahren.

Der CeBIT-Niedergang mit dem CeBIT-Aus in 2018 war nicht aufzuhalten, trotz einer Viertel Mrd € Verlustausgleich von den staatlichen Anteilseignern (Steuergelder) in 2009. Die CeBIT (BITKOM-Messe) ist das Spiegelbild einer heruntergewirtschafteten Digital-Branche. Das CeBIT-Aus ist nur die Spitze einer katastrophalen Fehlentwicklung, vom Zerschlagungsopfer in vorderster Front als Zeitzeuge des Innovationseinbruchs, gebetsmühlenartig immer wieder vorgetragen und erklärt,
Heute ist Deutschland Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa.
Das einzige Unternehmen in Deutschland (Gigaset), das Smartphones herstellen kann, hat einen chinesischen Eigentümer mit Wohnsitz in Hongkong und Geburtsort in Guandong, mit Gewinnabführung an den Wohnsitz. Im Jahr 2000 war China Entwicklungsland und Deutschland Entwicklungshelfer.
Deutschland 2018 beim Mobilfunk weit abgehängt: Selbst in Albanien ist die Qualität besser, auch das beste Netz ist im internationalen Vergleich (4G/LTE) weit abgeschlagen.

Unerträglich: Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.
Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010 wird beklagt.

Das soziale Zerschlagungsopfer beantragt bei den Verwaltungsgerichten in Berlin und Düsseldorf eine angemessene Härteleistung zur unverzüglichen Beendigung der hasskriminellen Eskalation mit psychischer und sozialer Zerschlagung unter Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes:
Staatsanwälte, verantwortlich für politisch motivierte, bundesweite Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto, organisieren jetzt

> Psychische Zerschlagung:
Freiheitsberaubung mit psychischer Folter wegen kapitaler Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft (Zerschlagung 5, Wahrheit 22) und

> Soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit (Zerschlagung 4, Wahrheit 23):

Beklagt wird psychische Zerschlagung (wiederholte Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Wahrheit 22, Zerschlagung 5) und soziale Zerschlagung (anstatt sozialer Sicherheit mit Krankenversicherung und Pflegeversicherung, Wahrheit 23, Zerschlagung 4)
unter Verantwortung einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft (Weisungsgeber: Beklagtes Bundeskanzleramt)

Zwei politisch motivierte Todesopfer in 2 Generationen politisch motivierter Sippenzerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden sind **2 Tote zu viel: Das sind keine Schicksalsschläge, sondern das Resultat aus Missbrauch deutscher Justiz für Aneinanderreihung von Ungerechtigkeiten.**
Schadenersatz ohne Ausrede und öffentliche Rehabilitierung und kein Weiter so in einem Rechtsstaat mit Rechtsschutz.

Mit Wahrheit 1 bis Wahrheit 23 gegen eine Mauer des Schweigens: Wer verantwortlich ist für eine gigantische Umverteilungspolitik und perverse Zerschlagungspolitik mit verheerenden Folgewirkungen inklusive HARTZ IV und Agenda 2010, sollte sich einer Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten nicht versagen.

Wiederholung des Antrags auf öffentliche Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten sowie weiterer Antrag auf Immunitätsaufhebung sind zutiefst begründet,
Antrag auf öffentliche Stellungnahme zu
Wahrheit 01 bis Wahrheit 23 inklusive: Bittere Wahrheiten einer politisch motivierten Sippenzerschlagung.

Velbert, 02.Jan.2019

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, auch die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 18)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage,
in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.
Künstliche Intelligenz wird von der Politik in 2019 als die Zukunftsperspektive gepriesen,
in der letzten CeBIT vor dem Aus in 2018, weil nun eingestellt trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, und auf dem Digital-Gipfel im Dezember 2018, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Anlagen in diesem Schriftsatz
Anlage VG190102-01
Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 mit Berufung, weil
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Empfangsbestätigung und ohne Bescheidung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 144)

Anlagen im Schriftsatz vom 26.Nov.2018
Anlage VG181126-01
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und mit Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)
Anlage VG181126-02
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 und Beschluss S 39 P 231/12 vom 07.Nov.2018

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Okt. 2018
Anlage VG181002-01
Schriftsatz vom 28.Sept. 2018 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Erinnerung an Umsetzung von
öffentlicher Rehabilitierung und Schadenersatz durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (beklagter Mittäter)
mit begründetem Antrag (Forts.) auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten bei den Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort und nach miserabler Klage-Erwiderung des nicht beklagten WDR am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit zusätzlicher Presseinformation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 204)
mit **Anlage VG180928**
Zusendung der Presseinformationen Nr.8 (Presse-1809.pdf) mit Presse-1809Brief.pdf an ARD und ZDF "Gegen eine Mauer des Schweigens Sept.2018 Öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten gerichtlich beantragt"
an ARD
> Herrn Tom Buhrow, Intendant des WDR
> Herrn Rainald Becker, ARD-Chefredakteur
> Chefredaktion ARD-aktuell
> Frau Sandra Maischberger, Redaktion "Maischberger"
an ZDF
> Herrn Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF
> Herrn Dr. Peter Frey, Chefredakteur des ZDF
> Herrn Dr. Eckart Gaddum, Leiter Hauptredaktion Neue Medien
und **Anlage Presseinformation Nr.8**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf

Anlagen im Schriftsatz vom 08.Sept. 2018
Anlage VG180908-01
Schriftsatz vom 06.Sept.2018 an das Bundesamt für Justiz mit Zurückweisung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses gemäß
Anlage BFJ-180831 Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 17.Aug.2018, zugesandt mit Schreiben vom 29.Aug.2018, zugesandt als förmliche Zustellung ohne Angabe von Datum/Uhrzeit/Unterschrift im Feld "Zugestellt am",
eingegangen am 31.Aug.2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 24)
Anlage VG180908-02
Schriftsatz vom 25.Aug.2018 an DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. mit **Kapitel 03. Kein Weiter so! Daher**
Zwei Briefe an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Zwei aktuelle Verfassungsbeschwerden wegen sozialer und psychischer Zerschlagung (Zerschlagungen 4 und 5)
Antrag auf sofortige Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung
zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben

Anlagen im Schriftsatz vom 31.Juli 2018
Anlage VG180730-1
Zweites Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
vom 25.Juli 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24) Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 22)

Anlagen im Schriftsatz vom 20.Juni 2018
Anlage VG180620-1
Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
vom 10.Juni 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24) Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Mai 2018:
Anlage VG180505-3
Antwort des **Dr. Guido Westerwelle** vom 10.Oktober 2007 auf Brief des Zerschlagungsopfers vom 28.Sept. 2007 gemäß Verteiler des beigefügten Schreibens an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007: **Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen?** Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf
wurde in Kopie versandt an
EU-Kommissarinnen und Vorsitzende von Bundestagsfraktionen:
Neelie Kroes, EU-Kommissarin für Wettbewerb
Viviane Reding,EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien
Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Dr. Guido Westerwelle, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

Anlage VG180505-6
Dokument zu "unterirdischer" Justiz eines Unrechtsstaates: Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 18.April 2018 nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
Anlage VG180505-7
Schreiben vom 24.Mai 2017 (nach Rücksprache als PDF per Mail zugesandt)
an **Horst Lorenz Seehofer**
Ministerpräsident des Freistaates Bayern
und Vorsitzender der CSU
mit Einladung zu Maischberger-Sendung, die wegen Rundfunk-Sperre des beklagten WDR nicht stattfinden konnte.
Anlagen des Schriftsatzes vom 31. März 2018

Anlage 18-03
Schriftsätze an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes vom 05.Jan.2018 und vom 18.Feb.2018 (gesamt 21 Seiten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 39)
Anlage 18-04
Schriftsatz an den Intendanten des WDR, des ZDF und des ARD-Vorsitzenden (Intendant des BR) vom 15.März 2018 mit Anforderung einer Stellungnahme noch in diesem Monat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Scroll down after link (page 117)
Anlage 18-05
Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) vom 12.März 2018 zu laufendem Antrag auf Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe seit Oktober 2016 nach Schriftsatz des Opfers vom 11.Dez.2017
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 16)

Anlage 18-06 mit den Dokumentationen DOK-03

DOK-03-01
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
"Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
DOK-03-02
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Bundesminister Dr. Norbert Blüm
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
"Sozialpolitische Herausforderung im Zeichen neuer Technologien"
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für digitale Evolution
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf
DOK-03-2
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Günter Rexrodt
Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf unserer ONLINE1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)
Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
(verstorben 2016 in Hamburg)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
„Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

DOK-03-8
über 25 Jahre im Dienste der Digital-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Hier: Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Katalog der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Congressband I der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
(ISBN 3-89077-192-0, insgesamt 14 ISBN-nummerierte Bände der ONLINE'99)
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

DOK-03-9
Congressband-Verzeichnis ONLINE 1999, ONLINE 2000, ONLINE 2001
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001
Bundesminister Dr. Werner Müller<nicht erschienen trotz schriftlicher Zusage,
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie,
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage 18-07 (in DOK-03-9 beigefügt)
"Wir brauchen eine Gründungsoffensive". WAZ-Interview vom 28.Feb.2018 mit dem designierten Wirtschaftsminister Peter Altmaier

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Jan.2015

Anlage 18-01

Schriftsatz vom 01.Jan.2018 zu Zerschlagung 5 durch skrupellose Staatsanwaltschaft: Politisch motivierte Zerschlagung seit 2011 (Amtsgericht Mettmann) mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte

Hier: Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf

Scroll down after link (page 30)

Anlage 18-02

Sofortige Beschwerde vom 02.Jan.2018 wegen sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit (Zerschlagung 4): Zurückweisung einer Zwangsmaßnahme und Ablehnung eines Obergerichtsvollziehers im Auftrag einer Krankenkasse, die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf

Scroll down after link (page 14)

Anlagen des Schriftsatzes vom 21.Dez.2017

Anlage 1 zur Zerschlagung 3:

Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung durch den beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft mit einem nachgewiesenem Schaden von mindestens 100.000 €

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf

Scroll down after link (page 200)

Anlage 2 : Vom Bundesamt für Justiz abgelehnt!

Antrag auf Härteleistung für

Opfer politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge und
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystem
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf

Scroll down after link (page 16)

Anlage 3 zur Zerschlagung 5: Staatsanwaltschaft ein Sanierungsfall ?

Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung auf Staatskosten zur Zerschlagung 5
Extremistische Ausuferung von schikanierenden „Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011, Klageerzwingungsverfahren am BGH und
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 08.Nov.2017:

Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“

Schreiben vom 06.Nov.2017 an die DEBEKA Krankenversicherungsverein A.G.

Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“

Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert wegen Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 30.Okt.2017:
Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse
bei Prozess- und Verfahrenskostenhilfe (PKH-Verfahren Oktober 2017)
Anlage 171001 im Schriftsatz vom 20.Oktober 2017
Prozesskostenhilfe-Verfahren vom 17.04.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 06.Okt.2017:
Anlage BVERFG-A:
Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 29)
Anlage BVERFG-B:
Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 zu Zerschlagung 2
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage BVERFG-C:
Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept.2017 zu Zerschlagung 1
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 41)
Anlage DEBEKA-D:
Antwort vom 04.10.2017 zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom 21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
Anlage DEBEKA-E:
Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich erzwungener Altersarmut

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept.2017
Anlage 201709-01: Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der Obergerichtsvollzieherin Sonya Kreyenpoth im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal
Anlagen im Schriftsatz vom 01.Sept.2017
Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.
Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatz vom vom 28.Aug.2017 :
mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens (teilweise reduziert)
Seite 1 bis 84

Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:
Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf

Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage DOK-03-0
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Anlage DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)
auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/h5.htm

Anlage DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst**. “Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Anlage DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:

„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Anlage DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE’97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Anlage DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei, Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8
24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage DOK-03-9
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001
Bundesminister Dr.Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-04-1
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001
Anlage DOK-04-2
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002
Anlage DOK-04-3
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003
Anlage DOK-04-4
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Anlage DOK-04-5
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05
Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 6)

Anlagen in fortlaufender Nummerierung:
Bis dato wurden folgende Anlagen in den (Beweise)Ordner 1, 2, 3 zur Verfügung gestellt:

Anlagen im Ordner 1
Von den führenden ONLINE-Seminaren zu den
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Ordner 1

Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag
der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der
IT- und TK-Branche
> > > www.euro-online.de/h5.htm

Anlage 1.02: 1971 - 1980
Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress
Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal
Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal
Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD
in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich
1976-1979 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal
ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen
Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse
1980-1984 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Keynote Speaker > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111
ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf
3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation

Anlage 1.03: 1981 -1990
ONLINE'81 Düsseldorf
4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'82 Düsseldorf
5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'83 Düsseldorf
6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation
ONLINE'84 Berlin
7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMM'84 Essen
Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer
1985-1987 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
Keynote Speaker > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111
ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen
8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse
2.Deutsche Kommunikationsfachmesse
ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation
ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen
10.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren
4.Europäische Congressmesse für Technische Automation
1988-1991 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
11.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
5.Europäische Congressmesse für Technische Automation

ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Ordner 2
Europäischen Congressmessen vor und nach der Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000
ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congresse für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

1996-1999 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und …Firmensymposien
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
2000-2003 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf

Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre ‘84 - ’87 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis ‘87 – ’90 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis ‘89 – ’92 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis ‘95 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis ‘98 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und 2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlagen im Ordner 3
Qualifizierte Information über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und über das deutsche Messewesen in 2004
Ausgewählte Kommunikation als Beweisunterlagen zur staatlichen Diskriminierung (politisch motivierte Zerschlagung)

Anlage 3.00: Übersicht Ordner 3
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998), bereits auf der ONLINE’84 in Berlin als Senatsdirektor der Berliner Senatsverwaltung, und auf der ONLINE 96 in Hamburg
Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft: Den Wandel aktiv gestalten

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines qualifizierten Zeitzeugen, Dr. Martin Weigele
> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf

Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung im Jahr 2002, Innovationsmarkt irreversibel vernichtet

Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):
„Das deutsche Messewesen ist ineffizient“
„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet“

Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht **. . .**“
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz

Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des **Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** in 2004 mit dem Ziel eines Comeback

Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg

Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)

Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004

Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004

Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE’91 des Klägers
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung

Anlage 3.51:
1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf
2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf

Anlage 3.52:
Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf

Anlage 3.53:
Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf

Anlage 3.54:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf

Anlage 3.55:
Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf

Anlage 3.56:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf

Anlage 3.57:
Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf

Anlage 3.58:
Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 -
Ihre Vision für Niedersachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf

Anlage 3.59:
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005

Anlage 3.61:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf

Anlage 3.62:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 -
Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf

Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 -
Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf

Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 -
„Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche

Anlage 3.71:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf

Anlage 3.72:
Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf

Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort
Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf

Anlage 3.74:
Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf

Anlage 3.75:
Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf

3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt

Anlage 3.81:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf

Anlage 3.82:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -

Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum:
Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf

Anlage 3.83:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf

Anlage 3.84:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf

Anlage 3.85:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf

Anlage 3.86:
Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom 11.01.2010 -
Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf

Anlage 3.87:
Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf

Anlage 3.88:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf

3.9 Petition an den Deutschen Bundestag
Deutscher Bundespräsident, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten

Anlage 3.91:
Petition an den Deutschen Bundestag 03/2010-01/2012
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf
Fortsetzung in Anlage 6.1

Anlage 3.92:
Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf

Anlage 3.93:
Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf

Anlage 3.94
Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011
anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf

Anlage 3.95:
Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 3.96
Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012
und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf

Anlage 3.97
Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf

Anlage 4.01:
Analyse IT-Gipfel: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik

Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv
Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)
Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller
Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):
Congressband I Telekommunikation & Netze 2000
Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking
Congressband III Enterprise Networks & Call Centers
Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management
Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business
Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML
Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management
Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing
Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale
Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr
Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen
Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse
Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:
ONLINE Congressbände 1976-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.
Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb)
infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung
Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.
5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014
5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014
5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566)zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf

Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)
Pet 1-17-09-703-005442
Ergänzungen zu Anlage 3.91
6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)
6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)
6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)
6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt
trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c
6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – **Deutschland wird digitale Kolonie**
Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine **Investitions**offensive an – **Innovations**offensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler
(Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen
als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in Ordner 3:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlagen im Schriftsatz vom 27.03.2015
Anlage 06-OVG: Einladung des Senats von Berlin zum Senatsempfang anlässlich der ONLINE’84: Begrüßung und Eröffnung durch Senatsdirektor
Dr. Günter Rexrodt
Anlage 07-OVG: Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt auf der ONLINE’96 in Hamburg
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Legende mit Kapitelnummerierung

Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, staatlich motivierte Zerschlagung)

Klageerhebung mit Schriftsatz vom 15.06.2014
01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolglose Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter

Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung
Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes
Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter
13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben
Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung
Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.
14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000. Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben“:
Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .
das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
Europarat
Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung
wird behindert?
16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,
Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,
Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG
Die ausführliche Klagebegründung auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 31.10.2014
17. Antrag zur weiteren Vorgehensweise:
Kläger-Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung.
Hauptklagepunkt ist der Vorwurf der politisch motivierten Zerschlagung. Ohne eine Entscheidung über den Hauptklagepunkt ist eine Bewertung des Schadenersatzes unmöglich.
Daher: Rückstellung aller Entscheidungen zum Schadenersatz, Unterlassung von nutzlosem Aktionismus, der nur weitere Zeitverzögerungen verursacht.
18. Bundesrepublik verhindert seit 2010 ein rechtsstaatliches Verfahren für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 in Deutschland und Europa.
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert rechtsstaatliches Verfahren mit dem Vorwand nicht zuständig zu sein, obwohl die aktuellen Rechtshängigkeiten mit Gerichtsverfahren seit Sommer 2013 unbestreitbar sind und verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 permanent zum Nachteil des Opfers entschieden werden.
In keinerlei Weise hinnehmbar: Kläger wird vom Verwaltungsgericht Berlin simultan seit längerem unter Druck gesetzt, obwohl das Verfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf in vollem Gange ist.
19. Vorrangig: Rechtsanspruch auf Rehabilitierung für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und politisch motivierter Zerschlagung
Nachgeordnet: Rechtsanspruch auf Schadenersatz
Zu klären mit rechtsstaatlichen Verfahren:
Herausragende Leistungsmerkmale der Congressmessen des Klägers
mit dem weltweit größten Congressangebot
mit Integration von Information und Weiterbildung zu 32 Innovationsschwerpunkten
mit flächendeckender Besucherwerbung und
mit nachhaltiger Dokumentation

20. Hochqualifizierte Congressbände der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH für nachhaltigen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Antrag auf Besichtigung des Congressband-Archivs durch das Gericht zur Anerkennung des Rechtsanspruchs auf Rehabilitierung
Antrag auf Unterlassung judikativer Verzögerungen durch Beschlüsse zum Schadenersatz, der nur nachgeordnete Priorität (nach Klärung des Rehabilitierungsanspruchs) haben kann
21. Zukunftsperspektive Congressbandarchiv:
Professionelle Dokumentation
hochqualifizierter Zeitzeugen in hochwertiger und umfassender Form
auf dem Weg zur digitalen Informationsgesellschaft
Innovation durch Telekommunikation
Über 260 Congressbände (mehr als 1100 Exemplare) zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 12.11.2014
22. Unerträglich: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch Zerschlagung des Congressmesse-Archivs, um Beweise für den Anspruch auf Rehabilitierung zu beseitigen
Kläger bietet an: Besichtigung des kompletten Congressmesse-Archivs im Privathaus
Kläger hat Zeugenaussagen hochqualifizierter Congressleiter beantragt
23. Bayerische Verwaltungsjustiz in Regensburg, München und Ansbach: Trittbrettfahrer der politisch motivierten Zerschlagung durch gnadenlose Ausnutzung der von deutscher Bundesregierung verschuldeten Notlage des Klägers vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.
Über 20 Jahre Treib- und Hetzjagd auf den Bruder des Klägers (des einzigen Erben), in den Tod getrieben, einen Vorzeige-Betrieb in eine verrottende Ruine verwandelt.
Einzige Möglichkeit des erbenden Klägers: Nachlassinsolvenz.
Nach bewiesener Rechtsbeugung und Grundstücksmanipulation mit NS-Dokumenten aus 1943 durch das Landratsamt Tirschenreuth und Verwaltungsgericht Regensburg:
Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152)
Daher Antrag auf Beiladung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof
24. Deutsche Bundesregierung: 100 % Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung
Deutsche Justiz: 100 % Verantwortung für katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Spitzenleistung der Kreispolizei Mettmann: Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehls, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung
25. Aufgrund aktueller Entwicklungen: Antrag auf Fortsetzung des Schadenersatz-Verfahrens vor dem Landgericht Wuppertal
nach Anerkennung des vollen Rehabilitierungsanspruchs
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 08.12.2014
Antwort auf Schriftsatz der Beklagten vom 18.11.2014
26. Beklagte sprachlos und Diskriminierungs-blind ,
weil Wahrheit über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, politisch motivierte Zerschlagung) von der Bundesregierung bis dato
gedeckelt, verzerrt und gebeugt wird
Sprachlosigkeit und Blindheit für Diskriminierung in Stellungnahme zum Hauptteil mit umfangreicher Begründung unter der Überschrift „Zum restlichen Vorbringen des Klägers“
27. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung einer Prozesskostenhilfe unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2a der Beklagten)
Missbrauch eines PKH-Verfahrens zur weiteren Zeitverzögerung?
Kuh-Handel mit Grundrechten als Schmiermittel?
Einteilung in bemittelte und unbemittelte Personen?

28. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2b der Beklagten)
Situationsanalyse 2014 aus der Sicht des Klägers:
Politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Unternehmers
mit einem professionell operierenden Unternehmen,
mit einem exzellenten Lebenswerk,
mit ansehnlichen Altersrücklagen
Gipfel der Diskriminierungsblindheit: „Nicht ersichtlich, durch welche Handlungen der Beklagten im Zusammenhang mit der UMTS-Auktion der Kläger diskriminiert worden wäre“
29. Kläger 2000 und 2001: Europäische Congressmessen ONLINE nach 25 Jahren im Zenit für Innovationswachstum
Digitales Deutschland 2000: Spitzenstellung im globalen Vergleich vor der Innovationswende durch staatliche UMTS-Auktion 2000
März 2010: Petition an den Deutschen Bundestag als letzter, verzweifelter Versuch des Klägers, Abhilfe von extremer Diskriminierung durch betonierte Kommunikationsverweigerung zu erreichen
Dez. 2011: Petition an den Deutschen Bundestag mit umfangreichen Eingaben wird als Nr.32 in einem Massengrab des Bundestags trotz massiver Gegenwehr versenkt
Dez. 2014: Deutscher Bundestag arbeitet am Volk vorbei
Dez. 2014: Deutschland ist zur digitalen Kolonie von USA und China degeneriert
Datenschutz und Datensicherheit: Schwerpunkt-Thema des Klägers seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetzes in den 1970er Jahren
Deutschland 2014 und Beklagte im Würgegriff des NSA
Deutschland 2014 befindet sich im NSA-Würgegriff, die Beklagte hat leitende Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung des Klägers, für den Datenschutz und Datensicherheit Schwerpunkt-Thema seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetz in den 1970er Jahren ist.
Petition chancenlos, weil politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Congressmesse-Veranstalter mit Unterstützung durch die Beklagte Zielsetzung war Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“ (Punkt 2c der Beklagten)
30. Congressband-Archiv mit hochwertigen Beweisunterlagen ist unverkäuflich (Punkt 2d der Beklagten)
Besondere Bedeutung des Congressband-Archivs und seiner Zukunftsperspektive im Zusammenhang mit der Rehabilitierung des Klägers ist unbestreitbar
Zuständigkeit des Landgerichts Wuppertal für Klage auf Schadenersatz nach Abschluss der Klage auf Rehabilitierung: Siehe auch Kapitel 25
Deutsche Verwaltungsjustiz kann Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn es den Weg freimacht für ein längst fälliges Rehabilitierungsverfahren, das der Wahrheit zum Durchbruch verhilft
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 22.12.2014 mit Einsprüche gegen und Anträge auf Richtigstellung zu den Beschlüssen VG 27 K 496.14, VG 27 K 308.14 vom 08.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
31. Beschreibung der Beklagten in den Beschlüssen ist unzutreffend und irreführend:
Wer wird denn wegen politisch motivierter Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers in Deutschland beklagt?
32. Beschreibung der Klagebegründung im Beschluss VG 27 K 496.14 ist total mangelhaft, ebenfalls irreführend und entsprechend der Mängel ebenfalls eine juristische Fortsetzung der totalen staatlichen Diskriminierung des Klägers:
Was wird denn eigentlich beklagt?
Mehrfacher Verstoß gegen Art. 34 GG: Nicht nur
> Grobe Fahrlässigkeit durch einen Markteingriff mit einem Horror-Auktionsbetrag generiert verheerende Folgewirkungen, sondern auch
> Vorsätzliche Verletzung der Amtspflicht durch gnadenlose Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch staatliche Diskriminierung des privatwirtschaftlichen Unternehmers mit ausgewiesener Professionalität
33. Beschlüsse sind widersinnig, weil der letzte Schritt vor dem ersten Schritt gemacht wurde und weil die Beschlüsse tatsächlich überhaupt nicht erforderlich waren:
Fundierte Qualitätsmängel der Beschlüsse nicht zumutbar für den Kläger
Beschlüsse sind reine Gefälligkeitsbeschlüsse gegenüber einer übermächtigen Beklagten

34. Entscheidung über Verfahrenskosten ist nicht hinnehmbar:
Kläger weist jede Kostenverantwortung für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zurück
Beschlüsse sind sittenwidrig, weil dem Kläger in Anbetracht eines verheerenden Schadens weitere Kosten für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zugemutet werden
35. Rechtsmittelbelehrung ist nach Verweigerung der Prozesskostenhilfe seit 2011 nur eine Verhöhnung des Klägers
Verhöhnung, weil der 27.Kammer bekannt ist, dass anwaltlicher Vertretung vor dem Oberverwaltungsgericht wegen der von der Beklagten verschuldeten Notlage und Altersarmut nicht möglich ist und weil von der 27.Kammer seit 2011 Prozesskostenhilfe verweigert wird
36. Keine Beschwerde gegen Abtrennung des Schadenersatzverfahrens, das sowieso vor dem Landgericht Wuppertal durchzuführen ist
sondern Beschwerde nur gegen mangelhafte Ausführung der Beschlüsse, die lediglich weitere Zeitverzögerungen wegen Richtigstellungen verursachen, die von der 27.Kammer zu verantworten sind, und nur gegen
Kostenverantwortung des Klägers für Gefälligkeitsbeschlüsse zugunsten einer übermächtigen Beklagten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 02.01.2015 mit Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG und Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
37. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer
gemäß §§198 ff GVG
Kläger hat in extremer Weise unter den materiellen und immateriellen Nachteilen eines überlangen Gerichtsverfahrens zu leiden
2011-2014: Katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Vom Verwaltungsgericht Berlin (2011) zum Verwaltungsgericht Berlin (2014)
38. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer seit 06.04.2011 gemäß §§198 ff GVG
Erste Verzögerungsrüge an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in 2011
Beweis für staatliche Diskriminierung: Sprachlosigkeit der Verwaltungsjustiz bei Verzögerungsrüge und keinerlei Unterstützung der Eigeninitiative des Klägers zu einer außergerichtlichen Einigung
39. Verzögerungsrüge an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Eigenberechnung des geltend zu machenden Verzögerungsschadens unter Beachtung der Vorgaben des EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) und §§198 ff GVG
40. In allen Gerichtsverfahren von 2011 bis dato,
an Verwaltungsgerichten, Amtsgerichten, an Zivilkammern und Strafkammern der Landgerichte, an Oberlandesgerichten, in mehreren Verfassungsbeschwerden am Bundesverfassungsgericht und in der Individualbeschwerde am EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte),
ausschließliche Begründung ob als Kläger, Beschwerdeführer oder Beklagter: > > > > > > Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und staatlicher Diskriminierung mit dem Ziel politisch motivierter Zerschlagung.
Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014
Zu beklagen: Überlange Dauer des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens an der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin als Ursache extremer materieller und immaterieller Nachteile seit 2011
41. Antrag auf umgehende Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs
Rehabilitierung: Nicht nur ein Recht des Klägers, sondern vielmehr eine Verpflichtung der Beklagten
Zerstörtes Lebenswerk des Klägers: Digitale Evolution
Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Deutschland zur digitalen Kolonie von USA und Fernost degeneriert
Neujahrsansprache der beklagten Bundeskanzlerin: Gemeinsame Herausforderungen meistern, zum Beispiel die digitale Revolution. . .
Ohne Rehabilitierung des Klägers hat das in Deutschland einzigartige Congressmesse-Archiv als historisches Vermächtnis anerkannter Zeitzeugen keine Perspektive > > > daher unverzichtbar im Interesse Deutschlands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 26.01.2015 mit Beschwerde gegen Beschluss vom 06.01.2015 (eingegangen am 15.01.2015) und wiederholtem Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung

42. Rechtsmittel der Beschwerde
im Rahmen des Prozesskostenhilfeverfahrens
an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Mehrfach diskriminierendes Rubrum: Verstoß gegen Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
43. Rubrum: Vorangestellte, kurze Zusammenstellung eines juristischen Dokuments mit dem Zweck, den folgenden Inhalt schon am Anfang richtig einordnen zu können
Aktivrubrum mit Angabe relevanter Berufstätigkeit gemäß § 117 VwGO
44. Unterdrückung der verantwortlichen Bundesregierung im Passivrubrum: Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG, Gleichheit vor dem Gesetz)
Mit Recht zurückzuweisen:
Irreführende Reduzierung der Klage der politisch motivierten Zerschlagung auf Angabe eines legalen Verwaltungsaktes, der staatlichen UMTS-Auktion 2000
45. Nicht nur missverständlich, sondern irreführend schon das Rubrum, weil mit umfassenden Beweisunterlagen in Ordner 3 vorgetragen:
Politisch motivierte Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers mit herausragenden Weltklasse-Leistungen
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Strafrechtliche Bedeutung des Rubrums zur Verhinderung einer besonders schlimmen Rechtsbeugung
46. Unerträglich: Fortsetzung der Diskriminierung am Verwaltungsgericht Berlin schon im Rubrum der juristischen Dokumente
Rehabilitierung unverzichtbar, weil
nicht nur die beklagten Staatsorgane Bundeskanzler/Bundeskanzlerin und Bundesregierung involviert sind,
sondern auch die Staatsorgane Bundespräsident und Deutscher Bundestag ausführlichst informiert sind
47. Längst überfällige Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs: 1.Schritt der Rehabilitierung.
Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung und damit verbundene Maßnahmen mit Bezug auf das Schreiben der Beklagten vom 26.11.2014 (eingegangen13.12.2014) und Schreiben des Klägers vom 02.01.2015 (Kapitel 41)
48. Rehabilitierung durch Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen im Vorfeld und mit Synergie zur Hannover-CeBIT:
Weltweit größtes Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von Telekommunikation, Internet, IoT, IT, digitaler Evolution
Professionelle Unterstützung der digitalen Revolution und des Innovationswachstums mit Innovationsoffensiven der Congressmessen
International wettbewerbsfähiges Innovationswachstum kann man nicht verwalten, sondern man muss es unternehmen
49. Nach EZB-Entscheidung: Investieren in den Aufschwung in Europa und Diskriminierung des Klägers beenden durch Rehabilitierung
Neue Herausforderung: Verhinderung von Multimilliarden-Gräber durch Kapital-Tsunami
Beschwerde gegen Fortsetzung der Diskriminierung überfällig und massenhaft bewiesen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 30.01.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit

Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss des 11.Senats vom 14.01.2015

50. Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss vom 14.01.2015 (eingegangen am 19.01.2015)
Entscheidungserheblichkeit der Gehörsrüge: Valide und zweifelsfrei
Fortsetzung der Diskriminierung unerträglich, weil Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG)
51. Parallele Diskriminierung des Klägers im Rubrum juristischer Dokumente der 1. und 2. Instanz:
Verstöße gegen § 117 VwGO, Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
Antrag auf nicht diskriminierende Ausführung des Rubrums

52. Missbrauch des Vertretungszwangs i.V.m. fortgesetzter Diskriminierung zur Verhinderung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
Intensive Bemühungen des Klägers um qualifizierte anwaltliche Vertretung ohne Erfolg, von der informierten 27.Kammer gnadenlos ausgenutzt
Dem Kläger wird de facto ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung verweigert
53. Verwaltungsgerichte wollen und können ein rechtsstaatliches Verfahren nicht mehr gewährleisten
Mit der Ablehnung von PKH-Anträgen: Verstoß des Klägers gegen den anwaltlichen Vertretungszwang vom 11.Senat erzwungen
Beschluss des 11.Senats verstößt gegen das Prozess-Grundrecht des Klägers, weil eine anwaltliche Vertretung de facto ausgeschlossen
Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.20 Abs.3 GG)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Stellungnahme zu Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt europäischer Wehklagen (Anlage 6.5)
„Wir haben das Spiel in der IT-Branche bereits verloren“
„Wir brauchen eine Überlebensstrategie“
54. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum:
Kläger hat Anspruch auf Rehabilitierung in Deutschland, in deutschen Bundesländern und in Europa
55. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum:
Europäische Congressmessen des Klägers
haben besonderen Anspruch auf europäische Förderung insbesondere durch einen mutlosen EU-Digital-Kommissar
Rehabilitierungspotentiale bei der EU-Kommission durch die Beklagte zu erschließen, weil kein passender Finanzierungsmechanismus
56. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum:
Kläger hat besonderen Anspruch auf direkte und indirekte Nachteile, auf materielle Nachteile und immaterielle Nachteile (Schmerzensgeld) durch überlange Diskriminierung und überlange Gerichtsverfahren, durch Rechtsbeugung, . . .
57. Durch sofortige Rehabilitierung: Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum.
Erster Schritt: Anerkennung des Rechtes auf Rehabilitierung in vollem Umfang
Alternativ: Juristische Klärung materieller und immaterieller Nachteile mit Staatshaftung für massive Verstöße gegen das Grundgesetz, für überlange Diskriminierung, für überlange Gerichtsverfahren, für skandalöse Rechtsbeugung, für Missbrauch von Staatsgewalt . . .und abschließender Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 10.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Stellungnahme zu den 3 formlosen Briefen mit den Aktenzeichen
OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15 des Vorsitzenden Richters des 11. Senats
Klärungsbedarf zu 4 Aktenzeichen, Nachsendung eines zusätzlichen Schriftsatzes vom 30.01.2015 (Anlage 04-OVG)
58. Formlose Briefe im 3er-Pack mit unterschiedlichen Aktenzeichen: Wiederholter Klärungsbedarf mit ständig wiederkehrender Rechtfertigung anstatt Fortschritte gerichtlicher Klärung der Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagung
59. Nach politisch motivierter Zerschlagung seit 15 Jahren:
Technische Büroausstattung und finanzielle Ausstattung des Klägers sind den verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen nicht mehr gewachsen
Kläger wehrt sich mit Recht gegen verschwenderischen Umgang mit hochwertigen, historischen Dokumenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 12.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Nachsendung in 2-facher Ausfertigung mit Fortsetzung der Klageeingaben an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin in Anlage 05-OVG
60. Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
anstatt juristischer Abwimmelung und Abservierung mit verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen
Antrag auf Stellungnahme zu den Anträgen der Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 27.03.2015 an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Anhörungsrüge wegen unanfechtbaren Beschluss (OVG 11 L 3.15 / OVG 11 L 4.15) vom 11.03.2015 und Stellungnahme zu unanfechtbaren Beschluss OVG 11 RL 3.15 vom 11.03.2015, auch ohne verfügbare Rechtsmittel nicht hinnehmbar
61. Politisch motivierte Zerschlagung eines weltweit herausragenden Lebenswerkes des Klägers: Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Kläger: Gründer, Planer und Organisator der Congressmessen
Unternehmen des Klägers (des einzigen geschäftsführenden Gesellschafters einer GmbH): Veranstalter der Congressmessen
62. Niemand in Deutschland hat ein vergleichbares Know-how als
Gründer, Planer und Organisator derartig weltweit herausragender Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Kläger hat dieses herausragende Know-how aus über 25 Jahren Praxis, das ihm Richter eines Oberverwaltungsgerichtes nicht aberkennen können
63. Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH erstellt von 2004 bis 2011 qualifizierte Congressmesse-Projektvorschläge für digitale Evolution
Verweigerung jeglicher Kommunikation der Beklagten mit dem Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen, weil ein privatwirtschaftlicher Leistungsträger unerwünscht ist und mit politisch motivierter Zerschlagung aus dem Weg geräumt werden soll
Heute ist Deutschland digitale Kolonie, Projektvorschläge des Klägers blieben ohne Antwort und ohne Beachtung
64. Unanfechtbare Beschlüsse (§152 Abs.1 VwGO) der Verfahren OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15:
> Schläge in das Antlitz der Justitia
> Verstöße gegen Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention
> Rubrum, Tatbestand und Tenor der Beschlüsse: Rechtswidrig, sachwidrig und daher diskriminierend
> Diskriminierende Beschlüsse sind und bleiben rechtswidrig, auch wenn keine Rechtsmittel mehr zugelassen werden
> Grundrecht des Klägers: Ablehnung der Kostenverantwortung für diskriminierende Beschlüsse bei anhörungsresistenter Fortsetzung der Diskriminierung
65. Unverzichtbare Rehabilitierungsansprüche, längst beantragt vom
Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen
Mittelstandspotentiale für Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum zu erschließen, ist ein kostbares Know-how aus über 25 Jahren Europäische Congressmessen

Schriftsatz vom 28.04.2015 an den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg, Antwort auf das Schreiben des Herrn Dr. Schreier vom 10.04.2015 (eingegangen am 15.04.2015)
66. Situationsanalyse April 2015 zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren:
Solange eine inhaltliche Bewertung des vorgelegten, umfangreichen und qualifizierten Beweismaterials verweigert wird und auch keine Zeugenaussagen zugelassen werden, wird auch das Recht auf Rehabilitierung verweigert.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf
Scroll down after link (page 88)

Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.
Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz / Staatshaftung
67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -
Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)
mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,
mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger)
(Zerschlagung 4) und
wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)
und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution
über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als
Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten
aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,
aus Deutschland, Europa und weltweit
Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum mit digitaler Evolution
Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000
ohne den Hauch einer Chance für das Opfer
Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung
Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:
Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlachtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung
Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.
Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance
70. Gigantische Umverteilungsoperation durch
grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG
Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des
nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen
Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen
Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.
71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17, Anlage BVG-01) und
extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW
(Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17, sieh
Anlage BVG-02):
Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz
Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)
Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.
Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Sieh Zerschlagung 3
Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslwakei (1992) Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000
Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.
73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens,
ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung
Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO
Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können
Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf

Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung
74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu
Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen
Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist
Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit
politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden

Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik
Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden
76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte
Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte
Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar
77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist Rehabilitierungsanspruch.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 62)

Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017) nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren

78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht
Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch
79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz
1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen
80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für
digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission
Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile
Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch
Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 107)

Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am 31.98.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017

81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen
für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa
82. Unverzichtbar: Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld
für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge
für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa,
für die Treib-und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod,
für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 144)

Schriftsatz vom 06.Sept.2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer Zwangsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu Urteil mit Rechtsbeugung
in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017

83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: Hier politisch motivierte Zerschlagung 5
Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
Zwangsmaßnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör zur staatlich erzwungenen Altersarmut seit 2011
Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld
wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers,
wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält
84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution
Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für herausragende Verdienste für Deutschland und Europa
mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 178)

Schriftsatz vom 06.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über 10.000 EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden Kosten, Zinsen, Gebühren . . .

85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:
Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte
September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Anlage

86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich
medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung, für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter
(Zerschlagung 5)
für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden,
für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen
für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut (Zerschlagung 4)
für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2)
für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung,
für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre)
auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 212)

Schriftsatz vom 20.Okt.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017)
87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten Rechtsanwalts
Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht) mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer
zu PKH-Konditionen
Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in 2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind wegen forcierter Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012
88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?
Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden, ohne auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?
Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet: Inhaber von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten
Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf Terminverschiebung der Rehabilitierung bis nach Klärung von Schadensersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März 2017) zurücknehmen zu können und
weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der Wiederaufbauphase u.a.m.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 250)

Schriftsatz vom 30.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017) mit Anlieferung der PKH-Unterlagen ohne Perspektive für eine anwaltliche Vertretung

89. Von Zweifeln zur Gewissheit: Anspruch auf qualifizierte anwaltliche Vertretung zu PKH-Konditionen nicht umsetzbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation selbst für qualifizierte Rechtsanwälte zu komplex
PKH-Konditionen für qualifizierte Rechtsanwälte abschreckend
Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen, Anspruch auf Förderung für Entwicklung und Abstimmung konkreter Konzepte
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 284)

Schriftsatz vom 08.Nov.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017): Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

90. Justizopfer als Ergebnis der Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge trotz herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts) und:
Alle Staatsorgane waren informiert und haben (sich) versagt
91. Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
Justizopfer ohne Chance einer qualifizierten anwaltlichen Vertretung
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 316)

Schriftsatz vom 21.Dez.2017 mit Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

92. Klage-Eröffnung 2010: Deutschland ist digitale Kolonie. Kläger wusste nicht, dass er Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik geworden ist.
Digitale Kolonie 2014: Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige, Investitionsoffensive auf Bayern minimiert
Digitale Kolonie 2015: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger &
Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“
Deutschland kann die digitale Sicherheit nicht mehr gewährleisten.
Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa
Digitale Kolonie 2017: Europa wächst – und verliert (ZVEI: Der Halbleitermarkt 2017)
Deutschland hat den digitalen Trend längst verschlafen (Weltweiter Telekommunikationsriese Vodafone, Dez.2017)
Deutsche und europäische Konzerne wollen lieber in den USA und Fernost investieren: Nicht nur in der Digital-Branche. Nach Aufbau Ost kommt Abbau Ost. Sieh Görlitz 2018.
Weil kein Innovationswachstum aus Mittelstandspotentialen wegen Unternehmens-Genozid der Innovationselite!
System Deutschland ein Sanierungsfall?
Hat das Grundgesetz nur noch ein Grundrecht für Asylanten?

93. Weisungsgebundene Staatsanwaltschaft 2017 mit beklagten Bundeskanzleramt als Weisungsgeber: Ein Sanierungsfall?
Zurückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Kreisverwaltung Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017)
wegen wiederholter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
nach Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017,
nach Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und
nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung
Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft zum Zwecke der physischen Zerschlagung des Justizopfers: Aktenkundig beim Bundesverfassungsgericht (Zerschlagung 5)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf

Schriftsatz vom 05.Jan.2018 mit Fortsetzung der Klage in 2018 auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

94. Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: 20 Jahre
Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von
Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen
95. „Weihnachtsgeschenke 2017“ staatlich erzwungener Altersarmut als Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel
von krimineller Hassjustiz skrupelloser, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft und von sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem:
zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
zu sozialer Zerschlagung unter dem Deckmantel sozialer Sicherheit
Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
96. Verheerende Folgewirkungen einer unsäglichen Umverteilungspolitik gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Europäische Congressmessen des Opfers zerschlagen, obwohl:
Systemrelevant für digitales Innovationswachstum, mit Vorrang für Chancen der Digitalisierung, aber mit Verantwortung für Risiken
Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit verheerender Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:
Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG
Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung, sieh Anlage 18-01
Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, sieh Anlage 18-02
Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager bei der Risikobeherrschung in der Digitalisierung
Deutsche Justiz längst Teil dieser schlimmen Entwicklung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 39)

Schriftsatz vom 18.Feb.2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
97. Deutschland hat „schleichende“ Staatskrise, ohne sie zu erkennen
Schlimmer als in Indien: Umverteilung in die Kaste der Rechtlosen
mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit tödlichem Ausgang
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Bemühungen des Klägers um Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu einer schleichenden Staatskrise, die von der gegenwärtigen Gesellschaft inzwischen als Normalzustand empfunden wird
Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem
Kein Weiter so! Neubeginn mit Aufklärung der Öffentlichkeit.
System Deutschland hat Sanierungsbedarf.
98. Erinnerung mit Ausführungen aus alten Schriftsätzen an
angemessene Rehabilitierung, angemessene Würdigung des Lebenswerkes und angemessener Schadenersatz
für professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
mit Integration des Digital-Gipfels
Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 84)

Schriftsatz vom 31.März 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
99. Jetzt: Gigantische Umverteilungspolitik und Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
mit politisch motivierten Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
mit eskalierender, staatlicher Übergriffigkeit
durch gegenseitige Amtshilfe
durch gegenseitige Regierungshilfe
durch Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner
durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ohne Sinn und Verstand
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
100. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
im Zuge der Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner (Zerschlagung 3, gebührenfinanzierter Staatsrundfunk) mit einem nachgewiesenen Mindestschaden von 100.000 €
Rechtshängig beim Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 5854/13
mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 18.Jan.2018 mit Handlungsbedarf der 27.Kammer
Arrogante Versagung jeglicher Kommunikation des ÖRR trotz terminierter Aufforderung zur Antwort seit 2007
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
101. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
hier im Zuge gegenseitiger Amtshilfe für das beklagte Bundeskanzleramt und beklagte Öffentlich-rechtliche Vertragspartner
Hier: Gegenstandsloser Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) nach Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe als

Beweis für gegenseitige Amtshilfe bei der Durchsetzung gigantischer Zerschlagungspolitik durch das beklagte Bundeskanzleramt (Anlage 18-05) trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
102. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer
seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
hier im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe für die beklagte Bundesregierung durch die beklagte Bayerische Staatsregierung
mit gnadenloser Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd nach dem Tod seines Bruders auf das Zerschlagungsopfer als seinen einzigen Rechtsnachfolger, in NRW!
103. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener Rehabilitierung
für professionellen Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:
Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 125)

Schriftsatz vom 05.Mai 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution und diversen Anträgen
104. Kampf gegen die Mauer des Schweigens: Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält. Daher
> Erinnerung an Umsetzung von
angemessener Rehabilitierung mit Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
> Neue Klage 2018 auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen schikanierende Zwangsmassnahmen eines diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Westdeutschen Rundfunks
105. Opfer politisch motivierter Zerschlagungen durch
brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998, bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im Jahr 2000 erst, nachdem mit vorhergehenden Maßnahmen zwar Schaden, aber nicht die geplante Zerschlagung erreicht wurde
Überwindung der Mauer des Schweigens unverzichtbar:
Lückenlose Aufklärung der Zusammenhänge von
gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
106. Längst überfällig: Transparenz und Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Verantwortung des Politikers und Chefs des Bundeskanzleramtes
Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Verantwortung für bundesweite Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
Eskalation von politisch motivierten Zerschlagungen durch brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998, bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen und Verfahren:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Teuflisches Unrechtssystem: Opfer wird für verheerende Folgewirkungen von politisch motivierten Zerschlagungen verantwortlich gemacht (soziale Zerschlagungen Z4 und Z5)
Antrag auf Befragung / öffentliche Stellungnahme des Politikers und Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
107. Bundesweite Eskalierung zum Abschuss einer "vogelfreien" Sippe: Umsetzung mit einer weisungsgebundenen, skrupellosen Staatsanwaltschaft, mit bundesweiter Weisung aus dem beklagten Bundeskanzleramt und
mit Weisung aus der beklagten bayerischen Staatskanzlei selbst in NRW
"Unterirdische" Justiz mit psychischer Zerschlagung durch einen Unrechtsstaat: Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit bundesweiter Eskalation zur Sippenzerschlagung, mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden
"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Erklärung von staatlichen Übergriffen nach Rechtsbeugung als "rechtskräftig", mit Rechtskraft zu Missbrauch von Staatsgewalt
"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Parallele Verfolgung in Verfahren an zwei Amtsgerichten gleichzeitig
Ablehnung durch das Opfer wegen politisch erzwungener Altersarmut: Kostenverantwortung für "Rechtskraft" von Bußgeldern durch Missbrauch von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften trotz erdrückender Beweislage von politisch motivierten Zerschlagungen trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland, Europa und weltweit
108. Dokument zu Kosten einer "unterirdischen" Justiz mit Missbrauch von Drittschuldnern:
Pfändungs- und Überweisungsbeschluss unter Missbrauch von "Drittschuldnern" nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit bayerischer Beteiligung zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
Kläger: Einziger Rechtsnachfolger nach Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 bis in den Tod (2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz / Bayern)
Fortsetzung bayerischer Hexenjagd in NRW mit grundgesetzlich längst abgeschafften Steuernachforderungen trotz Nachlassinsolvenz, mit Eintreiben von Gerichtskosten trotz krimineller Rechtsbeugung, mit Erzwingung einer Sicherheitshypothek für kriminelle Rechtsbeugung vor und nach dem Tode seines Bruders. . . . . .
Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält
Antrag auf unverzügliche Härteleistungen durch das Bundesamt für Justiz wegen für extremistische Ausuferug staatlicher Übergriffe
109. Klage-Erweiterung gegen die Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch die deutsche Bundesregierung in Berlin,
vertreten durch den Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat
Antrag auf öffentliche Rehabilitierung der zerschlagenen Sippe mit Verlust eines Menschenlebens, mit kapitalen Vermögensschäden und Zerschlagung der bayerischen Heimat

Totale Zerschlagung einer bundesweit tätigen Sippe trotz hervorragender Leistungen, Zerschlagung im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
Antrag auf öffentliche Stellungnahme des zuständigen Bundesministers
110. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:
Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung
für professionellen Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt
zu den Zusammenhängen von
gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010
zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
zu mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 180)

Schriftsatz vom 20.Juni 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit Schreiben an den Bundespräsidenten
111. Schreiben vom 10.Juni 2018 an den
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
Anspruch des Opfers auf angemessene Rehabilitierung und Schadenersatz beim Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14)
Anspruch des Opfers auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 243)

Schriftsatz vom 31.Juli 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten
112. Persönliche Beziehung und politische Verantwortung des Bundespräsidenten zum Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit ausführlicher Darstellung im
ersten und zweiten Anschreiben an den Bundespräsidenten

Bis heute: Unerträgliche Mauer des Schweigens zu
bundesweiter politisch motivierter Sippenzerschlagung
> unter Beteiligung des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit bundesweiter Interessenslage (Zerschlagung 3),
> unter Beteiligung der bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
> unter Gesamt-Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1)
mit Steuerung durch angewiesene, bundesweit tätige Staatsanwaltschaften
113. Auch Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht sind informiert:
Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
> unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, verantwortlich für die Umsetzung politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution,
für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 285)

Schriftsatz vom 22.Aug. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort

114. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland bis heute ohne Antwort: Trotz persönlicher Verantwortung für Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen seit 1998
Perversion der Umverteilungspolitik zu vernichtender Zerschlagungspolitik mit kriminellem Netzwerk von skrupellosen Staatsanwälten
Missbrauch deutscher Justiz zur Fortsetzung von politisch motivierter Sippenzerschlagung, für soziale und psychische Zerschlagungen vor Schadenersatz und Rehabilitierung infolge politisch motivierter Sippenzerschlagung als einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des überlebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution,
für Deutschland und Europa
115. Bis heute: Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung:
Bundespräsident schweigt
Bundeskanzlerin schweigt
Freistaat Bayern schweigt
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Bis heute: Missbrauch deutscher Justiz für eine gigantische, pervertierte Umverteilungspolitik /vernichtende Zerschlagungspolitik
trotz Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer)
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des überlebenden Zerschlagungsopfers
116. Politisch motivierte Sippenzerschlagung:
Frontalangriff auf das Grundgesetz unter leitender Ausführung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende und weisungsgebundene Staatsanwaltschaften.
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu
erdrückender Beweislage, zusätzlich unterstützt mit vernetzter Internet-Dokumentation
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3,
Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

117. Anspruch auf öffentliche Sippen-Rehabilitierung und Schadenersatz
aus einer gigantischen, pervertierten Umverteilungspolitik
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu
politisch motivierter Sippenzerschlagung,
mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens
mit Zerschlagung der bayerischen Heimat
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter durch eine
skrupellose Staatsanwaltschaft,
mit Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
in Deutschland und Europa über mehr als 25 Jahre
Gesamter Schadenersatz-Anspruch: 38 Mio EUR Finanzierungsvolumen für professionellen Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch auf 50 Mio EUR geschätzt.
118. Bundespräsident, der nicht antwortet, will auch keine Brücken bauen?
Solidargemeinschaft braucht Brückenfunktion
Bundespräsident sollte Brücken bauen, weil er als Kanzleramtschef (1999-2005) selbst für eine Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen Verantwortung trägt
Zerschlagungsopfer : Kein Weiter so mit hasskriminellen Übergriffen einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die politisch motivierte Sippenzerschlagung zu verantworten hat!
Deutscher Staat: Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten, aber keine Härteleistungen für Zerschlagungsopfer?
Vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf

Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen

119. Deutscher Bundespräsident, der nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat einen triftigen Grund:
Seine Vergangenheit als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005
Vergangenheitsbewältigung einer pervertierten, personalisierten Umverteilungspolitik: juristisch unverzichtbar
Pervertierte Eskalation einer personalisierten Umverteilungspolitik durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000
zu politisch motivierter Zerschlagungspolitik
zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden
120. Alle Bemühungen vergeblich: Bundespräsident will nicht antworten, will keine öffentliche Stellungnahme abgeben
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk verhindert mit Rundfunksperre weitere Aufklärung
Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
Infamer und diskriminierender Missbrauch deutscher Justiz für soziale Zerschlagung mit psychischer Folter auf Betreiben skrupelloser Staatsanwaltschaft
Verlust eines Menschenlebens und kapitale Vermögensschäden ohne Perspektive einer Rehabilitierung mit Schadenersatz
Daher: Antrag auf Zeugenaussage des Bundespräsidenten zu ungeheuerlichen Vorgängen
politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung
Politisch motivierte, bundesweite Sippenzerschlagung:
abscheuliches Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften!

121. Bis heute Versagen des deutschen Rechtsstaates,
Vom infamen Missbrauch der Justiz
zum eingeschränkten Rechtsstaat zum Unrechtsstaat
> Bundesverfassungsgericht nicht erreichbar trotz zahlreicher Verfassungsbeschwerden (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung)
> Ordentlicher Rechtsweg nur für Fortsetzung der Zerschlagung, nicht für Schadenersatz verfügbar entgegen Art.34 GG
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für verfassungswidriges Versagen und Vortäuschen von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für infam vorgetäuschte Richtertätigkeit des Bundesverwaltungsgerichts durch Bundesamt für Justiz mit opfer-feindlicher Ablehnung von Härteleistungen nach Antrag durch das Zerschlagungsopfer
> Versagen von rechtlichem Gehör
zu Zerschlagung von Altersrücklagen und
zu staatlich erzwungener Altersarmut
mit Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonten und
mit erhöhten Aufwendungen zur juristischen Abwehr von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
> Versagen von rechtlichem Gehör zu sozialer Zerschlagung und psychischer Zerschlagung mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter
> Versagen von rechtlichem Gehör an Verwaltungsgerichten zu Anträgen auf Härteleistungen zwecks Ausgleich von rückständigen Sozialabgaben
> Justizopfer ohne Chance zur Durchsetzung von Verzögerungsrügen, zur Durchsetzung von Strafanzeigen mit Destabilisierung der eigenen Sicherheit
> Zerschlagung des Geburtsortes, Rufmord durch Missbrauch von Staatsgewalt am Wohnort und politisch motivierten Zerschlagungen
> > > Trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> Zeugenaussage und öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten angemahnt im Interesse des Rechtsstaates
122. Hetzjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft
Von kapitalen Vermögensschäden in hoher 2-stelliger Millionenhöhe zu sozialer und psychischer Zerschlagung: Kein Weiter so!
Recht geht vor Macht auch gegen Mehrheiten der regierenden Generation im Deutschen Bundestag
Antrag auf unverzügliche Unterlassung von opfer-feindlichen Zwangsmassnahmen durch das Bundesamt für Justiz (BfJ) anstatt zeitnaher Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe
Wiederholter Antrag auf zeitnahe Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe durch das BfJ zwecks Ausgleich von Beitragsrückständen von Sozialversicherungen (DEBEKA)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 66)

Schriftsatz vom 02.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
123. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!

Fehlanzeige: Antwort auf
Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von
öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten,
mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
124. In den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mehrfach
beantragt: Stellungnahme und Zeugnis
des heutigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier
als verantwortlicher Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
zur Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in 1998-2005
Mit Presseinformation Nr.8 auch an Adressaten des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingefordert
Sieh Presseinformation
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung, nur die Wahrheit!
Öffentliche Stellungnahme gerichtlich beantragt zu:
Pervertierte Umverteilungspolitik 1998-2005
Gegen eine Mauer des Schweigens:
> Deutscher Bundespräsident schweigt
> Bundeskanzlerin schweigt
> Beklagtes Bundeskanzleramt schweigt
> Freistaat Bayern schweigt
> Beklagter öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer
Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit
psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat,
soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf
Von Wahrheit 01 bis Wahrheit 10: Nur die Wahrheit für eine öffentliche
Stellungnahme des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 125)

Schriftsatz vom 20.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit Antrag auf Immunitätsaufhebung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
125. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!
Fehlanzeige, weil keine Antwort zu
wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten
Wenn kein Zeugnis des Bundespräsidenten, dann ist seine
Immunitätsaufhebung wegen Vergangenheitsbewältigung erforderlich und
hiermit gerichtlich beantragt
ohne Mitwirkung eines skrupellosen Täters, der an politisch motivierten
Zerschlagungen beteiligten Staatsanwaltschaft
126. Täter-Netzwerk einer Umverteilungspolitik 1998-2005 mit politisch
motivierten Zerschlagungen seit 2000
Zerschlagungsmasse: Die Europäischen Congressmessen des Opfers mit
dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution mit 32
Innovationsschwerpunkten je Congressmesse, Verlagsservice für mehrere
100.000 Congressbände

Profiteure der Zerschlagung:
Deutsche Gewerkschaften mit IG Metall, Ver.di
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit ARD und ZDF
Bundeswirtschaftsministerium und Bundeskanzleramt
Von Wahrheit 11 bis Wahrheit 21: Nur Wahrheiten für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten und seine Vergangenheitsbewältigung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 181)

Schriftsatz vom 26.Nov. 2018 mit wiederholter Erinnerung an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen, an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
127. Kein Weiter so! Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden,
Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften
unter Weisung von
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
mit Antrag auf Immunitätsaufhebung.
Fehlanzeige, weil bis heute keine Antwort auf Antrag zur Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
wegen Vergangenheitsbewältigung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik,
wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
128. Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für jede Rechtsanwendung
Perverser Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung
Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften
hier in Kumpanei mit
Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen:
Zerschlagungsopfer wird zum Täter gemacht im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfer mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)

Schriftsatz vom 02.Jan.2019 mit wiederholter Erinnerung an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen, an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
129. Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens mit wiederholtem Antrag auf

Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten wegen Verantwortung als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) für
Gigantische Umverteilungspolitik und perverse Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998
(20 Jahre bitteres Unrecht)
Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
130. Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers (jetzt auch soziales Zerschlagungsopfer)
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010 und wiederholter Antrag auf Verrechnung mit Schadenersatz
131. Hasskriminelle Verfolgung durch skrupellose Staatsanwaltschaft
gedeckt mit Mauer des Schweigens
unter Verantwortung der politischen Spitze in Deutschland
zu einer skandalösen, katastrophalen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik trotz neuer Beweise:
Warum CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009?
Warum expandierende Welt-Leitmesse für Smartphones, mobiles Internet und mobile Digital-Anwendungen in Barcelona?
Warum ist Deutschland Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa und beim Mobilfunk, bei Glasfaser-Vernetzung abgehängt?
Warum wird dem Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung öffentliche Rehabilitierung, Schadenersatz, professioneller Wiederaufbau seiner Europäischen Congressmessen verweigert?
Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden hasskriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998 zugunsten einer skandalösen Automobilbranche auf Kosten der Digitalbranche:
Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers:
> > > Werk einer skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung aus dem Bundeskanzleramt
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 296)